
**Neugestaltung des Finanzausgleichs und der
Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen
(NFA)**

**Vernehmlassungsergebnisse zum
Verordnungsrecht**

Bericht über die Vernehmlassung zu den Verordnungsentwürfen
infolge Ausführungsgesetzgebung

Bern, September 2007

Zusammenfassung der Vernehmlassung zur NFA-Ausführungsgesetzgebung

Die nachfolgende Zusammenfassung stellt bewusst die weiterführenden kritischen Eingaben der Vernehmlasser in den Vordergrund.

Allgemeine Bemerkungen

Die Vernehmlasser geben ihrer grundsätzlichen Zufriedenheit mit den Verordnungsentwürfen Ausdruck. Die Vorgaben aus den bisherigen Arbeiten an der NFA und vorgenommenen parlamentarischen Entscheide seien in der Vernehmlassungsvorlage korrekt umgesetzt worden. Ebenso wird es begrüsst, dass die NFA vorgabenkonform und zeitgerecht auf den 1. Januar 2008 wird in Kraft treten können.

Die NFA wird von keinem Vernehmlasser grundsätzlich in Frage gestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass nun die Umsetzung in den Kantonen zeigen wird, wo sich noch Schwierigkeiten und Fehler verbergen. Einige Vernehmlasser bemängeln zu hohe Regelungsdichte in den Entwürfen oder fordern, dass Begrifflichkeiten noch zu präzisieren seien.

Verordnung vom 29. Oktober 1986 über die Massnahmen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug

Die Anpassung dieser Verordnung stösst weitgehend auf Zustimmung. Begrüsst werden insbesondere die erhöhten Anforderungen an den Bedarfsnachweis.

Es werden von den Vernehmlassern einige wenige Ergänzungen und Präzisierungen des Verordnungstextes gefordert.

Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003

Die Vorlage ist unumstritten. Der Verzicht auf die Abstufung der Beiträge nach Finanzkraft wird ausdrücklich begrüsst.

Verordnung vom 13. März 2000 zum Universitätsförderungsgesetz

Keine Stellungnahmen.

Sportförderungsverordnung vom 21. Oktober 1987

Keine Stellungnahmen.

Verordnung vom 16. Januar 1991 über den Natur- und Heimatschutz

Dem vorliegenden Entwurf wird grundsätzlich zugestimmt.

Die Äusserungen der Vernehmlasser betreffen fast sämtlich die Thematik der Programmvereinbarungen.

Von einigen Vernehmlassern wird übereinstimmend die Anpassung des Terminus „strategische Programmziele“ Art. 4 Abs. 2 lit. a gefordert.

Wasserbauverordnung vom 2. November 1994

Die Vernehmlasser sind weitgehend mit den Änderungen einverstanden.

Es werden jedoch viele Einzelanträge betreffend Ergänzungen, Streichungen oder Änderungen gemacht.

Verordnung vom 25. Oktober 1995 über die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung

Hierzu sind nur wenige Anträge eingegangen. Kritikpunkt ist der pauschale Abgeltungssatz von neu 50%.

Verordnung vom 18. Dezember 1995 über die Anteile der Kantone an den Abgeltungen und Finanzhilfen im Regionalverkehr

Einige Vernehmlasser sind der Ansicht, dass die Bevölkerungsdichte und die Privatbahnlänge eines Kantons keine geeigneten Faktoren für die Berechnung der Kantonsanteile seien. Eine Anpassung der Formeln wird gefordert.

Verordnung vom 19. Oktober 1988 über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Vernehmlasser sind mit den Änderungen weitgehend einverstanden.

Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998

Die Vernehmlasser fordern besonders zu den Artikeln 52, 54 und 59 Ergänzungen oder Änderungen bis hin zur Streichung.

Lärmschutz-Verordnung vom 15. Dezember 1986

Acht Vernehmlasser fordern eine Indexierung des in Artikel 24 Absatz 3 festgelegten Beitrages des Bundes pro Schallschutzfenster.

Sechs Vernehmlasser fordern eine grössere Flexibilität betreffend Programmvereinbarungen – es müsse möglich sein, diese auch innerhalb der Programmperiode anzupassen.

Verordnung vom 11. September 2002 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts

Drei Vernehmlasser sehen Handlungsbedarf beim Vermögensverzehr gemäss Artikel 5 Absatz 3.

Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung

Die Vernehmlasser sind mit den Änderungen weitgehend einverstanden.

Verordnung vom 15. Januar 1971 über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

Die meisten Äusserungen der Vernehmlasser betreffen den in Art. 25a festgelegten Heimbegriff, die gesetzliche Grundlage für die Ausklammerung der Pauschalbeiträge für die obligatorische Krankenversicherung in den Artikeln 39 Abs. 4 und 54 a sowie den massgebenden Vermögensverzehr gemäss Art. 39 Abs. 5.

Ausserdem wird von einigen Vernehmlassern die Abstufung der Fallpauschalen in Art. 42a bemängelt, von anderen jedoch ausdrücklich begrüsst.

Verordnung vom 19. November 2003 über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung

Gemäss Art. 9 der Verordnung wird der Berechnungsfaktor der Finanzkraft der Kantone entfernt. Dies wird von den Vernehmlassern allgemein gutgeheissen.

Waldverordnung vom 30. November 1992

Von vielen Vernehmlassern wird die als zu hoch empfundene Regelungsdichte bemängelt. So etwa im Zusammenhang mit den in Art. 39 dem BAFU zugesprochenen Kompetenzen. Dieser Artikel sei dementsprechend zu streichen oder zu ergänzen.

Weiter äussern sich viele Vernehmlasser zur in Artikel 40 festgelegten Beitragsbemessung – es wird die Meinung vertreten, diese setze ein falsches Signal für teurere Projekte.

Mehrfach werden Änderungen an den Artikeln 41, 42 und 44 beantragt.

Verordnung vom 30. September 1991 über die eidgenössischen Jagdbanngebiete

Die Vernehmlasser sind mit den Änderungen weitgehend einverstanden.

Verordnung vom 21. Januar über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung

Die Vernehmlasser sind mit den Änderungen weitgehend einverstanden.

Verordnung vom 24. November 1993 zum Bundesgesetz über die Fischerei

Die Vernehmlasser sind mit den Änderungen weitgehend einverstanden.

Verordnung vom 29. Dezember 1997 über die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei den Ergänzungsleistungen (ELKV; Aufhebung)

Ein Vernehmlasser (FR) fragt sich, ob die Aufhebung dieser Verordnung nicht verfrüht sei.

Nationalstrassenverordnung

Viele Anträge betreffen Änderungen und Ergänzungen zu den Anhängen der Verordnung.

Hauptkritikpunkt sind der vorgeschlagene neue Art. 46a der Verordnung über die amtliche Vermessung. Es wird von neun Vernehmlassern als nicht sinnvoll erachtet, dass das ASTRA im Bereich der amtlichen Vermessung tätig werden dürfe. Es konkurrenzieren damit die bisherigen Vermesser.

Daneben gingen zahlreiche Einzelanträge ein.

Verordnung über die Gebühren des Bundesamtes für Strassen

Vier Vernehmlasser erachten die Erhöhung der Gebühr für Halterermittlungen im Ordnungsbussenverfahren von CHF 0.50 auf CHF 2.00 als unverhältnismässig. Es wird beantragt, die Erhöhung zu streichen oder den Betrag in kleinerem Umfang zu erhöhen.

Verordnung über den Bundesbeitrag zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung

15 Vernehmlasser empfinden die Formel in Art. 2 Abs. 7 für die Berechnung des Bundesbeitrages als unbefriedigende Lösung. Es werden andere Berechnungsmodi vorgeschlagen.

Weitere häufige Kritikpunkte sind die Revisionsberichte gemäss Artikel 6 Absatz 1, die Höhe der Verzinsung in Artikel 7 für die Rückerstattung von zuviel bezogenen Bundesbeiträgen verlangt wird, sowie die in Artikel 10 geregelte Übertragungsmöglichkeit der Bundesbeiträge.

Verordnung über die Verteilung des den Kantonen zufallenden Anteils am Bilanzgewinn der SNB

Die Vernehmlasser sind mit den Änderungen weitgehend einverstanden.

Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer

Die grosse Mehrheit der Vernehmlasser spricht sich gegen eine Streichung der zweckgebundenen Beiträge an die strassenverkehrsbedingten Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung aus der Mineralölsteuer aus (Art. 30 Ziffer 3). Es wird ein Verzicht der Aufhebung der Luftreinhalte-Verordnung vom 25. April 1990 gefordert.

Verordnung über die beschwerdeberechtigten Organisationen im Bereich der Institutionen von invaliden Personen

Die Zusammenstellung der Liste der beschwerdeberechtigten Organisationen wird von den Vernehmlassern kritisch hinterfragt und es werden konkrete Ergänzungsvorschläge gemacht.

Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

Die Vernehmlasser sind mit den Änderungen weitgehend einverstanden.

Résumé des résultats de la consultation sur la législation d'exécution de la RPT

Le résumé ci-après fait ressortir les critiques constructives des milieux consultés.

Remarques générales

Les milieux consultés sont en principe satisfaits des projets d'ordonnances. Ils estiment que les objectifs découlant des travaux consacrés jusqu'ici à la RPT et les décisions parlementaires ont été mis en œuvre adéquatement dans le projet mis en consultation. Ils approuvent en outre le fait que la RPT soit conforme aux objectifs fixés et entre en vigueur le 1^{er} janvier 2008, comme prévu.

Aucun participant à la consultation ne remet en question le principe de la RPT. Pour certains, la mise en œuvre dans les cantons montrera où il y a encore des difficultés et des erreurs. Quelques milieux consultés déplorent une densité trop élevée dans les projets ou exigent que certains termes soient définis de manière plus précise.

Ordonnance du 29 octobre 1986 sur les prestations de la Confédération dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures

L'adaptation de cette ordonnance est largement approuvée. Les exigences accrues relatives à la preuve du besoin rencontrent un écho particulièrement favorable.

Les participations à la consultation demandent quelques compléments et précisions du texte de l'ordonnance.

Ordonnance du 19 novembre 2003 sur la formation professionnelle

Le projet urgent n'est pas contesté. L'abolition de l'échelonnement des subventions d'après la capacité financière est expressément approuvée.

Loi du 13 mars 2000 sur l'aide aux universités

Pas d'avis exprimés.

Ordonnance du 21 octobre 1987 sur l'encouragement des sports

Pas d'avis exprimés.

Ordonnance du 16 janvier 1991 sur la protection de la nature et du paysage

Le projet est approuvé dans son principe.

Les avis des milieux consultés concernent presque exclusivement les conventions-programmes.

Quelques participants à la consultation exigent l'adaptation du terme «objectifs stratégiques» à l'art. 4, al. 2, let. a.

Ordonnance du 2 novembre 1994 sur l'aménagement des cours d'eau

Les avis exprimés sont dans une large mesure favorables aux changements proposés.

Cependant, de nombreux participants souhaitent des compléments, des abrogations ou des modifications.

Ordonnance du 25 octobre 1995 sur la compensation des pertes subies dans l'utilisation de la force hydraulique

Les demandes relatives à cette ordonnance sont peu nombreuses. Le passage à un taux forfaitaire d'indemnisation de 50 % est critiqué.

Ordonnance du 18 décembre 1995 sur les parts cantonales dans les indemnités et les aides financières pour le trafic régional

Selon quelque milieux consultés, la densité démographique et la longueur des chemins de fer privés d'un canton ne conviennent pas pour calculer les parts des cantons. Une adaptation des formules est exigée.

Ordonnance du 19 octobre 1988 relative à l'étude de l'impact sur l'environnement

Les avis exprimés sont dans une large mesure favorables aux changements proposés.

Ordonnance du 28 octobre 1998 sur la protection des eaux

Les participants à la consultation demandent des compléments, des modifications, voire des compléments, notamment en ce qui concerne les articles 52, 54 et 59.

Ordonnance du 15 décembre 1986 sur la protection contre le bruit

Huit participants à la consultation demandent l'indexation de la subvention fédérale par fenêtre anti-bruit définie à l'art. 24, al.3.

Six participants demandent davantage de souplesse en matière de conventions-programmes et la possibilité de les adapter durant la période où elles s'appliquent.

Ordonnance du 11 septembre 2002 sur la partie générale du droit des assurances sociales

Pour trois participants à la consultation, il convient d'agir au niveau de l'imputation de la fortune au sens de l'art. 5, al. 3.

Règlement du 17 janvier 1961 sur l'assurance-invalidité

Les avis exprimés sont dans une large mesure favorables aux changements proposés.

Ordonnance du 15 janvier 1971 sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité

La plupart des avis exprimés concernent la notion de home définie à l'art. 25a, la base légale de la non participation au financement du montant forfaitaire pour l'assurance obligatoire des soins figurant aux art. 39, al. 4 et 54a, ainsi que le montant déterminant de la fortune qui sera pris en compte, conformément à l'art. 39, al. 5.

Par ailleurs, l'échelonnement des forfaits mentionné à l'art. 42a fait l'objet de quelques avis défavorables ainsi que d'avis expressément favorables.

Ordonnance du 19 novembre 2003 sur le financement de l'assurance-chômage

Conformément à l'art. 9 de l'ordonnance, la capacité financière des cantons n'est plus prise en compte. Cette mesure est généralement approuvée par les milieux consultés.

Ordonnance du 30 novembre 1992 sur les forêts

De nombreux participants à la consultation jugent la densité normative trop élevée. Ce jugement est par exemple en rapport avec les compétences accordées par l'art. à l'OFEV. Il convient par conséquent d'abroger ou de compléter cet article.

En outre, selon de nombreux avis exprimés, le calcul des contributions défini à l'art. 40 constitue un signal erroné pour des projets onéreux.

De nombreux participants à la consultation demandent des modifications des articles 41, 42 et 44.

Ordonnance du 30 septembre 1991 concernant les districts francs fédéraux

Les avis exprimés sont dans une large mesure favorables aux changements proposés.

Ordonnance du 21 janvier 1991 sur les réserves d'oiseaux d'eau et de migrateurs d'importance internationale et nationale

Les avis exprimés sont dans une large mesure favorables aux changements proposés.

Ordonnance du 24 novembre 1993 relative à la loi fédérale sur la pêche

Les avis exprimés sont dans une large mesure favorables aux changements proposés.

Ordonnance du 29 décembre 1997 relative au remboursement des frais de maladie et des frais résultant de l'invalidité en matière de prestations complémentaires (OMPC; abrogation)

Un participant à la consultation (FR) se demande s'il n'est pas prématuré d'abolir cette ordonnance.

Ordonnance sur les routes nationales

De nombreuses demandes ont trait à des modifications et à des compléments des annexes de l'ordonnance.

La critique principale concerne le nouvel art. 46a de l'ordonnance sur la mensuration officielle. Pour neuf participants à la consultation, il n'est pas adéquat que l'OFROU puisse intervenir en matière de mensuration officielle, car il concurrencerait les actuelles instances chargées de la mensuration.

Un grand nombre de demandes ponctuelles ont par ailleurs été formulées.

Ordonnance régissant les émoluments de l'Office fédéral des routes

Quatre participants à la consultation trouvent excessif le relèvement de l'émolument pour la communication de données sur les détenteurs dans le cadre d'une procédure relative aux amendes d'ordre, qui passe de 0,50 franc à 2,00 francs. Ils demandent de renoncer au relèvement ou d'en réduire le montant.

Ordonnance sur les subsides fédéraux destinés à la réduction de primes dans l'assurance-maladie

15 participants ne sont pas satisfaits de la formule pour le calcul du subside fédéral, qui se trouve à l'art. 2, al. 7. D'autres modes de calcul sont proposés.

D'autres aspects suscitent de nombreuses critiques, à savoir les rapports de révision au sens de l'art. 6, al. 1, le niveau des intérêts exigés selon l'art. 7 pour la restitution de subsides fédéraux touchés en trop et la possibilité de reporter des subsides fédéraux réglée à l'art. 10.

Ordonnance sur la répartition de la part des cantons au bénéfice porté au bilan de la Banque nationale suisse

Les avis exprimés sont dans une large mesure favorables aux changements proposés.

Ordonnance concernant l'utilisation de l'impôt sur les huiles minérales à affectation obligatoire

Une large majorité des milieux consultés sont opposés à la suppression des contributions aux frais des mesures nécessitées par le trafic routier et prises en vertu de l'ordonnance sur la protection de l'air (art. 30, ch. 3). Une renonciation à l'abrogation de l'ordonnance du 25 avril 1990 sur la protection de l'air est exigée.

Ordonnance sur les organisations habilitées à recourir dans le domaine des institutions pour personnes invalides

La liste des organisations habilitées à recourir fait l'objet de critiques et des propositions en vue de la compléter sont formulées.

Règlement du 31 octobre 1947 sur l'assurance-vieillesse et survivants

Les avis exprimés sont dans une large mesure favorables aux changements proposés.

Riassunto della consultazione concernente la legislazione esecutiva della NPC

Il seguente riassunto si concentra volutamente sui principali pareri critici dei partecipanti alla consultazione.

Osservazioni generali

I partecipanti alla consultazione hanno espresso la loro generale soddisfazione per i progetti di ordinanze. I vincoli posti alla NPC dai lavori finora svolti e le pertinenti decisioni parlamentari sono state correttamente attuate nei vari testi. Anche l'entrata in vigore prevista secondo calendario con effetto al 1° gennaio 2008 è salutata favorevolmente dagli interpellati.

Nel suo complesso la NPC non viene messa in discussione da nessuno. Al proposito si evidenzia che solo l'attuazione presso i Cantoni permetterà di accertare problemi ed errori. Alcuni partecipanti criticano l'eccessiva densità normativa nei progetti o chiedono un'ulteriore precisazione dei concetti astratti.

Ordinanza del 29 ottobre 1986 concernente le misure della Confederazione per l'esecuzione delle pene e delle misure

L'adeguamento di questa ordinanza ha incontrato un ampio consenso. In particolare è accolto con favore l'aumento delle esigenze in materia di prova del fabbisogno.

I partecipanti chiedono che siano apportate poche integrazioni e precisazioni al testo dell'ordinanza.

Ordinanza del 19 novembre 2003 sulla formazione professionale

Il progetto non è stato contestato. In particolare la rinuncia alla graduazione dei sussidi in base alla capacità finanziaria è stata espressamente approvata dai partecipanti.

Ordinanza del 13 marzo 2000 sull'aiuto alle università

Nessun parere.

Ordinanza del 21 ottobre 1987 sul promovimento dello sport

Nessun parere.

Ordinanza del 16 gennaio 1991 sulla protezione della natura e del paesaggio

Questo testo è in linea di massima accolto.

Le osservazioni dei partecipanti riguardano quasi esclusivamente la tematica degli accordi di programma.

Alcuni partecipanti chiedono unanimemente l'adeguamento dell'espressione "obiettivi strategici di programma" contenuto nell'articolo 4 capoverso 2 lettera a.

Ordinanza del 2 novembre 1994 sulla sistemazione dei corsi d'acqua

I partecipanti si dichiarano complessivamente d'accordo con le modifiche.

Sono tuttavia presentate proposte individuali concernenti integrazioni, soppressioni o modifiche.

Ordinanza del 25 ottobre 1995 sull'indennizzo delle perdite subite nell'utilizzazione delle forze idriche

Su questo tema sono state presentate solo poche proposte. L'aliquota d'indennizzo forfettaria che ammonta ora al 50 per cento costituisce un punto oggetto di critiche.

Ordinanza del 18 dicembre 1995 sulle quote cantonali di partecipazione alle indennità e agli aiuti finanziari destinati al traffico regionale

Alcuni partecipanti sono dell'avviso che la densità demografica e la lunghezza della rete delle ferrovie private di un Cantone non rappresentino fattori adeguati per il calcolo delle quote cantonali. È richiesto un adeguamento delle formule.

Ordinanza del 19 ottobre 1988 concernente l'esame dell'impatto sull'ambiente

I partecipanti sono complessivamente favorevoli alle modifiche.

Ordinanza del 28 ottobre 1998 sulla protezione delle acque

I partecipanti propongono che siano integrati, modificati o addirittura stralciati in particolare gli articoli 52, 54 e 59.

Ordinanza del 15 dicembre 1986 contro l'inquinamento fonico

Otto partecipanti propongono l'indicizzazione del contributo federale di cui all'articolo 24 capoverso 3 per ogni finestra insonorizzata.

Sei partecipanti chiedono una maggiore flessibilità in ordine agli accordi di programma, nel senso che dovrebbe essere possibile adeguarli anche nel corso del programma.

Ordinanza dell'11 settembre 2002 sulla parte generale del diritto delle assicurazioni sociali

Tre partecipanti ritengono che occorra intervenire nel quadro del computo della sostanza secondo l'articolo 5 capoverso 3.

Ordinanza del 17 gennaio 1961 sull'assicurazione per l'invalidità

I partecipanti si dichiarano complessivamente d'accordo con le modifiche.

Ordinanza del 15 gennaio 1971 sulle prestazioni complementari all'assicurazione per la vecchiaia, i superstiti e l'invalidità

La maggioranza delle osservazioni presentate dai partecipanti concerne la definizione di istituto di cui all'articolo 25a, la base legale per l'esclusione dei contributi forfettari per l'assicurazione malattie obbligatoria degli articoli 39 capoverso 4 e 54a nonché l'erosione della sostanza determinante ai sensi dell'articolo 39 capoverso 5.

Alcuni partecipanti hanno inoltre criticato la graduazione degli importi forfettari dell'articolo 42a, mentre altri l'hanno accolta in modo favorevole.

Ordinanza del 19 novembre 2003 concernente il finanziamento dell'assicurazione contro la disoccupazione

Secondo l'articolo 9 dell'ordinanza il fattore di calcolo della capacità finanziaria dei Cantoni deve essere soppresso. Questo è in generale visto di buon occhio dai partecipanti.

Ordinanza del 30 novembre 1992 sulle foreste

Molti partecipanti criticano la densità normativa a loro avviso troppo fitta, come nel caso delle competenze attribuite all'UFAM nell'articolo 39. Questo articolo dovrebbe essere quindi stralciato o integrato.

In relazione al calcolo del sussidio di cui all'articolo 40, molti partecipanti ritengono inoltre che ciò lanci un falso segnale per progetti costosi.

Da più parti è proposto di apportare modifiche agli articoli 41, 42 e 44.

Ordinanza del 30 settembre 1991 sulle bandite federali

I partecipanti si dichiarano complessivamente favorevoli alle modifiche.

Ordinanza del 21 gennaio 1991 sulle riserve d'importanza internazionale e nazionale di uccelli acquatici e migratori

I partecipanti si dichiarano complessivamente d'accordo con le modifiche.

Ordinanza del 24 novembre 1993 concernente la legge federale sulla pesca

I partecipanti si dichiarano complessivamente d'accordo con le modifiche.

Ordinanza del 29 dicembre 1997 sul rimborso delle spese di malattia e delle spese dovute all'invalidità in materia di prestazioni complementari (OMPC; abrogazione)

Un partecipante (FR) si chiede se l'abrogazione di questa ordinanza non sia prematura.

Ordinanza sulle strade nazionali

Molte proposte concernono modifiche e integrazioni degli allegati dell'ordinanza.

Oggetto principale della critica è costituito dalla proposta del nuovo articolo 46a dell'ordinanza concernente la misurazione ufficiale. Nove partecipanti non ritengono opportuno che l'USTRA possa svolgere attività nell'ambito delle misurazioni ufficiali. In questo modo essa farebbe concorrenza agli attuali misuratori.

Sono inoltre pervenute numerose proposte individuali.

Ordinanza concernente gli emolumenti dell'Ufficio federale delle strade

Quattro partecipanti ritengono che l'aumento da CHF 0.50 a CHF 2.00 dell'emolumento per gli accertamenti relativi al detentore nella procedura della multa disciplinare sia sproporzionato. Si propone di stralciare l'aumento o di effettuarne uno in misura minore.

Ordinanza concernente i sussidi della Confederazione per la riduzione dei premi nell'assicurazione malattie

15 partecipanti ritengono che la formula contenuta nell'articolo 2 capoverso 7 per il calcolo del contributo federale costituisca una soluzione insoddisfacente. Vengono proposti altri metodi di calcolo.

Altri punti spesso criticati sono i rapporti di revisione secondo l'articolo 6 capoverso 1, l'importo degli interessi di cui all'articolo 7 per il rimborso dei contributi federali ricevuti in eccesso nonché la possibilità di trasferimento dei contributi federali disciplinata nell'articolo 10.

Ordinanza concernente la ripartizione della quota spettante ai Cantoni dell'utile netto della Banca nazionale svizzera

I partecipanti si dichiarano complessivamente d'accordo con le modifiche.

Ordinanza concernente l'utilizzazione dell'imposta sugli oli minerali a destinazione vincolata

La grande maggioranza dei partecipanti è contraria a stralciare dall'imposta sugli oli minerali i contributi vincolati all'adozione di misure rese necessarie dal traffico stradale secondo l'ordinanza contro l'inquinamento atmosferico (art. 30 n. 3). Viene chiesto di rinunciare all'abrogazione dell'ordinanza del 25 aprile 1990 contro l'inquinamento atmosferico.

Ordinanza sulle organizzazioni legittimate a ricorrere nell'ambito delle istituzioni di integrazione degli invalidi

La composizione dell'elenco delle organizzazioni legittimate a ricorrere è criticata dagli interpellati e sono fatte concrete proposte d'integrazione.

Ordinanza del 31 ottobre 1947 su l'assicurazione per la vecchiaia e per i superstiti

I partecipanti si dichiarano complessivamente d'accordo con le modifiche.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--------|---|----|
| 1. | Einleitende Bemerkungen | 1 |
| 2. | Liste der Vernehmlasser | 2 |
| 3. | Abkürzungsverzeichnis | 4 |
| 4. | Quantitative Auswertung | 9 |
| 5. | Allgemeine Bemerkungen | 10 |
| 6. | Änderungen | 16 |
| 6.1. | Verordnung über die Anpassungen des Verwaltungsrechts an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen | 16 |
| 6.1.1 | Verordnung vom 29. Oktober 1986 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (LSMV) | 16 |
| 6.1.2 | Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003 | 19 |
| 6.1.3 | Verordnung vom 13. März 2000 zum Universitätsförderungsgesetz | 19 |
| 6.1.4 | Sportförderungsverordnung vom 21. Oktober 1987 | 19 |
| 6.1.5 | Verordnung vom 16. Januar 1991 über den Natur- und Heimatschutz | 19 |
| 6.1.6 | Wasserbauverordnung vom 2. November 1994 | 30 |
| 6.1.7 | Verordnung vom 25. Oktober 1995 über die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung | 36 |
| 6.1.8 | Verordnung vom 18. Dezember 1995 über die Anteile der Kantone an den Abgeltungen und Finanzhilfen im Regionalverkehr | 38 |
| 6.1.9 | Verordnung vom 19. Oktober 1988 über die Umweltverträglichkeitsprüfung | 41 |
| 6.1.10 | Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 | 42 |
| 6.1.11 | Lärmschutz-Verordnung vom 15. Dezember 1986 | 47 |
| 6.1.12 | Verordnung vom 11. September 2002 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts | 56 |
| 6.1.13 | Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung (IVV) | 56 |
| 6.1.14 | Verordnung vom 15. Januar 1971 über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen-, und Invalidenversicherung (ELV) | 57 |
| 6.1.15 | Verordnung vom 19. November 2003 über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung | 68 |
| 6.1.16 | Waldverordnung vom 30. November 1992 (WaV) | 69 |
| 6.1.17 | Verordnung vom 30. September 1991 über die eidgenössischen Jagdbanngebiete | 83 |
| 6.1.18 | Verordnung vom 21. Januar 1991 über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung | 84 |
| 6.1.19 | Verordnung vom 24. November 1993 zum Bundesgesetz über die Fischerei | 84 |
| 6.1.20 | Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV) | 85 |
| 6.1.21 | Verordnung vom 9. Juli 1965 über die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen; Aufhebung | 86 |
| 6.1.22 | Verordnung vom 15. Februar 1995 über die Beschaffung der persönlichen Ausrüstung und Verordnung vom 25. Oktober 1995 über die Ausrüstung der Armee (VAA); Aufhebung | 86 |
| 6.1.23 | Verordnung vom 2. Dezember 1985 über den Finanzausgleich mit dem Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer | 86 |
| 6.1.24 | Verordnung vom 2. Dezember 1985 über die Beiträge der Kantone an die AHV; Aufhebung | 87 |
| 6.1.25 | Verordnung des EDI vom 4. Dezember 2003 über die Förderung der Invalidenhilfe; Aufhebung | 87 |
| 6.1.26 | Verordnung vom 11. September 1972 über die Zulassung von Sonderschulen in der Invalidenversicherung (SZV); Aufhebung | 87 |
| 6.1.27 | Verordnung vom 2. Dezember 1985 über die Beiträge der Kantone an die Invalidenversicherung; Aufhebung | 87 |

| | | |
|--------|--|-----|
| 6.1.28 | Verordnung vom 29. Dezember 1997 über die Vergütung der Krankheits- und Behinderungskosten bei den Ergänzungsleistungen (ELKV); Aufhebung | 87 |
| 6.1.29 | Verordnung über Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV; Aufhebung | 88 |
| 6.1.30 | Bundesratsbeschluss vom 21. Mai 1954 über die Beiträge der Kantone an die Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern; Aufhebung | 88 |
| 7. | Totalrevisionen | 88 |
| 7.1 | Verordnung über die Nationalstrassen (NSV) | 88 |
| 7.2 | Verordnung über die Gebühren des Bundesamtes für Strassen (Gebührenverordnung ASTRA, GebV-ASTRA) | 105 |
| 7.3 | Verordnung über den Bundesbeitrag zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (VPVK) | 107 |
| 7.4 | Verordnung über die Verteilung des den Kantonen zufallenden Anteils am Bilanzgewinn des Schweizerischen Nationalbank | 114 |
| 8. | Neue Verordnungen | 116 |
| 8.1 | Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVV) | 116 |
| 8.2 | Verordnung über die beschwerdeberechtigten Organisationen im Bereich der Institutionen von invaliden Personen | 126 |

1. Einleitende Bemerkungen

Das Vernehmlassungsverfahren zu den Verordnungsentwürfen infolge Ausführungsgesetzgebung zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurde im April 2007 eröffnet und dauerte bis Ende Juli 2007.

Begriffsdefinitionen:

- Kantonsregierungen, Verbände und Organisationen, die sich im Rahmen der Vernehmlassung zu Wort gemeldet haben, werden nachfolgend als „*Vernehmlasser oder Vernehmlassende*“ bezeichnet. Sämtliche Kantone, sowie eine Reihe weiterer Organisationen wurden von der Projektorganisation direkt angeschrieben und zu einer Stellungnahme eingeladen. Diese werden als „*offizielle Vernehmlasser*“ bezeichnet, die übrigen Vernehmlasser, welche sich aus eigenem Antrieb zu Wort gemeldet haben, als „*inoffizielle Vernehmlasser*“.
- Die gesamte schriftliche Eingabe eines Vernehmlassers wird als „*Stellungnahme*“ bezeichnet.
- Die Äusserungen eines Vernehmlassers zu einem bestimmten Bereich oder Teilbereich werden als „*Antrag*“ bezeichnet. Unter Antrag werden somit nicht nur konkrete Anträge im engeren Sinn verstanden, sondern auch Äusserungen, zustimmende und ablehnende Voten, Anregungen, Bemerkungen, kritische Kommentare oder Änderungsvorschläge.

Die Anträge sind in der Originalsprache aufgeführt.

2. Liste der Vernehmlasser

Offizielle Vernehmlasser

| Vernehmlasser-Nummer | Vernehmlasser | Anzahl Seiten | Anzahl Anträge |
|----------------------|-------------------------------|---------------|----------------|
| Kantone | | | |
| 1.01 | Kanton Zürich | 21 | 48 |
| 1.02 | Kanton Bern | 10 | 46 |
| 1.03 | Kanton Luzern | 9 | 42 |
| 1.04 | Kanton Uri | 9 | 15 |
| 1.05 | Kanton Schwyz | 6 | 17 |
| 1.06 | Kanton Obwalden | 5 | 16 |
| 1.07 | Kanton Nidwalden | 10 | 22 |
| 1.08 | Kanton Glarus | 3 | 8 |
| 1.09 | Kanton Zug | 13 | 29 |
| 1.10 | Canton de Fribourg | 6 | 37 |
| 1.11 | Kanton Solothurn | 5 | 13 |
| 1.12 | Kanton Basel-Stadt | 17 | 22 |
| 1.13 | Kanton Basel-Landschaft | 12 | 24 |
| 1.14 | Kanton Schaffhausen | 11 | 20 |
| 1.15 | Kanton Appenzell Ausserrhoden | 10 | 13 |
| 1.16 | Kanton Appenzell Innerrhoden | 10 | 31 |
| 1.17 | Kanton St. Gallen | 8 | 21 |
| 1.18 | Kanton Graubünden | 20 | 29 |
| 1.19 | Kanton Aargau | 27 | 30 |
| 1.20 | Kanton Thurgau | 8 | 17 |
| 1.21 | Kanton Tessin | 8 | 19 |
| 1.22 | Canton de Vaud | 17 | 64 |
| 1.23 | Kanton Wallis | 20 | 40 |
| 1.24 | Canton de Neuchâtel | 7 | 21 |
| 1.25 | Canton de Genève | 17 | 44 |
| 1.26 | Canton du Jura | 5 | 25 |

Gemeinden und Städte

| | | | |
|------|--|---|----|
| 2.01 | Schweizerischer Städteverband | 1 | 1 |
| 2.02 | Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Berggebiete | 3 | 11 |

Inoffizielle Vernehmlasser

| Vernehmlasser-Nummer | Vernehmlasser | Anzahl Seiten | Anzahl Anträge |
|----------------------|--|---------------|----------------|
| 3.01 | Verband Schweizerischer Polizeibeamten, Sektion BL Gemeinden | 2 | 1 |
| 3.02 | Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen | 3 | 6 |

| | | | |
|------|---|----|----|
| 3.03 | Konferenz der kantonalen Forstdirektoren | 3 | 9 |
| 3.04 | Schweizerische Stiftung Pro Mente Sana | 1 | 1 |
| 3.05 | Stadt Solothurn, Stadtpräsidium, Stadtkanzlei | 11 | 15 |
| 3.06 | Eidgenössische Kommission für Denkmalschutz | 2 | 3 |
| 3.07 | Cercl' Air – Schweizerische Gesellschaft der Lufthygiene-Fachleute | 2 | 1 |
| 3.08 | Centre Patronal | 2 | 1 |
| 3.09 | Nationaler Dachverband der Interessengemeinschaften Velo | 4 | 5 |
| 3.10 | Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission | 2 | 1 |
| 3.11 | Interessengemeinschaft Umsetzung NFA | 1 | 1 |
| 3.12 | Fussverkehr Schweiz, Fachverband der Fussgängerinnen und Fussgänger | 4 | 5 |
| 3.13 | Schweizer Vogelschutz / Bird Life Schweiz | 2 | 1 |

3. Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungen der Vernehmlasser

| Abkürzung | Vernehmlasser |
|-----------------|---|
| AG | Kanton Aargau |
| AI | Kanton Appenzell Innerrhoden |
| ahvch | Vereinigung der kantonalen Ausgleichskassen |
| AR | Kanton Appenzell Ausserrhoden |
| BE | Kanton Bern |
| BL | Kanton Basel-Landschaft |
| BS | Kanton Basel-Stadt |
| Cercl' Air | Cercl' Air Schweizerische Gesellschaft der Lufthygiene-Fachleute |
| EKD | Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege / Bundesamt für Kultur |
| ENHK | Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission |
| FoDK | Konferenz der kantonalen Forstdirektoren |
| FR | Canton de Fribourg |
| Fuss | Fussverkehr Schweiz, Fachverband der Fussgängerinnen und Fussgänger |
| GE | Canton de Genève |
| GL | Kanton Glarus |
| GR | Kanton Graubünden |
| IG Velo | Nationaler Dachverband der Interessengemeinschaften Velo |
| IntNFA | Interessengemeinschaft Umsetzung NFA |
| JU | Canton du Jura |
| LU | Kanton Luzern |
| NE | Canton de Neuchâtel |
| NW | Kanton Nidwalden |
| OW | Kanton Obwalden |
| pro mente sana | Schweizerische Stiftung Pro Mente Sana |
| SAB | Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete |
| SG | Kanton St.Gallen |
| SH | Kanton Schaffhausen |
| SO | Kanton Solothurn |
| SP | Sozialdemokratische Partei der Schweiz |
| SSV | Schweizerischer Städteverband |
| Stadt Solothurn | Stadt Solothurn, Stadtpräsidium, Stadtkanzlei |
| SVS | Schweizer Vogelschutz / Bird Life Schweiz |
| SZ | Kanton Schwyz |
| TCS | Touring Club Schweiz |
| TG | Kanton Thurgau |
| TI | Kanton Tessin |
| UR | Kanton Uri |
| VD | Canton de Vaud |
| VSPB (BL) | Verband Schweizerischer Polizeibeamten, Sektion BL Gemeinden |
| ZG | Kanton Zug |
| ZH | Kanton Zürich |

Abkürzungen der Gesetze und Verordnungen

| Abkürzung | Bezeichnung |
|-----------|---|
| AHVV | Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung |
| ATSV | Verordnung vom 11. September 2002 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts |
| AVFV | Verordnung vom 19. November 2003 über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung |
| AVIG | Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25. Juni 1982 |

| | |
|-------------|--|
| BBV | Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003 |
| CC | Code civil suisse du 10 décembre 1907 |
| CP | Code pénal suisse du 21 décembre 1937 |
| EL | Ergänzungsleistungen |
| ELG | Bundesgesetz vom 19. März 1965 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen und Invalidenversicherung |
| ELKV | Verordnung vom 29. Dezember 1997 über die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei den Ergänzungsleistungen |
| ELV | Verordnung vom 15. Januar 1971 über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung |
| FiLaG | Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003 über den Finanz- und Lastenausgleich |
| FMG | Fernmeldegesetz vom 30. April 1997 |
| Geb-V ASTRA | Verordnung über die Gebühren des Bundesamtes für Strassen |
| GSchG | Gewässerschutzgesetz vom 24. Januar 1991 |
| GSchV | Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 |
| IFEG | Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen |
| IFG | Bundesgesetz über den Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Bergregionen und Randgebieten / Infrastrukturfondsgesetz |
| IVG | Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung |
| IVV | Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung |
| KAV | Verordnung vom 18. Dezember 1995 über die Anteile der Kantone an den Abgeltungen und Finanzhilfen im Regionalverkehr |
| KVG | Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung |
| KVV | Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung |
| LACI | Loi du 25 juin 1982 sur l'assurance-chômage |
| LAI | Loi fédérale du 19 juin 1959 sur l'assurance-invalidité |
| LAMal | Loi fédérale du 18 mars 1994 sur l'assurance-maladie |
| LAT | Loi fédérale du 22 juin 1979 sur l'aménagement du territoire |
| LAVS | Loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants |
| LDFR | Loi fédérale du 4 octobre 1991 sur le droit foncier rural |
| LEaux | Loi fédérale du 24 janvier 1991 sur la protection des eaux |
| LIPPI | Loi fédérale sur les institutions destinées à l'intégration des personnes handicapées |
| LPC | Loi fédérale du 19 mars 1965 sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité |
| LRN | Loi fédérale du 8 mars 1960 sur les routes nationales |
| LSMV | Verordnung vom 29. Oktober 1986 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug |
| LSV | Lärmschutz-Verordnung vom 15. Dezember 1986 |
| LUMin | Loi fédérale du 22 mars 1985 concernant l'utilisation de l'impôt sur les huiles minérales à affectation obligatoire |
| MinVG | Bundesgesetz vom 22. März 1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer |
| MinVV | Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer |
| NHG | Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz |
| NHV | Verordnung vom 16. Januar 1991 über den Natur- und Heimatschutz |
| NSG | Bundesgesetz vom 8. März 1960 über die Nationalstrassen |
| NSV | Verordnung über die Nationalstrassen |
| OACE | Ordonnance du 2 novembre 1994 sur l'aménagement des cours d'eau |
| OCFH | Ordonnance du 25 octobre 1995 sur la compensation des pertes subies dans l'utilisation de la force hydraulique |
| OCR | Ordonnance du 13 novembre 1962 sur les règles de la circulation routière |
| ODF | Ordonnance du 30 septembre 1991 concernant les districts francs fédéraux |
| OEaux | Ordonnance du 28 octobre 1998 sur la protection des eaux |
| OEmol-OFROU | Ordonnance régissant les émoluments de l'Office fédéral des routes, Ordonnance sur les émoluments de l'OFROU |
| OFAC | Ordonnance du 19 novembre 2003 sur le financement de l'assurance-chômage |
| Ofo | Ordonnance du 30 novembre 1992 sur les forêts |
| OFPr | Ordonnance du 19 novembre 2003 sur la formation professionnelle |
| OLFP | Ordonnance du 24 novembre 1993 relative à la loi fédérale sur la pêche |

| | |
|------------|---|
| OPB | Ordonnance du 15 décembre sur la protection contre le bruit |
| OPC AVS/AI | Ordonnance du 15 janvier 1971 sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité |
| OPCTR | Ordonnance du 18 décembre 1995 sur les parts cantonales des indemnités et les aides financières pour le trafic régional |
| OPGA | Ordonnance du 11 septembre 2002 sur la partie générale du droit des assurances sociales |
| OPN | Ordonnance du 16 janvier 1991 sur la protection de la nature et du paysage |
| OPPM | Ordonnance du 29 octobre 1986 sur les prestations de la Confédération dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures |
| ORN | Ordonnance sur les routes nationales |
| OROEM | Ordonnance du 21 janvier 1991 sur les réserves d'oiseaux d'eau et de migrateurs d'importance internationale et nationale |
| ORPM | Ordonnance sur les subsides fédéraux destinés à la réduction de primes dans l'assurance-maladie / ordinanza concernente i sussidi della Confederazione par la riduzione dei premi nell'assicurazione malattie |
| OUMin | Ordonnance concernant l'utilisation de l'impôt sur les huiles minérales à affectation obligatoire |
| PFCC | Loi fédérale du 3 octobre 2003 sur la péréquation financière et la compensation des charges |
| RAI | Règlement du 17 janvier 1961 sur l'assurance-invalidité |
| RAVS | Règlement du 31 octobre 1947 sur l'assurance-vieillesse et survivants |
| SSV | Signalisationsverordnung vom 5. September 1979 |
| StGB | Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 |
| SuG | Subventionsgesetz vom 5. Oktober 1990 |
| SVG | Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 |
| SZV | Verordnung vom 11. September 1972 über die Zulassung von Sonderschulen in der Invalidenversicherung |
| UFV | Verordnung vom 13. März 2003 zum Universitätsförderungsgesetz |
| USG | Umweltschutzgesetz vom 7. Oktober 1983 |
| UVPV | Verordnung vom 19. Oktober 1988 über die Umweltverträglichkeitsprüfung |
| VAA | Verordnung vom 25. Oktober 1995 über die Ausrüstung der Armee |
| VAEW | Verordnung vom 25. Oktober 1995 über die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung |
| VBGF | Verordnung vom 24. November 1993 zum Bundesgesetz über die Fischerei |
| VEJ | Verordnung vom 30. September 1991 über die eidgenössischen Jagdbanngebiete |
| VPVK | Verordnung über den Bundesbeitrag zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung |
| WaV | Verordnung vom 30. November 1992 über den Wald |
| WBV | Verordnung vom 2. November 1994 über den Wasserbau, Wasserbauverordnung |
| WZVV | Verordnung vom 21. Januar 1991 über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung |
| ZGB | Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 |

Allgemeine Abkürzungen

| Abkürzungen | Bezeichnung |
|-------------|---|
| Abs. | Absatz |
| AHV | Alters- und Hinterbliebenenversicherung |
| AI | Assurance-invalidité |
| al. | alinéa |
| AOS | Assurance obligatoire des soins |
| ARE | Bundesamt für Raumentwicklung |
| Art. | Artikel |
| ASTRA | Bundesamt für Strassen |
| AVS | Assurance-vieillesse et survivants |
| BAFU | Bundesamt für Umwelt |
| BAG | Bundesamt für Gesundheit |
| BAK | Bundesamt für Kultur |
| BAV | Bundesamt für Verkehr |
| BBI | Bundesblatt |
| BBT | Bundesamt für Berufsbildung und Technologie |

| | |
|-------|--|
| betr. | betreffend |
| BFS | Bundesamt für Statistik |
| BKP | Bundeskriminalpolizei |
| BLW | Bundesamt für Landwirtschaft |
| BNS | Banque Nationale Suisse |
| Bst. | Buchstabe |
| BSV | Bundesamt für Sozialversicherungen |
| BV | Bundesverfassung |
| bzw. | beziehungsweise |
| CCS | Compensation des charges excessives dues à des facteurs socio-démographiques |
| CdC | Conférence des gouvernements cantonaux |
| CDF | Contrôle fédéral des finances |
| CFF | Chemins de fer fédéraux suisses |
| ch. | chiffre |
| CHF | Schweizer Franken |
| cpv. | capoverso |
| CSFPP | Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire |
| DFF | Département fédéral des finances |
| dgl. | dergleichen |
| EDI | Eidgenössisches Département des Innern |
| EFD | Eidgenössisches Finanzdepartement |
| EFTA | European Free Trade Association |
| EFV | Eidgenössische Finanzverwaltung |
| EL | Ergänzungsleistungen |
| EU | Europäische Union |
| ff. | und folgende |
| FoDK | Konferenz der kantonalen Forstdirektoren |
| Fr. | Franken |
| GDK | Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren |
| GIS | Geografisches Informationssystem |
| HE | Hilflosenentschädigung |
| IFD | Impôt fédéral direct |
| IMIS | Interkantonales Mess- und Informationssystem |
| inkl. | inklusive |
| IPV | Individuelle Prämienverbilligung |
| IV | Invalidenversicherung |
| KdK | Konferenz der Kantonsregierungen |
| KKJPD | Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren |
| KFA | Kantonaler Finanzausgleich und Aufgabenentflechtung |
| KMU | Kleine und mittlere Unternehmen |
| KOK | Konferenz der Kantonsförster |
| KOPLA | Kostenplanung |
| Kt. | Kanton |
| Ktgr. | Kantonsgrenze |
| KTU | Konzessionierte Transportunternehmungen |
| LBK | Lärmbelastungskataster |
| let. | lettre |
| LSVA | Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe |
| LV | Langsamverkehr |
| MFM-U | Monitoring flankierende Massnahmen Umwelt |
| mia. | milliard |
| MOFIS | Motorfahrzeuginformationssystem der Eidgenössischen Fahrzeugkontrolle |
| Mrd. | Milliarde |
| MV | Militärversicherung |
| N | Chemisches Zeichen für Stickstoff |

| | |
|--------|---|
| NABEL | Nationales Beobachtungsnetz für Luftfremdstoffe |
| NaiS | Projekt "Nachhaltigkeit im Schutzwald" (BAFU) |
| NFA | Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen |
| NIKE | Nationale Informationsstelle für Kulturgütererhaltung |
| NPC | Nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti tra Confederazione e Cantoni |
| Nr. | Nummer |
| NS | Nationalstrasse |
| NSNW | Nationalstrassen Nordwestschweiz AG |
| NUD | Netzwerk Umweltdaten |
| OCPA | Office cantonal des personnes âgées (Kanton Genf) |
| OFAG | Office fédéral de l'agriculture |
| OFAS | Office fédéral des assurances sociales |
| OFC | Office fédéral de la culture |
| OFEV | Office fédéral de l'environnement |
| OFJ | Office fédéral de la justice |
| OFS | Office fédéral de la statistique |
| OFSP | Office fédéral de la santé publique |
| OKP | Obligatorische Krankenpflegeversicherung |
| OUFROU | Office fédéral des routes |
| p. | page |
| PC | prestations complémentaires |
| p.ex | par exemple |
| Pkt. | Punkt |
| RAVS | Règlement du 31 octobre 1947 sur l'assurance vieillesse et survivants |
| RER | Réseau Express Régional |
| resp. | respektive |
| RF | Registre foncier |
| RN | Routes nationales |
| RPLP | Redevance sur le trafic des poids lourds liée aux prestations |
| RPT | Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons |
| RPV | Regionaler Personenverkehr |
| RS | Receuil systématique du droit fédéral |
| S. | Seite |
| SAM | Service de l'assurance-maladie |
| SBB | Schweizerische Bundesbahnen |
| SNB | Schweizerische Nationalbank |
| SNS | Anstalt Schweizerische Nationalstrassen |
| SODK | Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren |
| SR | Systematische Sammlung des Bundesrechts |
| SRK | Schweizerisches Rotes Kreuz |
| TBA | Tiefbauamt |
| u.a. | unter anderem |
| UFAM | Ufficio federale dell'ambiente |
| usw. | und so weiter |
| UV | Unfallversicherung |
| UVEK | Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation |
| vgl. | vergleiche |
| VM-CH | Verkehrsmanagement Schweiz |
| VSK | Verband Schweizer Kantonsarchäologen |
| WAP-CH | Waldprogramm Schweiz (BAFU) |
| z.B. | Zum Beispiel |
| Ziff. | Ziffer |

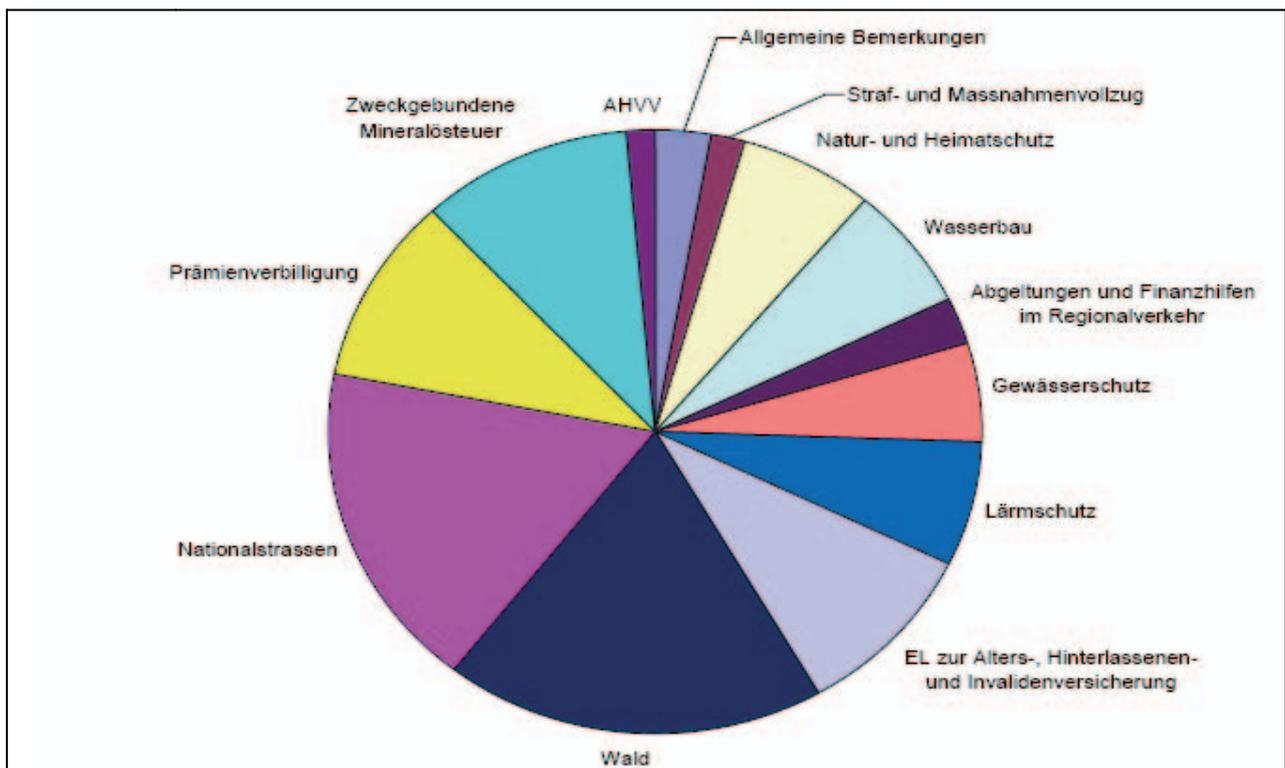
4. Quantitative Auswertung

Insgesamt sind 41 Stellungnahmen eingegangen. Die eingegangenen Stellungnahmen haben einen Umfang von 327 Seiten und beinhalten 776 Anträge.

Die quantitative Auswertung soll einen ersten Eindruck der Ergebnisse vermitteln. Die Mengenangaben dienen dabei lediglich als Indikator, um aufzuzeigen wie umstritten eine Verordnung ist.

Die folgende Grafik zeigt, wie viele Anträge pro Verordnung eingegangen sind. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die Verordnungen, zu denen weniger als zehn Stellungnahmen eingegangen sind, nicht im Diagramm aufgeführt.

Grafik 1 776 Anträge aufgeteilt nach Verordnung



5. Allgemeine Bemerkungen

Die Vernehmlasser geben ihrer grundsätzlichen Zufriedenheit mit den Verordnungsentwürfen Ausdruck. Die Vorgaben aus den bisherigen Arbeiten an der NFA und vorgenommenen parlamentarischen Entscheide seien in der Vernehmlassungsvorlage korrekt umgesetzt worden. Ebenso wird es begrüsst, dass die NFA vorgabenkonform und zeitgerecht auf den 1. Januar 2008 wird in Kraft treten können.

Mehrfach wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass die Verordnungsentwürfe später in die Vernehmlassung gegeben wurden, als ursprünglich in Aussicht gestellt. Dies habe eine fundierte Stellungnahme erschwert (ZG; FR, JU).

Ausserdem wird geltend gemacht (SG), die vorgeschlagenen Anpassungen des Verordnungsrechts sowie die Erläuterungen wichen in einzelnen Fällen davon ab, was im Rahmen des gemeinsamen Projekts von Bund und Kantonen erarbeitet wurde und Eingang in die bisherigen Materialien gefunden hat. Es wird überdies bemängelt, dass bei einzelnen Verordnungen Konkretisierungen von erheblicher Tragweite vorgeschlagen werden, in deren Erarbeitung die Kantone nicht einbezogen wurden.

Von anderer Seite wird beanstandet, dass die Verordnungen teilweise zu viele Detailregelungen enthalten (GR).

Gemäss einem Vernehmlasser (GE) bedürfen vor allem noch einige Begrifflichkeiten der Präzisierung.

Ein Vernehmlasser (JU) schlägt vor, eine transitorische Generalklausel einzufügen, die es erlauben würde, Entscheidungen erst zu einem späteren Zeitpunkt zu fällen.

Ein Vernehmlasser (Centre Patronal) sieht noch einige „Kinderkrankheiten“ in den Verordnungsentwürfen, die bei der Umsetzung durch die Kantone zu Tage treten werden und die noch korrigiert werden müssten.

Es wird deshalb auch verlangt, dass die Kantone in die Erarbeitung von Direktiven und Kreisschreiben zur Anwendung der Verordnungen unbedingt miteinbezogen werden müssen (VD, VS).

Abschliessend kann gesagt werden, dass die NFA von keinem Vernehmlasser in Frage gestellt wird.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|--|---------------|
| Allg. | La risposta del Cantone Ticino si basa su un'attenta verifica di conformità dei diversi disegni d'ordinanza con quanto già annunciato e deciso nelle precedenti fasi della riforma. In questa prospettiva, si nota in generale un sostanziale allineamento tra quanto già approvato e le disposizioni d'esecuzione poste in consultazione. Solo per alcuni settori limitati, si riscontrano divergenze, che possono comunque avere effetti finanziari importantissimi come quelli nell'ambito delle prestazioni complementari AVS/AI. La presa di posizione del Cantone si concentra quindi sugli ambiti dove le proposte poste in consultazione si scostano sostanzialmente da quanto deciso e annunciato, disattendendo quindi le legittime attese riposte nella riforma dal Cantone. Per quanto riguarda gli ambiti per i quali le proposte collimano con quanto annunciato nelle precedenti fasi della riforma non saranno invece formulate osservazioni particolari, ritenuto che la loro conformità alle disposizioni precedentemente adottate comportano da parte nostra un'adesione implicita. | TI |
| Allg. | Mit dem gewählten Vorgehen mit einer Zusammenfassung der Teilrevisionen in eine Mantelverordnung und den unterbreiteten totalrevidierten Verordnungen sowie den neuen Verordnungen ist der Vernehmlasser einverstanden. Er nimmt | SZ |

| | | |
|-------|--|----|
| | <p>Kenntnis davon, dass eine Reihe von Verordnungen und Verordnungsänderungen ausserhalb des vorgelegten Pakets beschlossen werden soll. Dies betrifft vor allem die für das NFA-Projekt bedeutsame Verordnung zum Finanz- und Lastenausgleichsgesetz, die nach Abschluss des parlamentarischen Konsultationsverfahrens den Kantonsregierungen noch einmal zur Stellungnahme unterbreitet werden soll.</p> | |
| Allg. | <p>Der Vernehmlasser bedauert es, dass die Verordnungsentwürfe nicht, wie ursprünglich in Aussicht gestellt, per Ende Dezember 2006 in Vernehmlassung gegeben wurden. Dies führte dazu, dass die Kantone ihre Eingaben zu den Programmvereinbarungen zu Händen der Bundesämter einreichen mussten, bevor die in den Verordnungen definierten Rahmenbedingungen bekannt waren.</p> | ZG |
| Allg. | <p>Le Conseil d'Etat constate tout d'abord, avec regret, que les ordonnances d'exécution RPT, longtemps annoncées pour le début de l'année 2007, ont été transmises aux cantons avec plus de trois mois de retard. Ce décalage temporel pose d'importants problèmes dans la mise en œuvre de la RPT, notamment dans les domaines ou des ajustements très fins de la législation cantonale (ex : adaptation des critères et des taux de subvention) s'avèrent nécessaires.</p> <p>Il est de plus à déplorer que les documents transmis le 18 avril ne contenaient pas toutes les dispositions d'exécution RPT. Celles concernant le soutien aux mesures d'aides aux personnes âgées (modifications du RAVS) ou le domaine de l'exécution des peines et des mesures (OPPM, maisons d'éducation) n'ont été finalisées qu'ultérieurement et transmises séparément aux gouvernements cantonaux. Un manuel RPT dans le domaine de l'environnement, évoquant également la problématique des ordonnances d'exécution, a été par ailleurs mis en consultation par l'Office fédéral de l'environnement le 29 mai 2007. Ces procédures de consultation additionnelles et parallèles n'ont pas facilité la préparation des réponses au sein de l'administration cantonale.</p> <p>Le Conseil d'Etat saisit également l'occasion de cette consultation pour formuler ses inquiétudes quant à la mise en place des conventions-programmes. Les ordonnances apportent certes des éléments d'information permettant d'avoir une meilleure vision de la situation future dans les domaines touchés. Au-delà de ces éléments, force est de constater que les informations communiquées à ce jour par les Offices fédéraux concernés varient fortement en qualité et quantité. Dans certains domaines, les renseignements fournis sur les objectifs retenus et les procédures envisagées nous paraissent encore très lacunaires. Ils contraignent les services cantonaux à composer avec de fortes incertitudes. Cette situation pose notamment des problèmes au canton dans l'élaboration du budget 2008.</p> <p>Au-delà de ces quelques considérations, le Conseil d'Etat constate que les ordonnances mises en consultation correspondent en règle générale à ce qui pouvait être déduit des premières informations fournies dans le cadre du deuxième message sur la RPT. Elles réservent peu de surprises et suscitent un certain nombre de remarques de la part des services concernés au sein de l'administration cantonale fribourgeoise. Seules les observations les plus critiques vous sont transmises ci-dessous. Les ordonnances qui ne sont pas traitées dans le cadre de cette réponse peuvent être considérées comme acceptées par le Canton de Fribourg.</p> | FR |
| Allg. | <p>Bemerkungen des Vernehmlassers zu Bestimmungen über die Modalitäten der Beitragszahlungen (Ziffer 5, Art. 10 Verordnung vom 16. Januar 1991 über den Natur- und Heimatschutz; Ziffer 6, Art. 6 Wasserbauverordnung vom 2. November 1994; Ziffer 10, Art. 61 Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998)</p> <p>Die Bestimmungen über die Modalitäten der Beitragszahlungen gehen davon aus, dass sich die Leistungen des Kantons regelmässig oder zumindest leicht planbar auf die vier Jahre der Laufzeit einer Programmvereinbarung zwischen Bund und Kanton verteilen.</p> <p>Dies mag gemäss Vernehmlasser in jenen Bereichen zutreffen, in denen sich die Programme an Flächenzielen (z.B. ha unter Schutz gestellte Fläche) orientieren. In Bereichen, welche jedoch von Projekten geprägt sind (z.B. Wasserbau), funktionieren die in den Verordnungsentwürfen vorgesehenen Zahlungsmodalitäten erst dann, wenn das Projektportfolio eine gewisse Grösse aufweist. Geld, welches für verzögerte Projekte zur Verfügung stünde, soll bei mehreren Projekten für andere eingesetzt werden können.</p> <p>Verfügt der Kanton nur über wenige Vorhaben in einem als Verbundaufgabe definierten Aufgabenbereich, kann sich der Finanzbedarf aufgrund Projektverzögerungen stark verändern, wenn das zur Verfügung stehende Geld nicht anderswo eingesetzt werden kann.</p> <p>Der Vernehmlasser beantragt deshalb, dass sich in solchen Bereichen die Beitragszahlungen des Bundes am effektiven Fortschritt der einzelnen Projekte</p> | SO |

| | | |
|-------|---|----|
| | ausrichten. | |
| Allg. | <p>Generelle Bemerkung betreffend Programmvereinbarungen: Der Vernehmlasser geht aufgrund der verfügbaren Informationen davon aus, dass die Programmvereinbarungen beim Bund mit Verpflichtungskrediten finanziert werden. Dabei sollen die entsprechenden Kredittranchen pro Jahr jeweils inklusive Teuerung berechnet werden.</p> <p>Antrag: In den Verordnungen, welche Programmvereinbarungen betreffen, sei festzuhalten, dass die jeweiligen Kredittranchen jeweils inklusive Teuerung (gemäss Prognosewerte) zu berechnen sind.</p> | BL |
| Allg. | <p>Grundsätzliche Bemerkungen des Vernehmlassers: Bei den vorgeschlagenen Anpassungen des Ordnungsrechtes handelt es sich gemäss Vernehmlasser in ihrer überwiegenden Zahl um geeignete Konkretisierungen der NFA-Ausführungsgesetzgebung. In einzelnen Fällen weichen die vorgeschlagenen Verordnungsbestimmungen sowie die Erläuterungen dazu allerdings von dem ab, was im Rahmen des gemeinsamen Projektes von Bund und Kantonen erarbeitet wurde und Eingang in die bisherigen Materialien (u.a. 1. und 2. NFA-Botschaft) gefunden hat. Dies trifft gemäss Vernehmlasser etwa auf den Bereich Denkmalpflege und Archäologie zu, wo gemäss den Erläuterungen im Bericht anstelle der eigentlich vorgesehenen vierjährigen Programmvereinbarungen nun offenbar faktisch das bisherige Verfahren mit der Förderung einzelner Projekte beibehalten werden soll.</p> <p>Zu bemängeln sei überdies, dass bei einzelnen Verordnungen Konkretisierungen von erheblicher Tragweite vorgeschlagen werden, in deren Erarbeitung die Kantone in keiner Weise einbezogen wurden. Dies ist gemäss Vernehmlasser beispielsweise bei der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung der Fall, wo eine rechtzeitige Konsultation der kantonalen Stellen bei der Erarbeitung der Regelung zur Höhe der Fallpauschalen dringend notwendig gewesen wäre.</p> | SG |
| Allg. | <p>Die Bündner Regierung hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) seit dem Beginn der Projektarbeiten unterstützt. Die NFA wurde unter Einbezug des Bundes und sämtlicher Kantone in sehr konstruktiver und fairer Weise erarbeitet. Dies gilt im Wesentlichen auch für die nun vorliegenden Verordnungsentwürfe. Nachdem das Eidgenössische Parlament auch die 3. NFA-Botschaft ohne wesentliche Anpassungen gegenüber der Botschaftsvorlage verabschiedet hat, kann die NFA vorgebikonform und zeitgerecht auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt werden. Die Umsetzungsarbeiten auf Kantonsebene sind ebenfalls weit fortgeschritten. Es ist für die Kantone wichtig, dass die bundesrätlichen Verordnungen zur NFA möglichst bald verabschiedet werden.</p> <p>Die vorliegenden Verordnungsentwürfe setzen die Vorgaben aus der NFA-Gesetzgebung im Wesentlichen korrekt um. Verschiedene Bestimmungen bedürfen indes punktuell der Klarstellung oder der Korrektur. Die Kantone sollen durch die NFA mehr Selbständigkeit bei der Aufgabenerfüllung bzw. bei der Realisierung der Projekte erhalten. Sie können die entsprechenden Handlungsspielräume jedoch nur nutzen, wenn sich der Bund im Bereich der verbleibenden Verbundaufgaben konsequent auf die strategischen Vorgaben beschränkt und nicht in allen Details den Kantonen Vorschriften macht. So betrachtet vermögen die vorliegenden Ausführungsverordnungen gemäss Vernehmlasser nicht in allen Punkten zu überzeugen und müssen teilweise noch angepasst werden.</p> | GR |
| Allg. | <p>Cette procédure de consultation est importante à plusieurs titres. En premier lieu, de nombreuses ordonnances précisent les conditions de subventionnement liées à l'introduction des conventions-programmes en tant que nouvel instrument de collaboration entre la Confédération et les cantons ; elles comportent de ce fait des enjeux majeurs pour les cantons : de nombreux éléments y sont précisés, tels que le contenu minimal des conventions-programmes, les tâches et les compétences de la Confédération et des cantons, les critères applicables au calcul des subventions, la procédure de conclusion des conventions, le contrôle de gestion et le règlement des différends. En second lieu, certaines ordonnances d'exécution de la RPT auront un effet direct sur la législation cantonale d'exécution dans des domaines de haute importance, tels que les prestations complémentaires AVS/AI. Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud estime que les ordonnances soumises à consultation devraient se référer aux montants publiés dans le 3ème Message RPT, notamment en ce qui concerne la partie désenchevêtrement des tâches du bilan global. Il n'est pas acceptable pour les cantons que les ordonnances ne puissent permettre une vérification détaillée des impacts financiers, à quelques mois de l'entrée en vigueur probable de la RPT. Le Conseil d'Etat tient ensuite à relever un certain nombre de difficultés pour les</p> | VD |

| | | |
|-------|---|----|
| | <p>cantons liées à la mise en oeuvre des conventions-programmes. Les contributions que le canton peut escompter recevoir de la Confédération dépendent en particulier des montants globaux et des objectifs stratégiques qui seront fixés dans des crédits-cadres, portant sur les quatre prochaines années, qui seront proposés par le Conseil fédéral dans les domaines d'activités concernés et que les Chambres fédérales n'adopteront que vers la fin 2007. Un certain nombre de conventions-programmes ne pourront être conclues qu'au début 2008. Une telle procédure pose de sérieux problèmes en matière de procédure budgétaire et de planification financière cantonales.</p> <p>Par ailleurs, si les objectifs des conventions-programmes sont définis en tenant compte d'un cofinancement entre la Confédération et les cantons, comme le veut le principe des tâches communes, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud s'étonne que les taux de contribution fédérale soient globalement toujours inférieurs à 50%. Puisqu'il s'agit d'un cofinancement, celui-ci devrait être partagé de manière égale entre la Confédération et les cantons. Ces derniers s'occupent du côté opérationnel des tâches, soit la partie la plus importante dans l'élaboration d'un projet. Il serait tout à fait légitime de les dédommager en augmentant les différents taux afin de se rapprocher de 50%. En subventionnant jusqu'à concurrence de 50%, la Confédération limite son risque : d'une part, elle finance au plus la moitié des coûts y relatifs, d'autre part, elle se donne le droit de limiter sa contribution dans le cas où elle juge opportun de le faire. Afin de clarifier la situation, les projets d'ordonnance devraient être complétés par une annexe qui détermine les raisons d'une contribution inférieure à 50% de la part de la Confédération.</p> <p>En outre, les projets d'ordonnances soumis à consultation ne répondent pas à toutes les questions légitimes que se pose le Conseil d'Etat vaudois : les conventions-programmes se caractérisant par le paiement d'un montant global par la Confédération, qu'en est-il en cas de problème urgent ? Quelle est la procédure et la marge de manoeuvre des cantons pour obtenir un financement de la Confédération et à quel niveau est fixé sa contribution financière ? Comment les cas litigieux entre la Confédération et les cantons sont-ils traités ? En outre, les conventions-programmes étant en principe des contrats de droit administratif ou leur équivalent, les prestations à fournir par l'Etat qu'elles mentionneront pourraient-elles se trouver soumises à la TVA ? Et si cela devait être le cas, il conviendrait de déterminer qui en supportera les frais. Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud relève enfin que l'introduction des conventions-programmes entraînera un surcroît de travail administratif, vu qu'il sera nécessaire de présenter les projets cantonaux de manière plus détaillée, de fournir des indicateurs, de rechercher des processus et des tiers plus performants, de réaliser des rapports rendant compte de l'atteinte des objectifs, sans compter que le maître d'oeuvre sera dorénavant principalement le canton. Cela peut impliquer la nécessité pour les services de se doter de compétences plus pointues, avec pour conséquence une augmentation des charges salariales. Ces éléments vont à l'encontre de ce qui avait été initialement prévu par la RPT, à savoir des gains d'efficience en terme de ressources humaines, et justifieraient d'autant plus des taux de participation de la Confédération tels que sollicités plus haut. Les ordonnances se bornent souvent à mentionner l'existence de critères, standards, taux de participation et autres clés de répartition et manquent de précisions quant à la détermination de ces divers éléments. Il est indispensable que les cantons soient associés à la suite de la procédure de mise en oeuvre de ces ordonnances, notamment lors de l'élaboration de directives d'application qui apporteront les précisions nécessaires. Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud le demande formellement.</p> | |
| Allg. | <p>- Plusieurs modifications d'ordonnances découlent de l'instauration de la convention-programme comme instrument formalisant les relations entre la Confédération et les cantons. Dans l'application des nouvelles normes, il conviendra de veiller à ne pas engendrer une administration spécialisée supplémentaire pour le suivi de la mise en oeuvre des conventions-programmes. Celui-ci doit s'inscrire dans le pilotage général des politiques publiques concernées et, in fine, apporter une plus-value (suivi d'objectifs, souplesse, allocation ciblée des ressources, etc.) tant à la Confédération qu'aux cantons. Par ailleurs, et conformément au point 1.11 ci-dessus, une certaine souplesse doit être de mise. Durant la période de validité de la convention-programme et dans le cadre général fixé, les priorités doivent pouvoir être revues pour tenir compte d'un contexte en évolution permanente, et ce bien souvent pour des raisons exogènes difficilement maîtrisables.</p> <p>- L'évaluation de la mise oeuvre de la RPT ne devra pas porter uniquement sur les effets de la péréquation financière (dotation des fonds) mais également sur</p> | VS |

| | | |
|-------|---|----|
| | <p>les conséquences du désenchevêtrement des tâches pour les politiques sectorielles concernées dont les modalités sont énoncées dans les ordonnances.</p> <p>Conclusions:</p> <p>Comme il l'a fait lors des consultations précédentes, le Conseil d'Etat du canton du Valais réaffirme son soutien de principe au projet de réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons.</p> <p>Le Gouvernement valaisan est cependant préoccupé par le déséquilibre structurel important que le projet semble devoir amener pour notre canton. Dans ce contexte, les évaluations périodiques prévues revêtent une importance capitale. Elles devront absolument démontrer que les effets recherchés par la réforme de la péréquation (renforcement de l'autonomie financière, réduction des disparités, dotation minimale en ressources financières, compensation des charges excessives...) se vérifient à moyen et long terme pour l'ensemble des cantons. Dans ce sens, nous profitons de la présente pour exprimer notre vif intérêt à participer activement à l'évaluation de l'efficacité de la nouvelle péréquation financière et répartition des charges.</p> | |
| Allg. | <p>Abrogation de quinze ordonnances</p> <p>L'abrogation proposée des quinze ordonnances mentionnées sous chiffre II paraît au Canton de Neuchâtel conforme aux décisions déjà prises et n'appelle pas de commentaire, sous réserve de la thématique des bourses.</p> <p>Dans la logique de la nouvelle Loi fédérale du 6 octobre 2006 sur les contributions aux cantons pour l'octroi de bourses et de prêts d'études dans le domaine de la formation du degré tertiaire, le Canton de Neuchâtel comprend qu'il n'y ait plus besoin d'ordonnance qui préciserait un texte de loi relativement simple et compact.</p> <p>Cependant, le Canton de Neuchâtel souhaite profiter de la présente consultation pour rappeler que les cantons en appellent à davantage d'harmonisation dans le domaine des bourses, à l'instar de ce que réclame la motion 06.3178 de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil National. Il nous paraît en effet essentiel de développer un système d'aides à la formation valable pour l'ensemble de la Suisse et donc harmonisé entre les cantons, de manière à respecter à la fois la mobilité des étudiants et l'équité de traitement.</p> | NE |
| Allg. | <p>Une remarque récurrente et essentielle qui concerne l'ensemble du dossier est la nécessité pour la Confédération de préciser certains termes - voire, dans certains cas, d'en signifier la portée - et de définir le degré de précision des données requises, de façon à éviter toute ambiguïté d'interprétation. En particulier, les expressions utilisées pour qualifier les critères de réduction ou suppression des subventions - telles que "défaillances importantes", "réalisations imparfaites", etc. - sont vagues et sujettes à de larges interprétations et demandent à être reformulées de façon objective (voir par exemple Ordonnance sur l'aménagement des cours d'eau, Ordonnance sur la protection contre le bruit, etc.).</p> <p>Enfin, il est important que les futures directives d'application, instructions ou informations clés de la responsabilité de la Confédération soient produites suffisamment tôt par rapport à la date d'entrée en vigueur de la RPT, de façon à en permettre la consultation, la proposition d'éventuelles améliorations et la mise en oeuvre dans de bonnes conditions. Dans cet esprit et en phase avec les processus d'élaboration budgétaire dans les cantons, le Canton de Genève souhaite recevoir dès le 2me trimestre de chaque année une première estimation de la répartition des subsides fédéraux entre les cantons pour l'année suivante.</p> | GE |
| Allg. | <p>Le Canton du Jura est conscient de l'importance de la réforme RPT pour l'avenir du fédéralisme, mais le retard pris dans le lancement de cette consultation, le délai de réponse en été, le niveau de complexité et le volume des documents soumis ne facilitent pas la tâche des cantons. A ce stade avancé du projet et en l'absence de toutes les décisions définitives sur les dispositions fédérales (notamment dotation de la péréquation des ressources et de la compensation des charges), il est difficile pour ne pas dire impossible aux cantons de porter un jugement fiable sur l'ensemble des ordonnances.</p> <p>De la consultation interne de l'ensemble des unités administratives, il ressort globalement que:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Les propositions d'ordonnances fédérales provoquent peu de commentaires. Il faut relever le caractère essentiellement formel d'une bonne part des modifications proposées. 2. La situation actuelle est particulière, puisque le dossier mis en consultation a des répercussions sur la consultation menée en parallèle par l'Office fédéral de l'environnement au sujet du manuel RPT dans le domaine de l'environnement. Ce manuel est fort utile en matière de conventions-programmes, mais il a été publié un mois après le dépôt des demandes cantonales. D'autres propositions | JU |

| | | |
|-------|--|-----------------|
| | <p>de modifications légales en rapport avec la RPT parviennent au Canton du Jura en parallèle (mesures d'aide aux personnes âgées -RAVS-) ou sont encore attendues (exécution des peines -OPPM-, agriculture). On peut légitimement regretter le manque de coordination des procédures dans la mise en oeuvre de la RPT.</p> <p>3. Le Canton du Jura demande de garantir une stricte égalité de traitement des demandes formulées par les cantons. Les nouveaux modes de subventionnement (forfaitaires ou par conventions-programmes), pour partie prévus par les projets d'ordonnances soumis, ne doivent pas écarter les "petits" projets au profit des plus coûteux.</p> <p>4. D'une manière générale, la réaffectation des montants entre catégories d'objets subventionnés devrait être prévue au niveau de l'ordonnance et non simplement dans les conventions-programmes spécifiques (utilisation pour des prestations de remplacement, soldes annuels encore disponibles pour un même type d'objets ou d'autres domaines connexes mais qui n'ont pas été annoncés; cf. Chiffre 10 du modèle de convention-programme de l'EV).</p> <p>5. En matière de conventions-programmes, force est de constater qu'il existe encore, au niveau fédéral et à six mois de l'entrée en vigueur de la RPT, un important manque de coordination qui pourrait engendrer des conséquences financières non négligeables pour les cantons. Un effort conséquent doit encore être consenti. Le Canton du Jura a déjà attiré l'attention sur ce point en juin 2006. Cela l'amène à formuler une question et une proposition. Comment se prononcer sur le sujet alors qu'aucune réelle appréciation à l'échelle suisse n'a encore eu lieu avec l'ensemble des offices fédéraux et cantonaux concernés? Face à ce manque de recul, le Canton du Jura propose l'introduction d'une clause générale transitoire qui permettrait de se donner les moyens de faire le point après les négociations ou après la première année d'activité.</p> <p>6. La RPT ne doit en aucune façon constituer une opportunité pour la Confédération de mettre en oeuvre des mesures d'assainissement en partie à charge des cantons s'ajoutant à celles déjà décidées dans les programmes de stabilisation 1998 et d'allègements budgétaires 2003 et 2004. L'effort fourni alors a influencé artificiellement le bilan global 2004/2005 des cantons. Par ailleurs, le Canton du Jura se permet de relever que les cantons financièrement faibles et périphériques ont participé plus que proportionnellement à ces mesures et aux reports de charges. Finalement, le Canton du Jura part du principe que la Confédération tiendra à l'avenir pleinement ses engagements, contrairement à ce qui s'est fait suite au programme de stabilisation 1998.</p> <p>7. A ce stade avancé du projet, le niveau d'information est insuffisant, notamment en matière de transfert des actifs et des activités autoroutiers, de culture (conservation des monuments, archéologie, protection des sites construits et des voies historiques), ainsi que pour le règlement des engagements financiers découlant de l'ancien droit (période transitoire). De plus, les moratoires décidés dans les domaines de la mensuration officielle, des routes principales et de la culture (selon les secteurs précités) ne sont pas acceptables.</p> | |
| Allg. | <p>Gemäss Vernehmlasser sind mit der NFA-Gesetzgebung und mit der Dotierung der Ausgleichsgefässe die wesentlichen Entscheide gefallen. In diesem Zusammenhang wurde bereits bemängelt, dass die Stellung der Städte und Gemeinden letztlich geschwächt werde und dass der soziodemografische Lastenausgleich zu gering ausgefallen sei.</p> <p>Massgebend für die Städte und Gemeinden ist nun die innerkantonale Umsetzung. Der Vernehmlasser verzichtet deshalb auf eine grundsätzliche Stellungnahme zum Verordnungsrecht.</p> | SSV |
| Allg. | <p>Die SAB hat sich von Anfang an für die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen eingesetzt. Die SAB ist erfreut darüber, dass auch die dritte Vorlage zur NFA im Parlament ohne wesentliche Änderungen verabschiedet wurde und die NFA nun zeitgerecht auf den 1. Januar 2008 in Kraft treten kann. Die Umsetzung der NFA in den Kantonen wird nun gemäss Vernehmlasserin der entscheidende Faktor sein. Es wird deshalb wichtig sein, dass die Verordnungen zur NFA, welche nun in der Vernehmlassung stehen, möglichst rasch vom Bundesrat verabschiedet werden können. Die SAB hat das umfangreiche Verordnungspaket eingehend analysiert. Sie stellt fest, dass die Vorgaben aus den bisherigen Arbeiten an der NFA und die inzwischen vorgenommenen Parlamentarischen Entscheide in der Vernehmlassungsvorlage korrekt umgesetzt wurden. Besonders betonen möchte die Vernehmlasserin auch die Umsetzung der Vorgaben aus dem Infrastrukturfonds, welche nun in der Vernehmlassungsvorlage korrekt enthalten sind.</p> | SAB |
| Allg. | <p>Der Grossteil der Verordnungen regelt die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Direkte Verhandlungen zwischen dem Bund und den Gemeinden sind</p> | Stadt Solothurn |

| | | |
|-------|--|-----------------|
| | <p>nicht vorgesehen. Die Abstufungen nach der Finanzkraft fallen bei den Bundesbeiträgen generell weg. Bei den finanzschwachen Kantonen werden sich die Beiträge verringern, bei den finanzstarken Kantonen erhöhen. Der Ausgleich erfolgt über den direkten Finanzausgleich. Die Kantone sind in der Gestaltung der Subventionen frei. Es hängt also von ihnen ab, inwiefern die Gemeinden von den NFA-Änderungen betroffen sind.</p> <p>Neu leistet der Bund Beiträge an die Agglomerationsprogramme. Der Verteiler wird vom Parlament aufgrund einer besonderen Vorlage bestimmt. Verhandlungspartner sind die Trägerschaften, die gemäss den kantonalen Bestimmungen gebildet werden müssen.</p> <p>Der Vernehmlasserin sind keine Bestimmungen aufgefallen, gegen die opponiert werden müsste. Allerdings betreffen etliche Verordnungen Gebiete, für deren Beurteilung der Vernehmlasserin die Fachkenntnisse fehlen. Die finanziellen Regelungen sind nach Beurteilung der Vernehmlasserin folgerichtig und setzen die Grundsätze der NFA konsequent um.</p> | |
| Allg. | <p>Après avoir examiné les ordonnances en question, le Centre Patronal constate que les modifications se bornent à transcrire à un niveau pratique les principes définis dans la nouvelle législation adoptée par les Chambres fédérales, essentiellement dans les domaines dont la compétence reste partagée entre les cantons et la Confédération: suppression des anciens suppléments péréquatifs, nouvelles formes de financements et de subventionnement, mise à disposition des données nécessaires. Là où interviennent des transferts de compétences - en particulier dans le domaine des autoroutes et routes fédérales - les nouvelles ordonnances ne font aussi que consacrer la nouvelle législation.</p> <p>A ce niveau, le Centre Patronal ne discerne pas d'enjeu ou de problème de nature politique ou économique qui appellerait une prise de position particulière de notre part.</p> <p>Le Centre Patronal pressent cependant que ces nombreuses adaptations, préparées sous la pression du temps puisque la RPT doit entrer en vigueur au 1er janvier 2008 et que certaines conventions-programmes sont déjà en cours de négociation, peuvent receler divers problèmes de nature technique. Les cantons, principalement concernés par l'application pratique de ces ordonnances, sont les mieux placés pour identifier ces problèmes. Le Centre Patronal est donc sensible à certaines critiques formulées par le Conseil d'Etat vaudois dans sa prise de position. Cette dernière relève, notamment, le manque de précision de certains articles et la difficulté à prévoir de manière suffisamment fiable les conséquences financières qui en découleront. C'est particulièrement le cas de l'Oeaux (opacité des critères d'indemnisation), de l'OPB (arbitraire de la subvention prévue à l'art. 24) ou encore de l'OPC-AVS/AI (fiabilité de la statistique prévue à l'article 28a).</p> <p>Ces défauts de jeunesse, mais aussi de méthode, doivent être corrigés, en gardant à l'esprit que le but de la RPT reste de rendre le flux financiers plus facilement compréhensibles et maîtrisables.</p> | Centre patronal |
| Allg. | <p>Die Vernehmlasserin ist nach eingehender Prüfung der Vorschläge im Bereich der Sozialen Sicherheit (AHVV; IVV; ELV; SZV und VO über die beschwerdeberechtigten Organisationen gemäss Artikel 9 IFEG) mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden.</p> | IntNFA |

6. Änderungen

6.1. Verordnung über die Anpassungen des Ordnungsrechts an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen

6.1.1 Verordnung vom 29. Oktober 1986 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (LSMV)

Die Anpassung dieser Verordnung stösst weitgehend auf Zustimmung. Begrüssst werden insbesondere die erhöhten Anforderungen an den Bedarfsnachweis (NE).

Ein Vernehmlasser zeigt sich irritiert durch das Vorgehen der Vernehmlassung zu dieser Verordnungsänderung (BL).

Zwei Kantone machen darauf aufmerksam, dass der in der Verordnung gebrauchte Begriff „Arbeitserziehungsanstalten“ seit dem 1. Januar 2006 nicht mehr im revidierten StGB (Strafgesetzbuch) verwendet wird. Es sei darauf zu achten, eine einheitliche Terminologie zu benutzen.

Es werden von den Vernehmlassern einige wenige Ergänzungen und Präzisierungen des Verordnungstextes gefordert. So sei der Artikel 9a zu präzisieren – die „standards déterminants“ seien festzulegen (FR, VD).

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|--|---------------|
| Allg. | <p>Mit Schreiben vom 18. April 2007 des Vorstehers des Eidgenössischen Finanzdepartementes, Herrn Bundesrat Merz, wurde die Vernehmlassung über die Anpassung des Verordnungsrechts infolge der NFA-Ausführungsgesetzgebung bei den Kantonsregierungen eröffnet. In diesem Brief wird darauf hingewiesen, dass im Bereich Straf- und Massnahmenvollzug infolge NFA die Bau- und Betriebsbeiträge an Erziehungseinrichtungen pauschaliert zum Tragen kommen. Die Ausführungsbestimmungen wurden für den Sommer in Aussicht gestellt. Eine kurze Konsultation der Kantone sei vorgesehen.</p> <p>Inzwischen hat der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes EJPD, Bundesrat Christoph Blocher, nebst anderen Adressaten wie den Institutionsleitungen die kantonalen Verbindungsstellen mit dem Entwurf der Verordnungsänderungen samt Beilagen bedient, mit der Bitte, im Rahmen einer Anhörung bis spätestens am 11. August 2007 Stellung zu nehmen. Für den Kanton Basel-Landschaft ist die Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe Verbindungsstelle zum Bundesamt für Justiz.</p> <p>Unabhängig einer materiellen Bewertung der umfangreichen Vorlage irritiert den Vernehmlasser das Vorgehen. Im Gegensatz zu den anderen NFA-bedingten Verordnungsänderungen wird hier nur eine Anhörung und keine Vernehmlassung durchgeführt. Die Adressaten auf Seiten der Kantone sind nicht die Regierungen, nicht einmal die zuständigen Direktionsvorsteher/-innen sondern eine kantonale Verwaltungsstelle. Die NFA-Projektleitung auf Bundesebene wurde nicht begrüsst. Die ebenfalls zuständige Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren figuriert nicht auf der Adressatenliste.</p> <p>Dabei handelt es sich bei den vorgeschlagenen Änderungen um weitreichende materielle Änderungen, die über die unerlässliche Regelung der neu vorgesehenen Leistungsvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen hinausgehen. In einer ersten Sichtung stellen wir fest, dass einerseits die Anspruchskriterien für Betriebsbeiträge verschärft werden, Personalkategorien aus der Beitragsberechtigung fallen und die Dichte der Bundesvorgaben eher noch zunimmt anstatt im Sinne der Vereinfachung und einer effizienten Aufgabenteilung den Kantonen mehr Spielraum einzuräumen. Dabei ist zu bedenken, dass zum Beispiel bei den Einrichtungen im Kanton Basel-Landschaft der Anteil der Bundesbeiträge an den Gesamtkosten heute schon bei etwas unter 20 Prozent liegt. Erste Berechnungen für Baselland ergeben, dass mit einer Kürzung der bisherigen Beiträge von rund 300'000 Franken zu rechnen ist und auf der anderen Seite zur Erfüllung der Beitragskriterien noch unbezifferte Mehrausgaben getätigt werden müssen.</p> | BL |
| Allg. | <p>Le Canton de Neuchâtel salue le renforcement des exigences en matière de preuve du besoin introduit à l'article 1a. En effet, et même si cette mesure peut conduire à diminuer les subventions octroyées aux cantons, elle garantit une amélioration de la coordination de l'offre de places de détention au niveau suisse.</p> <p>La subvention instituée à l'article 9a que la Confédération octroiera dorénavant à la formation des agents de détention dispensée par le Centre suisse de formation à Fribourg est bienvenue. Outre qu'elle apportera une légère diminution des contributions cantonales, cette subvention</p> | NE |

| | | |
|------------------------|---|----------|
| | constitue également une reconnaissance de la qualité du travail accompli par le Centre. | |
| Art. 1a | Der Kanton Luzern ist Mitgliedkanton des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und Innerschweiz. Die am 4. März 1959 abgeschlossene Konkordatsvereinbarung wurde überarbeitet und unterliegt zurzeit in den elf Mitgliedkantonen dem Genehmigungsverfahren (vgl. B 182 vom 13.03.2007). Geplant ist die Inkraftsetzung per 1. Januar 2008. Der Grosse Rat des Kantons Luzern hat in der Junisession dem revidierten Konkordat zugestimmt. Der Kanton Luzern kann bei der Anstaltsplanung im Konkordat mitbestimmen. Im Hinblick auf die Einführung des neuen AT StGB wurde 2006 im Konkordat unter Einbezug des neuen Jugendstrafrechts und der damit verbundenen Planung eines Jugendstrafgefängnisses für das Konkordat eine umfassende Anstaltsplanung durchgeführt und von der Konkordatskonferenz zur Kenntnis genommen. Diese Anstaltsplanung enthält die in Artikel 1a der Verordnung über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug vorgeschriebenen Informationen für den Bedarfsnachweis. | LU |
| Art. 1b Abs. 1 | Pour apprécier la preuve du besoin, il s'agit de tenir aussi compte des besoins en matière de mesures de placement ordonnées par la justice civile, d'autant plus que de tels placements sont beaucoup plus nombreux que ceux ordonnés par la justice pénale. S'ajoutent en outre à ces deux types de placement ceux décidés par les services de protection des mineurs en accord avec les parents (cf. Art. 9 pour les placements ordonnés en application de l'art. 310 CCS ou demandés par les parents et acceptés par une autorité qui s'occupe d'aide à la jeunesse), au titre de mesures bénéficiant également de la loi fédérale sur les prestations de la Confédération dans le domaine de l'exécution des peines et des ordonnances d'exécution. L'adverbe « notamment » permet de tenir compte de ces derniers aussi. Par conséquent, le Conseil d'Etat vaudois propose que cette disposition soit complétée comme suit : Pour apprécier la preuve du besoin, l'Office fédéral de la justice (Office fédéral) se fonde sur les statistiques de l'Office fédéral de la statistique (OFS), notamment les statistiques sur la justice pénale et sur la justice civile. | VD |
| Art. 3 Abs. 1 | Im Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a lautet der Einleitungssatz: "Der Bund gewährt Beiträge...an Arbeitserziehungsanstalten (Heime)". Allerdings existiert dieser Begriff seit 1. Januar 2006 nicht mehr im revidierten Strafgesetzbuch, StGB. Heute werden alle ehemaligen Arbeitserziehungsanstalten, als "Massnahmenzentrum für junge Erwachsene" bezeichnet. Antrag: In Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a sei der Begriff "Arbeitserziehungsanstalten" durch den Begriff "Massnahmenzentrum für junge Erwachsene" zu ersetzen. Allgemein sei darauf zu achten, dass eine einheitliche Terminologie verwendet wird. | BL LU |
| Art. 3 Abs. 1 litera a | La collaboration intercantonale est certes importante, mais le gouvernement vaudois recommande aux autorités fédérales de tenir également compte, dans l'analyse de la preuve du besoin, de la nécessité du maintien du lien avec les parents (visites, séjours ponctuels chez les parents, séances de synthèse éducative auxquelles les parents peuvent être associés, etc.) et donc de la proximité territoriale de l'offre institutionnelle. | VD |
| Art. 3 litera c | Il est indiqué dans le projet d'ordonnance que la preuve du besoin au sens de la loi fédérale sur la prestation de la Confédération doit contenir des données concernant notamment l'échange intercantonal de placements. Le Canton de Fribourg est d'avis qu'il conviendrait de préciser cette notion. L'exigence porte-t-elle sur les échanges intraconcordataires (ce qui semble être le cas à la lumière du commentaire) ou aussi sur les échanges interconcordataires ? | FR |
| Art. 9a | En ce qui concerne les subventions de l'OFJ au CSFPP, en quoi consistent les « standards déterminants » mentionnés à l'al. 2 ? Fait-on référence aux exigences en matière de formation en général ou bien aux textes, notamment internationaux, applicables au droit des sanctions pénales ? Selon le Canton de Fribourg il conviendrait, ne serait-ce que pour des motifs didactiques, de préciser les standards en question. | FR |
| Art. 9a | Cet article mentionne, à son alinéa 2, que les subventions pour la forma- | VD |

| | | |
|--|--|--|
| | <p>tion sont versées dans la mesure où elles satisfont aux standards déterminants. Quels sont ces standards et où sont-ils fixés ?</p> <p>Puisque l'exécution des peines et mesures est une tâche commune, il est prévu que la Confédération soutienne le Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire (CSFPP) par une contribution financière directe. Le message du 7 septembre 2005 sur la législation d'exécution de la RPT (2ème Message) indique que la contribution fédérale annuelle devrait se situer à un million de francs. Le Canton de Vaud juge qu'il n'est pas correct que cette dernière ne représente que le tiers environ des frais reconnus, comme annoncé dans le commentaire de la modification de cette ordonnance. En outre, il serait opportun de mentionner la clé de répartition utilisée pour la ventilation de la subvention aux différents cantons.</p> | |
|--|--|--|

6.1.2 Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003

Die Vorlage ist unumstritten. Der Verzicht auf die Abstufung der Beiträge nach Finanzkraft wird ausdrücklich begrüsst.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|----------------|---|---------------|
| Art. 62 Abs. 4 | Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf soll Art. 62 Abs. 4 der Berufsbildungsverordnung gänzlich aufgehoben werden. Für den Kanton Zug ist der Verzicht auf die Abstufung der Beiträge nach Finanzkraft von grosser Bedeutung, weshalb er die Aufhebung ausdrücklich begrüsst. | ZG |

6.1.3 Verordnung vom 13. März 2000 zum Universitätsförderungsgesetz

Keine Stellungnahmen.

6.1.4 Sportförderungsverordnung vom 21. Oktober 1987

Keine Stellungnahmen.

6.1.5 Verordnung vom 16. Januar 1991 über den Natur- und Heimatschutz

Dem vorliegenden Entwurf wird grundsätzlich zugestimmt. Er regelt die neue globale Finanzhilfe aufgrund von Programmvereinbarungen im Bereich von Heimatschutz / Denkmalpflege und Archäologie. Bisher wurde die Finanzhilfe jährlich mit dem Bund auf Grund von Einzelobjekten neu ausgehandelt.

Die Äusserungen betreffen fast sämtlich die Thematik der Programmvereinbarungen.

So stehen die Erläuterungen gemäss einigen Vernehmlassern (BL, SG, EKD, ZG) im Widerspruch zur Zielsetzung der NFA, in dem sie die Ausnahme in Art. 4a für den Bereich der

Denkmalpflege, Archäologie, Ortsbildschutz und historische Verkehrswege zur Regel erheben. Verordnung und Erläuterungen seien aneinander anzupassen.

Während diese Ausnahmeregelung (Art. 4a) bei einigen auf Zustimmung stösst (BS, UR), wird sie von andern abgelehnt (ZG, der verlangt, Art. 4a sei zu streichen).

Viele Vernehmlasser (BE, BS, AR, ENHK, JU, OW, SH, EKD, VD) äussern sich zu den in Art. 4 Abs. 2 lit. A. erwähnten „strategischen Programmzielen“. Es wird festgehalten, dass es namentlich in den Bereichen der Denkmalpflege und der Archäologie schwierig oder gar unmöglich sei, strategische Programmziele festzulegen. Es wird daher angeregt, den Ausdruck der „strategischen Programmziele“ durch „Ziele“ oder „Massnahmen“ zu ersetzen, oder das Adjektiv „strategisch“ wegzulassen.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|---|---------------|
| Allg. | <p>Im Gegensatz zum Bereich Natur- und Landschaftsschutz sind im Bereich Heimatschutz/Denkmalpflege und Archäologie - im Folgenden immer unter "Heimatschutz" subsumiert - globale Finanzhilfen aufgrund von Programmvereinbarungen neu. Hier gilt es, noch Erfahrungen zu sammeln. Im Gegensatz zu den Massnahmen im Bereich Natur- und Landschaftsschutz sind beim Heimatschutz nicht bestimmte Gebiete oder Zonen Gegenstand der Finanzhilfen (von Bund und Kanton), sondern Renovations- und Erhaltungsmassnahmen an einzelnen Objekten; kaum je auch andauernde Pflege- oder Unterhaltsmassnahmen. Es dürfte darum gemäss Vernehmlasser nicht einfach sein, Programmziele konzis zu formulieren.</p> <p>Renovations- und Erhaltungsmassnahmen erfolgen im Bereich Heimatschutz oft im Rahmen von Umbau und Nutzungsveränderungen. Diese werden in der Regel recht spontan, d.h. bei konkretem Bedarf der Eigentümerschaft von diesen an die Hand genommen. Dem entspricht oft eine recht kurze Planungs- und Projektierungsphase. Das bedingt, dass die Einzelprojekte als Teil einer Programmvereinbarung nur selten auf vier Jahre hinaus aufgelistet werden können, oder aber, dass Programmvereinbarungen für den Bereich Heimatschutz in der Regel nur für ein oder zwei Jahre abzuschliessen sind (vgl. Erläuterungen zu Art. 4). Im Bereich Archäologie, vor allem in einem Kanton ohne eigentliche Fachstelle für Archäologie, ergeben sich archäologische Aufgaben und Investitionen in aller Regel aufgrund konkreter Funde und Erkenntnisse und müssen meist kurzfristig sichergestellt werden.</p> | UR |
| Allg. | <p>Dem vorliegenden Entwurf zur Anpassung der Verordnung vom 16. Januar 1991 wird vom Vernehmlasser grundsätzlich zugestimmt. Aus Sicht des Kantons bildet der Entwurf einen pragmatischen und gangbaren Weg zur Umsetzung der NFA in den Bereichen Denkmalpflege, Archäologie, Ortsbildschutz und Schutz der historischen Verkehrswege.</p> | OW |
| Allg. | <p>Die Verordnung beinhaltet den Vollzug mittels Programmvereinbarung und gewährleistet Effizienz und Effektivität. Die Erläuterungen sollten gemäss Vernehmlasser nochmals geprüft werden. Sie seien teilweise missverständlich formuliert. Zudem ist der Begriff "Leistungseinheiten" unklar. Es ist unklar, weshalb die "Leistungseinheiten" pauschal der bisherigen Finanzierung entsprechen und andererseits im Bereich Denkmalpflege und Archäologie die Programmvereinbarungen auf einzelnen Objekten aufgebaut werden sollen. Das vorliegende System sei somit wenig transparent. Es ist auch nicht ersichtlich, nach welchem Verteilungsschlüssel der Bund die Mittel auf die Kantone verteilt. Des Weiteren wäre es sinnvoll, wenn jeweils für eine Programmvereinbarungsperiode, für besonders komplexe und dringliche Projekte, eine Reserve zurück behalten wird.</p> <p>Anträge: Beschreibung der vorgesehen Mittelverteilung in den Erläuterungen und Prüfung, ob die Verteilung rechtlich verankert werden kann. Für besonders komplexe und dringliche Projekte soll der Bund eine Reserve für einzelne Finanzhilfen zurück behalten.</p> | BL |
| Allg. | <p>Antrag: Der Bund habe ab 2008 seine finanziellen Verpflichtungen im Bereich</p> | SH |

| | | |
|-------|--|----|
| | <p>Denkmalpflege und Heimatschutz im Sinne der Botschaft des Bundesrates zur Ausführungsgesetzgebung zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) vom 7. September 2005 sicherzustellen und das Moratorium für Gesuche der Denkmalpflege und des Heimatschutzes zu widerrufen.</p> <p>Auf Grund von aktuellsten Informationen des Bundesamtes für Kultur (BAK) nimmt das BAK ab 2008 bis 2011 keine Beitragsgesuche mehr entgegen (Moratorium des Bundes bezüglich Bundesfinanzhilfen für Denkmäler im Kanton Schaffhausen, Brief des BAK vom 21. Juni 2007 und NIKE Medienmitteilung vom 25. Juni 2007). Dieses Moratorium gefährdet die Erfüllung der denkmalpflegerischen Aufgabe im Kanton Schaffhausen wesentlich. Das Moratorium tangiert für die nächsten vier Jahre die Zusicherung von Bundessubventionen für kommende Geschäfte der Denkmalpflege. Es umfasst Denkmäler von nationaler, regionaler und lokaler Bedeutung. Ein Entfallen der Bundesmittel würde die Realisierung von Renovierungsarbeiten gefährden. Da es sich um künftige Geschäfte handelt, ist es gemäss Vernehmlasser nicht möglich, die tatsächlichen Finanzhilfen auf der Grundlage von konkreten Bauprojekten und Subventionsgesuchen zu bemessen. Auch ist nur ein Teil der kommenden Gesuche zum heutigen Zeitpunkt bekannt, da kleinere Gesuche und Gesuche von privaten Eigentümern keine mehrjährige Ankündigungsfrist aufweisen. Die subventionsberechtigten Massnahmen beruhen auf Annahmen; sie dürften 30 % betragen (Durchschnitt aller Geschäfte der letzten 10 Jahre). Berechnet mit einem durchschnittlichen Subventionsansatz von 20 % (Durchschnitt des Subventionsansatzes) wäre mit einem Einnahmefall von Bundessubventionen in der Höhe von rund 1,7 Mio. Franken zu rechnen.</p> <p>Im Folgenden werden die bis zum heutigen Zeitpunkt für den Zeitraum 2008 - 2011 zu erwartenden, umfangreicheren Massnahmen an geschützten Kulturdenkmälern genannt, für welche ebenfalls in diesem Zeitraum Subventionsgesuche an den Bund gerichtet würden: Stein am Rhein Rathaus (Investitionsvolumen voraussichtlich 8 Mio. Franken), Stein am Rhein Zeughaus (Investitionsvolumen voraussichtlich 3 Mio. Franken), Bergkirche Neunkirch (Investitionsvolumen voraussichtlich 2 Mio. Franken), Schaffhausen Museum Allerheiligen (Investitionsvolumen voraussichtlich 8 Mio. Franken), Schaffhausen ehemaliges Barfüsserkloster (Investitionsvolumen voraussichtlich 8 Mio. Franken). Die Auszahlung der bereits bewilligten Geschäfte ist von der Ankündigung des Moratoriums nicht tangiert. Der Bund weist aber bezüglich der Auszahlungsfristen bereits eine beträchtliche Verzögerung auf.</p> <p>Es geht gemäss Vernehmlasser nicht an, dass sich der Bund, entgegen den Ausführungen in der Botschaft des Bundesrates zur NFA-Ausführungsgesetzgebung vom 7. September 2005, aus seinen finanziellen Verpflichtungen im Bereich Denkmalpflege und Heimatschutz ab 2008 verabschiedet. Der Vernehmlasser erinnert daher an die entsprechende Stelle der Botschaft des Bundesrates (S. 6117, Ziff. 2.4.2.1.3): «Der Bund beteiligt sich weiterhin gemeinsam mit den Kantonen an Massnahmen bei Objekten von nationaler, regionaler und lokaler Bedeutung. Als Neuerung sollen Bund und Kantone jedoch mehrjährige Programmvereinbarungen abschliessen.»</p> | |
| Allg. | <p>Die Änderungen der Verordnung über den Natur- und Heimatschutz entsprechen den Zielsetzungen, welche mit der NFA an die Neugestaltung dieser Verbundaufgabe gesetzt wurden. Der erläuternde Bericht hingegen steht gemäss Vernehmlasser im Widerspruch zu diesen Zielsetzungen und stiftet Verwirrung. Er macht für die Bereiche Denkmalpflege und Archäologie den Ausnahmefall zur Regel. Gemäss erläuterndem Bericht sollen die Programmvereinbarungen auf einzelnen Projekten basieren (S. 7, Kapitel 5.1, letzter Abschnitt). Der erläuternde Bericht kann nach Meinung des Vernehmlassers dahingehend ausgelegt werden, dass sich zukünftig im Bereich Denkmalpflege und Archäologie wenig ändern wird. Die Kantone werden wie nach bisheriger Praxis alljährlich mit dem Bund die Finanzhilfe neu auszuhandeln haben (Grundlage sind Einzelobjekte, jährlicher Abschluss der Objekte usw.). Dieses Verfahren stehe im Widerspruch zum Grundsatz der in der Regel auf vier Jahre ausgelegten Programmvereinbarung, auf deren Grundlage der Bund globale Beiträge gewährt und sich im Rahmen der Verbundaufgabe im wesentlichen "auf gesamtschweizerische Zusammenhänge, auf Ziele und Grundsätze der Aufgabenerfüllung, auf die Kontrolle sowie, wo erforderlich, auf fachliche</p> | SG |

| | | |
|-------|---|-----------------|
| | <p>Unterstützung der Kantone" (Erläuternder Bericht, S. 6 f., Kapitel 5.1) konzentriert. Sollte die NHV im Sinne des Berichts zu vollziehen sein, würde die von der NFA angestrebte Vereinfachung der Verwaltungsabläufe nicht erreicht werden. Das neue System erscheint dem Vernehmlasser zudem wenig transparent. Nirgends sei ersichtlich, nach welchem Verteilschlüssel der Bund die Finanzmittel auf die Kantone verteilt. Der Vernehmlasser erachtet das im Bericht beschriebene Verfahren als wenig zweckmässig. Zudem begründet der Widerspruch zwischen Verordnungsentwurf und erläuterndem Bericht eine Situation, die sich durch Unsicherheit und wenig Klarheit über die Grundlagen der Unterstützungsbeiträge des Bundes auszeichnet. Es wäre nach Ansicht des Vernehmlassers zweckmässig, wenn der Bund auch für den Bereich der Denkmalpflege und Archäologie in erster Linie globale Finanzhilfen auf der Basis vierjähriger Programmvereinbarungen entrichten würde. Der erläuternde Bericht müsste entsprechend angepasst werden.</p> | |
| Allg. | <p>Antrag: Der Verordnungstext sei im Sinne der Begründung zu präzisieren. Begründung: Die neue NHV folgt dem Subventionsgesetz SuG, was die Entlastung der NHV erlaubt. Folgende Präzisierung ist gemäss Vernehmlasser angebracht: Die Beitragsberechtigung von Kapitalzinsen und wertvermehrenden Investitionen war bisher in der NHV, Art. 6 Abs. 2 und 3, ausgeschlossen. Sollten diese zukünftig auch beitragsfähig sein? Sofern deren Ausschluss weiterhin gelten soll, sei dieser in der NHV explizit zu erwähnen.</p> | AG |
| Allg. | <p>Dans l'ensemble et sur le principe, la mise en oeuvre de la RPT telle que prévue par ces textes pose un problème majeur pour la collaboration financière entre la Confédération et le canton de Genève dans le domaine de la sauvegarde du patrimoine bâti et des sites.</p> | GE |
| Allg. | <p>Natur- und Heimatschutz bleibt eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen, beide staatlichen Ebenen beteiligen sich gemeinsam an der Finanzierung. Neu wird das Instrument der Programmvereinbarung eingeführt. Wie bisher bleibt die operative Führung den Kantonen überlassen. Für die Festlegung der Bundesbeiträge gelten die bisherigen prozentualen Ansätze unverändert. Als direkte Folge des NFA entfallen die bisherigen Finanzkraftzuschläge. Entsprechend fallen die Beteiligungen des Bundes tiefer aus. Ob sich dies auch auf den Gesamtbeitrag von Bund und Kanton an das einzelne Projekt auswirkt, ist von der kantonalen Regelung abhängig. Neu richtet sich die Höhe der Beiträge auch nach der Qualität und Quantität der Massnahmen, dem Grad der Gefährdung eines zu schützenden Objektes, der Komplexität der Massnahmen (fachlich, hoher Grad an Koordinationsbedarf, mehrere Nutzniesser usw.) und der Qualität der Leistungserbringung. Ähnliche Regelungen gelten für den Moorlandschafts- und den Biotopschutz. In diesen Fällen wird für die Bemessung der globalen Beiträge soweit möglich von Leistungseinheiten ausgegangen. Die Leistungseinheiten entsprechen der bisherigen prozentualen Bundesfinanzierung in diesen Bereichen abzüglich der Finanzkraftzuschläge. Eine Rolle spielt auch die Belastung des Kantons durch den Moorlandschafts- und den Biotopschutz. Die wichtigste Auswirkung ist nach Meinung der Vernehmlasserin der Wegfall der Finanzkraftzuschläge, welcher eine Folge des NFA ist und die Beitragsleistung des Bundes schmälert. Die Auswirkung auf die Gemeinden ist von der Regelung des Kantons abhängig.</p> | Stadt Solothurn |
| Allg. | <p>Die EKD gelangt zur Auffassung, dass mit dem vorliegenden Entwurf zur NHV ein taugliches Instrument geschaffen wurde, um die Ziele der NFA im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege sachgerecht und effizient umzusetzen. Wie auch in der Botschaft des Bundesrats vom 7. September 2005 festgehalten wird, ist aufgrund der besonderen individuellen Natur denkmalpflegerischer Aufgaben eine Standardisierung im Sinne von wiederkehrenden Leistungskategorien nur bedingt möglich. Bei der Umsetzung wird darauf geachtet werden müssen, die Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen so auszugestalten, dass das der NFA immanente Prinzip der globalen Beiträge mit den zeitlichen und inhaltlichen Realitäten im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege vereinbar wird. Für die praktische Anwendbarkeit der Programmvereinbarungen wird es daher gemäss Vernehmlasserin von grösster Bedeutung sein, dass auf Stufe der Bundesämter für jeden Teilbereich angemessene und aussagekräftige, indessen einfach anwendbare und überprüfbare</p> | EKD |

| | | |
|--------|---|----|
| | <p>Indikatoren erarbeitet werden.</p> <p>Der Wortlaut des Verordnungsentwurfs folgt klar den im revidierten NHG festgelegten Prinzipien der NFA und bestimmt, in der Regel seien Finanzhilfen global mittels mehrjähriger Programmvereinbarung zu gewähren, ausnahmsweise einzeln mittels Verfügung oder Vertrag. In den Erläuterungen steht hingegen, im Bereich Denkmalpflege, Archäologie, Ortsbildschutz und historische Verkehrswege würden die Geschäfte auch in Zukunft in der Regel alljährlich individuell beurteilt. Die Kommission konstatiert hier eine klare Diskrepanz zwischen den Erläuterungen, die den Status quo für die Zukunft festschreiben und dem Verordnungstext, der Sinn und Geist der NFA aufnimmt.</p> <p>Sollte die NHV im Sinne der Erläuterungen zu vollziehen sein, würde die im Rahmen der NFA angestrebte Vereinfachung der Verwaltungsabläufe gemäss Vernehmlasserin nicht erreicht.</p> <p>Die EKD beantragt, die Erläuterungen den Aussagen des Verordnungstextes anzupassen und mit der auch in den Erläuterungen einleitend festgeschriebenen Grundphilosophie der NFA in Einklang zu bringen: Der Bund konzentriert sich auf "die gesamtschweizerischen Zusammenhänge, auf die Ziele und Grundsätze der Aufgabenerfüllung, auf die Kontrolle sowie auf die fachliche Unterstützung der Kantone". Die operative Ebene ist grundsätzlich den Kantonen zu überlassen; sie sind verantwortlich für die Umsetzung der Massnahmen.</p> | |
| Allg. | <p>Les modifications proposées n'amènent aucune remarque particulière sur le texte.</p> <p>La mise en oeuvre des conventions-programmes engendre néanmoins un certain nombre d'interrogations. Dans tous les cas, ce nouvel instrument doit conduire à une amélioration des effets recherchés par la mise en oeuvre de la politique publique, en l'espèce la protection de la nature et du paysage, et non pas instaurer une administration spécialisée supplémentaire.</p> | VS |
| Art. 4 | <p>Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die Verordnung den geänderten Artikel 13 NHG korrekt interpretiert. Freilich bringt die Zusammenlegung von Programmvereinbarungen für den Naturschutz und die Denkmalpflege einige Schwierigkeiten. Im Unterschied zu den Naturschutzbemühungen wiederholen sich die Ziele der Denkmalpflege (und subsumiert auch jene der Archäologie) nicht periodisch, sondern sind individuell. Entsprechend hält Art. 5 Abs. 3 auch individuelle Vorschläge für die Beitragsbemessung für diese Bereiche fest. Es sei daher notwendig, dass Art. 4 Abs. 2 Bst. a nicht von «strategischen Programmzielen» spricht sondern lediglich von «Zielen», da im Bereich der Denkmalpflege in aller Regel nicht strategische Programmziele vereinbart werden können. Richtigerweise weisen die Erläuterungen darauf hin, dass im Bereich der Denkmalpflege die Programmvereinbarungen die einzelnen Projekte und die dazu erforderlichen Regelungen enthalten. Die Korrektur von «strategischen Programmziele» zu «Ziele» möge geringfügig erscheinen, sei jedoch zur weiteren Ermöglichung der Unterstützung von denkmalpflegerischen und archäologischen Projekten für die Kantone ausschlaggebend.</p> | BE |
| Art. 4 | <p>In Artikel 4 werden lediglich die globalen Finanzhilfen des Bundes erwähnt. Finanzhilfen kommen gestützt auf das Subventionsgesetz des Bundes bei der Erfüllung einer vom Empfänger selbst gewählten Aufgabe zum Tragen. Im Zuständigkeitsbereich des Natur- und Heimatschutzgesetzes gibt es jedoch auch bundesrechtlich vorgeschriebene Aufgaben, z.B. beim Schutz von Objekten von nationaler Bedeutung. Daher sollte gemäss Vernehmlasser in der Überschrift von "Finanzhilfen und Abgeltungen" gesprochen werden.</p> <p>Die Begriffsbestimmungen seien zu überprüfen.</p> | ZG |
| Art. 4 | <p>Archäologie und Denkmalpflege sind von der Verordnung vom 15. Januar 1991 über den Natur und Heimatschutz betroffen (NHV; SR 451.1).</p> <p>Gemäss Art. 4 NHV unterstützt der Bund zukünftig die Kantone im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege in Form von globalen Finanzhilfen. Diese Finanzhilfen werden in der Regel global mittels Programmvereinbarungen gewährt. Gemäss Art 4a können ausnahmsweise Finanzhilfen auch einzeln gewährt werden.</p> <p>Der Vernehmlasser erachtet die Verordnung grundsätzlich als sachdienlich und effizient. Allerdings ergibt sich ein begrifflicher, aber auch inhaltlicher Widerspruch bei der Verwendung des Ausdrucks "global". In den Erläuterungen wird auf diesen Punkt hingewiesen. Zitat: "Im Bereich Na-</p> | BS |

| | | |
|------------------------|---|------|
| | <p>tur- und Landschaftsschutz erfolgt die Beitragsgewährung in der Regel mittels Globalbeiträgen. Im Bereich Denkmalpflege, Archäologie, Ortsbildschutz und der historischen Verkehrswege der Schweiz erfordern die Projekte in der Regel eine individuelle Beurteilung, d.h. die Festlegung erfolgt in Prozenten der beitragsberechtigten Aufwendungen. Die Finanzhilfen können mittels Programmvereinbarungen oder ausnahmsweise mittels Verfügung erfolgen."</p> <p>Zusätzlich macht der Vernehmlasser auch auf die Formulierung in Art. 4, Abs. 2 a. aufmerksam: "die ... gemeinsam zu erreichenden strategischen Programmziele". Da sich die Programmvereinbarungen im Bereich Denkmalpflege und Archäologie in der Regel aus konkreten Einzelprojekten zusammensetzen, handelt es sich dabei nicht um "strategische Programmziele" sondern lediglich um "Ziele".</p> <p>Antrag: Art. 4 NHV sollte folgendermassen angepasst werden: Art. 4 Finanzhilfen 1 Finanzhilfen für Massnahmen zur Erhaltung von schützenswerten Objekten nach Artikel 13 NHG werden in der Regel mittels Programmvereinbarungen oder Globalbeiträgen gewährt. Art 4 NHV, Absatz 2, Buchstabe a sollte folgendermassen angepasst werden: a. die in den Bereichen Naturschutz, Heimatschutz oder Denkmalpflege gemeinsam zu erreichenden Ziele...</p> | |
| Art. 4 | <p>Das es sich in diesem Sachbereich, insbesondere bei der Denkmalpflege und der Archäologie, gemäss Vernehmlasser um Einzelfälle handelt, muss die Bezeichnung "strategische Programmziele" durch "Ziele" oder "Massnahmen" ersetzt werden, da die Zusammenstellung von Einzelgeschäften keine strategischen Programmziele ergeben.</p> <p>Art. 4 Abs. 2 Bestimmung a. sei wie folgt abzuändern: a. die in den Bereichen Naturschutz, Heimatschutz oder Denkmalpflege gemeinsam zu erreichenden Ziele oder zu realisierenden Massnahmen;</p> | AR |
| Art. 4 | <p>In Art. 4 des NHV-Entwurfs soll festgelegt werden, dass die Finanzhilfen nach Art. 13 NHG in der Regel global mittels Programmvereinbarungen gewährt werden und dass unter anderem die in den Bereichen Naturschutz, Heimatschutz oder Denkmalpflege gemeinsam zu erreichenden strategischen Programmziele Gegenstand der Programmvereinbarung sind.</p> <p>Strategische Ziele zu vereinbaren scheint im Bereich der Denkmalpflege jedoch nur beschränkt möglich zu sein, da mit den Mitteln des Bundes in der Regel die Restaurierungen zahlreicher einzelner Bauwerke unterstützt werden. Von strategischen Zielen kann gemäss Vernehmlasserin auch deshalb nicht gesprochen werden, weil die Vorhaben meist kurzfristig angemeldet werden und von keiner Seite aus voraussehbar oder gar steuerbar sind. Dies bedeutet, dass in Absprache zwischen Bund und Kantonen auch in Zukunft die einzelnen Geschäfte Thema der Programm- und Leistungsvereinbarung sein werden.</p> <p>Die ENHK empfiehlt deshalb, die Programmvereinbarungen explizit so auszugestalten, dass im Fachbereich Heimatschutz und Denkmalpflege auch eine Liste von Vorhaben Gegenstand der Programmvereinbarung sein kann. Zudem empfiehlt die Kommission, den Begriff "strategisch" fallen zu lassen.</p> | ENHK |
| Art. 4 Abs. 2 litera a | <p>Le Canton du Jura demande l'adaptation suivante : "les objectifs [supprimer "stratégiques"] et les mesures à réaliser en commun...".</p> | JU |
| Art. 4 Abs. 2 | <p>In Art. 4 Abs. 2 Bst. A NHV heisst es, dass Gegenstände der Programmvereinbarungen insbesondere die in den Bereichen Naturschutz, Heimatschutz oder Denkmalpflege gemeinsam zu erreichenden strategischen Programmziele sind. Da es sich bei den Geschäften der Denkmalpflege und der Archäologie um Einzelfälle handelt, die durch bauliche Massnahmen der jeweiligen Grundeigentümer ausgelöst werden, müsse der Begriff der "strategischen Programmziele" gestrichen und durch blosse "Ziele" ersetzt werden. Die kantonalen Zusammenstellungen von Einzelgeschäften ergeben keine "strategischen Programmziele", sondern eben nur Ziele oder Massnahmen.</p> <p>Demzufolge wird für Art. 4 Abs. 2 Buchstabe a NHV der Antrag gestellt, die Formulierung wie folgt zu ändern: a. die in den Bereichen Naturschutz, Heimatschutz oder Denkmalpflege gemeinsam zu erreichenden Ziele oder zu realisierenden Massnahmen;</p> | OW |

| | | |
|------------------------|---|-----|
| Art. 4 Abs. 2 litera a | <p>Art. 4 Abs. 2 lit. a des Entwurfes «die in den Bereichen Naturschutz, Heimatschutz oder Denkmalpflege gemeinsam zu erreichenden strategischen Programmziele» sei durch «die in den Bereichen Naturschutz, Heimatschutz oder Denkmalpflege gemeinsam zu erreichenden Ziele oder zu realisierenden Massnahmen» zu ersetzen.</p> <p>Da es sich zumindest bei den Geschäften der Denkmalpflege (inkl. Archäologie) um Einzelfälle handelt, ist der Begriff «strategische Programmziele» zu streichen und durch «Ziele» zu ersetzen. Die Zusammenstellungen von Einzelgeschäften in der Denkmalpflege ergeben keine «strategischen Programmziele», sondern nur Ziele oder Massnahmen.</p> <p>Auf Grund der Erläuterungen auf Seite 57 wird eine projektweise Beurteilung der Programme vorausgesetzt und die Auszahlung auf die von der kantonalen Fachstelle geprüfte und genehmigte Abrechnung abgestützt: «Im Bereich Denkmalpflege, Archäologie, Ortsbildschutz und der historischen Verkehrswege der Schweiz erfordern die Projekte in der Regel eine individuelle Beurteilung, d. h. die Festlegung der Finanzhilfen erfolgt in Prozenten der beitragsberechtigten Aufwendungen. Die Finanzhilfen können mittels Programmvereinbarung oder ausnahmsweise mittels Verfügung gewährt werden.»</p> | SH |
| Art. 4 Abs. 2 litera a | <p>A l'article 4a, le Canton de Neuchâtel regrette que le commentaire de l'ordonnance ne cite aucun exemple de ce que l'on entend par "évaluation complexe et spécifique" (litt. b) et "coûteux" (litt. c). En effet, ces termes génériques sont trop vagues pour permettre de prendre réellement position.</p> | NE |
| Art. 4 Abs. 2 litera a | <p>Dieser sei wie folgt umzuformulieren: "die in den Bereichen Naturschutz, Heimatschutz oder Denkmalpflege zu erreichenden Programmziele" ("strategischen" sei zu streichen).</p> <p>Begründung: In den Programmvereinbarungen werden nicht allein Strategien festgeschrieben, sondern auch Massnahmen. Die Programmvereinbarungen halten in erster Linie fest, welche Teilbereiche schwerpunktmässig berücksichtigt werden sollen. Damit bewegen sie sich auf der Ebene des Vollzugs, nicht der Strategie. Aus diesem Grund sei die Streichung von "strategisch" angezeigt.</p> | EKD |
| Art. 4 Abs.2 | <p>Le Conseil d'Etat propose de modifier cette disposition comme suit :</p> <p>La convention-programme a notamment pour objets :</p> <p>a. les objectifs à atteindre en commun dans les domaines de la protection de la nature, de la protection du paysage et de la conservation des monuments historiques;</p> <p>Il s'agit de remplacer les termes « objectifs stratégiques » par celui plus général de « objectifs ». Le gouvernement craint, en effet, que l'addition de demandes cantonales isolées ne soit pas considérée comme un objectif stratégique par la Confédération et que l'aide fédérale puisse ainsi être affaiblie.</p> | VD |
| Art. 4 und 4b | <p>Concernant les articles 4 et 4b, la systématique du texte n'est pas très claire en ce qui concerne le moment du dépôt des demandes de subventions globales et celui de la conclusion des conventions-programme. Selon le Canton de Neuchâtel il est à souhaiter que ces points seront traités dans les directives des offices fédéraux compétents.</p> | NE |
| Art. 4 und Art. 4a | <p>Antrag:</p> <p>Im Bereich Denkmalpflege sei auf die Unterscheidung zwischen globalen Finanzhilfen und einzelnen Finanzhilfen zu verzichten.</p> <p>Im Bereich der Denkmalpflege ist eine projektweise individuelle Beurteilung notwendig, daher ist die Unterscheidung zwischen globalen Finanzhilfen und einzelnen Finanzhilfen gemäss Vernehmlasser untauglich. Im Kanton Schaffhausen sind kantonale Subventionen gemäss Praxis an kommunale Subventionen gebunden. Der vertragliche Abschluss von globalen Finanzhilfen mittels Programmvereinbarungen berücksichtigt den Koordinationsbedarf zwischen Kanton und Gemeinden nicht. Mehrjährige Programmvereinbarungen würden den vorgängigen Abschluss von kantonalen und kommunalen Subventionsentscheiden (Verfügungen) voraussetzen. Eine solche Vorlaufzeit ist für die Subventionsgesuche in der Denkmalpflege unrealistisch. In der Denkmalpflege sind der Eingang von Subventionsgeschäften und die Laufzeit von Bauvorhaben von externen Faktoren bestimmt. Als direkte Auswirkung von mehrjährigen Programmvereinbarungen würde sich die Durchlaufzeit von Subventionsgeschäften verlängern und die Kooperation zwischen Denkmalpflege und Eigentümern von Denkmälern stark beeinträchtigen (vgl. auch die Be-</p> | SH |

| | | |
|---------|---|----|
| | merkung des Vernehmlassers zu Art. 10 NHV). | |
| Art. 4a | Der Vernehmlasser begrüsst diesen Artikel ausdrücklich. Es muss möglich sein, auch die Finanzierung von dringlichen Einzelprojekten sicherzustellen. Allenfalls ist zu überlegen, ob dafür aus den für Finanzhilfen verfügbaren Mitteln ein bestimmtes Kontingent zur Verfügung des zuständigen Bundesamtes sichergestellt werden sollte (vgl. auch Hinweis des Vernehmlassers zu Art. 5). Auch dass besonders grosse und komplexe Projekte gesondert behandelt werden können, ist wichtig. Dabei ist aber sicherzustellen, dass die Aufwendungen dafür in einem bestimmten Verhältnis zu den Globalhilfen des betreffenden Kantons stehen. Es wäre bedenklich, wenn die Mittel des Bundes für den Bereich Natur- und Heimatschutz mehrheitlich zugunsten einiger weniger Grossprojekte eingesetzt würden (vgl. auch Bemerkungen des Vernehmlassers zu Art. 10a). | UR |
| Art. 4a | <p>Die Bestimmung schafft die Rechtsgrundlage, dass der Bund auch zukünftig ausnahmsweise einzelne Finanzhilfen entweder durch Vertrag oder mittels Verfügung gewähren kann. Die Begründung für die Durchbrechung des Prinzips der Programmvereinbarungen mit Globalbeiträgen vermag gemäss Vernehmlasser indessen nicht zu überzeugen. Es sei nicht einzusehen, weshalb Kriterien wie "Dringlichkeit", "Komplexität" oder "Aufwand eines Projektes" ein Abweichen vom Instrument der Programmvereinbarungen notwendig machen. Eine einseitige Verfügung von Finanzhilfen des Bundes verstösst gegen den Verhandlungscharakter. Das vertragliche Zusprechen der Finanzhilfe ausserhalb einer ordentlichen Programmvereinbarung könne genau so gut auch als Nachtrag zur Programmvereinbarung ausgestaltet werden.</p> <p>Gemäss dem erläuternden Bericht wird der Bund faktisch keine globalen Finanzhilfen, sondern, nach bisherigem System, individuelle Objektbeiträge entrichten und somit die Ausnahme zur Regel machen. So sollen die Programmvereinbarungen auf einzelnen Projekten aufgebaut (Seite 7, Kapitel 5.1, letzter Abschnitt) und die Objekte in der Regel jährlich abgeschlossen werden (Seite 8, Kap. 5.2. "Art. 4 Globale Finanzhilfen", 3. Abschnitt). Die Finanzhilfen werden gemäss Art. 5 Abs. 2 NHV zwischen dem zuständigen Bundesamt und dem betroffenen Kanton ausgehandelt. Laut den Ausführungen im erläuternden Bericht (S. 9, Kap. 5.2, "Art. 5 Beitragsbemessung", 2. Abschnitt) geht der Bund, als Basis für die Verhandlungen der Höhe der globalen Beiträge, soweit möglich von "Leistungseinheiten aus, wobei insbesondere Flächen- und Objektbeiträge in Frage kommen. Die Leistungseinheiten entsprechen der bisherigen prozentualen Bundesfinanzierung in diesem Bereich abzüglich der Finanzkraftzuschläge." Es wird gemäss Vernehmlasser nicht klar, weshalb einerseits die Leistungseinheiten pauschal der bisherigen prozentualen Bundesfinanzierung entsprechen, andererseits im Bereich Denkmalpflege und Archäologie die Programmvereinbarungen auf einzelnen Objekten aufgebaut werden sollen.</p> <p>Die Kantone müssen jedes Jahr mit dem Bund die Finanzhilfe neu aushandeln (Grundlage sind Einzelobjekte, jährlicher Abschluss der Objekte, usw.). Dieses Verfahren widerspricht dem Grundsatz der in der Regel auf vier Jahre ausgelegten Programmvereinbarung, nach welcher der Bund in der Regel globale Finanzhilfen gewährt und sich im Wesentlichen auf "die gesamtschweizerischen Zusammenhänge, auf die Ziele und Grundsätze der Aufgabenerfüllung, auf die Kontrolle sowie auf die fachliche Unterstützung der Kantone" konzentriert. Sollte die NHV im Sinne des Berichts zu vollziehen sein, würde die im Rahmen der NFA angestrebte Vereinfachung der Verwaltungsabläufe nicht erreicht. Zudem sei das neue System wenig transparent; es ist nirgends ersichtlich, nach welchem Verteilschlüssel der Bund die Finanzmittel auf die Kantone verteilt. Der Vernehmlasser erachtet dieses Verfahren als wenig zweckmässig. Wir schlagen vor, dass der Bund auch für den Bereich Denkmalpflege und Archäologie in erster Linie globale Finanzhilfen auf der Basis vierjähriger Programmvereinbarungen entrichtet; der erläuternde Bericht ist entsprechend anzupassen.</p> <p>Ab 2008 soll ein Moratorium für neue Gesuche verfügt werden. Dieser Rückzug gefährdet das bisher erfolgreiche Finanzierungssystem zwischen Privaten, Gemeinden, Kantonen und dem Bund. Das Vorgehen widerspricht der Botschaft des Bundesrates vom 7. September 2005 zur NFA zwischen Bund und Kantonen. Gemäss dieser sollen Heimatschutz und Denkmalpflege auch nach Einführung der NFA eine Verbundaufgabe bleiben.</p> | ZG |

| | | |
|----------------|--|----|
| | Art. 4a sei zu streichen. | |
| Art. 4a | <p>Antrag: Das Verhältnis zwischen den globalen Finanzhilfen nach Art. 4 und den einzelnen Finanzhilfen nach Art. 4a müsse klarer geregelt werden.</p> <p>Begründung: Art. 4a sieht vor, dass für Grossprojekte Finanzhilfen einzeln gewährt werden können. Art 4 und Art. 4a erwecke den Eindruck, dass die einzelnen Finanzhilfen für besondere Projekte zusätzlich zu den globalen Finanzhilfen gewährt werden. Dies entspricht nicht dem bisherigen Verständnis der Neuregelung. Bei den Verhandlungen mit dem BA-FU ging der Vernehmlasser vielmehr davon aus, dass grössere Auenrevitalisierungen mit den Mitteln aus dem Vierjahresbudget finanziert werden müssen und eigentlich nur noch darüber entschieden wird, wie hoch der Beitrag des Bundes an ein Projekt ausfällt.</p> | GR |
| Art. 4a | <p>On observe en effet que si le mode d'aide financière actuel (aide individuelle modulée en fonction des spécificités de chaque cas particulier) est conservé, il ne l'est qu'à titre "exceptionnel", l'essentiel des aides devant faire l'objet de conventions-programmes (art. 4, aides financières globales) sur quatre ans. Or il sera très difficile de faire une planification financière quadriennale précise en matière d'archéologie et de restauration des monuments. Les fouilles sont souvent "de sauvetage", donc imprévisibles par nature dans la mesure où elles dépendent de découvertes fortuites. Quant aux travaux de restauration nécessitant des subventions, ils sont difficiles à prévoir car la plupart des travaux sont entrepris par des privés en fonction de besoins dont les services publics ne sont pas toujours informés suffisamment à l'avance ou qui peuvent surgir, de façon inattendue, au cours de la période quadriennale. Même la planification des interventions de nature patrimoniale sur des édifices publics n'est pas exempte d'un certain degré d'imprévisibilité.</p> <p>Il faudrait donc que, d'une manière ou d'une autre, les ordonnances incluent ce facteur d'inconnu dans les programmes prévisionnels des conventions-programmes. On pourrait imaginer que l'OFC accepte une enveloppe "théorique", fondée par exemple sur une moyenne des subventionnements fédéraux des cinq ou sept dernières années, avec un mécanisme annuel d'ajustement en fonction des demandes et besoins réels qui se seraient révélés progressivement. Lors d'une discussion entre le canton de Genève et M. Jausselin, directeur de l'OFC, il est apparu que cet accommodement modulé à la réalité du terrain est plausible. Malheureusement, cela n'apparaît pas dans les textes.</p> | GE |
| Art. 4a Abs. 2 | <p>Vorbemerkung: Bei dieser Verordnung handelt es sich um die erste, die das Thema der Subventionierung angeht. Die fast identischen Bestimmungen tauchen immer wieder auf. Es wird deshalb vom Vernehmlasser angeregt, dass der Bund eine allgemeine Verordnung zum Subventionsgesetz schafft. So lassen sich unnötige Wiederholungen vermeiden. Beim Bund läuft zurzeit eine umfassende formelle Revision des Bundesrechts, die es auch im Rahmen der NFA-Umsetzung zu unterstützen gilt.</p> <p>Antrag 1: Art. 4a Abs. 2 sei zu streichen.</p> <p>Begründung: Bei Art. 4a Abs. 1 sollte geklärt werden, was der Bund unter grossem Aufwand meint (> 5 Mio. Fr.?). Art. 4a Abs. 2 kann gestrichen werden, weil bei den einzelnen Finanzhilfen nur die Verfügung in Frage kommt (Art. 18d Abs. 2 NHG).</p> | AG |
| Art. 4b | <p>Im Bereich Heimatschutz dürfte es gemäss Vernehmlasser nicht nur schwierig sein, die Programmziele detailliert aufzuführen, sondern auch die Wirksamkeit der Massnahmen im Einzelnen zu begründen. Es wird darum gehen, die Schwerpunkte für den Programmhorizont zu nennen (globale Hilfe). Für die Hilfe im Einzelfall geht der Vernehmlasser davon aus, dass grundsätzlich die Richtlinien für die bisherige Praxis weiter geführt werden.</p> | UR |
| Art. 4b Abs. 3 | <p>Cet article indique que l'OFC, notamment, "édicte des directives". Or si l'OFEV et l'OFROU l'ont fait, le canton n'a toujours rien reçu de l'OFC alors que la date butoir pour finaliser les conventions-programmes approche. Cette situation est fort inquiétante pour les services du Canton de Genève qui, compte tenu des difficultés de prévision énoncées ci-dessus, ne pourront élaborer des projections crédibles sans un temps raisonnable d'investigation. En l'absence de toute indication sur la forme et le contenu des futures demandes d'aide financière globale il est même difficile de se préparer. Apparemment, l'OFC lui-même n'est pas au clair</p> | GE |

| | | |
|---------------------|---|----|
| | sur le sujet. Dès lors, afin de ne pas être pris au dépourvu, le Canton de Genève propose, par exemple, que les ordonnances prévoient un délai de six mois entre la réception des directives par les différents offices cantonaux concernés et la reddition des conventions-programmes et que, dans l'intervalle le système des demandes au cas par cas soit maintenu. | |
| Art. 5 | Der Vernehmlasser geht davon aus, dass den betreffenden Bundesämtern für den Bereich Natur- und Heimatschutz bzw. für die Teilbereiche ein bestimmter Kreditrahmen zur Verfügung steht. Da ja künftig die Kantone Empfänger der Hilfe sein werden, ist es umso wichtiger zu wissen, nach welchen Kriterien diese Mittel auf die Kantone verteilt werden (inkl. Mittel für die Einzelfälle, siehe Bemerkung des Vernehmlassers zu Art. 4a). Diese Kriterien seien offen darzulegen. In der bisherigen Praxis waren die angewandten Kriterien weitgehend unbekannt bzw. nicht nachvollziehbar. Dass im Bereich Heimatschutz vor allem die Bedeutung der Objekte für die Beitragshöhe massgebend bleiben soll, ist zu befürworten. Das ersetzt aber nicht Kriterien für die grundsätzliche Zuordnung auf die Kantone. Der Vernehmlasser begrüsst insbesondere die Bestimmung in Absatz 4, wonach ausnahmsweise ein höherer Beitrag gewährt werden kann. | UR |
| Art. 5 Abs. 3 und 4 | Die Gründe, weshalb in den Bereichen Denkmalpflege, Archäologie, Ortsbildschutz und Schutz der historischen Verkehrswege die Finanzhilfen, als Ausnahme vom Grundsatz der Aushandlung der Höhe der Finanzhilfen zwischen Bund und Kanton, auch mittels Höchstbeiträgen in Prozenten festgelegt werden können, seien nicht stichhaltig. Auf die Ausnahmeregelung sei mangels sachlicher Notwendigkeit zu verzichten. Art. 5 Abs. 3 und 4 seien zu streichen. | ZG |
| Art. 5, 18 und 22 | L'OPN mentionne des taux de subventionnement. La modification de ces articles intègre des critères de fixation des subventions mais supprime toute référence chiffrée. Cela signifie que l'ordonnance ne fixe plus aucune base de calcul et que le niveau de la subvention dépend de la négociation entre le canton et l'OFEV sans qu'un point de référence soit donné. Une telle situation revient, d'une part, à admettre une potentielle inégalité de traitement entre les cantons pour des prestations identiques et, d'autre part, à permettre à la Confédération de s'écarter unilatéralement des niveaux de subvention actuels sans raisons objectives. Le Canton de Vaud demande de mentionner au moins dans l'ordonnance le niveau des subventions de base pour les différents types de subvention. | VD |
| Art. 9 Abs. 1 | Die Koordination zwischen BAK und ASTRA sei sicherzustellen. | UR |
| Art. 10 | Der Vernehmlasser geht davon aus, dass insbesondere bei grossen Projekten Teilzahlungen aufgrund von Teilabrechnungen möglich seien (Einzelfallhilfe). | UR |
| Art. 10 | Die Finanzhilfen seien in allen Fällen aufgrund der von der kantonalen Fachstelle geprüften und genehmigten Abrechnung ausbezahlt. Gemäss Art. 10 Abs. 1 NHV werden die globalen Finanzhilfen in Etappen ausbezahlt. Die einzelnen Finanzhilfen werden demgegenüber gemäss Art. 10 Abs. 2 NHV aufgrund der von der kantonalen Fachstelle geprüften und genehmigten Abrechnung ausbezahlt. Bei der Denkmalpflege handelt es sich in jedem Fall um «einzelne Finanzhilfen», welche auf der Grundlage der tatsächlichen Baumassnahmen berechnet und ausbezahlt werden, selbst wenn diese einzelnen Geschäfte in Programmen zusammengefasst würden. Die in Art. 10 vorgesehenen unterschiedlichen Formen der Beitragsauszahlungen sind für die Denkmalpflege praktisch unmöglich. Die zeitliche Koordination von Bauprojekten wird von externen Faktoren, nicht von der Denkmalpflege bestimmt. Im Übrigen ist auf die Erläuterungen (Seite 60) hinzuweisen: «Die Finanzhilfen werden in Etappen oder aufgrund der von der kantonalen Fachstelle geprüften und genehmigten Abrechnung ausbezahlt. In Denkmalpflege, Archäologie und Ortsbildschutz sowie bei den historischen Verkehrswegen der Schweiz erfordern die Projekte aufgrund ihres individuellen Charakters gemäss Vernehmlasser grundsätzlich eine geprüfte und genehmigte Abrechnung. Gekürzt werden Finanzhilfen insbesondere dann, wenn die beitragsberechtigten Aufwendungen gemäss der Abrechnung tiefer liegen als veranschlagt.» Diese Ausführungen bestätigen, dass «die Projekte aufgrund ihres individuellen Charakters grundsätzlich eine geprüfte und genehmigte Abrechnung» erfordern und globale Finanzhilfen daher entgegen Art. 4 Abs. 1 des NHV-Entwurfes im Bereich Denkmalpflege nicht die Regel sind. | SH |

| | | |
|----------------------------|---|-----|
| Art. 10 | Cet article prévoit un versement des aides financières globales par étapes. Le gouvernement vaudois souhaite qu'il y soit précisé que le versement doit être effectué annuellement, comme c'est le cas actuellement. | VD |
| Art. 10 Abs. 1 und Art. 11 | Les articles 10, al. 1 et 11 paraissent contradictoires. A l'article 10, les paiements semblent pouvoir être réduits ou supprimés sans rappel ni mise en demeure, tandis qu'un rappel préalable est exigé par l'article 11. Le Canton de Neuchâtel se demande si cette différence de traitement entre aide globale et individuelle est, d'une part, voulue, et, d'autre part, ce qui la justifierait. | NE |
| Art. 10 und 11 | Die Etappenzahlungen sollen gekürzt oder eingestellt werden "bei erheblichen Störungen der Leistung des Kantons [...], sofern den Kanton ein Verschulden trifft". Dem steht die Aussage in den Erläuterungen gegenüber (S. 7), dass die Kantone in der Ausgestaltung ihrer finanziellen Beiträge grundsätzlich frei seien. Man gehe lediglich von einer kantonalen Mitfinanzierung aus. Eine solche ist für den Kanton Luzern selbstverständlich. Wichtig ist aber, dass der Kanton Luzern die Höhe der Mitfinanzierung selber bestimmen kann und dies der Bund nicht als Leistungsstörung wertet. | LU |
| Art. 10a | Dass die Bundesämter eine Grundlage haben müssen, den Vollzug in den Kantonen zu verfolgen, leuchtet dem Vernehmlasser ein. Die mit NFA verfolgte Entflechtung der Aufgaben dürfe aber nicht dazu führen, dass der administrative Aufwand (bei den Kantonen) wesentlich zunimmt. So müsse mindestens gewährleistet sein, dass der Jahresbericht im letzten Programmjahr mit dem Schlussbericht zusammengefasst werden kann (vgl. Erläuterungen). | UR |
| Art. 10a Abs. 1 | Gemäss Art. 10a Abs. 1 NHV haben die Kantone jährlich Bericht über die Verwendung der globalen Finanzhilfen zu erstatten. Es gilt darauf hinzuweisen, dass es für kleine Naturschutz- und Denkmalpflegefachstellen mit begrenzten personellen Ressourcen sehr wichtig ist, dass sich der Verwaltungsaufwand bei der Umsetzung der NFA in Grenzen hält. Es ist daher gemäss Vernehmlasser zu begrüssen, dass die Jahresberichte gemäss den Erläuterungen (Seite 60 f.) knapp gehalten werden sollen. Indessen halten die Erläuterungen auch fest, dass im vierten Jahr, nach Abschluss des Programms, neben dem Schlussbericht noch ein vierter Jahresbericht eingereicht werden soll. Auf den vierten Jahresbericht ist jeweils zu verzichten. Der Schlussbericht am Ende der Vierjahresperiode sollte genügen. | SH |
| Art. 11 | In Art. 11 sollte anstelle des Ausdrucks "der Empfänger" der Ausdruck "der Kanton" stehen. Begründung: Der Kanton stellt das Gesuch um Finanzhilfe, er ist auch ihr Empfänger | AG |
| Art. 18 | In Art. 18 der NHV wird die Höhe der Abgeltungen für den Schutz und Unterhalt der Biotope und den ökologischen Ausgleich festgelegt. Die SAB ist der Auffassung, dass für Biotope und Ausgleichsflächen von nationaler Bedeutung ein Bundesanteil von mindestens 50% gelten muss. Art. 18 Abs. 2 der NHV sei dementsprechend zu ergänzen. | SAB |
| Art. 18 und 19 | Aux articles 18 et 19, le contenu des conventions-programmes pour la protection des biotopes et des sites marécageux doit être coordonné avec celui des conventions-programmes relatives à la diversité biologique en forêt (cf. art. 42 du projet de modification de l'Ofo). En effet, les mesures prévues pourront concerner les mêmes surfaces. Une obligation de coordination devrait figurer dans l'OPN et l'Ofo. | NE |
| Erläuterungen | S. 57, 3. Abschnitt sei wie folgt zu ändern: "Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen quantifizieren die zu erreichenden Ziele respektive die zu erbringenden Leistungen. Empfänger der Bundesbeiträge sind normalerweise die Kantone. Begründung: Der Terminus "Adressaten" legt gemäss EKD nahe, dass der Bund den Inhalt der Programmvereinbarungen definiert und diese dann an die Kantone "adressiert". In Tat und Wahrheit handelt es sich aber um eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien. Daraus folgend seien Anpassungen in Sinn und Wortlaut vorzunehmen an den folgenden Stellen: S. 57 5.1. Allgemeines 2. Abschnitt, 7. Abschnitt; S. 58 Art. 4; S.59 Art. 5; S. 60 Art. 10,10a | EKD |

6.1.6 Wasserbauverordnung vom 2. November 1994

Die Vernehmlasser sind weitgehend mit den Änderungen einverstanden.

Es werden jedoch viele Einzelanträge betreffend Ergänzungen, Streichungen oder Änderungen gemacht. So sehen gleich mehrere Vernehmlasser (BE, ZG, GE, OW, NW, VD, GE, VS) Handlungsbedarf beim Art. 2 Abs. 1. Die Forderungen sind jedoch nicht einheitlich.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|--|-----------------|
| Allg. | Der Entwurf der Wasserbauverordnung stellt eine Totalrevision der Verordnung vom 2. November 1994 dar. Der Vernehmlasser ist mit der vollständigen Überarbeitung sehr einverstanden, stellt sie doch eine Vereinfachung dar. Es wird begrüsst, dass für eine Abgeltung des Bundes der weitere Unterhalt gesichert sein muss (Art. 1 Absatz d). | BS |
| Allg. | Bemerkungen zum 3. Abschnitt WaBV: Zur Zeit sind die Indikatoren zur Beurteilung der Programmziele nicht bekannt. Die Definition einfacher Indikatoren ist nach Erachten des Vernehmlassers insbesondere bei Hochwasserschutzprojekten sehr schwierig. Dadurch dürfte die Erstellung der geforderten Jahresberichte aufwändig und deren Kontrolle entsprechend kompliziert werden. Mit der Einführung dieses Systems wird ein Misstrauen gegenüber den Kantonen ausgedrückt. Mit der in Art. 1 Abs. 1 Bst. a WaBV geforderten Koppelung des Bundesbeitrags an die angemessene Beteiligung des Kantons und mit der Beschränkung des Beitragssatzes auf 35 Prozent ist nach Erachten des Vernehmlassers (zusammen mit Stichproben durch die Vertreter des Bundesamtes für Umwelt [BAFU]) gewährleistet, dass die Mittel effizient eingesetzt werden. | SG |
| Allg. | Il Cantone Ticino conferma la validità della proposta sottoposta in consultazione. | TI |
| Allg. | Es geht hier um Hochwasserschutz- und Renaturierungsmassnahmen, die weiterhin Verbundaufgaben von Bund und Kantonen bleiben. Neu sollen auch die finanzstarken Kantone Beiträge erhalten, da der Ressourcen- und Lastenausgleich anderweitig geregelt wird. Alle Kantone sollen gleich behandelt werden. Die Kantone treten den Subventionsgesuchstellern neu alleine gegenüber. Sie sind in der weiteren Ausgestaltung der finanziellen Beiträge grundsätzlich frei. Der Bund setzt eine angemessene kantonale Mitfinanzierung voraus. Die Ansätze für die Bemessung der Globalbeiträge des Bundes entsprechen dem bisherigen Recht abzüglich der Finanzkraftzuschläge, die wegfallen. Damit werden die Bundesbeiträge an die nicht finanzstarken Kantone tendenziell abnehmen. Die Auswirkungen auf die Subventionsnehmer bzw. Leistungsersteller sind gemäss Vernehmlasserin von der Gesetzgebung der Kantone abhängig. | Stadt Solothurn |
| Allg. | Le projet de modification de l'ordonnance fédérale sur l'aménagement des cours d'eau et les commentaires l'accompagnant (chapitre 1 modification 6 du document général mis en consultation) permettent la mise en œuvre de la réforme de la péréquation des tâches (RPT) dans le domaine de la protection contre les crues. Les commentaires rappellent que les principes retenus ont été discutés par un groupe de travail paritaire. Cela est vrai. Il convient cependant de préciser que l'ordonnance elle-même n'a pas été discutée au sein de ce groupe de travail dont était membre le responsable des cours d'eau de notre canton. De manière générale, nous constatons que le projet d'ordonnance répond à l'esprit de la RPT. Le projet contient toutefois relativement peu de détail sur la mise en œuvre pratique de la loi et nous sommes d'avis que des directives devraient préciser l'ordonnance. Un aspect non sans importance semble manquer, à savoir la notion de contribution de tiers (privés, industries, etc.); il serait souhaitable que l'ordonnance contienne des indications sur le mode de prise en compte des tiers appelés à participer à l'œuvre, sauf s'il est entendu que c'est là une affaire purement cantonale. Les commentaires énoncés ci-dessous portent bien plus sur la forme | VS |

| | | |
|---------------|--|----|
| | que sur le fond qui n'est pas contesté, aux difficultés de financement près. Nous profitons de la présente pour remercier l'Office fédéral de l'environnement d'avoir mené à bien ce lourd projet de modèle de financement des dangers naturels d'entente avec des représentants cantonaux. | |
| Art. 1 | - Les commentaires précisent que cet article « ...fixe en termes quantitatifs... », ce qui n'est pas vrai, l'article étant seulement qualitatif. - Lit. c : il convient de préciser qu'il existe des cas où aucun autre intérêt public n'est en jeu ; nous proposons ainsi la formulation suivante : « lorsque ces mesures tiennent compte le cas échéant des intérêts publics relevant d'autres secteurs; et » | VS |
| Art. 1 Abs. 1 | Es ist richtig, dass die finanzielle Mitbeteiligung der Kantone der Grundphilosophie der Verbundaufgaben entspricht. Die finanzielle Mitbeteiligung wird jedoch nicht in allen Verordnungen erwähnt. Diesbezüglich fehle es der Vorlage an Kongruenz. Der Bund kann die Leistung von Abgeltungen für bundesrechtlich vorgeschriebene Aufgaben und für öffentlich-rechtliche Aufgaben, die er den Kantonen übertragen hat, nicht von einer finanziellen Mitbeteiligung des Kantons abhängig machen. Art. 1 Abs. 1 Bst. a sei zu streichen. | ZG |
| Art. 2 | Unklar sei, welchem Massnahmetyp Notmassnahmen bzw. Wiederherstellungsarbeiten zugewiesen werden und ob es künftig nur noch Globalbeiträge gibt oder ob dies auch Einzelvorgaben sein können. | BE |
| Art. 2 | Zu den Anpassungen der Wasserbauverordnung selbst hat der Vernehmlasser keine Bemerkungen anzubringen. In den Erläuterungen zu Art. 2, Abgeltungen an wasserbauliche Massnahmen, Absatz 2, wird festgehalten, dass für reine Schadensbehebungen keine Bundesbeiträge geleistet werden. Der Vernehmlasser vertritt die Auffassung, dass für eine solche Interpretation die gesetzliche Grundlage fehlt. Das BA-FU vertritt richtigerweise die Auffassung, dass ein absoluter Hochwasserschutz unmöglich ist. Hochwasserereignisse haben auch bei einer fachgerechten Ausführung und bei regelmässigem Unterhalt der Hochwasserschutzbauwerke immer wieder Schäden an Letzteren zur Folge (Beschädigung von Sperrenbauwerken, Ufermauern, Dämmen usw.). Um weitere Schäden zu vermeiden, ist es in vielen Fällen unumgänglich, im Rahmen von Sofortmassnahmen Schäden an Hochwasserschutzbauwerken zu beheben. Gemäss Interpretation des Vernehmlassers, besteht nun seitens des Bundes die Absicht, an solche Arbeiten, welche der Vermeidung weiterer grosser Schäden oder gar des Zusammenbruches von wichtigen Hochwasserschutzbauwerken dienen und die damit wichtige Massnahmen der Prävention sind, keine Bundesbeiträge mehr auszurichten. Es wird um eine Klarstellung und gegebenenfalls um eine eindeutige Umschreibung in der Verordnung gebeten. Die im Kommentar zum Ausdruck gebrachte Lösung sei weder gesetzeskonform noch sachlich gerechtfertigt. | SZ |
| Art. 2 | Der Bund möchte Abgeltungen an Projekte, welche mehr als eine Million Franken kosten, auch zukünftig einzeln gewähren. Die Bundesbeiträge sollen in der Regel zwischen 35 % und 45 % betragen. Der Bund begründet dies damit, Projekte über eine Million Franken erforderten einen besonderen Aufwand, seien technisch schwierig und komplex und stellten besondere Anforderungen an die Koordination. Es ist aber für den Vernehmlasser nicht recht ersichtlich, weshalb nicht auch im Rahmen von Programmvereinbarungen aufwändigere Projekte abgewickelt werden könnten. In anderen Bereichen wird diese Unterscheidung auch nicht vorgenommen. Zudem habe die Millionengrenze etwas Willkürliches. Die Programmvereinbarungen haben den Vorteil, dass ein Gesamtpaket mit allen relevanten Hochwasserschutzmassnahmen entsteht. Diese Durchbrechung des Prinzips der Programmvereinbarungen mit Globalbeiträgen sei daher abzulehnen. Art. 2 Abs. 2 und 3 seien zu streichen. | ZG |
| Art. 2 | En comparant les informations figurant dans les documents faisant l'objet de la présente consultation avec celles du Manuel RPT dans le domaine de l'environnement, le Canton de Fribourg constate qu'il existe un certain flou quant aux travaux susceptibles de faire l'objet d'indemnités pour les mesures d'aménagement des cours d'eau. Dans l'intitulé de l'art. 2 OACE, les indemnités ne sont prévues que pour les mesures d'aménagement. A l'alinéa 1, les indemnités de l'offre de base | FR |

| | | |
|---------------|---|----|
| | <p>comprennent également l'établissement des documents de base sur les dangers. Dans le manuel (explications spécifiques, p. 4, chap. 2.1.1), les travaux de maintenance périodiques sont également sujets à indemnités. Les travaux d'entretien sont par contre explicitement exclus du subventionnement fédéral dans le manuel alors que le texte du rapport explicatif est moins tranché (p. 14, fin du dernier paragraphe). Rappelons que la loi fédérale sur l'aménagement des cours d'eaux (art. 3 al. 1) prévoit que les mesures d'entretien et de planification soient prioritaires dans la protection. Ce principe doit se refléter dans le modèle de subventionnement. Il serait regrettable que la Confédération ne saisisse pas l'opportunité de la RPT pour permettre aux cantons d'utiliser les montants de l'offre de base pour des travaux qu'elle juge elle-même prioritaires.</p> | |
| Art. 2 | <p>Concernant l'offre de base, le Canton de Genève est particulièrement pénalisé par le poids excessif donné à la longueur des cours d'eau en tant qu'indicateur pertinent de la répartition des indemnités entre cantons. En effet, le territoire genevois est densément peuplé alors que son réseau hydrographique est peu étendu. Il en résulte que le potentiel de dommage en regard du linéaire de cours d'eau est plus élevé que la moyenne et que, de ce fait, la part genevoise à l'offre de base est sous-estimée. Ceci est encore aggravé par la limite à 1 million de francs entre "offre de base" et "projets onéreux". Une grande partie de nos projets se situant en dessous de cette limite, ceux-ci grèvent fortement l'enveloppe allouée à Genève au titre de l'offre de base.</p> | GE |
| Art. 2 Abs. 1 | <p>Die Bezeichnung «Massnahmen ohne besonderen Aufwand» wäre wie folgt präziser umschrieben und besser mit Abs. 2 übereinstimmend: «Massnahmen kleiner als eine Million Franken».</p> | BE |
| Art. 2 Abs. 1 | <p>Die Wasserbauverordnung äussert sich nicht bezüglich der Höhe der Beitragssätze und überlässt die Festsetzung der Höhe dementsprechend der Verwaltung. Es ist gemäss Vernehmlasser davon auszugehen, dass die Beitragshöhe in den Programmbestimmungen festgelegt wird. Um eine höhere Rechtssicherheit und auch ein stärkeres finanzpolitisches Gewicht zu erhalten, drängt sich eine Festlegung durch den Bundesrat in der Wasserbauverordnung auf. In Abs. 1 ist der Beitragssatz von 35 Prozent an "Massnahmen ohne besonderen Aufwand"(Grundangebot) und 50 Prozent an "Gefahregrundlagen" aufzunehmen.</p> <p>Gemäss Kommentar S. 64 werden Messstellen, Frühwarndienste usw., welche bisher unter der gleichen Rubrik wie Gefahregrundlagen gefördert wurden, neu dem Grundangebot zugerechnet. Dies bewirke eine faktische Schlechterstellung bei der Förderung (neu: 35 Prozent statt 50 Prozent). Der strategischen Bedeutung dieser in der Regel sehr effizienten Massnahmen, die zudem oft in nationalem Interesse stehen, sollte durch gleich hohe Förderung wie bei den Gefahregrundlagen Rechnung getragen werden. Die IMIS-Aufwendungen der Kantone müssen, wie auch andere Mess- und Überwachungssysteme, den Gefahregrundlagen zugeordnet werden.</p> <p>Die "Massnahmen ohne besondere Aufwendungen" sind, wie die Erfahrung bei der Vorbereitung der ersten Programmperiode zeigt, faktisch sehr unbedeutend, da (fast) alle Wasserbauprojekte den Kostenvorschlag von einer Million Franken überschreiten und daher als Einzelprojekte gemäss Abs. 2 der neuen WaBV zu behandeln sind. Entsprechend marginale Bedeutung komme den Kriterien zur Bemessung der Höhe der Abgeltung in Abs. 1 (Bst. a und b) zu.</p> | OW |
| Art. 2 Abs. 1 | <p>Gemäss Verordnungsentwurf wird der Bundesbeitrag neu mit jedem Kanton ausgehandelt. Nach der heutigen Praxis wird der Beitrag nicht ausgehandelt, sondern vom BAFU bei den Gefahregrundlagen bedarfsorientiert zugeteilt. Die Neuerung erachtet der Vernehmlasser als richtig.</p> <p>Hingegen werden die Beiträge bei Massnahmen ohne besonderen Aufwand mittels einer gewichteten Gewässerlänge jedem Kanton zugeteilt. Dies führt in Kantonen mit geringem Investitionsbedarf dazu, dass die Beiträge den Bedarf übersteigen können. Demgegenüber ist die Beteiligung in andern Kantonen sehr niedrig. Im Besonderen betrifft dies die Gebirgskantone, in denen nicht nur Massnahmen gegen den Hochwasserabfluss, sondern topografisch bedingt auch Massnahmen gegen Geschiebe und zusätzlich gegen Murgänge realisiert werden müssen. Die letztgenannten Prozesse, welche nur im Gebirge auftre-</p> | NW |

| | | |
|---------------|--|----|
| | <p>ten, sind bekanntlich wesentlich kostenintensiver als Massnahmen nur gegen Hochwasser. Die vorgesehene Festlegung führt deshalb zu einer krassen Ungleichbehandlung der Kantone.</p> <p>Aus diesen Gründen müsse der Artikel dahingehend geändert werden, dass die Beitragshöhe eingegrenzt wird auf beispielsweise 30 bis 35 % der anrechenbaren Kosten bei Massnahmen ohne besonderen Aufwand und der Bedarf an Mitteln auch für den Hochwasserschutz ein wesentliches Kriterium für die Mittelzuteilung darstellt.</p> <p>Antrag: Abgeltungen an Massnahmen ohne besonderen Aufwand und die Erstellung von Gefahregrundlagen werden global gewährt. Die Höhe der globalen Abgeltungen beträgt maximal 35 Prozent der anrechenbaren Kosten und wird zwischen dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) und dem betroffenen Kanton ausgehandelt und richtet sich nach: a. dem Gefahren- und Schadenpotential, wobei der Geschiebetrieb in steilen Gebieten mit einem dreifachen Gewichtungsfaktor zu berücksichtigen ist; b. dem Umfang und der Qualität der Massnahmen sowie deren Planung.</p> | |
| Art. 2 Abs. 1 | <p>Les termes de « frais particuliers » ne sont pas clairs. Est-ce particulier parce que inhabituel, ou s'agit-il plutôt de frais importants, ce qui semble être le cas. Le Canton de Vaud propose donc de remplacer ces termes par ceux de « coûts importants », voire d'indiquer qu'ils représentent un montant inférieur à un million de francs, par opposition à la réglementation des projets individuels de plus d'un million de francs.</p> | VD |
| Art. 2 Abs. 1 | <p>Afin de préciser le sens de la phrase, le texte pourrait être modifié comme suit :</p> <p>1Les indemnités pour les mesures n'engendrant pas de frais particuliers et pour l'établissement des documents de base...</p> | GE |
| Art. 2 Abs. 1 | <p>Les taux de subvention pour les mesures n'engendrant pas de frais particuliers et les documents de base sur les dangers ne sont pas précisés dans l'ordonnance alors qu'ils sont énoncés dans les commentaires. Nous proposons d'indiquer les taux dans l'ordonnance, en précisant la différence entre les petits projets et les bases de dangers. En particulier, le taux des bases de dangers doit être de 50%. Il y a lieu également de préciser s'il s'agit de taux maximaux (la subvention pouvant dépendre des critères énoncés aux lit. a et b,) ou de taux fixes, comme cela avait été discuté dans le groupe de travail paritaire. A ce propos, nous nous demandons comment la Confédération compte apprécier l'ampleur et la qualité des mesures ainsi que leur planification si les projets concernés par cet alinéa sont sous la seule responsabilité des cantons. Nous demandons ainsi de ne conserver que le critère du potentiel de dommages et de supprimer l'alinéa b.</p> <p>- Il est fait également mention dans les commentaires de la longueur des cours d'eau : nous voyons là une solution pratique mais provisoire, les critères définitifs devant être avant tout la situation de risque, évaluée par les cartes des dangers. Mais dès l'instant où ce critère de longueur est retenu, il convient de ne pas négliger les petits cours d'eau (nombre de Strahler de 1), générateurs en milieu de montagne de processus dangereux et faisant l'objets de mesures de protection.</p> <p>- L'analyse du risque mentionnée dans les commentaires, et de manière générale les bases de dangers, doivent contenir également la mise en place des systèmes de surveillance et d'alerte, qui doivent être subventionnés à hauteur de 50%. Il serait faux de mettre cet aspect en première priorité et de ne pas l'appuyer convenablement. Par ailleurs, l'analyse du risque comprend non seulement les cadastres et la cartographie, mais également d'autres études de bases sur la connaissance des dangers. Par ailleurs, le terme de « cartes de zones à risques » doit être remplacé par « cartes des dangers », qui correspond à la fois au terme allemand et à la réalité.</p> | VS |
| Art. 2 Abs. 2 | <p>Il Cantone Ticino rileva un'incongruenza relativa al tasso di sussidiamento per opere singole, che nel disegno di ordinanza è fissato al 35-55%, mentre nel commento al 35-45% e chiede pertanto al Consiglio federale di chiarire quale dei due tassi sarà quello realmente applicato.</p> | TI |
| Art. 2 Abs. 2 | <p>Pas de remarque sur l'ordonnance. Par contre, les commentaires précisent qu'« aucune contribution fédérale n'est versée pour la remise en état des lieux » : il conviendrait de détailler ce qui est entendu par là, en</p> | VS |

| | | |
|------------------------|--|-----|
| | laissant la possibilité de prendre en charge les déblaiements des premiers jours suivant un débordement, comme c'est le cas aujourd'hui. Nous proposons également de changer le terme de « holistique », qui est un terme d'origine médicale, par « global », mais cela n'a pas grande importance. | |
| Art. 2 Abs. 3 | Dieser Härtefallregelung kann der Vernehmlasser zustimmen. Unklar bleibe aber der Begriff «erheblich belastet». Die Kriterien und Spielregeln sollten zusammen mit den Kantonen grundsätzlich und präventiv definiert werden. Die Erfahrungen des Hochwassers 2005 zeigen, dass diesbezüglich die partnerschaftliche Zusammenarbeit noch zu verbessern ist. | BE |
| Art. 2 Abs. 3 | Dieser Artikel wird in der vorliegenden Formulierung vom Vernehmlasser grundsätzlich begrüsst. Da die Definition von "ausserordentliche Schutzmassnahmen" und "erhebliche Belastung" nicht definiert ist, ist der Vernehmlasser der Meinung, dass das Wort "ausserordentliche" zu streichen sei. Mit der neu formulierten Bestimmung b. werde zudem der wirtschaftlichen Bedeutung von Tourismusanlagen im Berggebiet zwar nicht vollumfänglich, aber doch immerhin besser Rechnung getragen. | OW |
| Art. 2 Abs. 3 | La disposition prévoyant l'octroi d'une contribution majorée à 65 % au plus lorsqu'un canton fait face à des charges considérables, semble au Canton de Fribourg contraire aux principes de la RPT. Les conditions émises sont trop générales pour empêcher que ces aides supplémentaires ne soient systématiquement octroyées aux cantons qui font face aux dangers naturels les plus importants en raison de leurs caractéristiques géographiques. | FR |
| Art. 2 Abs. 3 | Pas de remarque, si ce n'est qu'il serait bon de préciser les critères conduisant à une majoration des taux et si cette majoration ne concerne que certains projets individuels ou leur ensemble dans un canton, sans distinction. | VS |
| Art. 2 Abs. 4 | Bestimmung b sei zu ergänzen mit: «Massnahmen zum Schutz von ausschliesslich touristischen Bauten und Anlagen, ...». Damit soll gewährleistet werden, dass Massnahmen zugunsten von Bauten und Anlagen, die nicht nur dem Tourismus, sondern weiteren Nutzenden dienen (wie z.B. Alperschliessungen), von Abgeltungen nicht ausgeschlossen sind. | BE |
| Art. 2 Abs. 4 litera b | Mit Art. 2 Abs. 4 Bestimmung b werden Massnahmen zum Schutz von touristischen Bauten und Anlagen wie Seilbahnen, Skilifte, Skipisten und Wanderwege ausserhalb des Siedlungsgebietes explizit von der Abgeltungsberechtigung ausgenommen. Angesichts der hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus für die Berggebiete erachtet die Vernehmlasserin diese explizite Ausklammerung als störend und fordert, dass Art. 2 Abs. 4 Bst. b gestrichen wird. Bst. a regle die Ausnahmen umfassend genug (Bauten und Anlagen in unterschiedlichen Gefahrenzonen oder bekannten Gefahrengebieten). | SAB |
| Art. 2 Abs. 4 litera a | Für die Verbesserung des Hochwasserschutzes für das Siedlungsgebiet und Infrastrukturanlagen spricht der Bund heute Beiträge zu, auch wenn noch keine eigentlichen Gefahrenkarten vorliegen. Der Vernehmlasser geht davon aus, dass trotz der neuen Formulierung dieser Bestimmung Beiträge an Hochwasserschutzmassnahmen weiterhin gemäss geltender Praxis geleistet werden. | TG |
| Art. 2 Abs. 4 litera a | Bien que cet article figure déjà dans l'ordonnance en force, il serait bon de profiter des modifications du texte pour préciser qu'il s'agit « d'ouvrages et d'installations aménagés dans des zones préalablement désignées comme dangereuses ou sur des territoires réputés dangereux » avant les constructions. En effet, en l'absence de carte de dangers et de cadastres des événements, les collectivités locales peuvent en toute bonne foi délivrer des autorisations de bâtir dans des zones identifiées comme dangereuses que plus tard. | VS |
| Art. 2 Abs. 4 litera b | Cette lettre est très étonnante mais semble provenir d'une coutume des responsables forestiers. Dès l'instant où une industrie quelconque est menacée par un danger naturel, il appartient aux collectivités d'apporter les mesures de protection nécessaires et d'en appuyer le financement si les installations représentent un enjeu économique important, s'agissant de places de travail, de rentrées fiscales ou d'image d'une région. Il va de soi que ce faisant, les propriétaires des installations seront appelés à contribuer à l'oeuvre mais la possibilité de financement par les collectivités doit être rester ouverte. Or, le tourisme fait | VS |

| | | |
|------------------------|---|----|
| | <p>partie de telles industries, spécialement en Suisse. Nous demandons ainsi de supprimer la lit. b, ou de préciser ce qui est entendu par « zones habitées ». Comme alternative, « zones habitées » pourrait être remplacé par « zones d'affection » ou un terme similaire.</p> <p>Il convient également de relever que les commentaires de cet article mentionnent que « ...la Confédération s'appuie autant que possible sur des unités de prestations qui correspondent au pourcentage de financement alloué actuellement par la Confédération à ce domaine, déduction faite des suppléments péréquatifs... » : ceci n'est pas vrai notamment pour le Valais, qui voit ses subventions fédérales diminuer dans le domaine de la protection contre les crues.</p> | |
| Art. 3 | <p>Im Artikel 3 "Finanzhilfen zur Renaturierung von Gewässern" wird unter litera d auf die Bedeutung der Massnahmen für die biologische Vielfalt hingewiesen. Dem Vernehmlasser erscheint diese Definition als zu weich, was dann leicht zu nicht nachvollziehbaren Beschlüssen führen kann. Es wird empfohlen die Definition greifbarer zu gestalten oder den Absatz d des Art. 3 ganz zu entfernen.</p> | BS |
| Art. 3 | <p>- Les critères énoncés sont importants. toutefois, il serait bon de compléter ces critères par des notions de qualité de la planification et des mesures, et par la notion clé d'espace cours d'eau, sans lequel les mesures de revitalisation et de renaturation risquent de dysfonctionner.</p> <p>- Le taux de subvention pour les petits projets s'élève, selon les commentaires, à 30%. Nous sommes d'avis que le taux doit être le même que pour les autres projets, à savoir 35%, et doit figurer dans l'ordonnance.</p> <p>- Par ailleurs, la majoration des taux prévue par l'article 2, al. 3 est-elle applicable aux grands projets de renaturation ?</p> <p>- Nous suggérons de remplacer dans les commentaires les termes de « réseautage » par « connexions », et de « fluviatile » par « aquatique ».</p> | VS |
| Art. 3 Abs. 1 | <p>Neben den erwähnten vier Kriterien sei auch die Grösse des Gewässers als Kriterium heranzuziehen, ist doch die Renaturierung eines Flusses weitaus aufwändiger als ökologische Massnahmen an einem kleinen Gewässer.</p> | SG |
| Art. 3 Abs. 2 | <p>Das blosses Aushandeln der Höhe der Finanzhilfen lässt nach Erachten des Vernehmlassers zuviel Spielraum offen. Es wäre für alle Beteiligten nützlich, wenn in der Verordnung zumindest Richtwerte angegeben würden. Ausserdem sollte es auch hier heissen: «Massnahmen kleiner als eine Million Franken».</p> | BE |
| Art. 3 Abs. 3 | <p>Unklar sei ob hier - anders als in Art. 2 Abs. 2 - kein Mindestsatz von 35 Prozent gilt. Die Regelung sei ohne Mindestabgeltungssatz für die Betroffenen (Kantone, Gemeinden) unbefriedigend.</p> | BE |
| Art. 3 Abs. 3 | <p>Im Verordnungsentwurf ist vorgesehen, dass Finanzhilfen an Projekte, deren Kosten mehr als eine Million Franken betragen, einzeln gewährt werden. Dies sei analog zu den Überlegungen des Vernehmlassers zu Art. 2 ebenfalls abzulehnen.</p> <p>Art. 3 Abs. 3 sei zu streichen.</p> | ZG |
| Art. 3 Abs. 3 | <p>Art. 3 Abs. 3 WaBV sei wie folgt zu ändern: "Finanzhilfen an Projekte, deren Kosten mehr als eine Million Franken betragen, werden einzeln gewährt. Der Beitrag an die Kosten der Massnahmen beträgt zwischen 35 und 45 Prozent der anrechenbaren Kosten." Begründung: Gemäss Erläuterndem Bericht sollen für grössere Projekte Beiträge im Bereich zwischen 35 und 45 Prozent gesprochen werden. In der Verordnung wird die untere Grenze von 35 Prozent aber nicht erwähnt. Aus Sicht des Vernehmlassers muss auch hier eine Untergrenze definiert werden.</p> | SG |
| Art. 4 Abs. 1 litera b | <p>Le terme de « probablement » est faux et ne correspond pas à l'esprit de la version allemande. A la place, nous suggérons « les mesures jugées nécessaires » ou « les mesures évaluées comme nécessaires ».</p> | VS |
| Art. 4 Abs. 2 | <p>Zur Regelung der Gesuche gehört auch die Regelung der Entrichtung der Beiträge. Der Vernehmlasser geht davon aus, dass die Praxis übernommen wird, wonach die Auszahlung an jeden einzelnen Kanton erfolgt. Dies soll in der Verordnung geregelt werden.</p> <p>Antrag zu Art. 4 Abs. 2 Ergänzung: „Die Auszahlung erfolgt an jeden Kanton einzeln.“</p> | NW |
| Art. 4 litera c | <p>L'efficacité des mesures est un paramètre important pour juger de leur pertinence et il est nécessaire de le mentionner dans l'ordonnance. Il</p> | VD |

| | | |
|---------------|---|----|
| | s'agira toutefois d'avoir une approche très pragmatique et simple pour définir cette efficacité, comme cela a été longuement discuté dans le cadre du groupe d'accompagnement dirigé par l'OFEV. Le Canton de Vaud attend notamment des autorités fédérales qu'elles n'exigent pas une approche exhaustive et détaillée de l'estimation des dégâts potentiels. | |
| Art. 5 Abs. 3 | Il s'agira de proposer une solution pour résoudre les engagements financiers à prendre (pour certains objets) qui s'étendront au-delà de la durée de la convention-programme. Le gouvernement vaudois s'interroge sur la façon dont l'OFEV entend s'y prendre pour garantir le financement de ces objets, par exemple, sur deux périodes de quatre ans. En ce qui concerne la discussion, en cours au Parlement fédéral, relative au crédit cadre sur la protection contre les crues, le Canton de Vaud soutient avec force le scénario portant sur une somme totale de 135 millions de francs à répartir entre les cantons. Lui seul permettrait de couvrir les besoins du canton pour la période 2008-2011. Par conséquent, le Conseil d'Etat recommande de rejeter l'autre scénario, de 60 millions de francs. | VD |
| Art. 5 Abs. 4 | Das Vorgehen im Rahmen der Programmvereinbarung ist im Wasserbau für die Kantone im Detail noch nicht bekannt, es müssen beidseitig Erfahrungen gesammelt werden. Daher sollte den Kantonen bei der Ausgestaltung der Richtlinien Mitsprache gewährt werden. | BE |
| Art. 6 Abs. 2 | Pour préciser que les conditions sont cumulatives la phrase pourrait être modifiée comme suit : 2 Les paiements échelonnés seront réduits ou supprimés en cas de défaillances importantes des prestations du canton et s'il y a faute du canton. | GE |
| Art. 8 | Un exemple éclairant des changements d'affectation possible serait bienvenu. | VS |
| Art. 8 und 11 | Der Vernehmlasser hält es für fraglich, ob die Wiederholung der Bestimmung notwendig ist. | BE |
| Art. 9 | Im Abschnitt 4 werden im Art. 9 die Gesuche abgehandelt. Es sei noch zu definieren, ob ein Gesuch vor Projektbeginn oder vor Baubeginn einzureichen ist. Der Zeitpunkt der Einreichung sollte in der Verordnung definiert sein bzw. ob die Finanzhilfe vor Baubeginn (evtl. vor Projektierungsbeginn) bewilligt sein muss. | BS |
| Erläuterungen | Section 4 des commentaires: -le titre est faux, il faut lire « Dispositions de procédure en cas d'octroi d'indemnités ou d'aides financières individuelles », et non « globales ». Observations complémentaires sur le chapitre 6 des commentaires: De manière générale, nous regrettons que les commentaires ne soient pas plus détaillés. Nous nous permettons enfin un commentaire général : il est abusif d'affirmer, dans le deuxième paragraphe du chapitre 6.2, que tous les cantons seront traités sur pied d'égalité : cela est exact sur le papier, mais sera faux dans les faits. Les cantons qui nécessitent des investissements lourds en matière de protection contre les crues auront bien moins de moyens qu'auparavant et il existe un grand risque que les objectifs fixés d'entente entre la Confédération et les cantons ne puissent être atteints. | VS |

6.1.7 Verordnung vom 25. Oktober 1995 über die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung

Zu dieser Verordnungsänderung sind nur wenige Anträge eingegangen. Sie ist also weitgehend unumstritten.

Zwei Vernehmlasser (GR, SAB) fordern, dass die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung in Art. 7 Abs. 1 pauschal auf 60 % statt auf 50 %, wie im Entwurf vorgesehen, festgesetzt werde. Ein pauschaler Satz von 50 % stelle in der Praxis eine Reduktion der Abgeltung dar. Dies widerspreche auch der Kostenneutralität der NFA.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------------|--|-----------------|
| Allg. | Die Anpassung der Verordnung und der Verzicht auf eine Anpassung der bestehenden Verträge scheint dem Vernehmlasser zweckmässig. | SZ |
| Allg. | Da das Kriterium der Finanzkraft entfällt, soll der Ausgleichsbeitrag neu auf pauschal 50% der Einbussen festgelegt werden. Heute betragen die Ausgleichsbeiträge im Schnitt rund 60%. Die Herabsetzung um 10% ist für die SAB nicht nachvollziehbar (es gibt auch im erläuternden Bericht keine Begründung). Die SAB ist deshalb der Auffassung, dass der heutige durchschnittliche Satz von 60% in der Verordnung festgeschrieben werden müsse. Dies umso mehr, als die Zahlungen aus dem VAEW keinen Einfluss auf den Bundeshaushalt haben. Die SAB begrüsst in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Übergangsbestimmung, wonach die heute geltenden Ausgleichbeiträge bis zum Auslaufen der bestehenden Abgeltungsverträge bestehen bleiben. | SAB |
| Allg. | Es geht um die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung als Folge der Unterschutzstellung schützenswerter Landschaften von nationaler Bedeutung. Die Höhe der Ausgleichsbeiträge ist nicht mehr nach der Finanzkraft der anspruchsberechtigten Gemeinwesen zwischen 20 und 60 Prozent der ermittelten Einbusse im Einzelfall festzulegen, sondern beträgt neu generell 50 Prozent. Allfällige Einbussen ergeben sich gemäss Vernehmlasserin nur bei den finanzschwächsten Kantonen. Sie dürften aber bescheiden sein. Bisher wurden nur Gesuche aus den Kantonen Wallis und Graubünden gutgeheissen. | Stadt Solothurn |
| Art. 7 Abs. 1 | Antrag: Art. 7 Abs. 1 VAEW sei derart zu ändern, dass die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung auf 60 Prozent festgesetzt wird. Begründung: Die VAEW regelt die Ausrichtung von Ausgleichsbeiträgen zur Abgeltung erheblicher Einbussen der Wasserkraftnutzung, die ein Gemeinwesen infolge Erhaltung und Unterschutzstellung einer schützenswerten Landschaft von nationaler Bedeutung erleidet. Nach der heute geltenden Fassung von Art. 7 VAEW liegt die Höhe der Ausgleichsbeiträge bei Kantonen zwischen 20 und 60 Prozent der ermittelten Einbussen. Die Bemessung erfolgt bis anhin nach der Finanzkraft. Die Ausgleichsbeiträge für Bezirke und Gemeinden bemessen sich nach dem Ansatz der Kantone. Zur Berücksichtigung innerkantonalen Finanzkraftunterschiede werden sie um maximal 10 Prozent erhöht oder herabgesetzt. Im Kanton Graubünden liegen derzeit zwei Fälle vor, in denen eine Abgeltung entrichtet wird: Für den Schutz der Greina-Hochebene erhalten die Gemeinden Vrin und Sumvitg eine Abgeltung von 57,75 Prozent der Einbussen. Die Gemeinde Brigels erhält für die Unterschutzstellung auf ihrem Gebiet eine Abgeltung von 52,00 Prozent. Im Mittel der neun bisher schweizweit gutgeheissenen Gesuche wurden rund 60 Prozent der Einbussen abgegolten. Neu sollen die Abgeltungen auf 50 Prozent der ermittelten Einbussen festgelegt werden. Der Vergleich mit dem bisherigen kantonalen und schweizerischen Durchschnitt zeigt, dass damit den Gemeinwesen für die Unterschutzstellung von Landschaften in künftigen Fällen insgesamt weniger bezahlt werden soll. Damit wird der Wasserkraft entgegen allen Marktendenzen faktisch ein geringerer Wert beigemessen als bisher. Darüber hinaus widerspricht die geplante Reduktion der Mittel für die vorliegenden Abgeltungen auch der Kostenneutralität der NFA. Der Verweis auf den Umstand, dass die Finanzkraft unter der NFA als Bemessungskriterium nicht mehr gerechtfertigt sei, ist in diesem Zusammenhang gemäss Vernehmlasser ein denkbar schlechtes Argument. Wasserkraftpotentiale, welche heute noch ungenutzt sind, befinden sich aus topographischen Gründen durchwegs in abgelegenen, strukturschwachen Gegenden. | GR |
| Art. 18 | Nach Art. 18 VAEW sind die vertraglich zugesicherten Beiträge anzupassen, wenn Bestimmungen der VAEW über die Voraussetzungen oder die Bemessung der Beiträge infolge einer Revision der gesetzlichen Grundlage geändert werden. Dies wäre mit der Aufhebung von Art. 22 Abs. 4 WRG und der Änderung von Art. 7 VAEW der Fall. Die bestehenden Abgeltungsverträge müssten folglich angepasst und die Beiträge herabgesetzt werden. Die anspruchsberechtigten Gemeinwesen hätten gestützt auf Art. 18 VAEW allerdings das Recht, sich aus dem Vertrag zu befreien und den Schutz der Landschaft zugunsten der Wasserkraftnutzung aufzugeben. Um diese einseitige, vorzeitige Auflösung der 40-jährigen Verträge durch die anspruchsberechtigten Gemeinwesen zu verhindern, muss deshalb gemäss Vernehmlasser auf eine Revision der bestehenden Ausgleichsbeiträge verzichtet und die Anwendbarkeit von Art. 18 VAEW durch den Verordnungsgeber ausgeschlossen werden. Das mit der dargelegten Regelung verfolgte Ziel mag auf den ersten Blick nachvollziehbar sein. Die Abgeltungsverträge für die Unterschutzstellung der | GR |

| | | |
|--|--|--|
| | Landschaften von nationaler Bedeutung wurden jedoch vor noch nicht allzu langer Zeit abgeschlossen, der überwiegende Teil der Vertragsdauer steht somit noch bevor. Die getroffenen Vereinbarungen sollen deshalb nicht kurzfristig aufs Spiel gesetzt werden. Befremdend sind gemäss Vernehmlasser auch die Mittel, welche ergriffen werden, um das anvisierte Ziel zu erreichen. Das vom Verordnungsgeber den anspruchsberechtigten Gemeinwesen eingeräumte Kündigungsrecht wird nämlich im ersten Anwendungsfall über eine entsprechende Regelung in den Ausführungsbestimmungen einseitig entzogen. Damit werde keine solide Grundlage für tragfähige Lösungen geschaffen. | |
|--|--|--|

6.1.8 Verordnung vom 18. Dezember 1995 über die Anteile der Kantone an den Abgeltungen und Finanzhilfen im Regionalverkehr

Die Kantonsanteile für die Abgeltung des regionalen Personen- und Güterverkehrs werden neu berechnet, da die Finanzkraft der Kantone als Folge der NFA nicht mehr berücksichtigt wird.

Einige Vernehmlasser erachten die in den Artikeln 3 und 6 aufgeführten Formeln allgemein als erklärungsbedürftig – sie seien in den Erläuterungen zu erklären oder die Verordnungbestimmungen seien so zu formulieren, dass sie ohne Vorwissen nachvollziehbar und selbsterklärend seien (BL, BS, VD, ZG).

Weiter sind mehrere Vernehmlasser der Ansicht, dass die Bevölkerungsdichte und / oder die Privatbahnlänge eines Kantons keine geeigneten Faktoren für die Berechnung der Kantonsanteile seien. Diese hätten keinen sachlichen Bezug zur Berechnung des Kantonsbeitrages (BL, LU, BS, ZG). Die daraus folgenden Forderungen der Vernehmlasser sind jedoch unterschiedlich.

Zwei Vernehmlasser (VS, LU) bemängeln, dass sie durch die neue Berechnung eine unverhältnismässige Mehrbelastung erfahren und fordern, dieser Umstand sei in geeigneter Weise anzupassen.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|---|---------------|
| Allg. | <p>Die vorgesehene Neuordnung der Kantonsquoten im Rahmen des Vollzugs der NFA ist unbestritten. Die vorgelegten Zahlen liegen im Bereich der bisherigen Berechnungen.</p> <p>Die Schaffung einer eigenen Formel für die Kantonsbeteiligung an der Infrastruktur wird vom Vernehmlasser begrüsst. Ebenso ist die Integration der Infrastrukturdarlehen in diesen Schlüssel unbestritten. Aufgrund der Unterschiede bei der Finanzierung zwischen den SBB und den übrigen Bahninfrastrukturbetreibern ist die Integration der Privatbahnlänge in die Berechnung der Kantonsquote notwendig und richtig.</p> <p>Die Ausgestaltung der Formel für die Kantonsbeteiligung an den Abgeltungen ist jedoch gemäss Vernehmlasser widersprüchlich. Einerseits wird mit der NFA eine Versachlichung des Ausgleichs zwischen den Kantonen angestrebt, andererseits wird bei dieser Formel in Analogie zur Infrastrukturfinanzierung die Privatbahnlänge in Anrechnung gebracht. Dies verstärkt zwar die Ausgleichswirkung zwischen den Kantonen, eine sachliche Begründung ist aber nicht zu erkennen. Obwohl im Kanton Basel-Landschaft massgebliche Verkehrsanteile über die Privatbahnen abgewickelt werden, sollte dieser Schlüssel dahingehend abgeändert werden, dass die Kantonsbeteiligung an der Abgeltung nicht mehr von der Privatbahnlänge abhängig ist. Die Privatbahnlänge hat gemäss Vernehmlasser keinen sachlich begründeten Einfluss auf die Abgeltungen des Regionalverkehrs.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird auf die Vernehmlassungsantwort des Kantons Basel-Landschaft zur "Neuberechnung der Anteile der Kantone an den Abgeltungen" vom 5. Januar 2007 verwiesen.</p> | BL |

| | | |
|-------------------|---|-----------------|
| Allg. | La procédure utilisée pour déterminer les formules de calcul n'est pas explicitée dans l'OPCTR. Il conviendrait d'avoir plus de détail sur la méthode qui a permis de déterminer les coefficients. | VD |
| Allg. | La révision proposée n'appelle pas de commentaire particulier de la part du Canton de Neuchâtel puisqu'il s'agit essentiellement de renoncer à la notion de capacité financière des cantons dans la formule de calcul. Il se permet toutefois une remarque: Il s'interroge sur le bien fondé des critères qui entrent en considération dans la formule de calcul, notamment en ce qui concerne la longueur des lignes ferroviaires. En effet, dans la formule de calcul, seule la longueur des lignes ferroviaires des chemins de fer privés est prise en compte. La longueur des lignes ferroviaires des CFF n'entre pas en considération, tout comme la longueur des lignes du trafic régional par bus. | NE |
| Allg. | Die Kantonsanteile für die Abgeltung des regionalen Personen- und Güterverkehrs werden neu berechnet, da die Finanzkraft als Folge der NFA nicht mehr berücksichtigt wird. Die Abweichung von der durchschnittlichen Bundesbeteiligung gemäss EBG darf maximal 5 Prozent betragen. Die Beteiligung des Kantons Solothurn an den Abgeltungen wird 57 % und an der Infrastruktur 66 % betragen. Die Auswirkungen auf die Gemeinden hängen gemäss Vernehmlasserin davon ab, ob er kantonale Verteilerschlüssel aufgrund der neuen Verhältnisse angepasst wird. Für Gemeinwesen in finanzschwachen Kantonen wird eine Mehrbelastung eintreten. | Stadt Solothurn |
| Allg. | L'abandon du critère de force financière décidé dans le cadre de la RPT, appliqué dans le nouveau calcul des parts cantonales, met une nouvelle fois en évidence une très forte augmentation des charges financières pour les cantons économiquement faibles, par rapport à celle nettement plus faible pour les cantons disposant d'une force économique élevée. Pour le cas du canton du Valais, cette situation se traduit par une augmentation de la charge cantonale par habitant de plus de 230% passant de 52,3 à 123,6 francs (deuxième canton le plus chargé) pour la seule indemnité pourtant déchargée de la part de la gestion des investissements. Quant à la diminution de la participation financière à l'investissement pour notre canton, de 46 à 31%, elle se trouve plus que contrebalancée par l'augmentation du taux pour la gestion des investissements passant de 12 à 31%. Par lettre du 5 janvier 2007 à l'office fédéral des transports, le chef du département des transports, de l'équipement et de l'environnement a déjà fait part de la nécessité de corriger une répartition défavorable aux cantons économiquement faibles. Le Conseil d'Etat du Canton du Valais appuie une nouvelle fois cette demande. Comme déjà demandé, le nouveau coefficient (0.5375) et l'augmentation systématique envisagée (+ 20%) introduits à l'article 3 alinéa 1 du projet d'ordonnance doivent impérativement être réexaminés, de façon à ce que l'augmentation disproportionnée à charge de cantons économiquement faibles soit corrigée. Dans tous les cas, il n'est pas admissible que les diminutions de subventions envisagées soient supérieures aux diminutions engendrées par la suppression de la force financière dans le calcul de la subvention. | VS |
| Art. 1 und Anhang | Nach bisherigem Verordnungsrecht lag der durch den Kanton Luzern zu tragende Anteil an die Abgeltung der bestellten Angebote und an die Abgeltung der Infrastruktur im Regionalverkehr bei 35 Prozent. Dieser Anteil steigt nach Inkrafttreten der NFA auf 56 Prozent. Der bisherige Anteil, den der Kanton Luzern an die Investitionsbeiträge im Regionalverkehr zu leisten hatte, belief sich dagegen auf 75 Prozent und sinkt nach Inkrafttreten der NFA auf 70 Prozent (dazu im Einzelnen Anhang zur KAV). Im Zuge dieser Anpassung soll nun aber auch der Kantonsanteil für die Infrastrukturabgeltungen neu nach dem Schlüssel für die Finanzierung der Infrastruktur des Regionalverkehrs festgelegt werden (vgl. Art. 1 KAV). Das kommt einer indirekten und stillschweigenden Erhöhung dieses Abgeltungsanteils um nochmals 14 Prozent gleich. Während die anderen Kantone davon profitieren (tiefere Kantonsbeteiligung bei der Infrastrukturfinanzierung als bei der Abgeltung) oder kaum zusätzlich belastet werden (deutlich grössere Senkung der Kantonsbeteiligung bei der Infrastrukturfinanzierung), führt sie für den Kanton Luzern zu einer bis anhin nicht ausgewiesenen und folglich in der kantonsinternen Budget- und Finanzplanung auch nicht berücksichtigten Mehrbelastung von jährlich über 700'000 Franken. Diese gemäss Vernehmlasser unverhältnismässige Mehrbelastung des Kantons Luzern sei inakzeptabel und in geeigneter Weise - etwa durch eine überproportionale Erhöhung der Kantonsquote für die Abgeltung des betrieblichen Angebots im Regionalverkehr - zu korri- | LU |

| | | |
|--------------------------|--|----|
| | gieren. | |
| Art. 2 - 6 | <p>Der Vernehmlasser erachtet die Darstellung der Berechnungen der Kantonsanteile und -beteiligungen in den Artikeln 2 bis 6 als schwer verständlich und nachvollziehbar. Der Text von Artikel 2 zur Berechnung des Kantonsanteils sei umständlich formuliert. Aber auch die in den Folgeartikeln gegebenen Formeln seien schlecht nachvollziehbar.</p> <p>Anträge:</p> <p>Änderungsantrag: Artikel 5 Strukturelle Voraussetzungen - Satz 1 "Die strukturellen Voraussetzungen bestimmen sich nach der Bevölkerungsdichte." ("und der Privatbahnlänge" sei zu streichen.)</p> <p>Änderungsantrag: Artikel 6 Berechnung der Strukturindices - Absatz 1 "Die Strukturindices berechnen sich nach folgenden Formeln:</p> <p>a. $SI(A) = IBD$ b. $SI(I) = 0.3 \times IBD + 0.7 \times IBL$</p> <p>Änderungsantrag: Die Artikel 2 bis 6 zur Berechnung der Kantonsanteile und -beteiligungen seien so zu formulieren, dass sie ohne Vorwissen nachvollziehbar und selbsterklärend sind.</p> | BL |
| Art. 3 | <p>Die Veränderungen einzelner Zahlen in den Formeln, welche auf vier Komastellen genau neu festgelegt werden sollen, sind nicht nachvollziehbar. In den Erläuterungen werden diese Änderungen zudem gar nicht erwähnt. Da es bei der Anwendung der Formeln für die Kantonsbeteiligung (A) und (I) um viel Geld für die Kantone geht, muss die Formel erklärt werden.</p> <p>Die Formeln für die Kantonsbeteiligung (A) und die Kantonsbeteiligung (I) seien in den Erläuterungen zu erklären.</p> | ZG |
| Art. 3 Abs. 1 und Art. 5 | <p>Die Kantonsbeteiligung an der Abgeltung der bestellten Angebote im Regionalverkehr und an der Finanzierung der Infrastruktur des Regionalverkehrs wird nach der (gemäss Vernehmlasser wenig transparenten) Formel in Art. 3 Abs. 1 KAV errechnet. Dabei werden die strukturellen Voraussetzungen berücksichtigt. Die strukturellen Voraussetzungen wiederum sollen sich weiterhin nach der Bevölkerungsdichte und der Privatbahnlänge bestimmen. Für das Kriterium der Privatbahnlänge fehlt aber ein Zusammenhang mit der Kantonsbeteiligung an der Abgeltung der bestellten Angebote, wenn, wie vorgesehen, der Kantonsanteil für die wiederkehrenden Infrastrukturabgeltungen neu nach dem Schlüssel für die Finanzierung der Infrastruktur des Regionalverkehrs festgelegt werden soll. Die Kantonsbeteiligung für die Abgeltung der bestellten Angebote im Regionalverkehr sei daher ohne Berücksichtigung des Kriteriums Privatbahnlänge neu zu berechnen. Ebenso seien die Art. 3 Abs. 1 und 5 KAV in diesem Sinn anzupassen.</p> | LU |
| Art. 3, Art 5 und Art. 6 | <p>Gemäss Art. 3 Abs. 1 KAV entfällt zwar die Finanzkraft als Kriterium für die Berechnung der Kantonsanteile an den Abgeltungen der (von Bund und Kantonen) gemeinsam bestellten Angebote im regionalen Personen- und Güterverkehr (A) und der Finanzierung der Infrastruktur des Regionalverkehrs (I); ohne SBB), was NFA-konform ist. Jedoch sollen die sogenannten strukturellen Voraussetzungen weiterhin gelten. Diese wiederum werden gemäss Art. 5 erster Satz und Art. 6 Abs. 1 unverändert nach der Bevölkerungsdichte und der Privatbahnlänge bestimmt.</p> <p>Antrag:</p> <p>Der erste Satz von Art. 5 und Art. 6 Abs. 1 KAV (beide sind nicht in der Vernehmlassungsvorlage aufgeführt, da sie unverändert bleiben sollen) seien wie folgt zu ändern:</p> <p>Art. 5: "Die strukturellen Voraussetzungen bestimmen sich nach der Bevölkerungsdichte".</p> <p>Art. 6 Abs. 1: "Die Strukturindices berechnen sich nach folgenden Formeln:</p> <p>a. "$SI(A) = 0.7 \times IBD$ " (Formel anpassen)</p> <p>Eventualantrag:</p> <p>Generell soll für die Kantonsbeteiligung (A) eine einfache und sachlich nachvollziehbare Berechnungsformel, ohne Privatbahnlänge und Bevölkerungsdichte gelten. Eine Variante wäre z.B. die Aufteilung zwischen Bund und Kantonen von 50%: 50%, die für alle Kantone gleich gilt, oder eine Aufteilung nach der Anzahl Einwohner/Kanton.</p> <p>Begründung:</p> <p>Grundsätzlich stellt sich gemäss Vernehmlasser die Frage, ob die Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte überhaupt NFA-konform ist. Vor allem aber sei die Privatbahnlänge für die Berechnung der Kantonsbeteiligung (A) weder zeitgemäss noch gerechtfertigt. Zum einen werden heute auch die ungedeckten Betriebskosten im Regionalen Personenverkehr (RPV) der SBB, und nicht nur der sogenannten Privatbahnen (plus Stand- und Luftseilbahnen), abgegolten. Zum anderen fällt die Abgeltung an die</p> | BS |

| | | |
|-------------------|--|----|
| | <p>ungedeckten Betriebskosten der Infrastruktur nicht wie früher unter die Kantonsbeteiligung (A), sondern neu unter die Kantonsbeteiligung (I), sodass die Privatbahnlänge für (A) nicht mehr relevant ist. Hinzu kommt, dass ausser den Kantonen mit grossen Privatbahnlängen auch andere Kantone wie Basel-Stadt namhafte Beiträge an die Bahninfrastruktur leisten, vor allem in S-Bahn-Systeme der SBB und in das städtische Tram- und Busnetz (Ortsverkehr). Beides finanziert der Bund bis heute nicht mit. Eine Beibehaltung der bisherigen Berechnungsmethode bei der Kantonsbeteiligung (A) entspricht auch nicht der Harmonisierung der Finanzströme, einem Hauptgrundsatz des revidierten Eisenbahngesetzes von 1996. Für die Kantonsbeteiligung (I) wiederum mag die Privatbahnlänge noch solange gerechtfertigt sein, bis eine neue Harmonisierung in der Infrastrukturfinanzierung SBB / Privatbahnen zwischen Bund und Kantonen zustande gekommen ist.</p> <p>Diese Haltung hatte der Vernehmlasser im vergangenen Jahr, wie andere Kantone auch, dem zuständigen Bundesamt für Verkehr (BAV) erläutert und eine neue Berechnungsmethodik für die Kantonsanteile verlangt. Das BAV ist offensichtlich nicht auf dieses Anliegen eingetreten.</p> | |
| Art. 4 | Diese Regelung sei, auch mangels entsprechender Erläuterungen, nicht verständlich und ihre Tragweite sei nicht einzuschätzen. | LU |
| Art. 5 | <p>Gemäss Art. 5, 1. Satz, sollen sich die strukturellen Voraussetzungen nach der Bevölkerungsdichte und der Privatbahnlänge richten. Die Privatbahnlänge, welche sich ausschliesslich auf die Länge der jeweiligen Bahninfrastruktur bezieht, hat gemäss Vernehmlasser sachlich keinen Bezug zur Berechnung des Kantonsbeitrages (A) für die Abgeltung im Regionalverkehr und darf daher nicht berücksichtigt werden. Da mit der Abgeltung im Regionalverkehr nicht nur Privatbahnen, sondern zu einem sehr grossen Teil Transportleistungen von Busunternehmen, aber auch der SBB, entschädigt werden, sei die Berücksichtigung der Privatbahnlänge eine ungeeignete Grösse. Hingegen ist die Streckenlänge der Privatbahnen für die Berechnung des Kantonsanteils (I) eine geeignete Grösse. Daher muss der erste Satz in Art. 5 so geändert werden, dass die Privatbahnlänge nur für die Berechnung des Strukturindex für die Infrastruktur SI (I) angewendet wird.</p> <p>Art. 5, 1. Satz, sei wie folgt zu ergänzen: "Die strukturellen Voraussetzungen bestimmen sich nach der Bevölkerungsdichte und für die Kantonsbeteiligung (I) zusätzlich nach der Privatbahnlänge."</p> | ZG |
| Art. 6 und Anhang | <p>Nachdem nun die Kantonsbeteiligung (A) keinen Bezug mehr zum Infrastrukturbereich hat (vgl. die Ausführungen des Vernehmlassers zu Art. 5), erachtet es der Vernehmlasser als unangebracht, dass in der entsprechenden Berechnungsformel immer noch der Index der Privatbahnlänge (IBL) enthalten ist. Hingegen sei es angebracht, diesen Index in der Berechnungsformel für die Kantonsbeteiligung (I), bei der es weitestgehend um die Infrastruktur der Privatbahnen geht, zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung des Index IBL im Strukturindex SI (A) sei somit aus obigen Gründen falsch. Der Strukturindex SI (A) sei ohne den Index für die Privatbahnlänge (IBL) zu bilden.</p> <p>Anhang Kantonsbeteiligungen: Gemäss den Ausführungen des Vernehmlassers zu Art. 6 müssen die prozentualen Kantonsbeteiligungen (A) neu berechnet werden.</p> | ZG |

6.1.9 Verordnung vom 19. Oktober 1988 über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Verordnungsänderung ist weitgehend unumstritten.

Ein Vernehmlasser (GE) ist der Meinung, es bestehe Klärungsbedarf bei neu eingeführten Begriffen.

Der Kanton Waadt sieht mit der Einführung der Programmvereinbarungen grössere Verantwortung auf die Kantone zukommen und bedauert, dass diese vom Bund dafür nicht entschädigt werden.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|----------------|---|-----------------|
| Allg. | Le Conseil d'Etat vaudois observe que davantage de responsabilités sont données aux cantons par l'introduction de la convention-programme. Il regrette, cependant, que la Confédération n'ait pas souhaité dédommager les cantons par une plus grande contribution fédérale. | VD |
| Allg. | Der Artikel 22 über die Koordination mit Subventionsentscheiden verliert mit der Einführung der NFA stark an Bedeutung, da die Mehrzahl der Projekte nicht mehr mittels Verfügung, sondern auf der Basis von Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kanton subventioniert werden. Bei Projekten, die vom Bund weiterhin mittels Subventionsverfügung unterstützt werden, ändert sich an der Koordination zwischen dem Subventionsverfahren durch die Bundesbehörde und dem Bewilligungsverfahren durch die kantonale Behörde nichts. Nach Erachten der Vernehmlasserin hat die Änderung keine Auswirkungen auf die Gemeinden. | Stadt Solothurn |
| Art. 22 Abs. 1 | Les termes "individuel" et "probablement", introduits dans ce projet de modification d'ordonnance, méritent d'être clarifiés. En outre, la question est de savoir comment doit être considéré un dossier "individuel", autrement dit s'il s'agit d'un dossier qui n'est pas inscrit dans le cadre de conventions-programmes. | GE |

6.1.10 Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998

Drei Kantone fordern (NW, SH, GR), aus Art. 52 müsse klar hervorgehen, dass der Bund die Abgeltungen an die Anlagen, die zur Erfüllung völkerrechtlicher Vereinbarungen und internationaler Verpflichtungen notwendig sind, zu 100% übernimmt. Es wird eine präzisierende Ergänzung des Artikels gefordert.

Sechs Vernehmlasser (LU, SZ, NW, SH, GR, VD) fordern eine Präzisierung der Formulierung des Artikels 54. Es sei im jetzigen Text nicht klar, wie hoch der Abgeltungssatz bei Anpassungen der Betriebsstrukturen sei. Ausserdem sei die Abgrenzung zu sonstigen Massnahmen mitunter schwierig.

Weiter wird eine Streichung oder Änderung des Artikels 59 von 6 Vernehmlassern (NW, ZG, SH, SZ, GR, VD) verlangt. Die Planung und Priorisierung der zu ergreifenden Massnahmen im gesamten Kantonsgebiet seien zu aufwändig. Es fehle zudem eine Gesetzesgrundlage für eine solche Forderung. Der Artikel sei entweder in dem Sinne zu ändern, dass Bund und Kanton die Finanzhilfen und globalen Abgeltungen untereinander aushandeln, oder er sei zu streichen.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|---|-----------------|
| Allg. | Es sind die folgenden Bereiche des Gewässerschutzes betroffen: Abwasseranlagen, Abfallanlagen und die Landwirtschaft. Die Subventionskriterien sind durch das Gesetz vorgegeben. In der Verordnung werden lediglich die Vollzugsmodalitäten geregelt, die sich an dem für sämtliche Bundesbeiträge im Umweltbereich (Natur- und Landschaftsschutz, Hochwasserschutz, Wald, Lärmschutz) geltenden Modell orientieren. Entsprechend den Grundsätzen der NFA muss sich der Gesamtbetrag der Zahlungen an die Beitragsberechtigten in derselben Grössenordnung bewegen wie unter dem geltenden System. Mit der Verordnung wird fast durchwegs die bestehende Praxis bestätigt. Es werden sich gemäss Vernehmlasserin kaum Auswirkungen auf die Gemeinden ergeben. | Stadt Solothurn |

| | | |
|-------------------|--|----------|
| Abschnitt 2 und 3 | Antrag: Die Überschriften des 2. und 3. Abschnittes sind wie folgt zu ändern: - 2. Abschnitt: Verfahren für die Gewährung von globalen Abgeltungen - 3. Abschnitt: Verfahren für die Gewährung von einzelnen Abgeltungen Begründung: Die Formulierung sei nicht geglückt. | GR |
| Art. 20 Abs. 4 | La disposition prévoyant que les cantons assurent eux-mêmes la coordination des demandes d'indemnités ou aides financières pour les cours d'eaux intercantonaux semble au Canton de Fribourg peu compatible avec l'art. 16 al. 2 let. b OACE, qui impose que les mesures touchant plusieurs cantons doivent fait l'objet d'un avis de la Confédération. Il serait plus opportun que l'accent soit mis sur cette disposition de l'art. 16 et que les demandes soient coordonnées par la Confédération. | FR |
| Art. 52 | Um den Prozess einer Reduktionsstrategie optimal anzugehen, gilt zukünftig, dass für Abwasserreinigungsanlagen, die der Erfüllung völkerrechtlicher Vereinbarungen oder von Beschlüssen internationaler Organisationen dienen, der Bund konkret das strategische Reduktionsziel für die Emissionen von Stickstoff vorgibt und die dazu notwendigen Mittel bereitstellt. Diese sind dort einzusetzen, wo sie optimal wirken können. Die bisherige Begrenzung der Abgeltung von 50 % im Gesetz ist gestrichen worden. Der Bund soll somit zukünftig die vollen Kosten für diese speziellen Investitionen übernehmen. Die Investitionskosten pro jährlich eliminierte Tonne Stickstoff beliefen sich auf 30'000 bis 40'000 Franken, sofern die Abwasserreinigungsanlage vorhandene Becken nutzen konnte, und auf 80'000 Franken, wenn der Bau neuer Becken erforderlich war. Die Übernahme der vollen Kosten ist auch insofern logisch, als bis heute zur Umsetzung der internationalen Vorgaben nur grössere Kläranlagen, die einerseits unterhalb der grossen Seen liegen und andererseits über den Rhein entwässern, mit einer N-Elimination ausgerüstet worden sind. So musste beispielsweise in Graubünden nichts unternommen werden, dafür z. B. im Kanton Aargau. Die im Kommentar wieder aufgeführte Begrenzung der Abgeltung auf 40'000 Franken pro jährlich eliminierte Tonne Stickstoff widerspricht somit dem Konsens zwischen dem Bund und den Kantonen in der NFA. Da in den nächsten Jahren kaum Investitionen in diese Richtung gemacht werden, wird das Budget des Bundes nicht stärker belastet werden. Um Missverständnisse auszuräumen, beantragen der Vernehmlasser eine Präzisierung von Art. 52: Die Höhe der globalen Abgeltungen an Anlagen und Einrichtungen zur Stickstoffelimination(Art. 61 Abs. 1 GSchG), die zur Erfüllung völkerrechtlicher Vereinbarungen oder von Beschlüssen internationaler Organisationen notwendig sind, richtet sich nach der jährlich reduzierten Anzahl Tonnen Stickstoff. Sie werden zu 100% vom Bund abgegolten. Dabei werden Umfang und Komplexität der Massnahmen berücksichtigt. Die Höhe der Beiträge wird zwischen dem Bundesamt für Umwelt und dem betroffenen Kanton ausgehandelt. | NW SH |
| Art. 52 | Antrag: Art. 52 (Abwasseranlagen) sei wie folgt zu ändern: "Die Höhe der globalen Abgeltungen an Anlagen und Einrichtungen zur Stickstoffelimination (Art. 61 Abs. 1 GSchG) richtet sich nach der Anzahl der pro Jahr reduzierten Tonnen Stickstoff und wird zwischen dem Bundesamt für Umwelt und dem betroffenen Kanton vereinbart. Dabei werden Umfang und Komplexität der Massnahmen berücksichtigt. Der Bund geltet die notwendigen Kosten vollständig ab." Begründung: Die Grundidee der NFA im Bereich Gewässerschutz besteht darin, dass Bund und Kantone zusammenwirken. Bei wichtigen Aufgaben, die es in diesem Bereich noch zu bewältigen gilt, liegt die strategische Führung beim Bund. Er lässt die Mittel dort einsetzen, wo sich mit den kleinsten volkswirtschaftlichen Kosten der grösste Umweltgewinn erzielen lässt. Dies gilt insbesondere für die Lösung der Stickstoffproblematik, zu der sich die Schweiz u.a. im Zusammenhang mit dem Schutz der Nordsee verpflichtet hat. Bezüglich der in Abs. 1 enthaltenen Formulierung "wird (...) ausgehandelt" verweist der Vernehmlasser auf seine Bemerkung zur Art. 24 LSV. Der zweite Satz wäre ohne die Erklärungen im erläuternden Bericht nicht verständlich. Zudem erweckt er den Eindruck, Umfang und Kom- | GR |

| | | |
|---------|--|----------------|
| | <p>plexität der Massnahmen würden nur berücksichtigt, wenn die Anlagen und Einrichtungen zur Erfüllung völkerrechtlicher Vereinbarungen oder von Beschlüssen internationaler Organisationen notwendig sind. Art. 61 GSchG sieht jedoch ohnehin nur Abgeltungen an solche Anlagen und Einrichtungen vor. Weiter geht aus Art. 52 GSchV nicht genügend deutlich hervor, dass der Bund künftig die vollen Kosten für Investitionen zu tragen hat, die zur Erfüllung völkerrechtlicher Vereinbarungen oder von Beschlüssen internationaler Organisationen zur Reinhaltung von Gewässern ausserhalb der Schweiz getroffen werden müssen.</p> | |
| Art. 54 | <p>Vorweg sei seitens des Vernehmlassers darauf hingewiesen, dass den Massnahmen in der Landwirtschaft nach Art. 62a des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (GSchG) im Kanton Luzern mit Blick auf die Mittellandseen (Sempacher-, Baldegger- und Hallwilersee) grosse Bedeutung zukommt. Die Höhe der Abgeltungen an solche Massnahmen soll sich gemäss Art. 54 der Gewässerschutzverordnung nach den Eigenschaften und der Anzahl Kilogramm der Stoffe bestimmen, deren Abschwemmung und Auswaschung jährlich verhindert wird. Diese Abschätzung der Verlustverminderung ist aber, wie in den Erläuterungen ausgeführt wird, äusserst schwierig. Dementsprechend soll sich die Höhe der Abgeltungen stattdessen nach der Leistung bemessen, welche die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter erbringen muss, um die Abschwemmung und Auswaschung zu verhindern. Neben den Bewirtschaftungsmassnahmen sollen auch strukturelle Massnahmen unterstützt werden. Hier soll die übliche gemeinsame Finanzierung durch Bund und Kanton zur Anwendung kommen. Diese Lösung erscheint dem Vernehmlasser wenig zweckmässig, dürfte doch die Abgrenzung im Einzelfall nicht immer einfach sein. Hinzu kommt, dass nicht einzusehen ist, weshalb nicht alle auf Art. 62a GSchG ausgerichteten Massnahmen (also auch strukturelle Massnahmen) einheitlich abgegolten werden sollen.</p> | LU |
| Art. 54 | <p>Der bisherige Art. 54 "Kommunale und regionale Entwässerungsplanung" wird ersetzt durch eine mit "Massnahmen der Landwirtschaft" überschriebene Bestimmung. Durch die erstellten kommunalen und regionalen Entwässerungsplanungen sind Probleme der Siedlungsentwässerung wesentlich entschärft worden. Eine Verstärkung der Bemühungen im Bereiche "Massnahmen der Landwirtschaft" lässt sich gemäss Vernehmlasser durchaus rechtfertigen. Hingegen dürften sich, in Anbetracht der steigenden Kenntnisse um Mikroverunreinigungen, Beiträge an kommunale und vor allem auch überkommunale (regionale) Planungen und entsprechende Massnahmen (End of pipe oder source controll) künftig als äusserst wirksam erweisen. Der Vernehmlasser geht davon aus, dass durch die neue Regelung der Grundlagenbeschaffung (Art. 55) Abgeltungen dafür möglich sind.</p> <p>Der bisherige maximale Abgeltungssatz betrug 80 %. Gemäss Kommentar sollen nun strukturelle Massnahmen - es handelt sich hierbei um aufwändige und kostenintensive Betriebsumstellungen - gemeinsam vom Bund und von den Kantonen getragen werden. Dies sei eine klare Verschlechterung gegenüber der bisherigen Lösung, zumal davon ausgegangen werden müsse, dass "gemeinsam" wohl "je hälftig" bedeutet. Der Vernehmlasser beantragt, dass für Massnahmen, welche Änderungen der Betriebsstrukturen zur Folge haben, die Beiträge des Bundes maximal 80 % betragen.</p> | SZ |
| Art. 54 | <p>Der alte Art. 62a GSchG war bis anhin wie folgt ausgestaltet: "Der Bund leistet im Rahmen der bewilligten Kredite Abgeltungen an Massnahmen der Landwirtschaft zur Verhinderung der Abschwemmung und Auswaschung von Stoffen, wenn: a. die Massnahmen zur Erfüllung der Anforderungen an die Wasserqualität der ober- und unterirdischen Gewässer erforderlich sind; b. der betreffende Kanton die Gebiete, in denen die Massnahmen erforderlich sind, bezeichnet und die vorgesehenen Massnahmen aufeinander abgestimmt hat; c. die Massnahmen wirtschaftlich nicht tragbar sind. 2 Der Bundesrat legt die Abgeltung fest. Diese betragen höchstens 80 Prozent der anrechenbaren Kosten. 3 Gewährt ..." Die Grundidee des NFA im Bereich Gewässerschutz wurde wie folgt definiert: Beim Gewässerschutz wirken Bund und Kantone zusammen.</p> | NW SH GR |

| | | |
|----------------|--|----|
| | <p>Bei wichtigen Aufgaben, die es in diesem Bereich noch zu bewältigen gilt, liegt die strategische Führung beim Bund. Er lässt die Mittel dort einsetzen, wo sich mit den kleinsten volkswirtschaftlichen Kosten der grösste Umweltgewinn erzielen lässt. Dies gilt insbesondere für die Lösung der Stickstoffproblematik, zu der sich die Schweiz u. a. im Zusammenhang mit dem Schutz der Nordsee verpflichtet hat.</p> <p>Die NFA Projektorganisation hat auch die bisherige Mischfinanzierung von Massnahmen zur Bewältigung der Probleme mit Stoffen weitgehend eliminiert. Konkret soll im Bereich Landwirtschaft bei jenen Abgeltungen, die als Ergänzung zu den vom Bund finanzierten Direktzahlungen zu verstehen sind (Bewirtschaftungsmassnahmen), auf die bisherige Mischfinanzierung durch Bund und Kantone verzichtet werden. Diese Lösung wurde in der Vernehmlassung mehrheitlich unterstützt. Demgegenüber werden die Kosten von notwendigen strukturellen Eingriffen im Rahmen von Programmvereinbarungen auf Bund, Kanton und Landwirte aufgeteilt.</p> <p>Somit ist im revidierten Art. 62a GSchG in Abs. 2 der maximale Abgeltungssatz von 80 % gestrichen worden.</p> <p>Für die zukünftige Finanzierung gilt, dass finanzielle Leistungen für die Umsetzung der Bewirtschaftungsauflagen zur Verhinderung der Abschwemmung und Auswaschung von Stoffen, die über den ökologischen Leistungsnachweis hinausgehen, grundsätzlich weiterhin abzugelten sind. Analog zu dem bereits bestehenden Anreizsystem für Extensivierungsmassnahmen (Art. 70 ff. LwG), die Direktzahlungen, werden nun auch die Beiträge gemäss Art. 62a GSchG zu 100 % vom Bund übernommen. Nur die Kosten von notwendigen strukturellen Eingriffen im Rahmen von Programmvereinbarungen werden auf Bund, Kanton und Landwirte aufgeteilt. Die Höhe der Bundesbeiträge richtet sich somit neu nach dem Umfang der jährlich verhinderten Abschwemmung und Auswaschung von Stoffen sowie den zusätzlichen Kosten der Massnahmen.</p> <p>Auf der Basis dieser Materialien ergeben sich präzisere Formulierungen der relevanten Artikel der GSchV.</p> <p>Antrag zu Art. 54 Massnahmen der Landwirtschaft:</p> <p>1 Die Höhe der globalen Abgeltungen an Massnahmen der Landwirtschaft (Art. 62a GSchG) richtet sich nach den Eigenschaften und der Anzahl Kilogramm der Stoffe, deren Abschwemmung und Auswaschung jährlich verhindert wird.</p> <p>2 Die Abgeltungen betragen:</p> <p>a. für produktionstechnische Massnahmen und Änderung der Bewirtschaftung 100 % der anrechenbaren Kosten;</p> <p>b. für Anpassung der Betriebsstrukturen 80 % der anrechenbaren Kosten.</p> <p>3 Sie werden zwischen dem Bundesamt für Landwirtschaft und dem betroffenen Kanton ausgehandelt. Für Massnahmen, welche Änderungen der Betriebsstrukturen zur Folge haben, richtet sich die Höhe ausserdem nach den anrechenbaren Kosten.</p> <p>Mit dieser Präzisierung werde sichergestellt, dass effektiv nur bei der Änderung der Betriebsstrukturen der reduzierte Abgeltungssatz angewendet wird (z. B. für Stallbauten, die bei der Umstellung eines Ackerbaubetriebes auf reine Graswirtschaft nötig werden).</p> | |
| Art. 54 | <p>Le commentaire de cette disposition signale qu'il est difficile d'apprécier en termes de kilos l'efficacité des mesures envisagées en agriculture pour empêcher le ruissellement. Les indemnités fédérales se calculent-elles, par conséquent, d'après des estimations scientifiquement fondées ? Le gouvernement vaudois regrette l'opacité qui règne sur la manière de fixer les indemnités fédérales, laquelle lui semble laisser une trop grande marge pour l'interprétation.</p> <p>Le gouvernement vaudois, en revanche, salue le fait que les mesures d'exploitation (art. 54) soient désormais financées à 100% par la Confédération (actuellement 50%).</p> | VD |
| Art. 55 und 56 | <p>In den Erläuterungen des Bundes wird keine Begründung für die Durchbrechung des Prinzips der Programmvereinbarungen mit Globalbeiträgen angeführt. Es wird lediglich festgehalten, mit den Regelungen solle die geltende Praxis bestätigt werden. Das neue NFA-Instrument</p> | ZG |

| | | |
|----------------|--|----------------|
| | <p>der Programmvereinbarungen soll jedoch auch in den Bereichen Grundlagenbeschaffung und Ausbildung von Fachpersonal sowie Aufklärung der Bevölkerung zum Tragen kommen. Einzelne Abgeltungen und Finanzhilfen seien nicht notwendig. Auf die Festschreibung von Beitragssätzen in Prozenten könne daher verzichtet werden. Nötigenfalls können Programmvereinbarungen mit Nachträgen auch angepasst werden.</p> <p>Die Artikel 55 und 56 seien zu streichen.</p> | |
| Art. 59 | <p>Da eine umfassende Planung und Priorisierung der zu ergreifenden Massnahmen im gesamten Kantonsgebiet viel zu aufwändig ist und auch eine entsprechende Gesetzesgrundlage fehlt, sei zudem lit. a von Art. 59 zu modifizieren.</p> <p>"1 Das Gesuch um globale Abgeltungen wird vom Kanton beim zuständigen Bundesamt eingereicht und enthält Angaben über:</p> <p>a. die zu erreichenden Programmziele;</p> <p>b. die zur Zielerreichung... "</p> <p>Neu wird der Bund nun mehr Mittel für GSchG 62a-Projekte reservieren müssen. So sind praktisch alle Beiträge an die Landwirte im Schaffhauser Projekt "Nitratreduktion im Klettgau" für produktionstechnische Massnahmen und Änderung der Bewirtschaftung vorgesehen und entlasten so die Staatskasse dieses Kantons.</p> <p>Der Vernehmlasser ist sich bewusst, dass der vom Gesetzgeber gewählte Weg der Kostenaufteilung bei den Strukturmassnahmen auf Bund, Kantone und Dritte eigentlich dem Grundsatz des NFA widerspricht. Doch ist dies ein Kompromiss, der zwischen dem Bund und den Kantonen bei der Gestaltung der NFA ausgehandelt worden ist.</p> | NW |
| Art. 59 | <p>Die vom Bund vorgeschlagene Lösung stellt rein auf in der Verordnung festgeschriebene Beitrags-Prozentsätze ab. Analog zur Regelung in anderen NFA-Bereichen und in Berücksichtigung des Prinzips der Programmvereinbarungen als Verhandlungsgegenstand sollen auch hier die Höhe der Abgeltungen und Finanzhilfen zwischen dem zuständigen Bundesamt und dem betroffenen Kanton ausgehandelt werden. Artikel 59 sei dementsprechend zu ergänzen.</p> <p>Art. 59 sei mit einem neuen Absatz wie folgt zu ergänzen:</p> <p>"Die Höhe der globalen Abgeltungen und der Finanzhilfen wird zwischen dem zuständigen Bundesamt und dem betroffenen Kanton ausgehandelt."</p> | ZG |
| Art. 59 | <p>Art. 59 Abs. 1 litera a verlangt, dass das Gesuch um globale Abgeltungen Angaben enthält über die zu erreichenden Programmziele. Bei Abgeltungen für Massnahmen der Landwirtschaft werden Angaben über die im gesamten Kantonsgebiet zu erreichenden Ziele verlangt. Eine umfassende Planung und Priorisierung der zu ergreifenden Massnahmen im gesamten Kantonsgebiet ist gemäss Vernehmlasser zu aufwändig. Zudem fehlt eine Gesetzesgrundlage für eine solche Forderung.</p> <p>Antrag:</p> <p>Art. 59 Abs. 1 litera a Satz 2 sei zu streichen.</p> | SH SZ GR |
| Art. 59 | <p>Cet article requiert pratiquement un « plan directeur cantonal », fixant les objectifs à atteindre, une planification des mesures et leur priorisation - faut-il l'envisager, p.ex., par bassin versant ? - pour l'ensemble de son territoire. Le travail nécessaire à la production d'un tel document est considérable, en particulier dans sa dimension transversale (relations avec communes, régions, interservices, etc.) et de monitoring.</p> | VD |
| Art. 60 | <p>Die konkreten Verfahrens- und Vorgehensschritte zur Festlegung der Programmvereinbarungen zwischen dem Bund und dem Kanton Schwyz sind zurzeit noch nicht abschätzbar.</p> <p>Dazu wartet der Vernehmlasser den Erlass der entsprechenden Richtlinien der zuständigen Bundesämter ab (Art. 60 Abs. 4). Insbesondere Art. 60 Abs. 3 erwähnt, dass Programmvereinbarungen in der Regel sechs Jahre dauern. Diese Formulierung wird vom Vernehmlasser so verstanden, dass jährlich Programmvereinbarungen abgeschlossen werden können (selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass die dazu erforderlichen Angaben vorhanden sind).</p> | SZ |
| Art. 60 Abs. 1 | <p>Le Canton de Fribourg propose de supprimer la précision « par région » et donc de stipuler uniquement que l'office fédéral compétent conclut la convention-programme avec l'autorité cantonale compétente.</p> | FR |

| | | |
|------------------|---|----|
| Art. 60 Abs. 3 | Les conventions-programmes sont généralement signées pour une durée de quatre ans. Il s'agit, ici, d'une période de six ans. En tenant compte de cette durée relativement longue, le Conseil d'Etat vaudois remarque que l'ordonnance ne met aucun moyen à disposition des cantons afin de modifier la teneur des conventions-programmes en cas de problème manifeste. Il pressent donc, en le regrettant cas échéant, que dans une telle hypothèse il faille attendre la fin du contrat pour trouver une solution. | VD |
| Art. 61 | Durch den Verzicht der Gewährung von einzelnen Abgeltungen und Finanzhilfen kann dieser Abschnitt gänzlich entfallen. Die Art. 61c, 61d, 61e und 61f seien zu streichen. | ZG |
| Art. 61 | Der Vernehmlasser verweist auf die Bemerkungen und den Antrag zu Art. 25 LSV. | GR |
| Art. 61 | Le gouvernement vaudois attire l'attention de l'autorité fédérale sur le fait que les critères qui permettent de conclure à une défaillance importante du canton ne sont pas fixés dans l'ordonnance, ce qui procure à l'autorité fédérale une marge d'appréciation qui pourrait se révéler excessive. | VD |
| Art. 61 Abs. 2 | Pour préciser que les conditions sont cumulatives la phrase pourrait être modifiée comme suit : 2 Les paiements échelonnés seront réduits ou supprimés en cas de défaillances importantes des prestations du canton et s'il y a faute du canton. | GE |
| Art. 61a | Cet article stipule que 3 mois au plus tard après la fin du programme (de 6 ans), le canton présente un rapport final. Le Canton de Vaud juge ce délai trop court, compte tenu du travail à produire pour établir ce rapport ; il demande donc qu'il soit rallongé (à au moins 6 mois). | VD |
| Art. 61a | Chapitre 10.6, Art. 61a (page 77): Les cantons ne devraient pas être pénalisés si les rapports fournis ne sont pas validés dans un délai raisonnable par les autorités fédérales. En ce sens, la sixième phrase devrait être modifiée de la façon suivante : Si le rapport annuel n'est pas remis ou s'il n'est pas approuvé par l'OFEV ou l'OFAG dans un délai raisonnable, le versement... | GE |
| Art. 61b und 61e | Der Vernehmlasser verweist auf die Bemerkungen und den Antrag zu Art. 27 LSV. | GR |
| Erläuterungen | Chapitre 10.4 (page 73): Il semble réducteur de limiter les mesures prises par l'agriculture "au bassin versant d'un lac ou à l'aire d'alimentation d'un captage d'eau potable". L'article 62a de la loi fédérale sur la protection des eaux (LEaux) ne fait référence qu'à la nécessité de "satisfaire aux exigences posées à la qualité des eaux superficielles et souterraines", exigences par ailleurs décrites à l'annexe 2 de l'OEaux. Les eaux courantes d'une grande valeur écologique doivent aussi pouvoir être protégées contre les atteintes de l'agriculture. Une formulation plus souple devrait être employée. | GE |

6.1.11 Lärmschutz-Verordnung vom 15. Dezember 1986

Gemäss acht Vernehmlassern (LU; AG, BL, FR, BE, NW, BS, VS) seien die Auswirkungen der Teuerung bis 2018 in Artikel 24 Absatz 3 zu berücksichtigen. Es wird eine Indexierung des Betrages von CHF 400 gefordert.

Sechs Vernehmlasser (BS, AI, VS, BL, AG, ZG) sind der Ansicht, dass im Sinne einer grösseren Flexibilität und um die Lärmsanierung nicht zu verzögern oder gar zu blockieren, Änderungen an den Programmvereinbarungen möglich sein müssen. Artikel 23 sei entsprechend zu ergänzen oder dies sei in den BAFU-Richtlinien so festzulegen.

Drei Vernehmlasser (GR, LU, ZG) beantragen zu Artikel 37, es seien Rechtsgrundlagen zu schaffen, die es dem Bund erlauben, gebietsbezogene Messungen und Erhebungen der Kantone im Bereich des Umweltschutzes entsprechend abzugelten, soweit sie sich auf die von der Nationalstrasse stammenden Emissionen zurückführen lassen.

Zwei Vernehmlasser (BS, GR) empfinden die Berichterstattung gemäss Artikel 20 Absatz 2 als sehr aufwändig und fordern eine Anpassung der Bestimmung.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|--|---------------|
| Allg. | <p>Durch den vom Bund geforderten Sanierungshorizont von +20 Jahren für die Programmvereinbarungen stellen sich gemäss Vernehmlasser einige Fragen in Bezug auf die Erarbeitung der Grundlagen. Gemäss Art. 37 der LSV sind zwar die Kantone verpflichtet einen Kataster über die Belastung aus dem Strassenverkehr zu führen. Dieser ist jedoch basierend auf den Grundsätzen von Art. 36 auf den heutigen Zustand sowie die bereits aufgelegten Projekte ausgerichtet. Um Aussagen über den gesamten Sanierungsbedarf bis Ablauf der Sanierungsfrist zu erhalten werden die Kantone gezwungen sein, neue, zukunftsgerichtete Kataster zu erarbeiten. Die dabei entstehenden Kosten sollen mindestens teilweise vom Bund getragen werden.</p> <p>Durch die Übernahme des Bereichs Nationalstrasse durch den Bund stelle sich auch die Frage, ob der Bund einen eigenen Kataster führen soll und in welchem Zusammenhang dieser zu kantonalen Katastern stehen würde. Gerade in innerstädtischen Gebieten können die Quellen der Immissionen z.B. bei einer Beurteilung nach Art. 31 LSV nicht getrennt betrachtet werden. Aus Sicht des Vernehmlassers spricht einiges dafür, dass die Kantone weiterhin den Lärm auch entlang der Nationalstrasse zu Händen des Bundes erheben und der Bund sie dafür entschädigt.</p> | BS |
| Allg. | <p>Une partie des subventions est réglée par les conventions-programmes. Le montant des subventions globales n'est plus fixé d'après un taux en pourcentage, pondéré d'après la capacité financière des cantons. Désormais, la base des négociations est formée par le nombre de personnes protégées par les mesures et par la réduction du bruit elle-même. Le gouvernement vaudois estime qu'il sera difficile de quantifier ces deux variables et peu réaliste de le faire. Il lui paraît plus judicieux d'introduire des éléments mesurables, ceci afin de permettre d'éviter le caractère subjectif y relatif.</p> <p>Le Canton de Vaud souhaiterait savoir comment sont gérés les dépassements de devis sur un projet, en particulier s'ils sont compensés dans l'enveloppe de la convention-programme par l'abandon ou la réduction d'autres tronçons routiers. Ce problème est traité par l'actuel article 27, mais ne l'est plus dans le projet soumis à consultation.</p> | VD |
| Allg. | <p>Malgré le transfert à la Confédération de la propriété et de la responsabilité des routes nationales, l'établissement du cadastre du bruit doit demeurer de la compétence des cantons. Des motifs tant techniques que pratiques plaident en faveur de cette solution. Tout autre solution soulèverait d'importants problèmes de coordination et d'harmonisation. En corollaire, et partant du principe de causalité, les cantons doivent être indemnisés pour l'établissement et la mise à jour du cadastre du bruit des routes nationales. Les ordonnances y relatives doivent être complétées en conséquence.</p> <p>Pour ce qui concerne les autres routes, et en vertu du même principe, les cantons doivent être indemnisés pour les tâches nouvelles et les tâches transférées.</p> <p>Routes nationales :</p> <ul style="list-style-type: none"> - La propriété et de la responsabilité des routes nationales est transférée à la Confédération. La question de l'établissement du cadastre du bruit correspondant doit être réglée. - Il pourrait être compréhensible, en première approche, que pour des raisons d'uniformité des critères l'établissement et la mise à jour de ce cadastre reviennent à la Confédération. Compte tenu du rapport très étroit avec les conditions locales, il nous apparaît cependant beaucoup plus logique que ces tâches demeurent de la compétence des cantons (cf. art. 37 de l'OPB). Des motifs techniques et pratiques ainsi que des raisons liées à la substance même plaident largement en faveur de cette solution. Les dispositions législatives (en particulier l'art. 40 de l'OPB, qui requiert que soit établie la somme des immissions de bruit dues à des installations différentes) constituent également un argument en faveur d'une « solution cantonale ». Toute autre solution impliquant des instances différentes dans l'établissement du cadastre du bruit pour une région donnée soulèverait des problèmes très importants voire insolubles de coordination et d'harmonisation. - En corollaire et partant du principe de causalité (art. 2 de la LPE), les cantons devraient être indemnisés pour l'établissement et la mise à jour du cadastre du bruit des routes nationales. Cette disposition doit être insérée dans | VS |

| | | |
|----------------|--|-----------------|
| | <p>les ordonnances y relatives.</p> <p>Indemnisation pour les tâches supplémentaires à exécuter par les cantons :</p> <ul style="list-style-type: none"> - La Confédération ne contrôlant plus systématiquement les projets mais procédant sondages selon l'art. 26, les tâches de contrôle incomberont dorénavant aux cantons et généreront d'importantes tâches supplémentaires. Il en va de même pour la préparation des dossiers d'assainissement pour les communes, du fait qu'il ne sera plus versé de subventions à des tiers. - Il est en conséquence indispensable que les cantons soient indemnisés pour les coûts supplémentaires introduits par ces tâches nouvelles, respectivement qu'il en soit tenu compte dans les conventions-programmes convenues entre la Confédération et les cantons. | |
| Allg. | <p>Remarque liminaire : les modifications apportées à l'OPB sont indispensables pour mettre en œuvre la nouvelle RPT. Il était très judicieux que la Confédération soumette le projet à la consultation des cantons assez tôt, par rapport à la date de la mise en application (1er janvier 2008), ce qui permettra, le cas échéant, d'apporter les améliorations nécessaires.</p> | GE |
| Allg. | <p>Mit der NFA bleibt die Lärmsanierung der Strassen eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen. Allerdings werden die Verantwortlichkeiten entflochten, die Finanzierung klarer geregelt sowie an Stelle der bisherigen Beitragssätze neue Kriterien für die Beitragshöhe festgelegt. An den materiellen Bestimmungen zum Lärmschutz werden keine Änderungen vorgenommen und auch die Gesamtheit der Bundesbeiträge wird im bisherigen Umfang bleiben. Hingegen wird es auf Grund der geänderten Beitragskriterien gewisse Verschiebungen geben können. Als Basis für die Verhandlungen figurieren neu die Anzahl der durch die eingesetzten Massnahmen geschützten Personen sowie die Reduktion der Lärmbelastung. Bisher galt ein Prozentsatz, der nach Finanzkraft des Kantons variiert wurde. Gegenüber den Leistungserbringern tritt nur noch der Kanton auf, der finanzielle Unterstützungen gestützt auf sein kantonales Subventions- bzw. Submissionsrecht gewährt. Die Weitergabe der Veränderung bei den Bundesbeiträgen hängt daher von der Ausgestaltung des kantonalen Rechts ab.</p> <p>Die Auswirkungen auf die Gemeinden werden gemäss Vernehmlasserin vom Kanton bestimmt.</p> | Stadt Solothurn |
| Art. 2 Abs. 2 | <p>Antrag: Abs. 2 sei ersatzlos zu streichen.</p> <p>Begründung: Eine Bestimmung, welche den Kantonen explizit ein (einseitiges) schulhaftes Verhalten unterstellt, ist gemäss Vernehmlasser nicht gerade vertrauensbildend für die künftige Wahrnehmung einer Verbundaufgabe durch Bund und Kanton. Eine entsprechende Regelung könnte - wenn überhaupt - höchstens Bestandteil einer Programmvereinbarung bilden. In diesem Falle müsste sie allerdings klarer und besser formuliert werden. So ist nicht definiert, was unter einer "erheblichen Störung der Leistungen des Kantons" zu verstehen ist. Auch die Begriffe "Etappenzahlung" (Abs. 2) und "zahlt in Etappen" (Abs. 1) seien nicht geglückt, sondern völlig willkürlich gefasst. In der Praxis dürfte es deshalb gemäss Vernehmlasser darauf hinauslaufen, dass die Kantone in manchen Fällen vom Bund erst Geld erhalten, wenn sie bereits die Gesamtkosten vorgeschossen haben. Dies lasse sich aber nicht mit dem Sinn und Zweck einer Verbundaufgabe vereinbaren.</p> | GR |
| Art. 20 | <p>Gemäss dem vorliegenden Vorschlag zur Änderung der Lärmschutzverordnung müssen die Kantone sowohl nach Artikel 20 Absatz 2 Buchstaben b über die im vorgangenen Jahr durchgeführten Lärmsanierungen Auskunft geben, als auch im Rahmen des Controllings gemäss Artikel 26. Eine ähnliche Doppelspurigkeit ergibt sich auch aus der periodischen Erhebung gemäss Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a und dem Gesuch gemäss Art. 22. Aus Sicht des Vernehmlassers sollten die jeweiligen Angaben lediglich einmalig erhoben werden. Das heisst für Kantone, welche eine laufende Programmvereinbarung besitzen, soll die Erhebung gemäss Artikel 20 hinfällig werden. Die Erhebung von zwei Datensätzen bedeutet einen beträchtlichen Mehraufwand für die Kantone.</p> <p>Antrag: Artikel 20 sei in dem Sinne zu ergänzen, dass die Erhebung lediglich in Bereichen, welche nicht durch eine Programmvereinbarung abgedeckt sind, durchzuführen ist.</p> | BS |
| Art. 20 Abs. 2 | <p>Antrag: Beibehaltung des bisherigen Rhythmus der Berichterstattung (alle zwei Jahre). Formulierungsvorschlag: "2 Für Strassen verlangt er von ihnen jeweils im ersten und im dritten Jahr der Programmvereinbarung, bis am 1. Oktober, insbesondere: b. einen Bericht über: 1. die in den vorangegangenen zwei Jahren durchgeführten..."</p> | GR |

| | | |
|-------------------------------|---|----|
| | Begründung: Das Aktualisieren und Überprüfen der Daten für die Berichterstattung ist gemäss Vernehmlasser für die Kantone jedes Mal mit einem nicht zu unterschätzenden Aufwand verbunden. Da der gesamte Sanierungsprozess keine besonders dynamische Angelegenheit darstellt, reicht es, wenn der Bund alle zwei Jahre Erhebungen durchführt. Wenn die Berichterstattung im ersten und im dritten Jahr der laufenden Programmvereinbarungen erfolgt, liegen für die Abschlüsse der Vereinbarungen für die folgenden Jahre die notwendigen Angaben vor. | |
| Art. 20 Abs. 3 | Il est demandé aux cantons d'élaborer des réponses, s'agissant des routes principales et des autres routes, "conformément aux directives de l'Office fédéral de l'environnement". A ce jour, les directives ne sont pas encore connues. Cela étant, il importera d'attirer l'attention sur le fait que ces futures directives doivent prendre en compte la difficulté d'obtenir des résultats fiables et suffisamment détaillés, sans élaborer les projets d'assainissement des tronçons à proprement parler. | GE |
| Art. 20 Abs. 4 | Selon le Canton de Fribourg il est important que l'OFEV publie effectivement les informations récoltées, notamment au sujet de l'avancement des travaux d'assainissement, du coût et de l'efficacité des mesures. Cette publication apportera la transparence requise et est de nature à faire avancer les projets d'assainissement. | FR |
| Art. 21 | Le délai jusqu'à l'expiration duquel la Confédération alloue des subventions en faveur de l'assainissement et des mesures d'isolation acoustique appliqués à des bâtiments existants doit être réexaminé et prolongé au-delà de 2018. La réalisation, en une dizaine d'années, sur l'ensemble de la Suisse, de mesures pour près de 3 milliards de francs ne paraît pas réaliste. Pour mémoire, 1 milliard a été investi à ce jour et durant une période de 20 ans. - La réalisation en une dizaine d'années, sur l'ensemble de la Suisse, de mesures pour près de 3 milliards de francs ne paraît pas réaliste, moins encore si ce chiffre est comparé avec celui de 1 milliard investi à ce jour durant une période de 20 ans. - Le délai de 2018 pour l'achèvement des assainissements doit être réexaminé et prolongé. | VS |
| Art. 21 Abs. 1 | S'il paraît acceptable au Canton de Fribourg de limiter dans le temps (2018) l'octroi de subventions, il importe que la Confédération garantisse durant cette période des budgets réellement aptes à couvrir les besoins des cantons. Les sommes inscrites dans la planification financière de la Confédération sont largement insuffisantes dans cette optique. | FR |
| Art. 21 Abs. 1 | Si segnala un presumibile errore di stampa nel testo italiano al punto a.: ci si dovrebbe riferire alle strade principali e non a quelle nazionali. | TI |
| Art. 21 Abs. 2 lit. b Ziff. 1 | Antrag: Streichung der Befristung der Bundesbeiträge auf den Zeitpunkt des Ablaufs der Sanierungsfristen. Formulierungsvorschlag: "1 Der Bund gewährt Beiträge für Sanierungen und Schallschutzmassnahmen an bestehenden Gebäuden bei:" Begründung: Die vorgesehene Befristung der Beiträge lässt sich gemäss Vernehmlasser kaum mit dem Umweltschutzgesetz (Verursacherprinzip, Pflicht zur Reduktion übermässiger Umweltbelastungen) in Einklang bringen. Angesichts der immer noch steigenden Verkehrszunahme und der damit verbundenen Zunahme der Lärmemissionen sei nicht einzusehen, weshalb der Bund nach Ablauf der Sanierungsfristen keine Beiträge mehr zahlen soll. Diese durch Verkehrszunahme nötigen Nachsanierungen sind vielmehr weiterhin durch die Verursacher bzw. durch Treibstoffgelder und damit durch den Bund mitzufinanzieren. Abgesehen davon würde auf den Ablauf der Sanierungsfristen hin ein Verteilungskampf entstehen, wenn die bis dann verfügbaren Bundesmittel nicht ausreichen sollten, um die noch notwendigen Sanierungen vorzunehmen. | GR |
| Art. 22 | La question est de savoir comment, à ce niveau de procédure, on peut annoncer l'efficacité des projets non encore étudiés. Il est souhaitable d'indiquer clairement, dans les directives en cours d'élaboration, le degré de précision souhaité de ces données. | GE |
| Art. 22 und 23 | Art. 22 (Gesuch) und Art. 23 (Programmvereinbarung) erscheinen dem Vernehmlasser zu unbestimmt und missverständlich formuliert. Es sei nicht klar, ob für die Programmvereinbarung auch ein Gesuch gestellt werden muss. Weiter passt gemäss Vernehmlasser Art. 23 Abs. 4 nicht zum Rest von Art. 23, sind doch Richtlinien vor allem für die Gesuche der Kantone und nicht in erster Linie für die Programmvereinbarungen von grosser Bedeutung. Wesentlich verständlicher wäre deshalb eine Bestimmung, welche die Programmvereinbarung klar definiert und den Inhalt und das Vorgehen abschliessend festhält. | GR |

| | | |
|----------------------|---|----------|
| | Antrag: Art. 22 und 23 seien zu überarbeiten. Sie müssen den Inhalt der Gesuche und der Programmvereinbarungen sowie das Verfahren gut verständlich und umfassend darstellen und sollten sich bezüglich Detaillierung an den heute gültigen Art. 24a bzw. Art. 24 und 24b LSV orientieren. | |
| Art. 23 | <p>Innerhalb der Vereinbarungperiode von mindestens vier Jahren kann sich sowohl der Realisierungszeitpunkt als auch die Höhe der Kosten ohne Verschulden der Kantone ändern. Es sei daher unabdingbar, dass Änderungen an der Vereinbarung möglich sind.</p> <p>Antrag</p> <p>Artikel 23 sei zu ergänzen: Absatz 3: "Die Dauer der Programmvereinbarung beträgt höchstens vier Jahre. Innerhalb dieser Dauer kann die zuständige kantonale Behörde beim Bundesamt für Umwelt Programmänderungen beantragen."</p> <p>Absatz 4: "Das Bundesamt für Umwelt erlässt Richtlinien über die notwendigen Angaben und Unterlagen sowie das Vorgehen bei Programmvereinbarungen und Programmänderungen."</p> | BS |
| Art. 23 | <p>In Art. 23 fehlt gemäss Vernehmlasser ein Hinweis darauf, was im Falle einer Änderung der Priorisierung der Streckenabschnitte während der vereinbarten Programmdauer zu geschehen hat.</p> <p>Antrag:</p> <p>Ergänzung von Abs. 4: "sowie das Vorgehen bei Programmvereinbarungen und Programmänderungen".</p> | AI |
| Art. 23 | <p>Sans pour autant remettre en cause le subventionnement par conventions-programmes, nous attirons votre attention sur le fait que les termes de la convention devront être suffisamment souples pour tenir compte du contexte évolutif dans lequel leur mise en œuvre s'inscrit. Une rigidité excessive risquerait de compromettre fortement l'objectif visé par l'introduction du subventionnement par convention-programme.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Les conventions-programmes doivent être suffisamment souples pour permettre, cas échéant, d'adapter, de modifier ou de compléter les programmes de réalisation prédéfinis. Ceci est d'autant plus vrai pour la première période quadriennale. Nous craignons à ce stade, malgré les promesses faites, que les conventions-programmes soient plus rigides que prévues et ne permettent pas, de ce fait, d'atteindre les effets globaux recherchés. - Les termes de la convention-programme doivent permettre aux cantons, dans le cadre des objectifs généraux fixés, une certaine flexibilité. Cette flexibilité doit également être étendue aux coûts des assainissements, souvent déterminés dans un premier temps sur la base d'estimations. - Nous demandons à l'office fédéral de l'environnement de déterminer la manière la plus adéquate pour permettre de conférer aux conventions-programmes la souplesse recherchée (clause de renégociation prévue dans la convention, directives pour l'établissement et la possibilité de modification des conventions-programmes, compléments à l'article 23 de l'ordonnance...) | VS |
| Art. 23 Abs. 3 und 4 | <p>Um die Lärmsanierung nicht zu verzögern oder gar zu blockieren und die nötige Flexibilität zu schaffen, müssen Änderungen der Programmvereinbarungen aus folgenden Gründen möglich sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verfahrensverzögerungen können dazu führen, dass einzelne vorgesehene Sanierungen erst später ausgeführt werden können. - Umgekehrt ist es denkbar, dass im Programm noch nicht vorgesehene Sanierungen früher zur Ausführung gelangen. - Viele im Programm enthaltene Sanierungen basieren auf Schätzungen über die Baukosten, weil das Projekt zum Zeitpunkt der ersten Angaben bei der Programmvereinbarung noch nicht den Ausführungsstand erreicht hat. Entsprechende Kostenanpassungen müssen möglich sein. - Die Lärmsanierungen von Gemeinden müssen ebenfalls in den Programmvereinbarungen enthalten sein. Auch die Gemeindeprojekte können Verzögerungen als auch Beschleunigungen erfahren, welche Programmänderungen bedingen. <p>In den periodischen Erhebungen gemäss Artikel 20 LSV werden diese Änderungen aufgezeigt und belegt. Sie bilden somit die Grundlage für die Beurteilung, ob eine Programmänderung nötig und begründet ist.</p> <p>Antrag:</p> <p>Änderungsantrag: Artikel 23 Absatz 3 und 4 LSV seien wie folgt zu ergänzen:</p> <p>3 Die Dauer der Programmvereinbarung beträgt höchstens vier Jahre. Innerhalb dieser Dauer kann die zuständige kantonale Behörde beim Bundesamt für Umwelt Programmänderungen beantragen.</p> <p>4 Das Bundesamt für Umwelt erlässt Richtlinien über die notwendigen Angaben und Unterlagen sowie das Vorgehen bei Programmvereinbarungen und</p> | BL AG |

| | | |
|----------------|---|----|
| | Programmänderungen. | |
| Art. 23 Abs. 4 | Der Vernehmlasser bemerkt, dass um bei Verzögerungen (z.B. Beschwerden gegen Sanierungsprojekte) oder Verfahrensbeschleunigungen (z.B. vorgezogene Sanierungsprojekte) die nötige Flexibilität zu schaffen, innerhalb einer Programmvereinbarungs-Dauer Änderungen der Programmvereinbarungen möglich sein müssten. Der Vernehmlasser geht davon aus, dass in der Richtlinie des BAFU Änderungen der Programmvereinbarungen flexibel geregelt werden. | ZG |
| Art. 24 | Gemäss der Erläuterung des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) vom 7.3.2007 zum Eingabeformular kommt in der ersten Vereinbarungsperiode ein Bundesbeitrag von 25% zum Zug. In der definitiven Bemessung wird ein Bundesbeitrag zwischen 20% und 35% in Aussicht gestellt. In Artikel 24 wird jedoch nur für Schallschutzfenster und gleichwertige Massnahmen ein konkreter Betrag (CHF 400 pro Fenster) festgelegt. Aus Sicht des Vernehmlassers wäre es angebracht, um eine gewisse Planungssicherheit für die Kantone herzustellen, auch im Bereich der wirkungsabhängigen Beiträge konkrete Werte zu verankern. Im Weiteren hält es der Vernehmlasser für unabdingbar, den Fixbeitrag an Schallschutzfenster mit der Teuerung zu indexieren. Antrag Artikel 24, Absatz 1 sei mit der bereits kommunizierten Spannweite der Beiträge zu versehen. Artikel 24, Absatz 3: Der Beitrag von CHF 400 sei an die Teuerung anzupassen. Eine mögliche Grundlage dazu bildet der Zürcher Baukostenindex. | BS |
| Art. 24 | Le Canton de Vaud regrette que, dans cette disposition relative au taux des subventions, le montant de celles-ci soit fixé à 400 francs par fenêtre. Il apparaît ici préférable que seul le principe du subventionnement soit décrit dans l'OPB, mais que son calcul soit précisé dans une directive fédérale. En effet, la fixation d'un montant forfaitaire par fenêtre ne respecte pas le principe de proportionnalité. Dès lors qu'il existe une grande variété de dimensions de fenêtres, il n'est guère justifiable d'accorder le même montant pour une petite fenêtre que pour une grande baie vitrée. | VD |
| Art. 24 | Il n'est pas admissible de demander aux cantons de s'engager lors des négociations sur des taux de subventions déterminés en fonction de l'efficacité de l'assainissement alors que la méthode de calcul de cette efficacité n'est pas encore finalisée (alinéa 1). Afin d'éviter des discriminations entre les cantons, compte tenu des spécificités de leur réseau routier, du mode d'urbanisation et des conditions topographiques qui conditionnent les types d'assainissements réalisables, la fixation pour le Valais d'un taux unique et fixe de 25% serait mieux approprié. Pour ce qui concerne le montant par fenêtre indiqué à l'alinéa 3, et au cas où le taux unique demandé au paragraphe précédent ne devait pas être retenu, il est impératif que celui-ci soit indexé annuellement afin que les effets du renchérissement soient couverts jusqu'en 2018. Les aérateurs doivent de plus être également subventionnés. - Il n'est pas admissible de demander aux cantons de s'engager lors des négociations sur des taux des subventions déterminés en fonction de l'efficacité de l'assainissement alors que la méthode de calculer cette efficacité n'est pas encore connue ou plutôt n'est pas encore finalisée à ce jour. - Pour le canton du Valais, et compte tenu des conditions locales qui conditionnent directement les types d'assainissements réalisables, le taux de subvention ne devrait avoisiner en moyenne que 20%. Afin d'éviter des discriminations entre les cantons, compte tenu des spécificités de son réseau routier, du mode d'urbanisation et des conditions topographiques qui conditionnent les types d'assainissements réalisables, la fixation pour le Valais d'un taux unique et fixe de 25% serait mieux approprié. - Il convient encore de remarquer que ce taux est en constante baisse: il est passé de 60% à 30% à la fin 2004 et devrait passer à environ 20% dans le futur - Si le montant de 400.- par fenêtre devait être maintenu à l'alinéa 3, celui-ci doit nécessairement faire l'objet d'une indexation annuelle (base = Zürcher Index der Wohnbaukosten, Indexstand ...) afin que les effets du renchérissement soient couverts jusqu'en 2018. Les aérateurs doivent impérativement être subventionnés car ils font partie intégrante du concept d'assainissement ; une fenêtre qui doit être ouverte anéantit la protection anti-bruit désirée. | VS |
| Art. 24 | La base sur laquelle le montant des subventions doit être "négocié" n'est pas exposée clairement. Par ailleurs, il s'agit de définir la "formule" classifiant | GE |

| | | |
|----------------------|---|----------------------------------|
| | <p>l'efficacité de l'assainissement. Si c'est l'indice d'efficacité pour les routes (leR), qui figure dans le manuel d'assainissement publié en janvier 2007, il faut additionner l'effet de toutes les mesures et pas seulement des écrans antibruit, notamment les effets des mesures à la source (conformément à l'OPB).</p> <p>Par ailleurs, le Canton de Genève se demande pourquoi seulement le nombre de personnes exposées au-dessus des valeurs limites d'immission est pris en compte. En effet, pour le calcul de l'efficience, il conviendrait de considérer l'ensemble des personnes bénéficiant d'une réduction notable.</p> | |
| Art. 24 Abs. 1 | Au-delà du principe de négociation, un montant minimal de subventions doit être garanti pour les diverses mesures envisageables. | FR |
| Art. 24 Abs. 1 und 3 | <p>Antrag: Art. 24 Abs. 1 und 3 seien wie folgt umzuformulieren bzw. zu ergänzen:</p> <p>"1 Die Höhe der Beiträge wird zwischen Bund und Kanton aufgrund von systematischen Grundlagen und nachvollziehbaren Kriterien vereinbart.</p> <p>3 Für Schallschutzmassnahmen an bestehenden Gebäuden werden 800 Franken pro Schallschutzfenster gewährt. Dieser Beitrag pro Fenster wird auch ausgerichtet, wenn der Schallschutz mit anderen baulichen, in ihrer Wirkung gleichwertigen Schallschutzmassnahmen erfolgt."</p> <p>Begründung: Die in Abs. 1 enthaltene Formulierung "wird ausgehandelt" suggeriert gemäss Vernehmlasser, dass Programmvereinbarungen willkürlichen Charakter haben können. Behördliches Handeln muss jedoch stets nachvollziehbar sein, auf plausiblen Grundlagen beruhen und willkürfrei sein. Zudem stünde Abs. 1 im Widerspruch zu Abs. 2, der richtigerweise vorsieht, dass sich die Höhe der Beiträge nach objektiven Kriterien richtet. Der vorgeschlagene Beitrag von Fr. 400.-- pro Schallschutzfenster entspricht ca. 20 Prozent der effektiven Kosten für ein Fenster und ist damit gemäss Vernehmlasser deutlich zu tief bemessen. Der Bund erhebt von den Lärmverursachern den Treibstoffzoll bzw. den Treibstoffzollzuschlag. Dieses Geld sollte entsprechend dem Verursacherprinzip zu einem grossen Teil zur Reduktion der Umweltbelastung, z.B. durch übermässigen Lärm, eingesetzt werden. Der Beitrag von Fr. 400.-- muss mindestens verdoppelt werden. Aus dem Verordnungsentwurf gehe nicht klar hervor, wie "andere bauliche, in ihrer Wirkung gleichwertige Schallschutzmassnahmen" behandelt werden sollen. Die vom Vernehmlasser beantragte Formulierung geht davon aus, dass den betroffenen Gebäudeeigentümern pro Fenster der pauschale "Fensterbeitrag" zugesprochen werde und die Gebäudeeigentümer frei sind, das Geld allenfalls für andere bauliche, in ihrer Wirkung gleichwertige Schallschutzmassnahmen zu verwenden.</p> | GR |
| Art. 24 Abs. 3 | Unter diesem Artikel sind auch die Kostenbeiträge an Schalldämmlüfter zu fixieren, da diese in vielen Kantonen bei Schlafräumen eingebaut werden. Bis anhin haben BAFU/ASTRA auch an diese Geräte einen Kostenbeitrag gewährt. | BE |
| Art. 24 Abs. 3 | <p>Um die Auswirkungen der Teuerung bis 2018 zu berücksichtigen, sei diese Bestimmung z.B. wie folgt zu ergänzen:</p> <p>"3 Für Schallschutzmassnahmen an bestehenden Gebäuden werden 400 Franken pro Schallschutzfenster oder andere bauliche, in ihrer Wirkung gleichwertige Schallschutzmassnahme gewährt. Dieser Betrag ist basierend auf dem Zürcher Index der Wohnbaukosten (Stand April 2006: 101,6) der Teuerung anzupassen."</p> | LU AG BL FR BE NW |
| Art. 24 Abs. 3 | Aus Art. 24 Abs. 3 ergibt sich nicht, ob der Beitrag von Fr. 400.00 nur für Schallschutzfenster-Einbauten bei überschrittenem Alarmwert oder auch bei freiwilligen Einbauten (Belastung zwischen Immissionsgrenzwert und Alarmwert) bezahlt wird. | NW |
| Art. 24. Abs. 1 | <p>Antrag:</p> <p>In Art. 24 Abs. 1 der Lärmschutz-Verordnung soll der Verhandlungspartner seitens Bund erwähnt werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Wenn das Bundesamt der Verhandlungspartner ist, sollte dies zur Klärung der Zuständigkeit explizit so erwähnt werden.</p> | AG |
| Art. 24a | La modifica dell'ordinanza non prevede alcuna indicazione sull'effettivo ruolo che i Cantoni svolgeranno o potranno svolgere in ambito di risanamenti fonici delle strade nazionali. In particolare non sembra previsto un loro coinvolgimento attivo nell'elaborazione del risanamento fonico (l'attuale art. 24a secondo il quale "...i Cantoni elaborano progetti di risanamento" sarà soppresso), ciò che potrebbe creare conseguenze a volte non trascurabili dal lato pratico come ad esempio eventuali ricorsi che porterebbero a ritardi nell'esecuzione. Un accordo di principio tra Cantone e Confederazione sulle soluzio- | TI |

| | | |
|----------------|---|----|
| | ni antirumore da adottare già in fase di studio e progettazione sarebbe nell'interesse di tutti. | |
| Art. 25 - 26 | <p>Artikel 25 bis 27 betreffen die konkrete Ausgestaltung der Zahlungen an die Kantone sowie das Controlling. Aus Sicht des Vernehmlassers müssen diese Artikel nicht zwangsweise in die Lärmschutzverordnung integriert werden, stellt doch die Programmvereinbarung einen koordinationsrechtlichen Vertrag dar, in dessen Rahmen sich die wichtigsten Pflichten und Rechte festschreiben lassen. Ausserdem sind die groben Linien des Vorgehens im Subventionsgesetz (SuG) festgeschrieben und gemäss der Erläuterung zu Artikel 23 ist das Controlling auch bereits in den Subventionsrichtlinien des BAFU verankert. Das SuG hat im Gegensatz zur Lärmschutzverordnung den Zweck, die Grundsätze für Finanzhilfe- und Abgeltungsverhältnisse aufzustellen und würde sich für allfällige nötige Ergänzungen eignen.</p> <p>Aus der Sicht der Praxis sieht der Vernehmlasser eine gewisse Diskrepanz zwischen der Gewährung von Globalbeiträgen, welche in regelmässigen Abständen ausgeschüttet werden und der Art, wie Lärmsanierungsprojekte realisiert werden. Das Zeitprogramm ist aufgrund der diversen Planungsschritte und Genehmigungen auf unterschiedlichen politischen Ebenen einer gewissen Flexibilität unterworfen. Rekurse und schleppende Beurteilung durch Bundes- und kantonale Instanzen können zu Verzögerungen von Monaten, wenn nicht Jahren führen. Aus Sicht des Vernehmlassers wäre es begrüssenswert, wenn nach wie vor die Abrechnung Objektweise erfolgen würde bis zu einem in der Programmvereinbarung festgelegten Kostendach.</p> <p>Antrag Artikel 25 und 27 seien zu streichen. Die nötigen Kontroll- und Sanktionsinstrumente seien vertraglich zu vereinbaren resp. via SuG zu regeln. Die Kantone sollen den Bundesbeitrag für übrige Strassen nach Abschluss eines Projektes, bis zu einem in der Programmvereinbarung festgelegten Kostendach, mit dem Bund abrechnen können.</p> | BS |
| Art. 25 Abs. 2 | L'OFEV peut réduire ou supprimer les paiements échelonnés en cas de "défaillances importantes". Il est hautement souhaitable que les termes de "défaillances importantes" et/ou "faute" soient clairement définis. | GE |
| Art. 26 | Gemäss Vernehmlasser wäre es sinnvoll, die jährliche Berichterstattung über die Verwendung der Beiträge zu terminieren (z.B. 30.11.). Die Berichtsform sollte nach Vorgaben des BAFU aufgebaut sein, damit die Resultate aus den Kantonen vom BAFU einheitlich zusammengestellt werden können. | BE |
| Art. 26 Abs. 1 | <p>Antrag: Abs. 1 sei ersatzlos zu streichen.</p> <p>Begründung: Hier ist vorgesehen, zusätzlich zu den Erhebungen gemäss Art. 20 eine weitere jährliche Berichterstattung von den Kantonen mit praktisch identischem Inhalt zu verlangen. Dies sei unsinnig. Das mit dieser Forderung zum Ausdruck gebrachte Misstrauen gegenüber den Kantonen ist gemäss Vernehmlasser nicht gerechtfertigt. Die in Art. 20 vorgesehene Berichterstattung, alle zwei Jahre, reicht völlig aus (vgl. Antrag zu Art. 20).</p> | GR |
| Art. 27 | <p>Antrag: Der ganze Artikel sei ersatzlos zu streichen.</p> <p>Begründung: Nach Erachten des Vernehmlassers ist diese Bestimmung überflüssig. Sie wiederhole nur, was bereits in Art. 28 und 29 des Bundesgesetzes über Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionsgesetz, SuG) vom 5. Oktober 1990 steht.</p> <p>Bei Beiträgen für Lärmschutzfenster könnten die vorgeschlagenen Abs. 2 und 3 (ebenso wie das Zweckentfremdungsverbot gemäss Art. 29 SuG) absurde Konsequenzen haben. Diese Bestimmungen könnten so angewendet werden, dass bei einem Wohnhaus, an das der Bund einmal Beiträge an Schallschutzmassnahmen gemäss Art. 24 Abs. 3 LSV bezahlt hat und bei dem dann später ein Schlafzimmer in einen Lagerraum umgebaut wird, der "Fensterbeitrag" des Bundes zurückerstattet werden müsste. So etwas wäre praxisfremd und ist gemäss Vernehmlasser strikte abzulehnen. Es muss sichergestellt werden, dass Art. 29 SuG bzw. Art. 27 Abs. 2 und 3 LSV nicht auf diese Art angewendet werden.</p> | GR |
| Art. 27 | <p>Les objectifs fixés par les projets d'assainissement sont tributaires des autorisations cantonales. Il est à envisager que les mesures fixées dans les programmes subiront des recours des riverains ou des associations et qu'elles ne pourront pas être mises en place exactement comme prévu. Le Canton de Genève se demande si ce genre de cas est susceptible d'engendrer une suspension de subvention.</p> <p>Par ailleurs, dans le cas où le Canton de Genève - étant donné sa particularité de canton-ville - ne pourrait pas appliquer scrupuleusement le Manuel des routes (notamment concernant l'horizon d'assainissement de plus de 20 ans, le choix des enrobés particuliers-innovants, etc.), nous nous interrogeons si</p> | GE |

| | | |
|----------|---|----------------|
| | <p>cela sera considéré comme une "réalisation imparfaite". Dans ce sens, il est important de fixer clairement la portée du Manuel en tant que référence de "bonne et de mauvaise" réalisation, bien que ce dernier soit défini, pour l'instant, dans son introduction comme étant uniquement "une aide à la réalisation des projets d'assainissement", à l'exception des routes nationales où il a valeur de directive.</p> | |
| Art. 37 | <p>Aufgrund des qualifizierten Schweigens gemäss Vernehmlassungsvorlagen ist davon auszugehen, dass diese Bestimmung nicht geändert werden soll. Antrag: In der Nationalstrassenverordnung oder allenfalls im Verordnungsrecht zum USG sind gemäss Vernehmlasser Rechtsgrundlagen zu schaffen, die es dem Bund erlauben, gebietsbezogene Messungen und Erhebungen der Kantone im Bereich des Umweltschutzes (insbesondere Erstellung des Strassenlärm-Belastungskatasters sowie lufthygienische Messungen, vgl. dazu Stellungnahme zu Art. 30 MinVV) entsprechend dem Verursacherprinzip anteilmässig abzugelten, soweit sie sich auf die von der Nationalstrasse stammenden Emissionen zurückführen lassen.</p> <p>Begründung: Art. 37 Abs. 1 LSV sieht vor, dass die Vollzugsbehörden einen Lärmbelastungskataster (LBK) erstellen. Diese Aufgabe fiel bisher bei den Strassen in die Zuständigkeit der Kantone. Mit der NFA geht die Verantwortung für die Nationalstrassen vollständig an den Bund über. Somit müsste - ohne Änderung von Art. 37 LSV - in Zukunft der Bund einen LBK für Nationalstrassen und der Kanton einen LBK für alle anderen Strassen erstellen. Während es gemäss Vernehmlasser sinnvoll ist, dass der Bund für das Nationalstrassennetz einen nach einheitlichen Kriterien erstellten Emissionskataster aufbaut und unterhält, ist es wegen des engen lokalräumlichen Bezugs bei Immissionskatastern angezeigt, die Strassenlärmbelastungskataster weiterhin durch die Kantone erstellen und führen zu lassen. Dafür sprechen technische, rechtliche und vollzugspraktische Gründe. Beispielsweise ist die Summe gleichartiger Lärmimmissionen von mehreren Anlagen (Nationalstrasse, Hauptstrasse, Gemeindestrasse) massgebender Beurteilungspegel, der anzeigt, ob die Belastung über oder unter dem Belastungsgrenzwert liegt. Die Belastungsgrenzwerte wiederum sind von der Nutzung abhängig, wobei die Raumplanung Sache der Kantone ist. Es würde zu kaum lösbaeren Koordinationsproblemen führen, wenn kantonale Stellen und Stellen des Bundes am gleichen Immissionskataster beteiligt wären. Die Schnittstelle zwischen dem Emissionskataster Nationalstrasse (Bund) und dem Immissionskataster, der den Lärm der Strassen aller Kategorien erfasst (Kanton), ist demgegenüber technisch problemlos sowie rechtlich und vollzugstechnisch transparent.</p> <p>Wenn die Kantone den Strassenlärmbelastungskataster erstellen und führen, übernehmen sie damit zum Teil eine Aufgabe, die grundsätzlich Aufgabe des Bundes wäre. Der Bund soll die Kantone für diese Aufgabe entschädigen können. Es seien dafür die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.</p> | GR LU ZG |
| Art. 48a | <p>Les subventions pour l'assainissement et les mesures d'isolation acoustique qui ont été octroyées selon le droit précédemment en vigueur sont versées telles qu'elles ont été allouées. Le droit à l'allocation des subventions qui ont été décidées après l'entrée en vigueur de la modification du 1er septembre 2004 s'éteint pour les projets ou parties de projets qui n'ont pas été réalisés dans les quatre ans qui ont suivi l'allocation. Si des projets venaient à ne pas être terminés à fin 2007, cela pourrait avoir un impact financier pour le Canton de Vaud. Le Conseil d'Etat souhaite que la Confédération prenne à sa charge les coûts inhérents aux projets en question.</p> | VD |

6.1.12 Verordnung vom 11. September 2002 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts

Drei Vernehmlasser (AI, TG, ZG) sehen Handlungsbedarf beim Vermögensverzehr gemäss Artikel 5 Absatz 3.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------------|---|---------------|
| Allg. | Die Regelung wird vom Vernehmlasser ausdrücklich begrüsst. | SH |
| Art. 5 | Der gesamtschweizerisch einheitliche Standard zur Beurteilung der grossen Härte erscheint dem Vernehmlasser sinnvoll zu sein und einfach zu handhaben. | SO |
| Art. 5 | Bei der Berechnung der grossen Härte wird vorwiegend mit einheitlichen Ansätzen gerechnet, ungeachtet dessen, ob es AHV- oder IV-Rentner sind. Einzig beim Vermögensverzehr soll in Art. 5 Abs. 3 ATSV eine Unterscheidung vorgenommen werden. Dies scheint dem Vernehmlasser wenig sinnvoll, auch weil die Berechnung der grossen Härte grundsätzlich auf dem ELG basiert (Art. 5 Abs. 1 ATSV) und dieses neu einen Vermögensverzehr bei Personen in einem Heim bis zu einem Fünftel vorsieht (Art. 11 Abs. 2 NFA-ELG). Wenn kein einheitlicher Ansatz gewählt wird, werden die Altersrentner in Heimen gegenüber den IV-Rentnern in Heimen (wie auch Bezüger einer Hinterlassenenrente) schlechter gestellt, da sie sich einen höheren Vermögensverzehr anrechnen lassen müssen. Antrag: Es sei ein einheitlicher Satz, ein Vermögensverzehr von einem Zehntel, anzustreben. | AI TG |
| Art. 5 Abs. 3 | Nach Erachten des Vernehmlassers sollte bei allen Personengruppen ein einheitlicher Ansatz, beispielsweise ein genereller Vermögensverzehr von einem Zehntel, gewählt werden. Die Berechnung der grossen Härte erfolgt nämlich nach einheitlichen Kriterien, ungeachtet, ob es sich um AHV- oder IV-Rentnerinnen/Rentner handelt. Lediglich beim Vermögensverzehr werden unterschiedliche Ansätze gewählt. Werden differenzierte Ansätze genommen, sind Altersrentnerinnen und Altersrentner im Heim oder Spital gegenüber IV-Rentnerinnen und Rentner (sowie gegenüber Beziehenden einer Hinterlassenenrente) schlechter gestellt, da sie sich einen höheren Vermögensverzehr anrechnen lassen müssen. Wenn bei einer Rückforderung schon der gute Glaube gegeben ist und die ganze Prüfung des Erlasses nur noch von der grossen Härte abhängt, soll auch hier eine einheitliche Berechnungsgrundlage vorliegen, damit alle Personen möglichst gleich behandelt werden. Antrag betr. Art. 5 Abs. 3 Es sei ein einheitlicher Ansatz für den generellen Vermögensverzehr von einem Zehntel zu wählen (AHV-Rentnerinnen und Rentnern), bei Jüngeren hingegen ein Vermögensverzehr von nur einem Fünfzehntel. | ZG |

6.1.13 Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung (IVV)

Die Vernehmlasser sind mit den vorgeschlagenen Änderungen weitgehend einverstanden. Einzig ein Vernehmlasser (AG) beantragt, die Artikel 35 und 36bis seien zu überprüfen, da diese nach Ansicht des Vernehmlassers mit der NFA eine Änderung erfahren.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|---|---------------|
| Allg. | Les suppressions et modifications proposées sont toutes en lien logique avec les modifications intervenues au niveau de la loi sur l'assurance-invalidité dans le cadre de la RPT et, notamment, la suppression de l'art. 73 LAI. | GE |

| | | |
|---|---|-----------------|
| Allg. | Mit der Aufhebung von Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe c IVG stellt der Besuch einer Sonderschule keine Eingliederungsmassnahme der Versicherung mehr dar, womit auch der Anspruch auf das Taggeld der IV entfällt. Aus dem gleichen Grund trägt die IV auch nicht mehr das mit dem Schulbesuch verbundene Eingliederungsrisiko. Eine ganze Reihe weiterer Verordnungsbestimmungen, die nicht näher erläutert werden, fallen auf Grund der Gesetzesänderungen weg. Ausserdem fallen die Beiträge an Institutionen für Invalide und die Baubeiträge weg. Unter den geänderten Abschnitt über die Beiträge zur Förderung der Invalidenhilfe fallen nur noch Beiträge an Dachorganisationen der privaten Invalidenhilfe. Die Verordnung wird auch an die auf den 1.1.2001 in der Praxis vollzogenen Schritt weg von der Subventionierung des Kursanbieters hin zur Subventionierung der Kursteilnehmer (Objekt- versus Subjektfinanzierung) angepasst. Daraus ergeben sich für die betroffenen Organisationen keine Nachteile. Die mit der NFA wegfallenden Beiträge der IV an die Heilpädagogische Sonderschule und an andere Institutionen sollen gemäss Versprechung des Regierungsrates durch den Kanton kompensiert werden. Es sollten sich daher daraus keine Auswirkungen auf die solothurnischen Gemeinden ergeben. In anderen Kantonen hängt dies gemäss Vernehmlasserin von den kantonalen Regelungen ab. | Stadt Solothurn |
| Art. 22 Abs., 23 Abs. 2 und 74ter | Dans la mesure où le domaine de la formation scolaire spéciale (enseignement spécialisé) est une tâche sous la responsabilité intégrale des cantons, il est logique de supprimer tous les articles ou partie d'article ayant une référence à la formation scolaire spéciale ou à l'école. Le Canton de Genève n'a pas de remarque à formuler. | GE |
| Art. 35 und 36bis | Antrag: Art. 35 bis und Art. 36 der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) sind zu überprüfen. Begründung: Art. 35 bis und Art. 36 der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) sind nicht Gegenstand der aufgrund der NFA geplanten Anpassungen. Die bestehenden Regelungen erfahren jedoch nach Auffassung des Vernehmlasser mit der NFA eine Veränderung: Da Sonderschulen mit der NFA keine Eingliederungsstätten im Sinne des IVG mehr sind, haben hilflose Minderjährige, die sich in Sonderschulheimen aufhalten, neu Anspruch auf den halben Ansatz der Hilflosenentschädigung (HE). Zusätzlich hätten hilflose Minderjährige in Sonderschulheimen auch Anspruch auf einen Kostgeldbeitrag der IV. Während es sich bei der HE auch nach Inkraftsetzung der NFA um eine individuelle Leistung der IV handelt und diese Regelung somit gemäss Vernehmlasser nachvollziehbar und zu befürworten sei, steht die Ausrichtung eines Kostgeldbeitrags im Widerspruch zur vollständigen Kantonalisierung der Sonderschulung. | AG |
| Art. 99 - 107bis | Ces dispositions concernent les subventions pour la construction et l'exploitation. Vu l'abrogation de l'art. 73 LAI, elles n'ont plus de base légale et il est logique qu'elles soient supprimées. | GE |

6.1.14 Verordnung vom 15. Januar 1971 über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen-, und Invalidenversicherung (ELV)

Zwei Vernehmlasser (SZ, VD) begrüssen es ausdrücklich, dass der Heimbegriff in Artikel 25a definiert wird.

Gleichzeitig wünschen zwei Vernehmlasser (BE, AG) eine Ergänzung der Erläuterungen zu diesem Artikel bzw. des Artikels selber, die klarstellt, dass sowohl Einrichtungen mit einer Betriebsbewilligung als auch solche mit einer Anerkennung als Heime gelten.

Ein weiterer Vernehmlasser (SO) regt die Schaffung eines gesamtschweizerischen Heimverzeichnisses im Sinne des EL-Rechts an.

Zwei Vernehmlasser (GE, BL) sprechen sich für eine Streichung des Art. 25a Abs. 2 aus; er durchbreche den in Absatz 1 festgelegten Grundsatz.

Sechs Vernehmlasser (ZH, SG, OW, TI, NW, ahvch) zweifeln die gesetzliche Grundlage des Art. 39 Abs. 4 (und teilweise des Art. 54a) an. Es sei zu prüfen, ob der Bund nicht den Pauschalbeitrag für die obligatorische Krankenpflegeversicherung gemäss Art. 13 Abs. 1 nELG ebenfalls übernehmen müsse.

Weiter weisen 9 Vernehmlasser (AI, NW, OW, SG, TG, BE, ZH, ahvch) auf den massgebenden Vermögensverzehr gemäss Art. 39 Abs. 5 hin – dieser sei an Art. 11 Abs. 2 ELG anzupassen.

Bemängelt wird von vier Vernehmlassern (ZH, VD, TI, BE) die Abstufung der Fallpauschalen in Art. 42a – andererseits wird diese Regelung von zwei Vernehmlassern (NW, SZ) ausdrücklich begrüsst.

Ein Vernehmlasser (FR) beantragt, die genannten Beträge seien jährlich an den Index der Konsumentenpreise anzupassen.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|--|---------------|
| Allg. | <p>Der Bund wird sich nicht im Rahmen des revidierten ELG an der Prämienverbilligung beteiligen. Art. 39 Abs. 4 und 54a Abs. 1 des Entwurfs ELV sehen eine entsprechende Regelung vor. De jure könnte zwar behauptet werden, dass dies nicht den gesetzlichen Vorschriften entspreche. Allerdings hat das Steuerungsorgan der NFA die Problematik in seiner Sitzung vom 30.06.2006 ausführlich diskutiert. Tatsächlich ist es so, dass sich der Bund an der Prämienverbilligung der EL-Bezüger durchaus beteiligen wird. Er tut dies jedoch nicht im Rahmen des ELG. Hingegen wurde bei der Festlegung der Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung gemäss Art. 65 und 66 KVG und bei der Bestimmung der Entlastung des Bundes, welcher in der Globalbilanz Rechnung getragen wird, auf den gegenwärtigen Subventionsbedarf unter Einschluss der EL-Bezügerinnen und -Bezüger abgestellt. Das heisst, dass sich der Bund in diesem letzteren Rahmen sehr wohl an der Prämienverbilligung für EL-Bezüger beteiligt.</p> <p>Neu entfällt jedoch die direkte Beziehung zwischen den Bundes- und den Kantonsbeiträgen. Dies bedeutet, dass die Kantone automatisch den gesamten Bundesbeitrag erhalten, unabhängig von den effektiv ausbezahlten Prämienverbilligungen. Wenn die Kantone darüber hinaus die Prämienverbilligungen für die EL-Bezüger teilweise über das ELG mit dem Bund abrechnen würden, käme es zu einer ungewollten Doppelbelastung des Bundes.</p> <p>Das Steuerungsorgan NFA hat diese Problematik erkannt und nach Erachten des Vernehmlassers sinnvoll gelöst. Eine andere Lösung hätte vorgängig eine gesetzliche Anpassung erfordert, wäre im Vollzug aufwändiger und käme kurzfristig der heute getroffenen Lösung gleich. Um eine Doppelbelastung des Bundes zu vermeiden, hat das Steuerungsorgan NFA überdies beschlossen, die Verordnung zum ELG entsprechend auszugestalten und ist übereingekommen, dass die rechtlichen Grundlagen dazu mit Art. 9 Abs. 5 Bestimmung g ELG vorhanden sind.</p> <p>Aus sachlichen Gründen und unter Berücksichtigung der im Steuerungsorgan der NFA geführten Diskussionen schliesst sich der Vernehmlasser dieser Haltung an, auch wenn es für die Kantone durchaus wünschenswert wäre, wenn sich der Bund wenigstens in diesem Bereich der EL-Finanzierung an der zu erwartenden Dynamik beteiligen würde.</p> | FR |
| Allg. | Soweit in den Anpassungen der ELV die Neuerungen und Änderungen des ELG umgesetzt werden, hat der Vernehmlasser keine ergänzenden Bemerkungen dazu anzubringen. | SO |
| Allg. | <p>Der Vernehmlasser möchte die Gelegenheit nutzen, einige Tatbestände besser zu erklären.</p> <p>Der Vernehmlasser ist überzeugt, dass in Anwendung des Bundesrechts und der NFA die EL-Bezüger nicht IPV-Bezüger sein können. Deswegen könnte die Finanzierung der Ausgaben für den Existenzbedarf der EL-Bezüger im Rahmen des neuen NFA nicht mehr von der individuellen Prämienverbilligung übernommen werden. Der Vernehmlasser möchte besonders darauf aufmerksam machen, dass auf der Finanzierungsebene im heutigen System nicht alle Kantone die mit den EL ausgerichteten Durchschnittsprämien nur über das Gefäss der Prämienverbilligung KVG mit dem Bund abrechnen. Der Kanton Tessin hat seit dem Inkrafttreten des KVG einen Teil dieser Kosten über das Gefäss der EL finanziert.</p> <p>Seit 1996 hat der Kanton Tessin folgende Beiträge auf die EL übertragen: 1996: 17.4 Mio</p> | TI |

| | | |
|------------------|---|-----------------|
| | <p>1997: 10.4 Mio 1998: 16.1 Mio 1999 bis 2001: - 2002: 10.9 Mio 2003: 15.7 Mio 2004: 16.5 Mio 2005: 19.1 Mio 2006: 20.0 Mio 2007: 86.1 Mio</p> <p>Die neue Verordnung benachteilige den Kanton Tessin, der den Art. 54a korrekt angewendet hat, indem er einen Teil der Prämienkosten auf die EL übertragen hat. Auch das von der Pilotgruppe NFA entworfenen Grunddokument, auf das sich die Entscheidung stützt, hat die Lage der wenigen Kantone wie Tessin nicht in Betracht gezogen. Die Tatsache, dass der Kanton Tessin die Kosten nicht mehr auf die EL übertragen darf, bestraft den Kanton im Vergleich zu denen, die schon immer die Kosten auf die Prämienverbilligung übertragen haben.</p> <p>Die Lage der Kantone wie Tessin müsse geschützt werden.</p> <p>Die vorgeschlagene Lösung ist strenger als die aktuelle und verkennt die Voraussetzung der Kostenneutralität.</p> <p>Der Vernehmlasser schlägt deshalb vor, dass der Bund die bestrittene Verordnungsänderung anpasst, damit die Kantone, die die Prämien der Krankenversicherung der EL-Bezüger, zum Teil oder gesamt, im Rahmen der EL berechnen, auch in Zukunft mit der NFA so arbeiten können.</p> | |
| Allg. | <p>Selon l'art. 3 de la loi sur les prestations complémentaires (LPC), les prestations complémentaires sont formées de deux composantes : la prestation complémentaire versée annuellement et le remboursement des frais de maladie et d'invalidité. Puisque ces derniers frais reviennent à la charge des cantons, il est prévu de tenir des comptabilités séparées pour les deux composantes. Comme les montants publiés dans le 3ème Message ne permettent pas de faire cette distinction, le Canton de Vaud propose d'inclure ces éléments dans une annexe.</p> | VD |
| Allg. | <p>Das Gesetz wurde total revidiert. Bei den Ergänzungsleistungen handelt es sich neu um eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen. Das Gesetz kennt bei den Ergänzungsleistungen keine Höchstgrenzen mehr. Bei den Anpassungen in der Verordnung handelt es sich zum grössten Teil um die geänderten Verweise und Terminologie an das totalrevidierte Gesetz. Der Bund beteiligt sich neu auch an den Verwaltungskosten der Ergänzungsleistungen. Ein grosser Teil der Bestimmungen behandelt Details für die Bemessung und Abrechnung der Ergänzungsleistungen. Aus den Ausführungen ist nicht ersichtlich, ob sich durch die Änderungen finanzielle Lasten verschieben. Falls ja, bestimmt die kantonale Regelung, inwiefern die Gemeinden dadurch betroffen werden.</p> <p>Die Auswirkungen auf die Gemeinden werden gemäss Vernehmlasserin von den kantonalen Regelungen bestimmt.</p> | Stadt Solothurn |
| Art. 1b - 26b | <p>Les modifications concernent essentiellement l'adaptation des renvois aux dispositions de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS/AI du 6 octobre 2006 (nouvelle LPC) et abrogent certaines dispositions.</p> | GE |
| Art. 14 | <p>L'alinéa 1 expose les critères permettant de déterminer le niveau de l'indemnité globale. Quant à l'alinéa 2, il prévoit que cette indemnité est négociée entre l'Office fédéral et le canton. Par contre, il fixe un montant forfaitaire lié à la surface.</p> <p>Le Conseil d'Etat vaudois décèle une contradiction entre l'alinéa 1 et la deuxième partie de l'alinéa 2. Il estime qu'il conviendrait de compléter cette dernière de la façon suivante :</p> <p>« la contribution annuelle de base par unité de surface »,</p> <p>à l'instar de ce que prévoit expressément le commentaire de l'Ordonnance.</p> | VD |
| Art. 14a und 14b | <p>Nachfolgende Hinweise zu diesen beiden Artikeln sind gemäss Vernehmlasser von grosser Bedeutung für die Praxis, obwohl sie keinen direkten Bezug zur eigentlichen NFA-Umsetzungsgesetzgebung haben (da der Entwurf, von Artikelverweisen abgesehen, den bestehenden Verordnungswortlaut unverändert übernommen hat, ungeachtet der Schwierigkeiten im Rahmen der heutigen Rechtsprechung). Die Gelegenheit für eine Anpassung der Verordnung im Rahmen dieser laufenden Revision sollte deshalb genutzt werden.</p> <p>Die Umsetzung dieser beiden Artikel, v.a. von Art. 14a ELV, ist in der Praxis nur mit ausserordentlichem Abklärungsaufwand möglich und die rechtsgleiche Umsetzung ist schwierig. Eine einheitliche Um- und Durchsetzung ist deshalb in der Praxis fast unmöglich, was die zahlreichen Bundesgerichtsurteile zeigen, welche eine Anrechnung sehr stark einschränken bis verunmöglichen.</p> <p>Bei nichtinvaliden Witwen fallen diese Probleme weniger ins Gewicht, da viel weniger Personen davon betroffen sind.</p> <p>Der Vernehmlasser schlägt daher vor, dass bei Teilinvaliden (Art. 14a ELV) ohne</p> | ZG AI TG |

| | | |
|----------|---|----|
| | <p>weitere Abklärungen auf einen Bruchteil (z.B. 2/3) des zumutbaren möglichen Resterwerbseinkommens gemäss Ermittlung der IV-Stelle abgestellt wird.</p> <p>Bei Ehegatten von teilinvaliden Personen wäre auch eine zusätzliche Bestimmung nützlich, welche explizit die Anrechnung eines hypothetischen Erwerbseinkommens vorsieht. Heute muss für die Begründung auf die gegenseitige Unterstützungspflicht der Ehepartner nach ZGB zurückgegriffen werden.</p> <p>Antrag betr. Art. 14a und 14b:</p> <p>Bei Teilinvaliden (Art. 14a ELV) sei ohne weitere Abklärungen auf einen Bruchteil (z.B. 2/3) des zumutbaren möglichen Resterwerbseinkommens gemäss Ermittlung der IV-Stelle abzustellen.</p> | |
| Art. 25a | <p>Der Vernehmlasser teilt die Haltung, dass nicht die Durchführungsstelle der EL definieren kann, welche Institution ein Heim ist und welche nicht. Er ist deshalb grundsätzlich mit der Formulierung von Artikel 25 Absatz 1 einverstanden, wonach als Heim jede Einrichtung gilt, welche vom Kanton als Heim anerkannt wird.</p> <p>Nicht einverstanden ist der Vernehmlasser hingegen mit den Erläuterungen zu Artikel 25a ELV, aus welchen geschlossen werden kann, dass die Anerkennung in Artikel 25a mit der Anerkennung gemäss Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung invalider Personen (IFEG) resp. mit der Aufnahme auf die Pflegeheimliste gemäss Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) gleichgesetzt wird. Denn es gebe auch Heime mit kantonaler Heimbewilligung, welche nicht auf der Pflegeheimliste nach KVG figurieren und künftig auch nicht IFEG-angemerkt sein werden, jedoch durchaus einem Bedarf entsprechen. Es wird als stossend erachtet, wenn Bewohnerinnen und Bewohner von nicht IFEG-angemerkten Heimen resp. Heimen, welche nicht auf der Pflegeheimliste figurieren, keine EL für den Heimaufenthalt beziehen könnten, sondern lediglich Ergänzungsleistungen zur Deckung ihres «ordentlichen» Existenzbedarfs (d.h. des Bedarfs, welcher anfällt, wenn sie nicht in einem Heim leben würden).</p> <p>Es wird folgende Ergänzung der Erläuterungen beantragt (zu Art. 25a Abs. 1, S 40): «...Weiter gelten für die Ergänzungsleistung auch alle auf der Liste der anerkannten Pflegeheime im Sinne von Artikel 39 Absatz 3 des Bundesgesetzes vom 18. März 1995 über die Krankenversicherung (KVG) aufgeführten Einrichtungen als Heime. Ebenfalls gelten für Ergänzungsleistungen Heime, welche gemäss kantonaler Heimgesetzgebung bewilligt bzw. anerkannt sind und einem Bedarf entsprechen, jedoch weder über eine Anerkennung gemäss IFEG verfügen noch auf der Pflegeheimliste gemäss KVG aufgenommen sind, weil sie nicht sämtliche Voraussetzungen erfüllen.»</p> | BE |
| Art. 25a | Es wird begrüsst, dass der "Heimbegriff" definiert wird. | SZ |
| Art. 25a | Zu Art. 25a ELV (Heimdefinition) regt der Vernehmlasser an, ein gesamtschweizerisches Verzeichnis aller im Sinne des EL-Rechts als Heim geltenden Einrichtungen zu veröffentlichen. Nach Art. 21 ELG (in der Fassung vom 6. Oktober 2006) begründet der Aufenthalt in einem Heim keine neue Zuständigkeit. Die EL-Durchführungsorgane werden voraussichtlich vermehrt gesicherte und einfach zugängliche Informationen über EL-rechtlich als Heim geltende, auch ausserhalb des jeweiligen Kantons liegende Einrichtungen benötigen. | SO |
| Art. 25a | <p>Es sei klarzustellen, dass sowohl Einrichtungen mit einer Betriebsbewilligung, als auch solche mit einer Anerkennung, als Heime gelten.</p> <p>Art. 25a sollte daher gemäss Vernehmlasser wie folgt lauten: "Als Heim gilt jede Einrichtung, die über eine kantonale Betriebsbewilligung oder eine Anerkennung verfügt."</p> <p>Begründung: Art. 25a der eidgenössischen Verordnung vom 15. Januar 1971 über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung enthält in Abs. 1 eine Definition des Heimes. Demnach gilt als Heim jede Einrichtung, die von einem Kanton als Heim anerkannt wird.</p> <p>Diese Definition erweist sich gemäss Vernehmlasser als zu eng. Im Kanton Aargau besteht für Behinderteneinrichtungen (Betreuungsgesetz) und für Pflegeeinrichtungen (Pflegegesetz) eine umfassende Bewilligungspflicht. Dabei wird grundsätzlich zwischen der gesundheitspolizeilichen Betriebsbewilligung und der Anerkennung (Anspruch auf Finanzierung) unterschieden. So ist es denkbar, dass ein Heim zwar eine kantonale Bewilligung besitzt und somit auch tätig sein darf, aber wegen fehlendem Bedarf nicht als solches anerkannt ist.</p> | AG |
| Art. 25a | Il y a lieu de saluer la clarté apportée dans la définition du home, qui mettra fin aux difficultés d'interprétation que l'on connaît aujourd'hui. Le commentaire relatif à l'alinéa 1 précise que la liste des établissements médicosociaux édictée par les cantons au titre de la LAMal sera aussi reconnue par ces derniers au titre de la LPC. Si le Canton de Vaud ne conteste pas cette approche, il lui paraît cependant nécessaire de préciser que la compétence des cantons concerne de nombreuses autres institutions, tels des homes non médicalisés ou des foyers d'accueils qui relèvent de critè- | VD |

| | | |
|-----------------|---|-------------|
| | res exclusivement cantonaux. La définition du home au sens des PC pouvant varier d'un canton à l'autre, le gouvernement vaudois observe qu'il n'y est pas prévu d'harmonisation pour un certain nombre d'établissements dont les définitions ne sont pas liées à des critères découlant du droit fédéral. | |
| Art. 25a | <p>L'article 25a introduit la définition du "home" pour les organes chargés du versement des prestations complémentaires. Celle-ci impose de considérer comme home des institutions analogues à un home lorsqu'elles ont été reconnues comme telles par un canton ou lorsque, dans le cadre de l'octroi d'une allocation pour impotent, l'assurance-invalidité admet qu'on est en présence d'un home.</p> <p>Cette compétence donnée à l'AI est problématique et risque d'engendrer un transfert de charges supplémentaire qui n'est pas acceptable. En effet, la nouvelle loi fédérale sur les institutions destinées à l'intégration des personnes handicapées (LIPPI), adoptée dans le cadre de la RPT, transfère la responsabilité en matière de reconnaissance, de planification, de surveillance et de financement des institutions aux cantons. La reconnaissance de certaines institutions par l'AI ne s'inscrit pas dans ce cadre et ne respecte pas la LIPPI.</p> <p>Sachant que le montant de l'allocation pour impotent versé par l'AI pour une personne vivant en home est plus faible que celui versé à la personne vivant à domicile, l'AI pourrait être tenté de reconnaître comme homes des structures qui ne seraient pas reconnues comme telles par les cantons, au sens de la LIPPI. Ces derniers seraient néanmoins tenus de verser des prestations complémentaires fédérales (dont le financement prépondérant leur incombe), pour couvrir les frais de séjour en home.</p> <p>Le Canton de Genève propose donc de supprimer l'alinéa 2 de l'article 25a.</p> | GE |
| Art. 25a Abs. 2 | <p>Im Kommentar wird zu Artikel 25a Absatz 1 der Grundsatz erläutert, dass der Kanton eine Institution als Heim anerkennt. Massgebend für das Verfahren sind laut Kommentar qualitative Kriterien in Bezug auf die Organisation, Infrastruktur und das Personal. Artikel 25a Absatz 2 durchbricht diesen Grundsatz, in dem er den Heimstatus im EL-Verfahren durch eine Eigenschaft des Versicherten oder der Versicherten begründen lässt. Konkret begründet der Bezug einer Hilflosenentschädigung der IV den EL-Berechnungs-Status Heim und zwar unabhängig davon, ob der Wohn- und Betreuungsort qualitative Kriterien erfüllt.</p> <p>Antrag: Artikel 25a Absatz 2 sei zu streichen.</p> <p>Sollte der Bund dagegen an Absatz 2 festhalten wollen, so ist der Kreis der Definitionsträger (Personen mit Hilflosenentschädigung (HE) der IV) um Personen mit einer HE der AHV, MV und UV zu erweitern. Es ist gemäss Vernehmlasser kein Grund erkennbar, wieso beispielsweise eine betagte Bezügerin einer HE, die in einem Heim wohnt, welches nicht der Pflegeheimliste des Kantons unterstellt ist und nicht anderweitig vom Kanton anerkannt wurde, ungleich von jüngeren Personen behandelt wird.</p> | BL |
| Art. 25a Abs. 2 | <p>Die Invalidenversicherung (IV) hat ebenso wenig wie die AHV und die übrigen Sozialversicherungen eigene Rechtspersönlichkeit. Die "Invalidenversicherung" kann somit niemanden "einstufen". Der Entscheid über die Versicherungsleistungen (in casu Hilflosenentschädigungen) obliegt den mit Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Versicherungsträgern (in casu den IV-Stellen).</p> <p>Es wird um folgende rechtlich und sachlich korrekte Formulierung gebeten: "Hat die IV-Stelle eine versicherte Person..."</p> | ahvch NW |
| Art. 28 - 57 | <p>Les contributions de la Confédération sont réparties entre les PC annuelles (part fédérale : art. 39 à 42 OPC) et les frais d'administration (art. 42a à 42d OPC).</p> <p>Part fédérale :</p> <p>Au moyen d'un calcul distinctif, la part de la Confédération sera définie par l'OFAS, une fois par année, à une date de référence définie (paiement principal pour le mois de décembre), sur la base des données identiques à celles utilisées pour le registre statistique des PC à l'OFAS. La part fédérale sera disponible au mois d'avril de chaque année.</p> <p>Des directives détaillées de l'OFAS préciseront l'ordonnance. Sur cette base, des adaptations informatiques devront être réalisées par l'OCPA.</p> <p>Frais d'administration :</p> <p>La Confédération participera aux frais d'administration sur la base d'un forfait par cas. Le nombre de cas sera déterminé par l'OFAS au moyen des données communiquées pour le calcul de la part fédérale. On peut craindre que la solution du forfait défavorise le canton de Genève, qui a constitué un organe spécifique pour le versement des PC, distinct des caisses cantonales de compensation, désignées dans la majorité des cantons.</p> <p>Le Canton de Genève demande la prise en compte de cette situation particulière à l'avenir étant donné qu'il est prévu d'adapter le forfait lorsque des données et des analyses plus précises seront disponibles.</p> | GE |

| | | |
|-------------------|--|---|
| Art. 28a | <p>Mit der NFA werden die Kantone für die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten zuständig. Der Bundesrat hat somit keine Regelungskompetenz in diesem Bereich mehr. Es stellt sich damit gemäss Vernehmlasser die Frage: Welche Daten will die Bundesverwaltung zu welchem Zweck erheben? Der Zweck soll definiert werden. Werden die Daten differenziert erhoben, so sollen die Kantone bei der Datenerhebung ihren Bedarf in Bezug auf Planung und Steuerung einbringen können.</p> <p>Änderungsantrag: Artikel 28a: 1 Die pro Kalenderjahr vergüteten Krankheits- und Behinderungskosten sind dem Bundesamt für Sozialversicherungen (Bundesamt) zu melden. Das Bundesamt bestimmt im Rahmen seiner Weisungsbefugnis den Zeitpunkt und die Einzelheiten der Meldung. 2 Das BSV stellt die Daten der Kantone in einer Übersicht zusammen und übermittelt diese an die Kantone.</p> | BL |
| Art. 28a | <p>Dans la mesure où l'influence de la tâche 1_7 du désenchevêtrement des tâches est supérieure à 100 millions de francs pour le Canton de Vaud, le Conseil d'Etat voudrait s'assurer de l'existence et de la robustesse de cette statistique. En ce sens, il déplore l'omission du suivi prévu pour l'établissement de cette statistique financière dans cette disposition. De plus, il lui paraît opportun d'avoir une vue moins opaque de la situation financière qui prévaudra dès l'entrée en vigueur de la RPT. Dès lors, il souhaite que cette ordonnance soit complétée par des annexes qui lui procureront davantage de clarté.</p> | VD |
| Art. 33 | <p>Der Vernehmlasser ist darüber erstaunt, dass Kantone, welche die EL-Durchführung nicht an die Ausgleichskassen, sondern an die Gemeinden delegieren, nicht zur jährlichen Revision verpflichtet sind. Die Erläuterungen seien nicht fundiert. Es erscheine unverständlich, dass, was nach altem Recht möglich war, unter NFA nicht mehr möglich sein solle.</p> <p>Der bisherige Absatz 2 sei als Artikel 33 stehen zu lassen, "in der Regel" sei zu streichen und die Erläuterungen seien anzupassen.</p> | ahvch NW |
| Art. 34 | <p>Mit der Aufhebung ist der Vernehmlasser einverstanden. In den Erläuterungen werde jedoch fälschlicherweise auf Art. 23 Abs. 1 und 2 statt Art. 23 Abs. 2 und 3 ELF verwiesen.</p> | BE |
| Art. 35 | <p>Art. 35 Abs. 3 ELV erklärt bei Revisionen Art. 169 Abs. 2 und 3 AHVV für sinngemäss anwendbar. Es ist aus Sicht des Vernehmlassers zu begrüssen, wenn bei den Ergänzungsleistungen dieselben, umfassenderen, Revisionskriterien gelten wie beim Vollzug des AHV-Gesetzes.</p> | ZG |
| Art. 35 Abs. 2 | <p>Antrag: Art. 35 Abs. 2 sei wie folgt zu formulieren: "Die Berichte sind dem Bundesamt in elektronischer Form zuzustellen." Begründung: Die vorgeschlagene Fassung "in doppelter Ausführung" ist nicht mehr zweckmässig.</p> | AG |
| Art. 37 | <p>Die Texte in der Verordnung und die Erläuterungen stimmen nicht überein. Gemäss dem neuen Verordnungstext erfährt lediglich der Abs. 1 eine Änderung. Die Erläuterungen sehen dagegen vor, dass in Abs. 2 der geltende Abs. 1 übernommen wird, jedoch ohne den zweiten Satz.</p> <p>Antrag: Verordnungstext und Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.</p> | AI ZG BE ZH TG NW ahvch |
| Art. 39 | <p>Le calcul de la part fédérale est déterminé selon des règles mathématiques. Dans tous les cas, il serait opportun de mentionner la procédure utilisée, afin de savoir s'il s'agit de calculs empiriques se basant sur des échantillons.</p> | VD |
| Art. 39 Abs. 4 | <p>In Abs. 4 legt der Bund fest, dass er sich an den zusammen mit den Ergänzungsleistungen ausgerichteten Pauschalbeträgen für die obligatorische Krankenpflegeversicherung nach Art. 10 Abs. 3 lit. D ELG nicht finanziell beteiligt. Diese Pauschalbeträge der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sind jedoch Teil der anerkannten Ausgaben, die gemäss Art. 9 Abs. 1 ELG wiederum Teil der jährlichen Ergänzungsleistungen sind. Gemäss Art. 13 ELG werden die jährlichen Ergänzungsleistungen zu fünf Achteln vom Bund getragen. Daraus ist ungeachtet der Ausführungen in den Erläuterungen zu Art. 54a (S. 98ff.) zu schliessen, dass auch die Pauschalbeträge der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, die an Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen ausgerichtet werden, Teil der anerkannten Ausgaben und somit bundesbeitragsberechtigt sind. Der in Art. 39 Abs. 4 vorgesehene Ausschluss weist keine hinreichende gesetzliche Grundlage auf.</p> <p>Antrag: Art. 39 Abs. 4 sei an die gesetzlichen Grundlagen anzupassen.</p> | ZH |
| Art. 39 Abs. 4 | <p>Antrag zu Art. 39 Abs. 4 in Verbindung mit Art. 54a Abs. 1 ELV (Abrechnung des Bundesanteils und Koordination mit der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung)</p> | SG OW |

| | | |
|------------------------------------|---|---|
| | <p>rung): Es ist gemäss Vernehmlasser zu bezweifeln, ob diese einschränkenden Verordnungsbestimmungen gesetzlich genügend abgestützt sind. Daher sei zu prüfen, ob nicht der Bund den Pauschalbetrag für die obligatorische Krankenversicherung gemäss Art. 13 Abs. 1 nELG ebenfalls übernehmen muss. Art. 13 nELG lässt in diesem Bereich keine Ausnahme zu. Die notwendige Abgrenzung zwischen Krankenkassenprämienverbilligung und EL muss gemäss den mit der NFA abgeänderten Bundesgesetzen zur obligatorischen Krankenversicherung und zu den EL erfolgen; Verordnungsrecht reicht nicht aus, ebenso wenig die Sanktionierung der vorgeschlagenen Lösung durch den NFA-Projektausschuss. Sollte Art. 39 Abs. 4 ELV wie vorgeschlagen als gesetzmässig anerkannt bleiben, sei in der ELV und/oder in den Erläuterungen unzweideutig klarzustellen, dass der Bund für die Beiträge an die jährlichen Durchschnittsprämien in der EL über das Gefäss der KVG-Prämienverbilligung aufkommt (Kostenbeitrag u.E. 45 Prozent).</p> | |
| Art. 39 Abs. 4 | <p>L'articolo 39 cpv. 4 stabilisce che la Confederazione non contribuisce all'importo forfetario per l'assicurazione obbligatoria delle cure medico-sanitarie di cui all'articolo 10 cpv. 3 lettera d LPC. Antrag: Il Cantone chiede di completare l'articolo al fine di ossequiare, a titolo principale, ai vincoli legali e, a titolo subsidiario, ai vincoli politici della NPC. Le formulazioni auspiccate e proposte sono le seguenti: - A titolo principale Art. 39 Calcolo della quota a carico della Confederazione Cpv. 4 La Confederazione contribuisce all'importo forfetario per l'assicurazione obbligatoria delle cure medico-sanitarie di cui all'art. 10 capoverso 3 lettera d LPC. -A titolo subsidiario Art. 39 Calcolo della quota a carico della Confederazione Cpv. 4 La Confederazione non contribuisce all'importo forfetario per l'assicurazione obbligatoria delle cure medico-sanitarie di cui all'art. 10 capoverso 3 lettera d LPC per i Cantoni che dall'introduzione della LAMal hanno trasferito totalmente la spesa sulla riduzione dei premi. Cpv. 4bis La Confederazione contribuisce all'importo forfetario per l'assicurazione obbligatoria delle cure medico-sanitarie di cui all'art. 10 capoverso 3 lettera d LPC, nella misura di quanto assunto dalle prestazioni complementari, per i Cantoni che dall'introduzione della LAMal hanno trasferito parzialmente o non hanno trasferito la spesa sulla riduzione dei premi.</p> | TI |
| Art. 39 Abs. 4 | <p>In Verbindung mit Artikel 54a Abs. 1 ELV (Abrechnung des Bundesanteils und Koordination mit der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung): Es wird seitens des Vernehmlassers bezweifelt, dass diese Verordnungsbestimmungen gesetzlich genügend abgestützt sind. Wenn Art. 39 Abs. 4 ELV wie vorgeschlagen aufrecht erhalten wird, sei in der ELV und/oder in den Erläuterungen unzweideutig klar zu stellen, über welches Gefäss der Bund für die Beiträge an die jährlichen Durchschnittsprämien in der EL aufkommt.</p> | ahvch |
| Art. 39 Abs. 4 und Art. 54a Abs. 1 | <p>Der Vernehmlasser bezweifelt, ob diese einschränkenden Verordnungsbestimmungen eine genügende bundesgesetzliche Grundlage haben. Seines Erachtens ist zu prüfen, ob nicht der Bund den Pauschalbetrag für die OKP des KVG nicht auch gemäss Art. 13 Abs. 1 ELG-NFA übernehmen muss. Der Vernehmlasser ist der Ansicht, dass der Art. 13 ELG-NFA keine Ausnahme in diesem Bereich zulässt. Man ist sich bewusst, dass es zwar eine Abgrenzung zwischen der IPV und der ELG geben muss. Diese Abgrenzung muss jedoch gemäss den abgeänderten Bundesgesetzen KVG und ELG in der NFA-Version erfolgen. Verordnungsrecht sei nicht ausreichend, um bundesgesetzlich klar formulierte Finanzierungsbestimmungen abzuändern.</p> | NW |
| Art. 39 Abs. 5 | <p>Der Grundbedarf, an welchem sich der Bund zu 5/8 beteiligt, wird nach den Regeln für "zu Hause lebende Personen" ermittelt, dies auch bei in Heimen lebenden Personen. Es widerspricht gemäss Vernehmlasser jeder Logik, dass bei in Heimen lebenden Personen der allenfalls vom Kanton gewählte, erhöhte Vermögensverzehr für die Berechnung des Grundbedarfs zur Anwendung gelangen soll (Art. 11 Abs. 2 nELG). Aus Art. 11 Abs. 2 nELG lässt sich eine solche Berechnungsweise nicht ableiten. Die vorgesehene Ordnungsregelung stützt sich einzig auf den Wortlaut der 2. NFA-Botschaft (S. 6230). Dort ist aber einzig vorgesehen, dass "mit dem Heim- oder Spitalaufenthalt in direktem Zusammenhang stehende Einnahmen" nicht berücksichtigt werden. Daraus kann ohne weiteres geschlossen werden, dass der wegen des Heimaufenthalts erhöhte Vermögensverzehr, der zu einer Erhöhung der anrechenbaren Einnahmen führt, ausser Betracht fällt.</p> | AI NW OW SG TG BE ZG ahvch |

| | | |
|----------------|---|----|
| | <p>Die vorgesehene Regelung hätte zudem die unbefriedigende Folge, dass, solange eine EL-beziehende Person effektiv zu Hause lebt, ein Vermögensverzehr von 1/10 bei Altersrentnern zur Anwendung gelangt und nach dem Heimeintritt für die Berechnung des Grundbedarfs im Extremfall ein solcher von 1/5. Der Bundesanteil an die Existenzsicherung würde sich demnach nach erfolgtem Heimeintritt reduzieren. Zudem wäre der Bundesanteil an Kantone, welche den Vermögensverzehr gemäss Art. 11 Abs. 2 nELG erhöht haben, verhältnismässig tiefer als an Kantone, welche keine Erhöhung vorgenommen haben.</p> <p>Antrag: Der zweite Satzteil von Art. 39 Abs. 5 ELV ist wie folgt zu formulieren: " , so ist der Vermögensverzehr gemäss Art. 11 Abs. 2 ELG massgebend." Die dadurch entstehenden Mehraufwendungen des Bundes dürften im Verhältnis zu den Gesamtverschiebungen im NFA gering sein.</p> | |
| Art. 39 Abs. 5 | <p>Abs. 5 führt gemäss Vernehmlasser zu einem Subventionsnachteil für Kantone wie Zürich, die den Vermögensverzehr für Ergänzungsleistungsbeziehende in Heimen oder Spitälern erhöhen. Durch die Erhöhung des Vermögensverzehrs auf einen Fünftel wird von diesen Personen eine höhere Eigenleistung verlangt. Entsprechend kleiner ist der Anspruch auf Ergänzungsleistungen. Indem Abs. 5 den stärkeren Vermögensverzehr auch für die Festsetzung des Bundesanteils als massgebend erklärt, wird die Bundesfinanzierung nach Art. 13 Abs. 2 ELG für die Positionen des Grundbedarfs zu Ungunsten der Kantone mit erhöhtem Vermögensverzehr verringert. Diese Regelung ist nicht zwingend, nachdem Art. 13 Abs. 4 ELG dem Bundesrat ausdrücklich erlaubt, seinen Finanzierungsanteil diesbezüglich vereinfacht zu regeln und durchwegs mit einem Vermögensverzehr von einem Zehntel zu rechnen. Daran vermag auch der Hinweis in den Erläuterungen auf die 2. NFA-Botschaft (S. 95) nichts zu ändern.</p> <p>Antrag: Abs. 5 ELV sei zu streichen bzw. insofern anzupassen, als dass bei der Berechnung des Bundesbeitrags sowohl im Heimfall als auch im Wohnungsfall der Vermögensverzehr gemäss Art. 11 Abs. 1 lit. c ELG gilt.</p> | ZH |
| Art. 39a | <p>Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb ein allfälliger kantonal höher festgelegter Vermögensverzehr (Art. 11 Abs. 2 nELG) bei in Heimen lebenden Rentnerinnen und Rentnern nicht zu den in direktem Zusammenhang mit dem Heim- oder Spitalaufenthalt stehenden Einnahmen zählen soll. Bei Personen, die beispielsweise in einem Kanton leben, der den Vermögensverzehr bei in Heimen oder Spitälern lebenden Personen auf 1/5 erhöht hat, stehen die (erhöhten) Einnahmen aus dem Vermögensverzehr in direktem Zusammenhang mit dem Heim- oder Spitalaufenthalt.</p> | BE |
| Art. 41 Abs. 2 | <p>Bisher wurden die vierteljährlichen Vorschüsse (Bundesbeitrag) in der Höhe von 90 % der voraussichtlichen Beiträge gewährt. Neu sollen nur noch 80 % als Vorschuss ausbezahlt werden (Art. 41 Abs. 2). Von dieser Änderung sei abzusehen. Die bisherige Regelung sei beizubehalten.</p> | SZ |
| Art. 42a | <p>Die mit Art. 42a festgelegten Fallpauschalen stützen sich gemäss Vernehmlasser auf unvollständige Erhebungsdaten und decken die tatsächlichen Kosten nicht ab. Der Hinweis in den Erläuterungen, wonach die festgelegten Fallpauschalen in einigen Jahren angepasst werden können (S. 97), vermag nicht zu befriedigen.</p> <p>Anträge: - Die Kosten seien vollständig zu erheben und abzugelten. - Abs. 2 sei zu streichen. Er zielt einzig auf die besondere Struktur des Kantons Zürich ab.</p> | ZH |
| Art. 42a | <p>Le Canton de Fribourg demande de compléter cet article par un troisième alinéa précisant que : « Les forfaits par cas sont adaptés annuellement en fonction de l'évolution de l'indice des prix à la consommation ».</p> | FR |
| Art. 42a | <p>Dans la majorité des cantons, les comptabilités des caisses ne donnent aucune indication sur la part que représentent les frais administratifs afférents au remboursement des frais de maladie et d'invalidité par rapport à l'ensemble des frais administratifs. Sachant que ce sont les cantons qui prennent en charge les frais de maladie et d'invalidité par rapport à l'ensemble des frais administratifs, le Canton de Vaud ne peut pas accepter l'ensemble des montants avancés dans cette disposition, dans la mesure où le détail de leur détermination n'est pas abordé. Ainsi il propose que l'alinéa 1 lettres b. et c. soit modifié en portant respectivement à 150 francs et à 100 francs les forfaits relatifs aux cas compris entre 2501 et 15'000 et les forfaits relatifs aux cas supplémentaires.</p> <p>En effet, la Confédération propose de verser une contribution forfaitaire dégressive aux frais administratifs, fondée sur le principe non contesté de la répartition des frais fixes (informatique, loyer, etc.) et réduisant le coût des dossiers au fur et à mesure que leur nombre augmente. Toutefois, le Canton de Vaud conteste la dégressivité proposée par l'ordonnance, qui est trop rapide. S'il peut considérer comme correcte la valeur</p> | VD |

| | | |
|------------------------------------|--|-------------|
| | <p>de base de 210 francs (forfait proposé pour les premiers 2500 cas), il observe que, dans son cas, la part des frais variables (essentiellement des salaires puisque l'effectif du personnel qui gère les dossiers est étroitement corrélé au nombre de cas) correspond à environ 60% des coûts. Dès lors, avec une contribution de 50 francs au-delà du 15000ème dossier, le Canton pourrait à peine couvrir la moitié de ses coûts variables. Le Conseil d'Etat vaudois considère donc qu'il est incorrect de ne pas couvrir au moins les 85% de la part des coûts variables (puisque le 15% de l'activité concerne le remboursement des frais de maladie et d'invalidité). Dès lors, il propose la dégressivité suivante :</p> <p>a) 210 francs par cas, pour les premiers 2500 cas; b) 150 francs par cas, pour les cas compris entre 2501 et 15000; c) 100 francs par cas, pour chaque cas supplémentaire.</p> | |
| Art. 42a - b | Die Abrechnung mittels Fallpauschalen wird begrüsst (Art. 42a - b). Die Beilage von provisorischen Zahlen für 2008 zu den Erläuterungsunterlagen wäre gemäss Vernehmlasser hilfreich gewesen. | SZ |
| Art. 42a Abs 1 | <p>L'articolo 42a cpv. 1 stabilisce gli importi forfetari riconosciuti ai Cantoni per le spese amministrative. Orbene, per quanto riguarda l'importo riconosciuto per i primi 15'000 casi non abbiamo osservazioni da formulare, ma l'importo riferito ai casi oltre i 15'000 svantaggia sicuramente i Cantoni con un numero importante di beneficiari, tra cui anche il Cantone Ticino. Proponiamo pertanto di aumentare a Fr. 100.- l'importo riconosciuto a contare dal 15'001esimo caso di prestazione complementare.</p> <p>Occorre tenere conto che i Cantoni con un numero elevato di beneficiari devono trattare anche un numero elevato di casi rifiutati che comportano un lavoro amministrativo oneroso, perché confrontati con l'evasione delle opposizioni alle decisioni e procedura di ricorso.</p> <p>Antrag: Art. 42a Ammontare degli importi forfetari per singolo caso Cpv. 1 La Confederazione versa i seguenti importi per singolo caso: a. 210 franchi per i primi 2 500 casi, b. 135 franchi per i casi dal 2 501 al 15 000, c. 100 franchi per ogni ulteriore caso.</p> | TI |
| Art. 42a Abs. 1 | Die vorgesehene Lösung benachteilige die grossen Kantone, die mehr als 15'000 Fälle bewirtschaften. Es sei unverhältnismässig, wenn kleine Durchführungsstellen CHF 210 pro Fall erhalten und grössere Durchführungsstellen für die Fälle ab 15'001 lediglich noch CHF 50 pro Fall. | BE |
| Art. 42a Abs. 1 | <p>Es mag gemäss Vernehmlasser zutreffen, dass eine Abstufung der Fallpauschalen nach der Zahl der Fälle sinnvoll ist. Die vorgesehene Lösung wurde jedoch ohne jede Konsultation der betroffenen und fachkompetenten EL-Durchführungsstellen kurzfristig von der Bundesverwaltung getroffen. Sie sei willkürlich, sachlich in keiner Weise abgestützt und benachteiligt die grossen Kantone unverhältnismässig.</p> <p>Die in den Erläuterungen in Aussicht gestellten "genauen Erhebungen" seien bis spätestens Ende 2009 abzuschliessen (Erläuterungen seien zu ergänzen). Bis deren Resultate vorliegen, ist Art. 42a Abs. 1 ELV nach Ansicht des Vernehmlassers dahingehend zu fassen, dass ab 15'001 Fällen eine Pauschale von je 100 Franken vorgesehen wird. Die resultierenden Mehraufwendungen für den Bund sind im Verhältnis zu den Gesamtverschiebungen im NFA äusserst geringfügig (rund 2 Mio. Franken), so dass die Globalbilanz keine merkliche Veränderung erfahren dürfte.</p> | SG ahvch |
| Art. 42a und Art. 54a Abs. 1 | Der Vernehmlasser stimmt der Abstufung der Fallpauschalen nach Anzahl der Fälle zu. | NW |
| Art. 54a | <p>A Genève, l'octroi et le versement des subsides d'assurance-maladie pour les personnes au bénéfice de PC relèvent des compétences du service de l'assurance-maladie (SAM).</p> <p>Dans la mesure où la modification de l'ordonnance prévoit de déterminer la part fédérale à l'exclusion des montants forfaitaires pour l'assurance obligatoire des soins, la modification ne change rien à la pratique actuelle.</p> | GE |
| Art. 54a | En matière de prestations complémentaires, le Canton du Jura n'est pas en accord avec l'avis du Conseil de direction politique RPT concernant la coordination avec la réduction des primes dans l'assurance-maladie obligatoire des soins. Il trouve plus logique que les coûts des primes de l'assurance-maladie obligatoire des soins, reconnues par les PC comme élément des besoins vitaux, soient financés à raison de 5/8 par la Confédération. | JU |
| Art. 54a Abs. 1 | Secondo il nuovo articolo 54a cpv. 1, i Cantoni non sono quindi autorizzati ad inserire nel conteggio delle prestazioni complementari, presentato alla Confederazione, gli importi forfetari annui per l'assicurazione obbligatoria delle cure medico-sanitarie di cui all'articolo 10 capoverso 3 lettera d LPC. | TI |

| | |
|--|--|
| <p>Quanto precede risulta quindi in contrasto con la nuova legge federale sulle prestazioni complementari AVS/AI, adottata dalle Camere federali, che definisce all'articolo 10 le spese riconosciute per la determinazione della prestazione annua tra cui figura al cpv. 3 lettera d, l'importo forfetario annuo definito dal Consiglio federale per l'assicurazione obbligatoria delle cure medico-sanitarie.</p> <p>Il disegno di ordinanza si discosta inoltre dai principi della NPC che riguardano una maggior trasparenza, un migliore partenariato e una ripartizione dei compiti e del finanziamento più efficiente.</p> <p>Per le prestazioni complementari, quali prestazioni di complemento, il legislatore ha previsto chiaramente che la Confederazione copra le spese per garantire il fabbisogno dei beneficiari nella misura di 5/8; i Cantoni copriranno i rimanenti 3/8. I Cantoni dovranno poi assumersi tutte le spese per la disabilità, la malattia ed il soggiorno in istituto, per la parte che supera il fabbisogno di una persona al suo domicilio.</p> <p>La spesa per i premi dell'assicurazione obbligatoria contro le malattie, riconosciuta dal Consiglio federale, è parte integrante del fabbisogno del beneficiario PC e quindi questi beneficiari non usufruiscono della riduzione dei premi dell'assicurazione malattia. Questo aspetto è ben disciplinato anche dalla nuova LPC (vedi in particolare gli articoli 10 e 13).</p> <p>Dal profilo legale la situazione è chiara, mentre dal profilo finanziario non ci sembra corretto, per tutelare il principio della neutralità dei costi della NPC, consolidare tramite l'ordinanza e senza una sufficiente base legale formale, la prassi attuale introdotta dal 1998 con la quale quasi tutti i Cantoni hanno caricato questa spesa sulla riduzione dei premi.</p> <p>A questo proposito anche il Messaggio concernente la legislazione esecutiva della nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti tra Confederazione e Cantoni (NPC, FF 42-2005, p. 5551), con riferimento all'articolo 13 LPC sul finanziamento, definisce in modo chiaro ed inequivocabile che il premio medio dell'assicurazione obbligatoria delle cure medico-sanitarie è parte integrante del fabbisogno vitale, finanziato in misura di 5/8 dalla Confederazione. Legalmente la decisione parlamentare non consente di modificare gli articoli 39 e 54 OPC nei termini di quanto posto in consultazione, perché non esiste sufficiente base legale.</p> <p>Inoltre, con la nuova impostazione prevista dalla NPC per la riduzione dei premi non si può sostenere che la stessa consideri anche la presa a carico dei beneficiari PC. A questo proposito basta ricordare che i Cantoni riceveranno dalla Confederazione 920 mio in meno per la riduzione dei premi dell'assicurazione malattia.</p> <p>La nuova disposizione penalizza i Cantoni, come il Ticino, che hanno applicato correttamente l'articolo 54a, caricando parte del costo dei premi sulle PC.</p> <p>Anche il documento di base elaborato dal comitato di pilotaggio della NPC, sul quale si fonda la decisione, ha dimenticato di valutare la situazione dei pochi Cantoni che hanno operato come il Ticino. Il fatto che il Ticino non possa più caricare, come ha sempre fatto, sulle PC parte dei costi lo penalizza nei confronti degli altri Cantoni che, per loro scelta, hanno sempre caricato la spesa sulla riduzione dei premi dell'assicurazione malattia.</p> <p>Se da una parte il Cantone comprende la necessità di tutelare il principio della neutralità dei costi della NPC che, come asserito, nella LPC non è suffragato da sufficiente base legale, dall'altra va anche compresa e tutelata la posizione dei Cantoni come il Cantone Ticino.</p> <p>Interessante rilevare come il commento messo in consultazione, di cui all'articolo 54a dell'OPC-AVS/AI, reciti: "Per quanto concerne la NPC è dunque indispensabile che il bilancio globale non registri alcuna modifica relativa al volume delle riduzioni dei premi per i beneficiari di prestazione complementare. Inoltre, per calcolare le possibili ripercussioni finanziarie bisogna basarsi sulla tavola sinottica dei sistemi cantonali di riduzione dei premi, aggiornata al 1° maggio 2005, elaborata dalla Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità (CDS)". Lo spirito del nuovo articolo 54a OPC, che condiziona pure l'art. 39 OPC, è quello di mantenere invariato l'onere a carico della Confederazione rispetto alla situazione conosciuta prima dell'entrata in vigore della NPC. A questo proposito il testo da voi messo in consultazione prevede che "nel bilancio globale della NPC ci si fonda sul presupposto che il sistema di conteggio delle PC tra Confederazione e Cantoni non subisca alcuna modifica".</p> <p>Nel 2005 il Cantone Ticino ha caricato sulle voci contabili PC un importo pari a 19.1 mio a titolo di premio residuo per i beneficiari PC AVS/AI. Nel 2006 l'importo è stato di 19.7 mio e nel 2007 sarà di circa 86.1 mio. Questi importi sono considerati dai bilanci della PC per l'anno 2005 e lo saranno per quelli successivi. La vostra proposta è pertanto più restrittiva e misconosce il presupposto della neutralità dei costi.</p> <p>Il cantone propone pertanto che la Confederazione adegui la normativa contestata, al fine di permettere ai Cantoni che già conteggiano, totalmente o parzialmente, i premi dell'assicurazione obbligatoria contro le malattie dei beneficiari di PC, nel</p> | |
|--|--|

| | | |
|--|--|-----------|
| | <p>quadro delle prestazioni complementari, di continuare a procedere in questo modo anche in futuro con la NPC. Da qui la proposta sussidiaria riportata sotto degli articoli 39 capoverso 4bis e 54a capoverso 2, che non si ripercuote negativamente sulla NPC, che considera, come detto, questi impegni.</p> <p>Antrag: Il Cantone chiede di completare l'articolo al fine di ossequiare, a titolo principale, ai vincoli legali e, a titolo sussidiario, ai vincoli politici della NPC. Le formulazioni auspiccate e proposte sono le seguenti: - A titolo principale Art. 54a Coordinamento con la riduzione dei premi nell'assicurazione malattie Cpv. 1 I Cantoni sono autorizzati ad inserire nel conteggio delle prestazioni complementari presentato alla Confederazione la spesa per gli importi forfetari annui per l'assicurazione obbligatoria delle cure-medico sanitarie di cui all'art. 10 capoverso 3 lettera d LPC. -A titolo sussidiario Art. 54a Coordinamento con la riduzione dei premi nell'assicurazione malattie Cpv. 1 I Cantoni di cui all'art. 39 cpv. 4 non sono autorizzati ad inserire nel conteggio delle prestazioni complementari presentato alla Confederazione la spesa per gli importi forfetari annui per l'assicurazione obbligatoria delle cure-medico sanitarie di cui all'art. 10 capoverso 3 lettera d LPC. Cpv. 2 I Cantoni di cui all'art. 39 cpv. 4bis sono autorizzati ad inserire nel conteggio delle prestazioni complementari presentato alla Confederazione la spesa per gli importi forfetari annui per l'assicurazione obbligatoria delle cure-medico sanitarie di cui all'art. 10 capoverso 3 lettera d LPC nella misura di quanto fatto prima dell'entrata in vigore della nuova perequazione finanziaria.</p> | |
| <p>Art. 54a Abs. 1 und Art. 39 Abs. 4</p> | <p>Art. 13 Abs. 1 ELG-NFA, der die Finanzierung zwischen Bund und Kantonen bei zu Hause lebenden Personen regelt, hält fest, dass die jährlichen Ergänzungsleistungen zu 5/8 vom Bund und zu 3/8 von den Kantonen zu tragen sind. Gemäss Art. 9 Abs. 1 ELG-NFA entspricht die jährliche Ergänzungsleistung dem Betrag, um den die anerkannten Ausgaben die anrechenbaren Einnahmen übersteigen. Zu den anerkannten Ausgaben gehört nach Art. 10 Abs. 3 lit. D ELG-NFA auch ein jährlicher Pauschalbetrag für die obligatorische Krankenpflegeversicherung in Höhe der kantonalen Durchschnittsprämie.</p> <p>Art. 13 Abs. 2 ELG-NFA, der die Finanzierung zwischen Bund und Kantonen bei in Heimen oder Spitälern lebenden Personen regelt, führt als bei der Abrechnung der Ergänzungsleistungen zu berücksichtigende Ausgaben, die zu 5/8 vom Bund und zu 3/8 von den Kantonen zu tragen sind, neben dem Lebensbedarf für alleinstehende Personen und dem höchstmöglichen Mietzins für alleinstehende Personen auch die kantonale Durchschnittsprämie nach Art. 10 Abs. 3 lit. D ELG-NFA auf, wird doch ausdrücklich auf die nach Art. 10 Abs. 3 ELG-NFA anerkannten Ausgaben verwiesen.</p> <p>Aufgrund des klaren Wortlauts von Art. 13 Abs. 1 und 2 ELG-NFA erachtet es der Vernehmlasser nicht für zulässig, wenn der Bundesrat nun gestützt auf Art. 9 Abs. 5 lit. G ELG-NFA sowohl bei der Abrechnung von Ergänzungsleistungen für zu Hause lebende Personen als auch bei der Abrechnung von Ergänzungsleistungen für in Heimen oder Spitälern lebenden Personen festlegt, dass die Pauschalbeträge für die obligatorische Krankenpflegeversicherung nach Art. 10 Abs. 3 lit. D ELG-NFA von den Kantonen bei der Abrechnung über die Ergänzungsleistungen gegenüber dem Bund nicht eingesetzt werden dürfen. Aus Sicht des Vernehmlassers verstösst die in Art. 54a Abs. 1 ELV vorgeschlagene Bestimmung gegen das ELG-NFA und ist deshalb zu streichen. Das Gleiche gilt für den mit Art. 54a Abs. 1 ELV zusammenhängenden Art. 39 Abs. 4 ELV.</p> <p>Antrag: Art. 54a ELV und Art. 39 Abs. 4 ELV seien zu streichen. Im Gegenzug sind die EL-Bezüger bei der Berechnung des Bundesbeitrags an die Prämienverbilligung (Art. 2 und 3 VPVK) auszunehmen.</p> <p>Begründung: Es ist gemäss Vernehmlasser unbestritten, dass sich der Bund nicht doppelt an der Verbilligung der Prämien von EL-Bezügern beteiligen soll. Dies ist auch der Zweck von Art. 9 Abs. 5 lit. G ELG. Es wird aber verlangt, dass der Bundesrat diese Vorgabe gesetzeskonform umsetzt. Die vom Vernehmlasser beantragte Lösung sei gesetzeskonform, einfach und sachgerecht. Im Gegensatz zur EL schreibt der Bund bei der PV (mit Ausnahme der Prämien für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung gemäss Art. 65 Abs. 1bis KVG) den Kantonen keine Mindestverbilligungshöhe vor. Folglich soll der Bund seine Beträge an die Kantone auch lediglich im Rahmen des ELG leisten.</p> <p>Eventualantrag: Art. 54a ELV und Art. 39 Abs. 4 ELV seien so anzupassen, dass die Beiträge, die</p> | <p>BS</p> |

| | |
|---|--|
| <p>der Bund für EL-Bezüger bereits im Rahmen der VPVK leistet, bei der Berechnung des Bundesbeitrags an die EL in Abzug gebracht werden. Art. 39 Abs. 5 ELV Antrag: Bestimmung sei zu streichen Begründung Art. 13 Abs. 2 ELG-NFA spricht bezüglich der bei der Abrechnung zwischen Bund und Kantonen zu berücksichtigenden Einnahmen davon, dass die mit dem Heim- oder Spitalaufenthalt in direktem Zusammenhang stehenden Einnahmen nicht berücksichtigt werden. Es wird zwar in der 2. NFA-Botschaft darauf verwiesen, dass diese Bestimmung nicht für den Vermögensverzehr gelte, d.h. dass der vom jeweiligen Kanton für in Heimen lebende Personen festgesetzte Vermögensverzehr massgebend sei. Aus Sicht des Vernehmlassers ist diese Auslegung jedoch nicht stichhaltig. Wenn der Bund sich aus der Finanzierung von Ergänzungsleistungen an Heimbewohnerinnen und -bewohnern zurückzieht und sich bei diesen Personen nur noch nach Massgabe der Berechnung für zu Hause lebende Personen beteiligt, dann müsse logischerweise auch der Vermögensverzehr für zu Hause lebende Personen für die Berechnung massgebend sein. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung führe zu einer ungerechtfertigten Mehrbelastung für die meisten Kantone.</p> | |
|---|--|

6.1.15 Verordnung vom 19. November 2003 über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung

Gemäss Art. 9 wird der Berechnungsfaktor der Finanzkraft der Kantone entfernt. Dies wird von den Vernehmlassern gutgeheissen.

Ein Vernehmlasser fordert einen Anhang zur Verordnung (VD).

Ein weiterer Vernehmlasser (TG) beantragt, im Rahmen einer zukünftigen Gesetzesrevision sei dahin zu gehen, dass wiederum die effektiv verursachten Kosten (statt der Lohnsumme) als Grundlage für die Berechnung der Kantonsbeteiligungen herangezogen werde.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|--|---------------|
| Allg. | <p>In dieser Verordnung wird die Beteiligung der Kantone an den Kosten der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der arbeitsmarktlichen Massnahmen neu geregelt. Neu wird die Finanzkraft der Kantone nicht mehr berücksichtigt. Für den Kanton Thurgau bedeutet dies einen Anstieg dieser Kosten um ca. 10 - 15 Prozent.</p> <p>Bis 2003 beteiligten sich die Kantone mit 10 Prozent an den Gesamtkosten der arbeitsmarktlichen Massnahmen. Mit der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) trat ab Juli 2003 eine neue Berechnungsgrundlage in Kraft. Als Ausgangslage zur Berechnung werden 0,05 Prozent der von der Beitragspflicht erfassten Lohnsumme angenommen. Bei steigender Konjunktur wird der Beitrag der Kantone höher, da die Beschäftigung und die Lohnsumme steigen. Die Annahme, dass die Arbeitslosenquote auf Null sinken könnte, ist zwar theoretisch, aber selbst in diesem Fall müssten sich die Kantone an Kosten beteiligen, die hier gar nicht bestehen.</p> <p>Antrag: Der Vernehmlasser beantragt daher, im Rahmen einer künftigen Gesetzesrevision dahin zu gehen, dass wiederum die effektiv verursachten Kosten als Grundlage für die Berechnung der Kantonsbeteiligungen herangezogen werden.</p> | TG |
| Allg. | <p>Puisque l'indice de capacité financière n'est plus pris en compte dans la formule mathématique, la nouvelle clé de répartition devrait provoquer une grande variation financière par rapport à la situation actuelle. Il serait opportun de compléter l'ordonnance par une annexe.</p> | VD |
| Allg. | <p>La nouvelle formule de calcul est transparente et simple à appréhender. Toutefois, il reste une difficulté résiduelle pour établir les budgets, celle de la seule évaluation pour l'ensemble de la Suisse et pour le canton,</p> | GE |

| | | |
|--------|--|-----------------|
| | ainsi que des dépenses totales qui interviendront. | |
| Allg. | Der Verteilschlüssel zwischen den Kantonen wird geändert, indem die Abstufung von Transferzahlungen zwischen Bund und Kantonen nach der Finanzkraft der Kantone entfällt. Der Gesamtbetrag wird in Zukunft im Verhältnis der Anteile der Kantone am Total der jährlichen Anzahl der Tage kontrollierter Arbeitslosigkeit aller Kantone auf die einzelnen Kantone aufgeteilt. Dies sei eine logische Folge der NFA. Im Kanton Solothurn hat diese Änderung keine Auswirkungen auf die Gemeinden. | Stadt Solothurn |
| Art. 9 | Gemäss Art. 9 wird der Berechnungsfaktor der Finanzkraft der Kantone entfernt; ansonsten bleibt der Schlüssel unverändert. Der vorliegenden Änderung stimmt der Vernehmlasser vorbehaltlos zu. | SZ |
| Art. 9 | Die vorgeschlagene Änderung von Art. 9 setzt den Grundgedanken der NFA gemäss Vernehmlasser vollständig um und eliminiert den Faktor Finanzkraft. Der Verteilschlüssel unter den Kantonen besteht nur noch aus dem anteilmässigen Verhältnis der Anzahl Tage kontrollierter Arbeitslosigkeit zur Summe aller Tage der ganzen Schweiz. Folglich unterstützt der Vernehmlasser diese Änderung. | ZG |

6.1.16 Waldverordnung vom 30. November 1992 (WaV)

Von sechs Vernehmlassern (SO, AI, SH, TG, UR, FoDK) wird die als zu hoch empfundene Regelungsdichte bemängelt. So zum Beispiel im Zusammenhang mit den in Art. 39 dem BAFU zugesprochenen Kompetenzen für Richtlinien auf Projektstufe.

Zu Art. 38 Abs. 1 äussern sich sechs Vernehmlasser (SH, AI, ZG, TG, SAB, FoDK) in dem Sinne, dass eine finanzielle Mitbeteiligung des Kantons nicht Voraussetzung für die Leistung von Abgeltungen sein dürfe.

Gemäss neun Vernehmlassern (NW, SH, AI, SG, GR, TG, FR, SAB, FoDK) sei Artikel 39 entweder zu streichen oder zu ändern. Es wird die Ansicht vertreten, zusätzliche Richtlinien seien nicht erforderlich.

Viele Vernehmlasser (UR, SZ, OW, ZG, AI, FoDK, TI, FR, VD, BS, BL, NE) äussern sich zur in Art. 40 festgelegten Beitragsbemessung. Mit der Abstufung der Beiträge würden Anreize für teurere Projekte geschaffen. Dies setze ein falsches Signal.

Zudem werden mehrfach Änderungen an den Artikeln 41, 42 und 44 gefordert.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|--|---------------|
| Allg. | Seit dem Frühjahr 2004 hatte der Kanton Schwyz mit dem Kantonsforstamt Gelegenheit, sich im Rahmen einer Arbeitsgruppe an der konkreten Umsetzung des neuen Subventionsmodells zu beteiligen. Heute kann festgestellt werden, dass die Anliegen der Kantone in der nun anzupassenden Waldverordnung weitgehend berücksichtigt worden sind. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die vorgesehenen Programmvereinbarungen in den Bereichen Schutzwald, Biodiversität und Waldwirtschaft. | SZ |
| Allg. | Es ist gemäss Vernehmlasser nicht zu erwarten, dass der in den Erläuterungen angeführte Grundsatz, wonach sich der Bund möglichst auf die "strategische Ebene" zurückziehen und den Kantonen die "operative Ebene" überlassen soll, mit der vorgesehenen Verordnungsänderung umgesetzt wird. Neben den neuen Verordnungsbestimmungen erhält das BAFU gemäss Art. 39 Abs. 2 WaV die Möglichkeit, Richtlinien über die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen an Projekte und Massnahmen zu erlassen. Parallel zum laufenden Vernehmlassungsverfahren über die Anpassungen des Ordnungsrechts infolge der NFA-Ausführungsgesetzgebung läuft bei den Kantonen die Anhörung für das Handbuch NFA im Umweltbereich des BAFU. Sowohl die gesetz- | SO |

| | | |
|-------|---|------------------|
| | <p>lichen Bestimmungen als auch das erwähnte Handbuch wie die mit Bestimmtheit zu erwartenden Richtlinien, Kreisschreiben oder Vollzugshilfen lassen auf eine hohe Regelungsdichte schliessen, die im Widerspruch steht zum Grundsatz, dass sich der Bund auf die "strategische Ebene" zurückziehen und den Kantonen die "operative Ebene" überlassen werden soll. Ebenso erhalten die Kantone mit dieser Fülle von Vorgaben, Bedingungen und Regelungen kaum den notwendigen Handlungsspielraum für mehr Eigenverantwortung. In den Bereichen Schutzbauten und Gefahrengrundlagen, Schutzwald und Waldwirtschaft sind jeweils 10-20 und im Bereich Biodiversität im Wald über 120 Kriterien/Indikatoren genannt. Anforderungen in solchem Ausmass widersprechen den Grundsätzen von NFA und lassen kaum ein partnerschaftliches und auf Vertrauen basierendes Verhältnis zwischen Bund und Kantonen erwarten. Der Bund muss gemäss Vernehmlasser unbedingt mit weniger Regelungen und Anforderungen den Kantonen mehr Handlungsspielraum zugestehen, damit diese die vereinbarten Ziele effizient erreichen können.</p> | |
| Allg. | <p>Das Ziel der NFA besteht unter anderem darin, dass sich der Bund möglichst "auf die strategische Ebene" zurückzieht und "den Kantonen die operative Ebene" überlässt (Erläuterungen, 16.1, Allgemeines). Dies bedeutet, dass sich der Bund auf die "Regelung von Zielen und Grundsätzen der Aufgabenerfüllung" sowie "die Bereitstellung von Grundlagen und die Kontrolle" konzentrieren soll. Demgegenüber erhalten die Kantone "mehr Eigenverantwortung in der konkreten Umsetzung, insbesondere auch beim Mitteleinsatz".</p> <p>Die vorgelegten Anpassungen des Verordnungsrechts laufen diesen Zielen gemäss Vernehmlasser in einigen Punkten entgegen bzw. unterlaufen diese Ziele. So sollten dem BAFU nach Art. 39 der Waldverordnung wiederum weitgehende Kompetenzen für Richtlinien auf Projektstufe zugewiesen werden. Ebenso widersprechen die in Art. 38 und 39 formulierten allgemeinen und besonderen Voraussetzungen dem Grundsatz von NFA. Die Auslegung der Verbundaufgabe (Erläuterungen 16.2, Art.38), wonach eine kantonale Mitfinanzierung notwendig sei, sei so nicht zulässig. Der Bund leistet an die Aufwendungen zur Zielerreichung im Rahmen der Programme in jedem Falle nur einen Anteil. Wie die Kantone die "Restfinanzierung" zur Zielerreichung organisieren und bewerkstelligen sei deren Sache. Die Verbundaufgabe besteht darin, dass sich die Kantone der Sache annehmen und für die Zielerreichung gegenüber dem Bund als Vertragspartner gerade stehen.</p> <p>Ergänzend hält die Ständekommission fest, dass parallel zu diesem Vernehmlassungsverfahren bei den Kantonen die Anhörung für das Handbuch NFA im Umweltbereich eröffnet wurde. Auch hier besteht eine zu grosse Regelungsdichte. Diese widerspricht klar dem Grundsatz von NFA, dass sich der Bund auf die strategische Ebene zurückzieht und den Kantonen die operative Ebene überlässt. Wird diesem Grundsatz nicht streng nachgelebt, kann NFA gemäss Vernehmlasser nicht erfolgreich umgesetzt werden.</p> | AI SH FoDK |
| Allg. | <p>Il Cantone Ticino condivide il contenuto della modifica proposta, ad eccezione dell'articolo 40 relativo alla protezione da catastrofi naturali.</p> | TI |
| Allg. | <p>Der Aufgabebereich Wald bleibt eine Verbundaufgabe von Bund und Kantonen. Dabei zieht sich der Bund auf die strategische Ebene zurück und die Kantone erhalten mehr Eigenverantwortung in der konkreten Umsetzung, insbesondere auch beim Mitteleinsatz. Abgeltungen und Finanzhilfen werden künftig neu in der Regel von Globalbeiträgen an die Kantone ausgerichtet. Diese erhalten die Endkompetenz für die Bewilligung einzelner Projekte und die Subventionszuteilung. Das Kriterium der Finanzkraft wird als Folge der NFA aufgehoben. Die Kantone sind in der Ausgestaltung der finanziellen Beiträge grundsätzlich frei. Sie haben aber selber auch Beiträge zu leisten. Die wesentlichen Änderungen der Finanzierungsartikel der Waldverordnung beinhalten die Festlegung der minimalen Inhalte der Programmvereinbarungen, der Aufgaben sowie Kompetenzen des Bundes und der Kantone, das Vereinbarungsverfahren und das Controlling. Auf der Verordnungsstufe werden zudem die Kriterien für die Bemessung der Bundesbeiträge konkretisiert. Detaillierte Subventionsbestimmungen werden gestrichen. Soweit wir den umfangreichen Bestimmungen entnehmen können, entsprechen die Bundesbeiträge den bisherigen Ansätzen abzüglich der Finanzkraftzuschläge. Gemeinden, welche für die Pflege von Wäldern zuständig sind, erhalten Beiträge nach den Bestimmungen der Kantone. Diese Bestimmungen</p> | Stadt Solothurn |

| | | |
|---------------|---|------------|
| | sind gemäss Vernehmlasserin für allfällige Auswirkungen für die Gemeinden massgebend. | |
| Allg. | Le Conseil d'Etat du Canton du Valais adhère à la prise de position de la Conférence suisse des directeurs cantonaux des forêts adressée le 2 juillet 2007 au Département fédéral des finances. | VS |
| Art. 2 Abs. 2 | Es sei sicherzustellen, dass weiterhin Bundesbeiträge für die reine Schadensbehebung (Aufräum- und Wiederinstandstellungsarbeiten ohne konkretes Folgeprojekt) möglich sind. Begründung: Neu sollen gemäss den Ausführungen im Erläuternden Bericht an die Schadensbehebung nach Unwettern keine Bundesbeiträge mehr geleistet werden. Diese einschneidende Praxisänderung wird nur mit einem Satz im Erläuternden Bericht erwähnt, obwohl sie weiter reichende Konsequenzen hat. Damit würde eine wichtige Stütze bei der Bewältigung eines grossflächigen Schadenereignisses entfallen. Der Vernehmlasser unterstützt das Anliegen, dass nach einem Schadenereignis auch Massnahmen zur Verhinderung ähnlicher Schäden bei analogen Ereignissen geprüft und, bei einem guten Kosten/Nutzenverhältnis, getroffen werden müssen. Insbesondere bei ausserordentlichen Ereignissen müssen nach Erachten des Vernehmlassers aber weiterhin Beiträge an Aufräum- und Wiederinstandstellungskosten möglich sein, ohne dass bereits ein konkretes Folgeprojekt vorgelegt wird. | SG |
| Art. 2 Abs. 4 | Art 2 Abs. 4 Bst. A WaBV sei wie folgt zu ändern: "Keine Abgeltungen werden gewährt an: a. Massnahmen zum Schutz von Bauten und Anlagen, die künftig in ausgedehnten Gefahrenzonen oder bekannten Gefahrengebieten erstellt werden; Begründung: Entgegen den Ausführungen im Erläuternden Bericht wurde der Inhalt der Bestimmung bei Bestimmung a verändert ("werden" ist durch "wurden" ersetzt worden): Mit der neuen Fassung könnten keine Abgeltungen für Massnahmen für bestehende Bauten (...) gewährt werden. Damit wären wohl alle Massnahmen hinfällig. Aus Sicht des Vernehmlassers muss die alte Fassung beibehalten werden. | SG |
| Art. 4 Abs. 3 | Dieser Artikel regelt die Beitragsbemessung des Bundes bei kantonalen, ausserordentlichen Schutzmassnahmen. Wie im Jahr 2005 kann es aber auch überkantonale Ereignisse geben. Diese sollten aber gemäss Vernehmlasserin ausserhalb der ordentlichen Leistungsvereinbarungen finanziert werden. Die Vernehmlasserin schlägt deshalb einen neuen Abs. 3bis vor: "Überregionale Unwetter werden vom Bund mit ausserordentlichen Beiträgen subventioniert. Diese tangieren die ordentlichen Leistungsvereinbarungen nicht." | SAB |
| Art. 38 | Die Auslegung der Verbundaufgabe (Art. 38) auf Seite 53 der Erläuterungen, wonach eine kantonale Mitfinanzierung notwendig sei, ist nach Erachten des Vernehmlassers so nicht zulässig. Der Bund leistet an die Aufwendungen zur Zielerreichung im Rahmen der Programme in jedem Fall nur einen Anteil. Wie die Kantone die «Restfinanzierung» zur Zielerreichung organisieren und bewerkstelligen, ist deren Sache. Die Verbundaufgabe besteht darin, dass sich die Kantone der Sache annehmen und für die Zielerreichung gegenüber dem Bund als Vertragspartner gerade stehen. Anträge: Art. 38 WaV sei wie folgt zu ändern: "1 Abgeltungen und Finanzhilfen des Bundes werden im Sinne der Verbundaufgabe in der Regel über die Kantone gewährt. 2 Die Mitwirkung des Kantons ist jedoch nicht Voraussetzung für die Gewährung von Finanzhilfen an." lit. a – d unverändert | SH |
| Art. 38 | Zwingende Anpassung: Dieser Artikel könne von den Kantonen nur mit entsprechender Anpassung akzeptiert werden, 1 Abgeltungen und Finanzhilfen des Bundes werden im Sinne der Verbundaufgabe in der Regel über die Kantone gewährt. 2 Die Mitwirkung des Kantons ist jedoch nicht Voraussetzung für die Gewährung von Finanzhilfen an: Abs. a.-d. unverändert | AI FoDK |
| Art. 38 | Der Bereich Wald ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen. Dieser Grundsatz kommt jedoch gemäss Vernehmlasserin in einigen Abschnitten des Verordnungsentwurfes zu wenig zur Geltung. Störend | SAB |

| | | |
|----------------|--|-------------------------|
| | <p>sei insbesondere Art. 38 der Verordnung. Dieser sei wie folgt umzuformulieren:</p> <p>"Abs. 1: Abgeltungen und Finanzhilfen des Bundes werden im Sinne der Verbundaufgabe in der Regel über die Kantone gewährt.</p> <p>Abs. 2: Die Mitwirkung des Kantons ist jedoch nicht Voraussetzung für die Gewährung von Finanzhilfen an:"</p> | |
| Art. 38 Abs. 1 | <p>Der Bund kann die Leistung von Abgeltungen für bundesrechtlich vorgeschriebene Aufgaben und für öffentlich-rechtliche Aufgaben, die er den Kantonen übertragen hat, nicht von einer finanziellen Mitbeteiligung des Kantons abhängig machen. Gemäss bisherigen BAFU-Orientierungen wurde stets betont, dass die Kopplung (Bundessubventionen werden nur entrichtet, wenn auch Kantonssubventionen fliessen) unter NFA entfallen würde. Die künftige Entkoppelung wurde damit begründet, dass der Bund bei den Kantonen die aus Bundessicht wesentlichen Leistungen einkaufen werde, und es für den Bund demzufolge unbedeutend sei, ob die Kantone an die aus Bundessicht wichtigen Massnahmen ebenfalls Beiträge entrichten oder nicht. Mit dieser Änderung würde gemäss Vernehmlasser ein wesentliches NFA-Element grundlegend geändert.</p> <p>Antrag:</p> <p>Art. 38 Abs. 1 sei zu streichen.</p> | ZG TG |
| Art. 38 Abs. 1 | <p>L'introduction de la notion du « financement des mesures de manière appropriée » introduit une marge d'interprétation que des directives risquent de restreindre, alors que le financement seulement partiel des prestations par la Confédération nécessitera, de fait, un financement régional, qu'il soit cantonal, communal ou de tiers. Le Canton entend pouvoir exploiter cette marge de manoeuvre dans le cadre de sa liberté de légiférer.</p> | VD |
| Art. 38 Abs. 1 | <p>Le Canton du Jura propose de biffer "de manière appropriée".</p> | JU |
| Art. 39 | <p>Bei den aufgeführten besonderen Voraussetzungen, unter denen Förderungsbeiträge gewährt werden sollen, werden unter Abs. 1 lit. a und lit. b die Grundsätze wiederholt, wie sie in Art. 35 des Gesetzes schon einmal aufgeführt sind. In Abs. 1 lit. c wird festgehalten, dass der Unterhalt gesichert sein muss, was der Vernehmlasser als zweckmässig und nötig erachtet.</p> <p>In Abs. 2 will das BAFU Richtlinien über die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen an Projekte und Massnahmen erlassen. Dies widerspricht der Idee des NFA, dass der Bund die strategische Führung innehat und Zielvorgaben macht, die operationelle Durchführung jedoch in die Verantwortung der Kantone fällt. Mit den Richtlinien sollen Details geregelt werden, die in die Kompetenz der Kantone gehören und deren Spielraum bei der Durchführung einengen. Dies lehnt der Vernehmlasser ab, weshalb er die Streichung der entsprechenden Bestimmungen beantragt. Allenfalls soll das BAFU in der weniger verbindlichen Form Empfehlungen abgeben können.</p> <p>Antrag zu Art. 39</p> <p>Abs. 1 lit. a und lit. b: weglassen, da überflüssig</p> <p>Abs. 1 lit. c: beibehalten, evtl. unter Art. 38 aufführen</p> <p>Abs. 2: weglassen, da Richtlinien abgelehnt werden</p> | NW |
| Art. 39 | <p>Dieser Artikel sei als ganzes zu streichen. Die Voraussetzungen sind im Waldgesetz bereits ausreichend festgehalten (Art. 35). Weitergehende Richtlinien auf Projektstufe seien weder erforderlich, noch NFA-konform.</p> | SH AI SAB FoDK |
| Art. 39 | <p>Von besonderer Bedeutung für Erreichung der mit den Beiträgen des Bundes geförderten Ziele ist gemäss Vernehmlasser gerade im Bereich des Schutzwaldes eine klare Vorgabe hinsichtlich der Regelung der Wildbestände. Wir beantragen daher folgende Ergänzung von Art. 39 Abs. 2 des Verordnungsentwurfes:</p> <p>Besondere Voraussetzungen</p> <p>Art. 39. Förderungsbeiträge werden nur gewährt, wenn:</p> <p>a. die Massnahmen der forstlichen Planung entsprechen, notwendig und zweckmässig sind, den technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen genügen und die übrigen Voraussetzungen des Bundesrechts erfüllen;</p> <p>b. die Massnahmen mit den öffentlichen Interessen aus anderen Sachbereichen koordiniert sind;</p> <p>c. der weitere Unterhalt gesichert ist.</p> <p>Das BAFU erlässt Richtlinien über die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen an Projekte und Massnahmen, insbesonde-</p> | SG |

| | | |
|-------------------------------|---|----------|
| | re über die Bedingungen für eine ausreichende natürliche Verjüngung des Waldes. | |
| Art. 39 | Antrag: Abs. 2 sei ersatzlos zu streichen. Begründung: Die bestehenden Kreisschreiben und die Programmerläuterungen zum Produkt Schutzbauten und Gefahrengrundlagen, insbesondere die darin enthaltenen Kriterien zu Minimalanforderungen sowie das Bonus-System und die Priorisierung sind gemäss Vernehmlasser bereits sehr umfassend und ausreichend. Es bedarf also nicht noch zusätzlicher Richtlinien des BAFU über die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen an Projekte und Massnahmen. | GR |
| Art. 39 | Dieser Artikel sollte in Absatz 1 Bst. a nur festhalten, dass Beiträge gemäss den in den Programmvereinbarungen vereinbarten Zielen und Massnahmen ausgerichtet werden. Die Richtlinien des BAFU ergänzen das restlich Notwendige. | TG |
| Art. 39 Abs. 1 litera a | Die Bestimmung sei neu zu formulieren: "...die Massnahmen der forstlichen Planung entsprechen, notwendig und zweckmässig sind, den Erfordernissen einer nachhaltigen Entwicklung entsprechen und die übrigen Voraussetzungen des Bundesrechts erfüllen;" Begründung: Mit der Neuformulierung wird gemäss Vernehmlasser dem Umstand Rechnung getragen, dass erstens die Waldfunktionen gemäss Art. 1 Abs. 1 litera c Waldgesetz gleichwertig sind und dass zweitens der Bundesrat sich einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet hat: Massnahmen sind deshalb nicht nur auf ausgewählte Kriterien zu prüfen. | BS BL |
| Art. 39 Abs. 1 litera a und b | Il sera important que ces principes soient examinés par l'OFEV au moment des négociations de chaque convention-programme et non pas dans le cadre de décisions ultérieures, après signature de la convention. | FR |
| Art. 39 Abs. 1 litera c | Estimant qu'il n'est pas possible pour un canton de fournir une garantie absolue et définitive d'entretien ultérieur, le Canton de Fribourg propose de biffer cette lettre. | FR |
| Art. 39 Abs. 2 | L'élaboration de directives impératives sur les exigences techniques, écologiques et économiques entre en opposition avec le principe de la RPT tendant à fixer des objectifs et laissant la liberté du choix des mesures aux cantons. Le Canton de Vaud est dès lors d'avis que cet article devrait faire référence à l'état des connaissances techniques et scientifiques, plutôt qu'à des directives de l'OFEV. | VD |
| Art. 39 Abs. 2 | Ajouter " L'office fédéral édicte, après consultation des cantons, des directives limitées en principe au seul niveau stratégique sur les...". En effet, il s'agit d'une tâche commune; la Confédération ne doit pas tout réglementer seule. D'autre part, elle doit se contenter de directives minimales, en principe limitées au niveau stratégique. La Confédération doit s'abstenir de limiter la marge de manoeuvre des cantons et laisser à ces derniers le soin de fixer des directives d'application détaillées. Il peut toutefois être admis que la Confédération édicte des directives plus détaillées, au niveau de l'opérationnel, lorsqu'il s'agit du versement d'indemnités. Cela doit néanmoins se faire avec l'accord des cantons. | JU |
| Art. 39 Abs. 3 | Le Canton de Fribourg propose d'ajouter un nouvel alinéa stipulant que : « Les directives peuvent être plus détaillées s'il s'agit d'indemnités que s'il s'agit d'aides financières ». | FR |
| Art. 39 Abs. 2 | Afin de ne pas limiter la marge de manoeuvre accordée par la RPT aux cantons sur les aspects opérationnels, les directives fédérales devraient s'en tenir à des exigences générales et minimales. Il appartient aux cantons d'édicter des directives détaillées. Le Canton de Fribourg propose dès lors de reformuler l'alinéa 2 de la manière suivante : « L'office fédéral édicte des directives minimales et en principe limitées au niveau stratégique sur les exigences techniques, économiques et écologiques que les projets et mesures doivent remplir ». | FR |
| Art. 40 | Die Abgeltungen an das Grundangebot (Verbauungsprojekte mit Kosten unter 1 Mio. Franken) sollen gemäss Erläuterungen höchstens 35 Prozent betragen. Demgegenüber wird für grössere Projekte ein Beitrag zwischen 35 Prozent und 45 Prozent in Aussicht gestellt. Hier besteht gemäss Vernehmlasser eine nicht annehmbare Diskrepanz in der Beitragsbemessung. Bei den Projekten in Kantonskompetenz geht der Bund von einem kleineren Beitrag aus als bei Projekten, die er mit Einzelverfügung genehmigt. Dies erweckt den fatalen Eindruck, der Kanton beabsichtige bei Projekten, die in seiner Entscheidungskompetenz liegen, die integrierten Qualitätskriterien weniger anzuwenden als wenn es sich um ein Grossprojekt handelt. Zudem werde mit der Abstufung der Bundesbeiträge | UR |

| | | |
|----------------|--|------------|
| | ge ein Anreiz für teurere Projekte geschaffen. Es wird beantragt, die Abgeltung an das Grundangebot solle 35 bis 45 Prozent betragen. | |
| Art. 40 | Gemäss den Erläuterungen zu Art. 40 WaV und Art. 2 WBV orientiert sich der Bund an den bisherigen prozentualen Finanzierungen. Je nach Gewichtung dieses Kriteriums wie auch jenes des bisherigen Finanzbedarfs kann gemäss Vernehmlasser ein falscher Anreiz geschaffen werden, indem Kantone, welche a) bisher eher grosszügig mit Bundesgeldern operierten und umgegangen sind, b) die Erstellung von Schadenpotenzialen in Gefahrengebieten allenfalls wissentlich zugelassen haben und nachträglich Massnahmenbedarf reklamierten und c) ihren Massnahmenbedarf eventuell auf der Basis von sachlich unzureichenden Beurteilungen auswiesen, mit der vorgeschlagenen Regelung "belohnt" werden. Demgegenüber werden Kantone, die mit Massnahmen bislang zurückhaltend waren und nach zeitgemässen Ansätzen wie etwa der Risikokultur und mit modernen Verfahren arbeiten, möglicherweise benachteiligt. Demgemäss dürfe bei der Kriterienwahl für die Finanzleistungen des Bundes dem Kriterium "bisheriger Bedarf" für alle Produkte nur eine untergeordnete Bedeutung zukommen. | SZ |
| Art. 40 | Siehe dazu die Bemerkung des Vernehmlassers unter Punkt 6 zur Wasserbauverordnung, dass auch in diesem Bereich der Bundesrat und nicht die Verwaltung die Beitragssätze festlegt. | OW |
| Art. 40 | Es sei sachlich nicht notwendig, dass Projekte über eine Million Franken einzeln und mit definierten Beitragssätzen gewährt werden. Das Prinzip der Programmvereinbarungen mit Globalbeiträgen soll nicht durchbrochen werden. Die Zweiteilung in Programmvereinbarungen und einzelne Abteilungen oder Finanzhilfen sei unnötig und erschwere die Gesamtübersicht. Antrag: Art. 40 Abs. 2 und 3 seien zu streichen. | ZG |
| Art. 40 | Die Beitragbemessung muss für Projekte oder Massnahmen innerhalb des Grundangebotes mit Globalbeitrag nach gleichen Kriterien erfolgen wie bei Projekten mit Einzelverfügung. Der Höchstbeitrag im Grundangebot ist entsprechend anzupassen. Gemäss den Erläuterungen sollen Abgeltungen an das Grundangebot (Verbauungsprojekt mit Kosten unter 1 Mio., Globalbeitrag) höchstens 35 % betragen. Für Projekte mit Kosten über 1 Million (Einzelverfügung) wird ein Beitrag zwischen 35 und 45 % in Aussicht gestellt. Der tiefere "Höchstbetrag" bei Projekten in Kantonskompetenz (im Grundangebot) erwecke den Eindruck, die Kantone würden bei Projekten in ihrer Entscheidungskompetenz die integralen Qualitätskriterien weniger berücksichtigen. Zudem werde mit dieser Abstufung der Beitragbemessung ein Anreiz für teurere Projekte geschaffen. | AI FoDK |
| Art. 40 | Nell'ambito del processo WAP-CH (programma bosco - CH), l'UFAM ha dichiarato giustamente di volersi ritirare, rispetto ad oggi, su un piano strategico e di lasciare il piano operativo ai Cantoni. Questo principio ha trovato un grande appoggio da parte dei Cantoni e stà alla base di quanto deciso finora nell'ambito della NPC per il settore forestale. La Confederazione pattuisce infatti con i Cantoni dei programmi quadriennali tramite contratto di prestazione, definendo dei parametri per il raggiungimento degli obiettivi e lasciando il dettaglio e l'approvazione dei progetti ai Cantoni. Da questo principio, l'ordinanza esclude purtroppo le opere di premunizione contro i pericoli naturali: se un'opera costa più di 1 milioni di franchi, essa deve essere sottoposta, come oggi, all'UFAM che decide il tasso di sussidio che può variare dal 35 al 45% sulla base di un punteggio soggettivo e opinabile. Oltre a risultare in chiara contraddizione con il sistema di collaborazione e di finanziamento adottato nell'ambito del settore forestale, questa procedura crea un'inutile burocrazia con tempi conseguentemente lunghi di approvazione. Antrag: Il Cantone chiede pertanto l'abrogazione integrale del cpv. 2 dell'art. 40, ritenuto che i sussidi federali per le opere di premunizione contro i pericoli naturali devono essere negoziati secondo il cpv. 1 dell'art. 40. | TI |
| Art. 40 Abs. 1 | D'une manière générale, les dispositions de l'art. 40 ne reflètent pas ou que peu le travail réalisé dans le cadre du groupe de travail paritaire. Il conviendrait de traiter dans un alinéa séparé le « programme de base » et les « données de base pour les dangers naturels » et d'indiquer un taux de participation fédérale pour chacun de ces deux éléments dans | FR |

| | | |
|----------------------|--|----------|
| | l'ordonnance. La formulation retenue dans le commentaire, selon lequel la contribution fédérale serait de 35 % au maximum pour les mesures de base et de 50 % au maximum pour les documents portant sur les dangers, n'est en outre pas admissible. Elle donne en effet à la Confédération une trop grande marge de manoeuvre, allant de 0 à 35 %, respectivement de 0 à 50 %. Le Canton de Fribourg signale également que le programme des stations IMIS doit figurer dans la partie « données de base pour les dangers naturels ». | |
| Art. 40 Abs. 1 | Antrag: Abs. 1 sei wie folgt zu ergänzen: "1 Der Beitrag an das Grundangebot der betroffenen Kantone beträgt mindestens 35 Prozent und derjenige an die Gefahrengrundlagen mindestens 50 Prozent." Begründung: Dieser Zusatz wurde bereits in der Arbeitsgruppe mit dem Bund vorgeschlagen und sehr intensiv diskutiert, bislang jedoch nicht berücksichtigt. Der Vernehmlasser fordert, dass eine transparente und angemessene Regelung getroffen wird. Mit den vom Bund vorgesehenen Verhandlungen seien willkürliche Lösungen und Entscheidungen zum Nachteil der betroffenen Kantone programmiert. | GR |
| Art. 40 Abs. 1 | Si l'article en lui-même apparaît globalement acceptable, sous réserve d'une modification de la terminologie utilisée (voir remarque ci-dessous), les commentaires accompagnant le projet de modifications sont, eux, susceptibles de poser des problèmes non négligeables. En effet, l'OFEV a régulièrement déclaré que le taux moyen (pour tout type de mesures) devrait être de 40 % environ (ce qui correspond à la pratique actuelle, suppléments péréquatifs déduits). Malgré ces déclarations, les commentaires instituent le principe d'un taux maximum de 35 % pour les petits ouvrages, quand bien même la rédaction de l'article laisse une place pour la négociation des montants des indemnités. La possibilité d'obtenir un taux maximum de 50 % pour les cartes des dangers (limité par ailleurs à la période 2008 – 2011) compense certes provisoirement ce manque ; toutefois, le maintien de ce plafond de 35 % aura indubitablement pour effet un transfert de charge durable sur les cantons à moyen terme. Le gouvernement vaudois demande dès lors que ce plafond soit augmenté. Cet article institue les termes de « mesures n'engendrant pas de frais particuliers ». Ces termes, qui sous-entendent que ces mesures n'ont pas d'impact financier ni de coût, est trompeur. Il serait préférable d'utiliser un terme tel que « projet de moins d'un million de francs » ou de « petits projets ». A noter que les articles 41 et 42 ne mentionnent pas de taux, les cantons et l'OFEV disposant ainsi de marges de négociation également sur les taux. Un principe similaire devrait être appliqué à l'article 40. | VD |
| Art. 40 Abs. 1 | La mauvaise traduction de cet alinéa le rend incompréhensible. Elle doit absolument être revue et mise en conformité avec la terminologie officielle. On parle dans d'autres documents RPT de "Programme Ouvrages de protection" et de "Données de base sur les dangers", ce qui est compréhensible. Le texte proposé est le suivant: "Les indemnités en faveur des ouvrages de protection peu coûteux et de l'établissement de la documentation de base sur les dangers sont...". | JU |
| Art. 40 Abs. 1 und 2 | Die beiden Bestimmungen seien zu einer Bestimmung mit gleichlautendem Inhalt zusammenzufassen. Begründung des Vernehmlassers Zwischen Abgeltungen an Massnahmen ohne besonderen Aufwand und Abgeltungen an aufwändige Projekte soll kein Unterschied gemacht werden. Dies setze ein falsches Signal in Bezug auf Intransparenz der Mittelzuteilung. Grosse Projekte sollen nicht in einem anderen Verfahren geprüft und genehmigt werden. Unter Einbezug der Erläuterungen (S. 104 unten) muss (leider) davon ausgegangen werden, dass der Bund nur die grossen, einzeln genehmigten Projekte als besonders wirksam einschätzt. Zudem suggeriert der Aufbau der Bestimmung mit ihrer Gliederung in zwei Kategorien von Abgeltungen, dass die Kompetenz für grosse und teure Projekte vor allem beim Bund liegt. | BS BL |
| Art. 40 Abs. 2 | Le traitement différencié prévu entre le programme de base (al. 1) et les projets coûteux est inexplicable et semble au Canton de Fribourg contraire aux principes de base de la RPT. Le Canton de Fribourg craint que cette différenciation traduise une volonté de la Confédération de favoriser les projets coûteux, ce qui ne serait pas acceptable. | FR |
| Art. 40 Abs. 2 | La contribution au financement des mesures de 35 à 45% des coûts est | NE |

| | | |
|----------------------------|--|----------|
| | insuffisante. Elle ne devrait pas se situer en dessous de 50% et pouvoir être majorée à 70% de cas en cas. | |
| Art. 40 Abs. 2 | Il ne reflète pas ou peu le travail réalisé dans le cadre du groupe de travail paritaire (cf. Commentaire, p. 100). Le Canton du Jura s'oppose à toute modification apportée à l'ordonnance mise en consultation qui pénaliserait encore le Canton du Jura qui perd 5% de subventions. Comme les taux de subventionnement ne sont pas précisés pour ces types de mesures et qu'ils sont différents selon le commentaire (p.102), il paraîtrait judicieux de séparer en deux alinéas ces deux types en précisant pour chacun le taux prévu. La notion de taux "maximum" (cf. commentaire, p. 102) prête à confusion selon le nouveau subventionnement RPT retenu. | JU |
| Art. 40 Abs. 3 | Dans la mesure où le mécanisme de compensation des charges géotopographiques est déjà destiné à couvrir les risques financiers des cantons exposés à des dangers particuliers, l'octroi éventuel d'une aide supplémentaire de 20 % à un canton devant faire face à des charges considérables ne nous paraît pas opportun. Si cette disposition devait malgré tout être maintenue, il faudrait absolument préciser dans l'ordonnance qu'un tel octroi dépend d'une décision du Conseil fédéral et que la charge extraordinaire doit être liée à une augmentation du budget. | FR |
| Art. 40 Abs. 3 | Die Bestimmung sei zu streichen. Begründung des Vernehmlassers Beiträge an Massnahmen für ausserordentliche Schutzmassnahmen müssen ausserhalb der Grundsatzbestimmung von Art. 40 geregelt werden. Bereits heute ist der Bund mit der Tatsache konfrontiert, dass er für die ordentlichen Aufgaben im Waldbereich zu wenig Geld zur Verfügung stellt. Die Gewährung ausserordentlicher Subventionssätze im Einzelfall entzieht Mittel für die Grundmassnahmen im übrigen Bereich. Generell beurteilt der Vernehmlasser die Einräumung von Bandbreiten für die Finanzbeiträge des Bundes ("zwischen 35 und 45 Prozent", "höchstens 65 Prozent") kritisch, da damit die Berücksichtigung der Finanzkraft der Kantone auf verstecktem Weg wieder eingeführt werden könnte. | BS BL |
| Art. 40 Abs. 4 | Les termes « zones de dangers » ou « endroits réputés dangereux » sont vagues. Il devrait par exemple être précisé qu'on se réfère à des « zones de dangers élevés ». Il serait de plus judicieux d'aborder l'élément temporel, en précisant, par exemple, que ces dispositions s'appliquent aux « bâtiments et installations construits après l'introduction de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire de 1979 ». | FR |
| Art. 40 Abs. 4 | Cet alinéa doit être revu car certaines installations (les routes par exemple) ainsi que les installations de transports d'énergie, ne peuvent pas éviter, sur l'un ou l'autre tronçon, une zone de danger ou des endroits réputés dangereux. Il devrait préciser que seuls les nouveaux bâtiments construits après l'établissement des cartes de danger n'ont droit à aucune indemnité. | NE |
| Art. 40 Abs. 4 litera b | Wie bei der Wasserbauverordnung sieht diese Bestimmung vor, dass für touristische Bauten und Anlagen ausserhalb des Siedlungsgebietes keine Abgeltungen gewährt werden sollen. Wie bei der Wasserbauverordnung beantragt die SAB die Streichung dieser Bestimmung und verweist auf litera a, der ihrer Meinung nach ausreicht. | SAB |
| Art. 40 Abs. 4 litera a | Die Formulierungen in den Art. 40 Abs. 4 litera a WaV und Art. 2 Abs. 4 lit. a WBV sind gemäss Vernehmlasser in Bezug auf standortgebundene Bauten, wenngleich sie die bisherige Praxis fortsetzen, problematisch. So sind etwa der Standort einer Grundwasserfassung oder eines Reservoirs nicht beliebig wählbar. Diese Aussage gilt auch für weitere Bauten oder Anlagen in den Bereichen Ver- und Entsorgung. Beiträge müssten aus Sicht des Vernehmlassers mindestens bei standortgebundenen Bauten, für die ein öffentlicher Nutzen nachgewiesen werden kann, geleistet werden können. Litera a der erwähnten Bestimmungen schliesst sodann Abgeltungen in ausgeschiedenen Gefahrenzonen aus. Hier ist die Frage zu stellen, wie es sich mit Abgeltungen an Massnahmen zum Schutz von bestehenden Gebäuden in Gefahrengebieten verhält. Nach Dafürhalten des Vernehmlassers müssten bei dieser Ausgangslage Beiträge auch an Massnahmen zum Schutz von bestehenden Bauten oder Anlagen geleistet werden können, welche kumulativ folgende Voraussetzungen erfüllen: a) Sie weisen ein nach nationalem Standard belegbares Schutzdefizit aus und b) die Massnahmen sind kosteneffizient. | SZ |

| | | |
|-------------------------|---|----|
| Art. 40 Abs. 4 litera a | <p>Antrag: Abs. 4 litera a WaV sei wie folgt zu ergänzen: "4 Keine Abgeltungen werden gewährt an: a. Massnahmen zum Schutz von Bauten und Anlagen, die in ausgedehnten Gefahrenzonen oder bekannten Gefahrengebieten rechtswidrig erstellt wurden;" Begründung: In blauen Gefahrenzonen darf mit baulichen Auflagen rechtskonform gebaut werden. Dies sollte spätere Schutzprojekte bzw. Beiträge dafür nicht ausschliessen. Im Übrigen fehlt gemäss Vernehmlasser mit Bezug auf ausserordentliche Ereignisse eine wichtige Bestimmung, die ebenfalls in Art. 40 WaV mit einem neuen Absatz wie folgt angefügt werden könnte: "Überregionale Unwetter werden vom Bund mit ausserordentlichen Beiträgen subventioniert. Diese tangieren die ordentlichen Leistungsvereinbarungen nicht." Anmerkung: Diese Ergänzung sollte bei Art. 40 WaV als zusätzlicher Absatz und nicht in Abs. 3 eingefügt werden, da es dort insbesondere um regional grosse Unwetterschäden geht. Die angesprochenen Fälle sind für den Gebirgskanton Graubünden relevant und sollten aus der Reserve des Bundes finanziert werden, also nicht über ausserordentliche Kredite.</p> | GR |
| Art. 40 Abs. 4 litera a | <p>Le Canton de Vaud est d'avis que cet article doit être modifié, afin d'indiquer que la restriction porte uniquement sur les bâtiments ou installations construits après la mise en évidence des dangers, et non pas sur tous les bâtiments construits dans des zones de dangers ou des endroits réputés dangereux, indépendamment de la date de la construction.</p> | VD |
| Art. 40 Abs. litera a | <p>Le Canton du Jura demande de reprendre la teneur actuelle de l'article 42, al. 4, let. a.</p> | JU |
| Art. 40 bis 44 | <p>Die Regelungsdichte ist generell viel zu hoch und nicht dem Sinn der NFA entsprechend. Sind aufgrund der Erfahrungen der ersten Programmperiode 2008-11 flexible Anpassungen erforderlich, so werden diese durch die Festschreibung auf Verordnungsstufe massiv erschwert oder sogar verunmöglicht. Hier legt das BAFU sich, den Kantonen und damit dem ganzen NFA-Prozess Fesseln an, die einer wirkungsorientierten, effizienten Verwaltungsführung grundsätzlich abträglich sind. Die Bestimmung in Art. 39 Abs. 2 sowie das zwischen Bund und Kantonen noch zu entwickelnde Controlling in den einzelnen Programmen decken den Regelungsbedarf auf Verordnungsstufe genügend ab. Antrag: Die Artikel 40 bis 44 seien auf folgenden Inhalt zu reduzieren: "Beiträge an Massnahmen gemäss Programmvereinbarungen werden global gewährt; ihre Höhe wird zwischen dem BAFU und den Kantonen individuell ausgehandelt."</p> | TG |
| Art. 40, 41 und 44 | <p>D'une façon générale, le Canton de Vaud souhaite disposer de plus d'informations sur le solde du coût des mesures prévues dans ces dispositions.</p> | VD |
| Art. 41 | <p>In Art. 41 oder an anderer geeigneter Stelle sei zu präzisieren, welcher Wald als Schutzwald gilt. Dies ist insbesondere auch deshalb notwendig, weil es Differenzen zwischen den Schutzwaldausscheidungen der Kantone und denjenigen des Bundes gibt.</p> | SG |
| Art. 41 | <p>Le gouvernement vaudois regrette que les commentaires ne mentionnent pas le projet pilote « Effor2 » effectué dans le Canton de Vaud. En effet, ce projet a démontré la possibilité de fixer des priorités en fonction de l'efficacité des mesures, et non pas seulement des cartes des objectifs sylvicoles. Une prise en compte de cette possibilité de priorisation aurait certainement été la source d'une affectation plus adéquate des moyens.</p> | VD |
| Art. 41 Abs. 1 litera a | <p>(remarques concernant aussi l'art. 40 al. 1 et 2) : Le rôle du critère « potentiel de dangers et de dommages » devrait être clarifié. Pour les mesures faisant l'objet de conventions-programmes, il semble qu'il soit actuellement prévu que ce critère soit utilisé pour estimer la répartition des crédits entre les cantons ainsi que les montants absolus mis à disposition de chaque canton. Pour les décisions individuelles par contre, le critère « potentiel de dangers et de dommages » n'influence pas le taux de subvention, mais seulement l'entrée en matière (exigences minimales) ou l'urgence de la réalisation (priorité).</p> | FR |
| Art. 41 Abs. 3 | <p>Aus Gründen der Rechtssicherheit wird beantragt, diesen Artikel wie folgt zu ergänzen: 5 Die Bundesbeiträge für die Schutzwaldpflege dürfen ausschliesslich für Massnahmen im Schutzwald gemäss kantonaler Ausscheidung verwendet werden, ausgenommen...</p> | OW |

| | | |
|-------------------------|---|------------|
| Art. 41 Abs. 3 | Diese Bestimmung kann gemäss SAB gestrichen werden, da ohnehin klar sei, dass sich Art. 41 nur auf den Schutzwald bezieht. | SAB |
| Art. 41 Abs. 3 | Dieser sei ersatzlos zu streichen. Er sei systemfremd und unnötig. Im Rahmen der Programmvereinbarungen würden Ziele und Indikatoren definiert. Das Controlling sei daher auf diese Elemente auszurichten. | FoDK AI |
| Art. 41 und 42 | Es wird folgende redaktionelle Präzisierung vorgeschlagen: In den Art. 41 Abs. 1 lit. b sowie Art. 42 Abs. 1 lit. a, b, c, e und f ist anstelle des Massstabs "Anzahl Hektaren" das diesem zugrunde liegende Kriterium "Fläche" zu erwähnen (diese wird in Hektaren gemessen). | BE |
| Art. 42 | Abs. 3 sei ersatzlos zu streichen. Das Gesetz regelt gemäss Vernehmlasser in Art. 35 die Voraussetzungen hinreichend. | SH |
| Art. 42 | Anmerkungen zum Text der Erläuterungen (S. 57) bezogen auf Art. 42: 2. Abschnitt, letzte Zeile: Die Finanzhilfe richtet sich entsprechend der effor2-Regelung nicht nur nach dem Umfang, sondern auch nach der Qualität der Massnahmen. In diesem Sinne bedürfen die Erläuterungen des Bundes gemäss Vernehmlasser einer Präzisierung. 6. Abschnitt: Der Vernehmlasser interpretiert die Ausführungen bezüglich Grundanforderungen an den naturnahen Waldbau so, dass es sich beim genannten, derzeit laufenden BAFU-Projekt um die minimalen ökologischen Waldbaustandards handelt. Bisher wurde immer signalisiert, dass es sich dabei um einen Standard handelt, welcher für die ganze schweizerische Waldfläche zwingend vorgeschrieben sei. Die vorliegende Formulierung scheint dieser Tatsache nicht Rechnung zu tragen. In der Verordnung sei klar zwischen Kann- und Muss-Vorgaben zu unterscheiden. | GR |
| Art. 42 | Die Definition im Verordnungsentwurf entspricht dem Raster, welchen der Bund für die Waldbiodiversität in "effor2" vorgegeben hat. Was hingegen gemäss Vernehmlasser nicht übereinstimmt, ist die in Buchstabe b aufgeführte Jungwaldpflege. Gemäss den effor2-Verhandlungen müsste diese sinngemäss unter Art. 44 (Waldwirtschaft) subsumiert werden. Antrag: Der Bereich Jungwaldpflege sei in Art. 44 WaV (Waldwirtschaft) zu regeln. Begründung: Eine entscheidende Rolle für die Wahrnehmung der Aufgabe spielt dies zwar nicht, doch liege - wie schon mehrfach festgestellt - die Jungwaldpflege als Waldprodukt "quer in der Landschaft". Es handelt sich um eine "waldwirtschaftliche" Massnahme. | GR |
| Art. 42 | Cette disposition devrait prévoir une obligation de coordination avec les conventions-programmes pour la protection des biotopes et des sites marécageux (art. 18 et 19 du projet de modification de l'OPN), particulièrement pour les critères visés à l'alinéa 1, lettres b et c); | NE |
| Art. 42 | Der SVS erachtet die vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich als sinnvoll und stellt folgenden Antrag: Art. 42 Abs. 4: Die Finanzhilfen für die Jungwaldpflege dürfen nur gewährt werden, wenn die Massnahmen die Grundanforderungen an den naturnahen Waldbau erfüllen und der Förderung von Baumarten dienen, die für die biologische Vielfalt prioritär zu fördern sind. Begründung: Gemäss dem Waldprogramm Schweiz und der Botschaft zur Revision des Waldgesetzes sieht sich der Bund verantwortlich für die Aufrechterhaltung der Waldflächen mit Schutzfunktion sowie für die Erhaltung der biologischen und landschaftlichen Vielfalt im Wald. Dieses System würde mit der Formulierung in der Botschaft zu den NFA-Verordnungsänderungen gleich wieder durchbrochen, wenn an jede Jungwaldpflege Beiträge gezahlt würden. Die Bedingung, dass die Grundanforderungen an den naturnahen Waldbau zu erfüllen sind, ist an sich gut, aber gleichzeitig selbstverständlich, da die ganze Waldbewirtschaftung diese zu erfüllen hat. Wenn es - entsprechend dem System des Bundesrats - um eine Fokussierung der Beiträge an die Jungwaldpflege auf die Aufgaben des Bundes geht, sind demnach ausschliesslich Massnahmen für die biologische Vielfalt zu fördern, denn der andere Bereich, für den sich der Bund verantwortlich fühlt, der Schutzwald, ist in einem eigenen Artikel geregelt. | SVS |
| Art. 42 Abs. 1 litera b | Une explication complémentaire (stades de développement concernés, montants forfaitaires, principes des soins modérés, etc.) relative aux soins aux jeunes peuplements paraît nécessaire. De plus, cette disposition devrait être transférée à l'art. 44 (économie forestière). | FR |
| Art. 42 Abs. 1 | In Bst. d kann das Element «und der Qualität» ersatzlos gestrichen werden, denn in Art. 42 Abs. 1 Bst. g ist die Qualität als ein die Kriterien nach | BE |

| | | |
|-------------------------|---|------------|
| | Art. 42 Abs. 1 Bst. a-f «überlagernder Indikator» vorgesehen (vgl. den erläuternden Bericht, S. 57). | |
| Art. 42 Abs. 1 litera b | Dieser Absatz sei zu streichen, da er im Produkt Waldwirtschaft erscheinen soll, nicht unter Biodiversität. Der Kommentar nimmt auf diesen Punkt auch keinen Bezug. | OW |
| Art. 42 Abs. 1 litera b | Cette disposition n'est pas à sa place ici, puisque les soins aux jeunes peuplements ont été intégrés au produit "Economie forestière". A reporter donc à l'art. 44, si possible en y apportant quelques précisions concernant en particulier les stades de développement concernés, le type de subventionnement et le type de soins préconisé. | JU |
| Art. 42 Abs. 1 litera d | Il est nécessaire de préciser concrètement ce qui est entendu par « l'ampleur et la qualité des mesures ». En ce qui concerne l'ampleur des mesures, pour quelle raison l'ordonnance s'écarte-t-elle ici du nombre d'hectares de forêts entretenus, qui constituerait un critère approprié ? La référence à la qualité des mesures n'est pas opportune ici. | FR |
| Art. 42 Abs. 1 litera d | Il doit être tenu compte du nombre d'hectares et non de l'ampleur des mesures, cette dernière notion n'étant pas concrète. | JU |
| Art. 42 Abs. 1 litera f | Le Canton du Jura constate avec satisfaction que les pâturages boisés sont pris en considération. | JU |
| Art. 42 Abs. 1 litera g | Le critère de la qualité des prestations fournies, très général, peut être biffé. Au cas où il serait maintenu, il faut préciser ce qu'on entend concrètement par ce critère et expliquer de manière plus approfondie la manière dont il sera appliqué. | FR |
| Art. 42 Abs. 3 | Selon le Canton de Fribourg les lettres c et d doivent être biffées. Il n'est pas possible d'exiger que la protection des lisières soit garantie par contrat. Il en va de même pour les peuplements entretenus à titre d'habitat. Par contre, si un contrat de protection est signé facultativement, par exemple pour la création d'une réserve particulière, il est juste de prévoir un bonus, comme cela est défini dans l'actuelle fiche du produit « biodiversité en forêt ». | FR |
| Art. 42 Abs. 3 | La garantie par contrat ou de toute autre manière appropriée des objets touchés par les lettres c et d est acceptable s'il est admis que l'engagement pris par le propriétaire par la signature d'un acte permet la création d'une réserve particulière et qu'il pourra ainsi toucher un bonus (cf. actuelle fiche du produit "Biodiversité en forêt"). Dans le cas contraire, il faut biffer les lettres c et d de cet alinéa. | JU |
| Art. 42 Abs. 3 | Dieser sei ersatzlos zu streichen. Das Gesetz regle in Art. 35 die Voraussetzungen hinreichend, damit die Programmvereinbarungen zielführend gestaltet werden könnten und die Beiträge dem Zweck entsprechend eingesetzt werden müssten. | FoDK AI |
| Art. 42 Abs. 4 | Dieser sei ersatzlos zu streichen. Jungwaldpflegebeiträge könnten ohnehin nur zum Zwecke der biologischen Vielfalt und damit im Sinne des naturnahen Waldbaus eingesetzt werden. | FoDK AI |
| Art. 42 Bestimmung b | Dieser Artikel eröffnet die Möglichkeit, Beiträge an die Jungwaldpflege (ausserhalb des Schutzwaldes) im Rahmen des Produktes "Biodiversität" zu entrichten. Beiträge an die Jungwaldpflege sollen jedoch Bestandteil des Produktes "Waldwirtschaft" sein. Folglich sollten gemäss Vernehmlasser diese Bestimmungen in Art. 44 integriert werden. | SG |
| Art. 43 Abs. 1 | Le Canton de Fribourg propose d'harmoniser le taux à 40%. | FR |
| Art. 44 | Nachdem die Umsetzung weitestgehend an die Kantone delegiert ist, sollte gemäss Vernehmlasser die Normendichte, wie sie in den Erläuterungen aufgezeigt ist, reduziert werden. Die Kantone müssen mehr Spielraum erhalten bei ihrem Mitteleinsatz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. | UR |
| Art. 44 | Economie forestière : L'élaboration et la tenue à jour de la carte des peuplements, qui constitue un outil de gestion au niveau cantonal, doivent absolument être considérées comme une base dépassant le cadre d'une entreprise. En ce sens, les explications données entre parenthèse « (p. ex. les cartes de peuplement) » à la page 106 du commentaire ne sont pas acceptables. | FR |
| Art. 44 | Soins aux jeunes peuplements : Les soins aux jeunes peuplements sont inclus dans la fiche de produit de l'OFEV « Economie forestière ». Ce transfert depuis le produit « Diversité biologique en forêt » n'est pas encore concrétisé dans le projet d'ordonnance, ni dans les commentaires. L'OFEV doit veiller à ce que les soins aux jeunes peuplements soient transférés de l'art. 42 (Diversité biologique en forêts), sans aucun oubli et en ajoutant un commentaire sur cette importante mesure pour l'avenir | FR |

| | | |
|----------------|---|----|
| | des forêts suisses. | |
| Art. 44 | <p>Anmerkungen zum Text der Erläuterungen:</p> <p>S.58, Abschnitt 4, letzte Bemerkung in Klammern: Bestandeskarten können, müssen aber nicht auf einen Betrieb bezogen sein. Das Beispiel Bestandeskarten sei schlecht gewählt.</p> <p>S.58, Abschnitt 4/5 und Fussnote 49: Als überbetriebliche Planungsgrundlagen gelten nur Führungs- und Koordinationsinstrumente für die Kantone. Betriebliche Bestandeskarten gehören explizit nicht dazu. Wenn aber ein Kanton seine Verantwortung für den Schutzwald (und die Biodiversitätswälder) wahrnehmen und seine Mittel effizient einsetzen will, so muss er einen Überblick über den Bestandaufbau und den Waldzustand der Wälder haben. Dies ist auch in der Anleitung zu NaiS so festgehalten. Eine Erhebung des (bestandesweisen) Waldzustandes ist deshalb explizit als Führungsinstrument für den kantonalen Forstdienst anzusehen und im Programm "Waldbewirtschaftung" anzusiedeln und nicht im Programm "Schutzwald".</p> <p>S. 59 letzter Abschnitt (Anmerkung zu Abs. 1 litera b): Die genutzte Holzmenge ist im Zusammenhang mit einer Betriebszusammenlegung eine einfach zu ermittelnde und leicht zu kontrollierende Kenngrösse. Der (wirtschaftliche) Erfolg einer Betriebszusammenlegung lässt sich aber kaum nur an der Grösse der geplanten Holznutzung messen. Durch die sehr einseitige Ausrichtung auf die Holznutzungsmenge werden gemäss Vernehmlasser grosse Chancen verpasst, mittelfristig wirtschaftlich gesunde Forstbetriebe zu schaffen.</p> <p>Die angestrebte Holznutzungsmenge von 10'000m³ (in einer Wegleitung oder Richtlinie zu regeln) muss gemäss Vernehmlasser unterschritten werden können, wenn sie durch die geografischen Rahmenbedingungen nicht erreicht werden kann. Anstatt der Holznutzungsmenge sollte der in einem obligatorischen Businessplan nachzuweisende Produktivitätsgewinn als Messgrösse herbeigezogen werden. Der Begriff "wirtschaftlich bedeutende Holzmenge" gemäss Art. 44 Abs. 3 WaV sei so entsprechend auszulegen. Wenn in einer abgeschlossenen Talschaft (z. B. Bergell) die gesamte mögliche Holznutzung durch einen einzigen Betrieb erfolgt, so hat dies für dieses Tal eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Hier darf nicht die theoretische Grösse von 10'000m³ massgebend sein.</p> <p>Antrag: 10'000m³ sollen als Richtgrösse gelten, tiefere Werte sollen aus geografischen oder sonstigen wichtigen Gründen aber möglich bleiben.</p> | GR |
| Art. 44 Abs. 1 | <p>In Art. 44 Abs. 1 Bst. b ist anstelle des Massstabs «Anzahl Kubikmeter» das diesem zugrunde liegende Kriterium «Menge» zu erwähnen (diese wird in Kubikmetern gemessen). Zudem ist in Art. 44 Abs. 1 Bst. b für die Bestimmung der Höhe der globalen Finanzhilfen zusätzlich das Kriterium «Anzahl Kooperationen respektive Betriebszusammenschlüsse» aufzuführen, wie dies im Programmblatt für die Umsetzung des effor2-Programms «Waldwirtschaft» vorgesehen ist (Sockelbeitrag pro Kooperationseinheit; vgl. dazu auch die Ausführungen im erläuternden Bericht, S. 58).</p> <p>Betreffend die wiederholte Verwendung des Ausdrucks «Erschliessungsanlagen» im erläuternden Bericht zu Art. 41 Schutzwald (1. Abschnitt auf S. 55 und 2. Abschnitt auf S. 56) ist anzumerken, dass das Programmziel 2 des effor2-Programms «Schutzwald» nicht nur die Erschliessungsanlagen, sondern alle Infrastrukturanlagen für die Schutzwaldpflege umfasst. Dazu gehören neben den forstlichen Erschliessungsanlagen auch forstliche Betriebsgebäude (Forstwerkhöfe) und Brandschutzanlagen im Schutzwald. Der Vernehmlasser beantragt, den erläuternden Bericht in diesem Sinne zu ergänzen.</p> | BE |
| Art. 44 Abs. 1 | <p>Der Vernehmlasser schlägt vor, in Art. 44 Abs. 1 litera a den Begriff "überbetrieblich" durch "eigentumsübergreifend" zu ersetzen. Forstbetriebe setzen eine gewisse Grösse sowie meist auch Personal und Betriebsmittel voraus. Dies trifft für kleine Waldeigentümer und insbesondere für den Privatwald nicht zu. Zudem sei der Begriff "Forstbetrieb" in der Waldgesetzgebung nirgends definiert, wogegen der Begriff Waldeigentum keiner Klärung bedarf.</p> | SO |
| Art. 44 Abs. 1 | <p>Cet article présente une lacune que la Suisse se doit de combler. Le Canton de Neuchâtel propose d'ajouter une lettre "d" rédigée comme suit :</p> <p>d) de la surface de jeunes peuplements à soigner dans les règles de l'art.</p> | NE |

| | | |
|--------------------------------|---|-------------------------|
| Art. 44 Abs. 1 litera d neu | Entsprechend dem Antrag zu Art. 42 Abs. 1 Bestimmung b sei dieser Absatz neu zu ergänzen mit: d. der Anzahl Hektaren des zu pflegenden Jungwaldes. | OW |
| Art. 44 Abs. 1 litera b | Cet article fixe un objectif « d'amélioration des conditions de gestion »; le 2ème Message, quant à lui, parle de « réorganisation ». Le versement d'un montant unique qui est prévu ne devrait pas être limité aux seuls nouveaux projets de coopération mais également à l'amélioration des structures existantes (tel que la Forestière dans le Canton de Vaud). Le maintien des articles et commentaires actuels risque de pousser à la création de petites structures d'env. 50'000 m3, susceptibles de remettre en cause l'existence de la Forestière (association qui commercialise d'ores et déjà 300'000 m3). Une application stricte de ces principes aurait ainsi un effet contraire aux objectifs fixés. Le gouvernement vaudois propose donc de modifier cet article, afin de permettre également l'octroi d'une prime de base pour des actions spécifiques d'amélioration du fonctionnement de structures existantes. | VD |
| Art. 44 Abs. 1 litera b | Dans le texte, remplacer en français le terme "Betriebe" par "entreprises" et le terme "utiliser" par "exploiter". | JU |
| Art. 44 Abs. 1.a. | Der Abs.1.a. sei anzupassen; "eigentumsübergreifend" anstelle von "überbetrieblich". a. "für eigentumsübergreifende Planungsgrundlagen nach der Grösse der kantonalen Waldfläche" | AI AR FoDK |
| Art. 44 Abs. 3 | Abs. 3 sei ersatzlos zu streichen. Die entsprechenden Indikatoren und Kennziffern seien situationsbezogen im Vertrag auszuhandeln. Auch hier gilt der Verweis auf die Bedingungen nach Art. 35 Waldgesetz. | SH AI SAB FoDK |
| Art. 44 Abs. 3 | Remplacer "utilisée" par "exploitée". Pour ce qui concerne le contenu du texte légal, nous nous satisfaisons du fait qu'aucune contrainte précise ne figure dans l'ordonnance. En revanche, le commentaire va beaucoup trop loin dans les exigences pour obtenir le soutien financier de la Confédération dans le domaine des "améliorations de la gestion des entreprises forestières". En effet, il n'est laissé aucun choix pour des stratégies différentes de celle imaginée par la Confédération pour obtenir ce soutien aussi important à l'économie forestière. Certaines conditions de base, comme le volume minimal, la signature d'un contrat ou d'une convention ou la constitution d'une société, sont compréhensibles pour assurer une structure durable. Par contre, la fixation des délais pour atteindre les différents objectifs et les moyens à mettre en oeuvre pour y parvenir doivent pouvoir être discutés et fixés dans le cadre des négociations de la convention-programme avec une certaine souplesse, sans que cela ne coûte davantage à la Confédération. C'est pourquoi nous demandons que le commentaire de cet alinéa de l'art. 44 soit corrigé avec les assouplissements souhaités. Toujours au même commentaire de l'article 44 en page 106: La traduction dans ce domaine est parfois mauvaise et inadaptée. Différents termes doivent être corrigés: on parle d'entrepôt du bois et non d'entrepôt du bois, de la superficie des forêts du territoire cantonal et non des forêts cantonales (celles appartenant au canton). Dans les bases de planification, le commentaire précise que les cartes des peuplements, par exemple, ne peuvent pas être financées par la Confédération. Or, le Canton du Jura estime que la carte des peuplements est justement l'outil idéal pour assurer le contrôlable de toutes les prestations de surfaces convenues dans le cadre des conventions-programmes. Le Canton du Jura demande donc que la parenthèse (p. ex. les cartes des peuplements) soit biffée à la fin du premier paragraphe du commentaire de l'art. 44, al. 1, let. a (milieu de la p.106). | JU |
| Art. 45 und 46 | Auch die Förderung der Ausbildung und die Forschung und Entwicklung können im Rahmen von Programmvereinbarungen mit Globalbeiträgen geregelt werden. Es brauche dazu keine einzelnen Finanzhilfen mit fixen Beitragssätzen. Antrag: Art. 45 und 46 seien zu streichen. | ZG |
| Art. 47 und 48 | Gemäss Vernehmlasser genügt die Regelungsdichte, wenn sie mit dem vorstehend formulierten Inhalt der Art. 40 bis 44 kombiniert wird. | TG |
| Art. 49 Abs. 2 | Le Canton du Jura propose que la réduction ou la suppression du paiement ne puisse avoir lieu qu'après la mise en demeure. | JU |

| | | |
|----------------------------|--|----------|
| Art. 49 Abs. 2 und Art. 51 | Même remarque que pour les articles 10 et 11 du projet de modification de l'Ordonnance sur la protection de la nature et du paysage, OPN (RS 451.1). | NE |
| Art. 49 und 51 | Le rapport entre les deux articles paraît flou. | JU |
| Art. 50 | Der Vernehmlasser ist der Meinung, dass eine periodische Berichterstattung unter normalen Umständen alle zwei Jahre ausreicht, um die Erreichung der Programmziele zu überprüfen. Zumal laut Botschaft noch weitere Controllingelemente wie Stichproben, Erfahrungsgespräche und Fachberatungen vorgesehen sind. Bei Eintreten besonderer Verhältnisse werden Neuverhandlungen der Programmvereinbarung ja sowieso unumgänglich. Zudem ist eine zwingende Verknüpfung von Berichterstattung und Auszahlungsetappen nicht nachvollziehbar. Aus jahrelangen Erfahrungen ist bekannt, dass Massnahmen oder Projekte oft eine lange Vorbereitungszeit benötigen und dann die Kosten in kurzer Zeit und konzentriert anfallen. Der Vernehmlasser beantragt deshalb eine Anpassung von Art. 50 Abs. 1. Neufassung erster Satz und vollständige Streichung des zweiten Satzes. Der Absatz 1 lautet neu wie folgt: "Der Kanton erstattet dem BAFU alle zwei Jahre Bericht über..." | NW |
| Art. 50 | En ce qui concerne les rapports annuels, l'OFEV devra veiller à ne demander que des informations minimales sous une forme standardisée définie à l'avance (lors de la conclusion des conventions-programmes). Le rapport final doit remplacer le dernier rapport annuel et ne pas être demandé en sus de celui-ci. | FR |
| Art. 50 | Le délai de rédaction des rapports, fixé à fin mars, est manifestement trop court. Les expériences menées dans le cadre du projet pilote, mais également les délais pour la remise de la statistique fédérale, démontrent qu'un délai à fin mai serait plus favorable. | VD |
| Art. 50 | Commentaire de l'art. 50: Dans la mesure où la Confédération se simplifie la tâche, elle doit aussi veiller à simplifier celle des cantons. La forme des rapports demandés doit être standardisée et convenue avant la signature de la convention-programme. D'autre part, le rapport final et le dernier rapport annuel ne doivent faire qu'un. Les délais doivent être coordonnés. | JU |
| Art. 52 | Le Canton du Jura comprend l'alinéa 2 dans le sens qu'il ne concerne que les demandes avec participation du canton. Une précision du texte serait utile. | JU |
| Art. 52 - 55 | Durch den Verzicht der Gewährung von einzelnen Abgeltungen und Finanzhilfen kann dieser Abschnitt gänzlich entfallen. Antrag: Art. 52 - 55 seien zu streichen. | ZG |
| Art. 53 | Il serait bon de préciser ici à qui l'Office fédéral verse les subventions individuelles: directement au bénéficiaire ou au canton (intermédiaire). | JU |
| Art. 61 | Die Bestimmung sei neu zu formulieren: "die Aufteilung der verfügbaren Mittel richtet sich nach objektiven Kriterien." Begründung des Vernehmlassers Der Bund soll seine Mittel endlich auch tatsächlich zielgerichtet und effizient einsetzen. Dies entspricht der von der Kantonsförsterkonferenz bereits vor längerem in einem Strategiepapier zuhanden des BAFU formulierten Forderung. Die beantragte Änderung könnte auch eine Rückwirkung entfalten auf Art. 52, wonach Gesuche vom Bund nur dann behandelt würden, wenn sie der formulierten Strategie und der damit verbundenen Zielsetzungen des Bundes entsprechen. Damit würde sich der Bund verpflichten, Strategien für die Bereiche mit "Abgeltungen und Finanzhilfen" zu formulieren und Kriterien zu deren Bemessung zu definieren. Auf dieser Basis liessen sich die Gesuche beurteilen und priorisieren, und zwar in Bezug auf die Zielerfüllung. | BS BL |
| Art. 61 | Generell beurteilt der Vernehmlasser die Einräumung von Bandbreiten für die Finanzbeiträge des Bundes ("zwischen 35 und 45 Prozent", "höchstens 65 Prozent") kritisch. Der Bund soll seine Mittel zielgerichtet und effizient einsetzen. Dies entspricht der von der Kantonsförsterkonferenz schon lange in einem Strategiepapier zuhanden des BAFU formulierten Forderung. Die vorgeschlagene Änderung könnte auch eine Rückwirkung entfalten auf Artikel 52, wonach Gesuche vom Bund nur dann behandelt würden, wenn sie der formulierten Strategie und der damit verbundenen Zielsetzungen des | BL |

| | | |
|-------------------------|--|----|
| | Bundes entsprechen. Damit würde sich der Bund verpflichten, Strategien für die Bereiche mit "Abgeltungen und Finanzhilfen" zu formulieren und Kriterien zu deren Bemessung zu definieren. Auf dieser Basis liessen sich Gesuche beurteilen und priorisieren und zwar in Bezug auf die Zielerfüllung. Antrag: Änderungsantrag: Artikel 61 "...die Aufteilung der verfügbaren Mittel richtet sich nach objektiven Kriterien." | |
| Art. 63 Abs. 1 litera b | Le Canton de Vaud estime que la réglementation relative à l'allocation des crédits d'investissements n'est pas assez explicite. | VD |

6.1.17 Verordnung vom 30. September 1991 über die eidgenössischen Jagdbanngebiete

Die Vernehmlasser sind mit den Änderungen weitgehend einverstanden.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|--------------------------|--|---------------|
| Allg. | D'une façon générale, le Canton de Vaud déplore l'absence d'indication sur les montants sous-jacents aux contributions annuelles par unité de surface. Il lui paraît également intéressant de savoir si ces contributions seront similaires aux montants actuels. | VD |
| Art. 14 Abs. 2 | Il conviendrait d'indexer le salaire moyen d'un garde, qui sert de base de calcul pour le montant de ces indemnités, à l'indice des prix à la consommation. | GE |
| Art. 15 | L'indemnité pour des dégâts liés à la faune ne doit pas dépendre de la surface du district franc. Il n'y a en effet aucune relation entre les dégâts liés à la densité d'une espèce (par exemple le sanglier) et la taille d'un district franc. | VD |
| Art. 44 | Antrag: Als beitragsberechtigte Fläche sollen nur jene Gebiete innerhalb der eidgenössischen Banngebiete gelten, die unterhalb 2800 m.ü.M. gelegen sind und die mit einem integralen Jagdschutz belegt sind. Begründung: Die Verteilung der Bundesmittel erfolgt im Wesentlichen aufgrund der Fläche eines Jagdbanngebietes und nicht aufgrund der Qualität desselben. Banngebiete mit grossen hochalpinen Anteilen, aber geringer Wilddichte oder gar intensiver touristischer Nutzung, werden gleich behandelt, wie solche mit guter Wilddichte und hohem ökologischem Wert. Ebenso macht es keinen Unterschied, ob nur ein partieller oder ein integraler Jagdschutz besteht. | GR |
| Programmblatt Schutzwald | Die Diskussionen um Wald und Wild im Schutzwald sind gemäss Vernehmlasser beinahe so alt wie diese selber. Vorgesehen ist ein Berichts- und Massnahmeverfahren (Wald-Wild-Konzept), ähnlich wie es der Kanton Graubünden mit dem regionalen Wald-Wild Bericht bereits kennt. Kriterien der Eingriffe bei Schalenwild (Vollzugshilfe Wild-/ Wald): Die bisher im Kreisschreiben 21 formulierten Grundsätze für die Bejagung des Schalenwildes sind neu in den Erläuterungen zum Programmblatt Schutzwald formuliert. Regionalen Unterschieden ist gemäss Vernehmlasser Rechnung zu tragen. Starre Vollzugshilfen mit einheitlichen Vorschriften entsprechen nicht der Realität. Die bisherigen kantonalen Erfahrungen mit der Jagdplanung und dem Kreisschreiben 21 sind in eine Neuregelung einzubeziehen. Das namhafte Störungspotential der Wildbestände aus Tourismus/Freizeit und Landwirtschaft sei in neue Konzepte einzubauen (z.B. Schneeschuhlaufen, Variantenfahren, Siloballen). Damit wird die Diskussion zwar ausgeweitet, entspricht aber eher der Realität. Offen bleibt die Frage, wie diese Grundsätze für die Bejagung des Schalenwildes bei einer spürbaren Präsenz von Grossraubtieren zu handhaben sind. Aus der Erfahrung des Kantons Graubünden schlägt der Vernehmlasser folgende Ergänzungen zur Bejagungsstrategie in Schutzwäldern vor: - Grundlage für eine Jagdplanung in Schutzwäldern ist eine reale Beurteilung der Schalenwildbestände, der Waldsituation, der Störungen durch Tourismus/Freizeit, der landwirtschaftlichen Nutzung und der Wildschä- | GR |

| | | |
|--|---|--|
| | <p>den in der Landwirtschaft.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Massgebend ist der Gesamtabschuss aller Schalenwildarten. - Die Bejagung der Jungtiere und der weiblichen Tiere soll nach wildbiologischen Kriterien, aber auch in Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse (harte Winter, grosse natürliche Verluste, Konkurrenzsituation zwischen Schalenwildarten, Qualität der Wildeinstände, etc.) erfolgen. - Der Inhalt des bisher angewendeten Kreisschreibens 21 ist - was jagdliche Aufgaben anbelangt - ins Programm Schutzwald aufgenommen worden, das bisherige Kapitel 4.2 (forstliche Massnahmen) hingegen nicht. Kapitel 4.2 soll somit aus dem bisherigen Kreisschreiben 21 ebenfalls in das Programmblatt Schutzwald aufgenommen werden. <p>Für die Beurteilung des jagdlichen Eingriffes hat sich starres Festhalten an Prozentzahlen oder Altersklassenanteilen nicht bewährt. Um Wildschäden in Wintereinständen zu reduzieren, ist in der Regel ein Massnahmepaket aus jagdlichen und forstlichen Massnahmen und häufig zusätzliche Beruhigungsmassnahmen für die Wintereinstände notwendig. Die Umsetzung der im Bericht vorgesehenen Massnahmen wird im Kanton Graubünden jährlich zwischen kantonalen Jagd- und Forstverantwortlichen diskutiert und abgestimmt. Das hat sich in der bisherigen Praxis bewährt. Hingegen wäre ein jährliches Controlling durch eidgenössische Fachstellen gemäss Vernehmlasser abzulehnen. Hier ist ein Rhythmus von 4 Jahren das geeignetere Instrument. Zudem sind bei diesem Controlling auch die weiteren Einflussfaktoren, wie Tourismus, Freizeit und Landwirtschaft sowie die Wirkung der ergriffenen Massnahmen zu prüfen. Dabei sind sowohl die Vertreter der Forst- als auch der Wildseite anzuhören.</p> | |
|--|---|--|

6.1.18 Verordnung vom 21. Januar 1991 über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung

Die Vernehmlasser sind mit den Änderungen weitgehend einverstanden.

| Artikel | Anträge | Vernehmlassung |
|-------------------|--|----------------|
| Art. 14 Abs. 2 | Il conviendrait d'indexer le salaire moyen d'un garde, qui sert de base de calcul pour le montant de ces indemnités, à l'indice des prix à la consommation | GE |
| Art. 15 | Dans ce cas de figure également, le Canton de Vaud s'oppose à ce que l'indemnité pour des dégâts liés à la faune dépende de l'importance d'une réserve (al. 1 let. a). Il n'y a, en effet, aucune relation entre les dégâts liés à la densité d'une espèce (par exemple, le sanglier) et l'importance, nationale ou internationale, d'une réserve. | VD |

6.1.19 Verordnung vom 24. November 1993 zum Bundesgesetz über die Fischerei

Die Vernehmlasser sind mit den Änderungen weitgehend einverstanden.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|-------------------------|---|---------------|
| Art. 12 Abs. 2 litera a | Der Vernehmlasser beantragt, diese Bestimmung ersatzlos zu streichen. Denn die Grenzgewässer verdienen nicht mehr Engagement als andere Gewässer. Allein die Tatsache, dass der Bund für die Regelung der Fischerei in den Grenzgewässern (mit-)verantwortlich ist, rechtfertigt nicht, dass er «eigene» Projekte stärker unterstützte als Projekte, die in der alleinigen Kompetenz eines Kantons liegen. Es sei insbesondere nicht nachvollziehbar, dass die Projekte | BE |

| | | |
|--|---|--|
| | in Grenzgewässern mit den in Art. 12 Abs. 2 ebenfalls erwähnten Projekten mit Pilotcharakter gleichgesetzt würden.. | |
|--|---|--|

6.1.20 Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV)

Die Vernehmlasser sind mit der vorgeschlagenen Teilrevision grösstenteils einverstanden.

Es werden einige wenige Einzelanträge gestellt.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|--------------------------|---|---------------|
| Allg. | Neu werden nur noch gesamtschweizerisch tätige Organisationen Beiträge vom Bund erhalten. Der Vernehmlasser begrüsst es, dass Organisationen, welche «Kurse für Betagte zur Förderung der Selbständigkeit und der gesellschaftlichen Kontakte durchführen» (z.B. Pro Senectute und SRK) weiterhin Beiträge erhalten. Die Freiwilligenarbeit spielt eine grosse Rolle in der Hilfe und Betreuung zu Hause. Allerdings stellt sich die Frage, ob und wie die Subventionen von den schweizerischen «Dachverbänden» an die kantonalen und regionalen Stellen (z.B. Pro Senectute Kanton Bern, SRK Kantonalverbände) weitergeleitet werden. Denn diese führen die Kurse durch. Der Vernehmlasser vertritt die Auffassung, dass der Verteilschlüssel jeweils in den Leistungsverträgen geregelt werden müsse und ersucht um Aufnahme einer entsprechenden Regelung in die Vorlage. | BE |
| Allg. | Die zur Teilrevision vorgeschlagenen Änderungen in der AHV-Verordnung betreffen die Beiträge des Bundes an gesamtschweizerisch tätige Organisationen, mit welchen der Bund Leistungsverträge abschliesst. Nicht betroffen davon sind die Individualleistungen. Mit den Vorschlägen ist der Vernehmlasser einverstanden. | SZ |
| Allg. | Bei den Beitragsberechtigungen werden neu nur diejenigen Organisationen berücksichtigt, die gesamtschweizerisch tätig sind (Art. 222, Ziff. 1). Dabei erscheint es dem Vernehmlasser wichtig, vom Bund aus sicherzustellen, dass die kantonalen Sektionen durch die gesamtschweizerischen Dachorganisationen entsprechend alimentiert werden, da ansonsten die Kantone mit Folgeforderungen konfrontiert werden könnten. | SO |
| Art. 222 | Gemäss Abs. 2 werden Leistungsverträge auf höchstens drei Jahre abgeschlossen. Das ist eine zu kurze Zeitspanne. Verhandlungen brauchen Zeit und eine sorgfältige Evaluation eines Leistungsvertrages wird mit dieser kurzen Zeitspanne gemäss Vernehmlasser verunmöglicht. Antrag: Es sei eine Frist von mindestens 4 Jahren vorzusehen, besser wären 5 Jahre. | SH |
| Art. 222 Abs. 1 litera d | Les cours destinés aux personnes âgées, afin de favoriser leur indépendance et développer les contacts avec l'entourage, ne doivent pas négliger l'aspect lié au bénévolat qui forme la principale ressource dans ce secteur d'activité. Dans ce sens, il est proposé de compléter la disposition en mentionnant, in fine : « qui assurent des cours...avec l'entourage et l'engagement bénévole». | VD |
| Art. 223 | In den Ausführungsbestimmungen heisst es, dass Beiträge nur dann erbracht werden können, «wenn sie in Freiwilligenarbeit erfolgen» und nicht abgegolten werden. Diese Formulierung sollte gemäss Vernehmlasser offener sein. Freiwillige sollten je nach Einsatz nebst Spesen ein Taschengeld erhalten (nicht ein eigentliches Erwerbseinkommen). | SH |
| Art. 223 Abs. 2 | Der Vernehmlasser beantragt, die Beiträge nicht nur für Besuchs- sondern auch für Entlastungsdienste vorzusehen. Diese seien für Angehörige mindestens so wichtig wie die Besuchsdienste und verdienen daher im Sinn einer umfassenden, auch das Umfeld berücksichtigenden Hilfe, ebenfalls Unterstützung. | TG |
| Art. 223 Abs. 2 | Il paraît important de souligner le fait que les organisations font parfois appel à des tiers pour sous-traiter certaines tâches qui leur sont dévolues, telles que les services de visite évoqués dans le commentaire. Aussi est-il proposé de compléter cet alinéa 2 par la nouvelle phrase suivante | VD |

| | | |
|-----------------|---|----|
| | <p>:</p> <p>« Selon les spécificités cantonales, les organisations d'aide à la vieillesse peuvent confier cette tâche à des tiers et également bénéficier de subventions à ce titre ».</p> <p>Dans ce contexte, les services de visite à caractère bénévole ne sont pas les seules prestations délivrées, puisque c'est également le cas pour les transports, jusqu'ici subventionnés. Même si ces derniers n'apparaissent clairement ni dans le commentaire ni dans le texte réglementaire, le gouvernement vaudois et les organismes concernés considèrent qu'ils y sont inclus.</p> <p>En ce qui concerne les aspects financiers, il aurait été opportun de faire le lien entre le RAVS et le bilan global du troisième Message. Le Conseil d'Etat regrette que le commentaire des modifications du RAVS consécutives à l'entrée en vigueur de la RPT ne permette ni de vérifier de façon détaillée les impacts financiers à quelques mois de son entrée en vigueur ni de savoir si ces modifications ont d'autres impacts financiers.</p> <p>Aussi lui paraît-il opportun que la Confédération indique aux cantons si les conséquences financières touchent les mesures 1_1_1 et 1_3 de la partie désenchevêtrement des tâches du bilan global. Il s'agit, en effet, respectivement d'un allègement financier pour le Canton de 99,1 millions de francs pour la première mesure et d'une charge supplémentaire de 28,6 millions de francs pour la deuxième (chiffres du 3ème Message). Enfin, au vu des compétences accrues que détiendra l'OFAS dans l'octroi des subventions, il paraît opportun que soit fixée une subvention minimale de la Confédération afin de limiter le risque des cantons. Un tel élément devrait prendre place dans les contrats de prestations.</p> | |
| Art. 223 Abs. 5 | Der Vernehmlasser stellt den Antrag, dass auch kürzere Kurse mit klar definiertem Inhalt mitzufinanzieren seien. Als Beispiel sind Kurse für den Umgang mit Demenz-Kranken sowie Sterbebegleitung erwähnt. Es handelt sich dabei um kurze, aber sehr gute Weiterbildungen, bei denen mit einem zeitlichen Aufwand von wenigen Tagen sehr viel erreicht werden kann. | TG |

6.1.21 Verordnung vom 9. Juli 1965 über die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen; Aufhebung

Keine Stellungnahmen.

6.1.22 Verordnung vom 15. Februar 1995 über die Beschaffung der persönlichen Ausrüstung und Verordnung vom 25. Oktober 1995 über die Ausrüstung der Armee (VAA); Aufhebung

Keine Stellungnahmen.

6.1.23 Verordnung vom 2. Dezember 1985 über den Finanzausgleich mit dem Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer

Keine Stellungnahmen.

6.1.24 Verordnung vom 2. Dezember 1985 über die Beiträge der Kantone an die AHV; Aufhebung

Keine Stellungnahmen.

6.1.25 Verordnung des EDI vom 4. Dezember 2003 über die Förderung der Invalidenhilfe; Aufhebung

Keine Stellungnahmen.

6.1.26 Verordnung vom 11. September 1972 über die Zulassung von Sonderschulen in der Invalidenversicherung (SZV); Aufhebung

Keine Stellungnahmen.

6.1.27 Verordnung vom 2. Dezember 1985 über die Beiträge der Kantone an die Invalidenversicherung; Aufhebung

Keine Stellungnahmen.

6.1.28 Verordnung vom 29. Dezember 1997 über die Vergütung der Krankheits- und Behinderungskosten bei den Ergänzungsleistungen (ELKV); Aufhebung

Ein Vernehmlasser (FR) fragt sich, ob die Aufhebung dieser Verordnung nicht verfrüht sei.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|--|-----------------|
| Allg. | Le Canton de Fribourg se demande s'il n'est pas prématuré d'abroger purement et simplement cette ordonnance alors que l'art. 34 (disposition transitoire) de la nouvelle loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI du 6 octobre 2006 stipule que « Tant que les cantons n'ont pas défini les frais susceptibles d'être remboursés au sens de l'art. 14 al. 1 de la présente loi, les art. 3 à 18 de l'ordonnance relative au remboursement des frais de maladie et des frais résultant de l'invalidité en matière de prestations complémentaires dans sa version en vigueur le 31 décembre de l'année précédant l'entrée en vigueur de la loi fédérale du 6 octobre 2006 restent applicables par analogie, mais pour une durée maximale de trois ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente loi. » | FR |
| Allg. | Mit dem NFA werden die Kantone für die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten zuständig. Der Bundesrat hat somit keine Regelungskompetenz mehr. Deshalb ist die Verordnung aufzuheben. Da die Gemeinden an den Ergänzungsleistungen beteiligt sind (im Kanton Solothurn bisher als "kommunizierende Röhre" | Stadt Solothurn |

| | | |
|--|---|--|
| | zum Ausgleich der Lastenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden beim GASS), werden auch sie betroffen sein. Das Ausmass ist nicht bekannt und hängt von der kantonalen Gesetzgebung ab. Die Auswirkungen auf die Gemeinden sind gemäss Vernehmlasserin von den kantonalen Regelungen abhängig. | |
|--|---|--|

6.1.29 Verordnung über Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV; Aufhebung

Keine Stellungnahmen.

6.1.30 Bundesratsbeschluss vom 21. Mai 1954 über die Beiträge der Kantone an die Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern; Aufhebung

Keine Stellungnahmen.

7. Totalrevisionen

7.1 Verordnung über die Nationalstrassen (NSV)

Viele Vernehmlasser (OW, GR, BE, UR, VD, VS, ZH, NE, JU, SH, SG, AG, TG, BS) haben Änderungen und Ergänzungen zu den Anhängen der Verordnung anzubringen.

Neun Vernehmlasser (OW, SG, AG, VD, TG, BE, SZ, VS, SAB) sprechen sich für eine Streichung des neuen Art. 46a der Verordnung über die amtliche Vermessung aus. Der neue Artikel wird in Anhang 4 zu Art. 56 der NSV vorgeschlagen und ermächtigt das Bundesamt für Strassen, eine eigene Vermessungsabteilung aufzubauen. Es wird von den Vernehmlassern als nicht sinnvoll und wirtschaftspolitisch problematisch erachtet, wenn das ASTRA selbständig amtliche Vermessungen vornimmt und damit in Konkurrenz mit den bisherigen Vermessern tritt.

Die Nachführung der Daten der amtlichen Vermessung sei eine delikate Aufgabe und der Kreis der daran Beteiligten sei nicht auszuweiten.

Neben vielfältigen Einzelforderungen verlangen zwei Vernehmlasser (BE, GE), die Nationalstrassengrundstücke seien als solche im Grundbuch anzumerken und in die Geometerpläne einzutragen. Der Wortlaut von Artikel 3 sei entsprechend zu ergänzen.

Drei Vernehmlasser (ZH, GL, AG) fordern zu Artikel 7 Absatz 2, die Kantone seien vor der Erteilung einer Bewilligung anzuhören, da der Betrieb einer Raststätte Auswirkungen auf die verkehrs-, sicherheits- und kriminalpolizeiliche Lage haben könne.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|----------------|---|----------------------|
| Allg. | Einbezug der Kantone bei Planung und Projektierung: | ZH |

| | | |
|-------|---|----|
| | <p>Die unveränderten Art. 10 und 13 des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen (NSG) regeln auch nach dem 1. Januar 2008 den Einbezug der Kantone bei Planung und genereller Projektierung im Grundsatz. Bezüglich der Zuständigkeit für die Ausarbeitung der Ausführungsprojekte sieht Art. 21 revNSG eine Zweiteilung vor:</p> <p>a) Für die Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes sind es die Kantone in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt sowie den interessierten Bundesstellen;</p> <p>b) Für den Bau neuer und den Ausbau bestehender Nationalstrassen ist es das Bundesamt allein. Hinsichtlich des Baus und Ausbaus der Nationalstrassen wird mit Art. 40a revNSG dieselbe Zuständigkeitsregelung eingeführt, wie sie für die Ausführungsprojektierung gelten wird.</p> <p>Antrag: Diese im Gesetz vorgesehenen Zusammenarbeitsregeln seien in der Verordnung zweckmässig umzusetzen.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist gemäss Vernehmlasser festzustellen, dass die Mitwirkung der Kantone im Bereich der Planung im Verordnungsentwurf nicht erwähnt ist. Bei der generellen Projektierung ist der Einbezug der Kantone lediglich in Art. 11 Abs. 1 (lit. g betreffend Vorschläge der Kantone und lit. h betreffend Mitberichte der Fachstellen) und Abs. 2 (Bereinigung von Unterlagen) geregelt. Dies genügt nach Auffassung des Vernehmlassers der vorerwähnten gesetzlich festgelegten Zusammenarbeit mit den beteiligten Kantonen nicht.</p> <p>Antrag: Der Einbezug der Kantone in die Projektorganisation des Bundes sei in der Verordnung zu regeln, damit die Kantone bereits in einem frühen Planungs- bzw. Projektierungsstadium ihre Interessen mittels einer Vertretung anmelden bzw. einbringen können. Dasselbe sollte gemäss Vernehmlasser sinnvollerweise auch für das Ausführungsprojekt gelten. In Art. 12 Abs. 2 NSV ist jedoch nur vorgesehen, dass das Projekt dem Kanton zur Stellungnahme übermittelt wird.</p> | |
| Allg. | <p>In der ganzen Verordnung wird von «projektfreiem baulichen Unterhalt» gesprochen. Das ASTRA spricht jedoch neu vom «kleinen baulichen Unterhalt». In der NSV sollte im Weiteren festgehalten werden, dass das Bundesamt für Strassen Aufgaben und Befugnisse im Bereich der Baupolizei / Interessenwahrung der Nationalstrasse an die Gebietseinheit delegieren kann.</p> | BE |
| Allg. | <p>Neue Regelung in Kapitel 5: Betrieb der Nationalstrassen aufnehmen.</p> <p>Am 1. Januar 2008 geht das Eigentum an Nationalstrassen vom Kanton an den Bund über. In Art. 28a der kantonalen Wasserbauverordnung wird die Wasserbaupflicht dem Kanton zugewiesen, sofern eine Kantons- oder Nationalstrasse entlang eines Gewässers verläuft oder das Gewässer kreuzt. Diese Regelung wurde vor dem Hintergrund getroffen, dass sich die Nationalstrassen im Eigentum der Kantone befinden. Mit dem Eigentümerwechsel geht auch die Objektschutzpflicht auf den Bund über. Der Kanton ist jedoch nicht befugt, die Objektschutzpflicht des Nationalstrassen-Bundes zu regeln. Nach Erachten des Vernehmlassers ist diese Frage im Rahmen der Totalrevision der Nationalstrassenverordnung zu regeln.</p> | BE |
| Allg. | <p>Von grundsätzlichem Interesse erscheinen dem Vernehmlasser in einem ersten Teil die Schluss- sowie die darin enthaltenen Übergangsbestimmungen, wie sie im Entwurf zum NSV und zur MinVV enthalten sind. (Im Folgenden wird zur Vereinfachung auf den Zusatz "Entwurf" zu NSV, MinVV etc. verzichtet.)</p> <p>Massgebend für beide Teile ist einerseits der in Art. 8 Abs. 1 des neuen Nationalstrassengesetzes (nNSG) enthaltene Grundsatz der auf den Bund übergegangenen (bzw. per 1.1.08 übergehenden) Strassenhoheit über die Nationalstrassen und des Bundes-Eigentums an den Nationalstrassen. Und andererseits die in Art. 62a Abs. 2 nNSG festgehaltene Frist von 15 Jahren, innert denen das Departement die erstmalige Zuweisung der von den Kantonen auf den Bund übergegangenen Rechte bereinigen (d.h. korrigieren) kann.</p> <p>In den Übergangsbestimmungen spiegeln sich nach Erachten des Vernehmlassers die vom UVEK bzw. ASTRA im Laufe der letzten zwei Jahre gemachten Erkenntnisse, wonach das ASTRA bzw. die Filialen nicht bereits ab 1.1.2008 die volle Arbeitslast übernehmen können. Anders gesagt muss das ASTRA ein Interesse daran haben, wenn die Kantone noch bis Ende 2007 und darüber hinaus tätig sind.</p> <p>Diese an sich gute Absicht und Idee scheint dem Vernehmlasser allerdings gegenüber den Kantonen zuwenig attraktiv gemacht worden zu sein. Es sei</p> | BS |

| | | |
|-------|--|----|
| | <p>denn, die den Kantonen in den diversen Schluss- bzw. Übergangsbestimmungen sowie in den Artikeln 32 - 45 Entwurf NSV (3. Kapitel betr. Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes) verbleibende Zuständigkeit sei den Kantonen schon attraktiv genug. Gut denkbar sei auch - allerdings mangels Erfahrung ohne Sicherheit - dass die Bestimmungen des 5. Kapitels über die "Nicht werkgebundenen Beiträge" (Art. 22 - 27) MinVV, insbesondere Art. 26 in Verbindung mit Art. 24 und 25 MinVV, die massgebenden Entschädigungsansätze des Bundes zum Vorteil der Kantone regeln. Generell darf dem Bund ein Lob ausgesprochen werden für diese wichtigen Bestimmungen im Rahmen des bevorstehenden Zuständigkeits- und Eigentumswechsels. Zustimmung kann der Vernehmlasser namentlich Art. 45 Abs. 2 sowie dem ganzen Art. 57 NSV.</p> <p>Allerdings kann Art. 57 Abs. 6 für den Kanton Basel-Stadt im Bezug auf den Halbanschluss Rheinhafen Kleinhüningen merkwürdige Blüten treiben: Legt der Kanton das Ausführungsprojekt noch im Herbst 2007 nach bisherigem Recht auf, bleibt der Kanton Basel-Stadt bis zum Abschluss des Plan genehmigungsverfahrens zuständig und hat für die Bereitstellung der dafür erforderlichen personellen Ressourcen zu sorgen. "Zuständig" meint in diesem Fall - gestützt auf die fehlende Erwähnung dieses Nationalstrassen-Ausbaus im Anhang 1 zur NSV - unseres Wissens nicht Kostenverteilung zwischen Kanton und Bund nach den bisherigen Beitragssätzen der Fertigstellung (vgl. Anhang 1 zu MinVV).</p> <p>Würde der Kanton mit der Planaufgabe noch bis Januar 2008 warten, wäre der Kanton nicht mehr in der Pflicht, könnte dann allerdings auch in keiner Weise mehr über die Prioritäten der Ausführung entscheiden. Weil der Viertelanschluss (d.h. Ausfahrt) Neuhausstrasse auf Grund des mit der SBB Cargo AG geschlossenen Vorvertrages bis Ende 2008 ausgeführt sein sollte, wird sich der Kanton zur Planaufgabe im Herbst 2007 entscheiden (müssen). Zustimmung kann der Vernehmlasser auch Art. 29 Abs. 1 bis 4 MinVV; Art. 29 Abs. 5 MinVV ist zwar nicht falsch, lässt aber einen neuen, bisher unbekanntem Ton im Verhältnis zwischen den Kantonen und dem Bund anklingen: Es wird durch das Bundesamt "verfügt" und nicht durch das Departement oder die zuständigen Aufsichtsbehörden eine einvernehmliche Lösung gesucht. Eine nicht hier zu lösende Frage der Praktikabilität in den kommenden Jahren stellt nach Erachten des Vernehmlassers. Der Umstand dar, dass alle im Anhang 1 zur NSV unter c aufgeführten, bisher noch nicht begonnenen Strecken durch die Kantone nach bisherigem Beitragssatz gemäss Anhang 1 zur MinVV fertig zu stellen sind. Ohne irgendeine zeitliche Befristung bzw. Verwirkung. Zum Beispiel 15 Jahre, wie die Bereinigungsfrist gemäss Art. 62a Abs. 2 nNSG.</p> <p>NSV und MinVV nehmen an, dass die in Art. 62a NSG festgelegte Bereinigungsfrist von 15 Jahren genügt. Nach Erachten des Vernehmlassers wäre die Möglichkeit einer Verlängerung angebracht gewesen.</p> <p>Dieser Gesichtspunkt der fehlenden Rücksichtnahme auf Abweichungen vom Grundsatz fehlt dem Vernehmlasser auch sonst, gerade weil der Kanton Basel-Stadt weiss, was hier alles noch zu regeln sein wird, das dem Grundsatz von Art. 8 nNSG teilweise oder ganz widerspricht. Der Vernehmlasser verzichtet jedoch darauf, eine Bestimmung für den Entwurf NSV zu formulieren bzw. vorzuschlagen, welche dem ASTRA im Verhältnis mit den Kantonen oder weiteren Trägerschaften Ausnahmeregelungen erlauben könnte.</p> | |
| Allg. | <p>Obwohl gemäss gültiger NSV (wird so gemäss Art. 2c übernommen) das Eigentum an Nationalstrassen (NS) bis zum nächsten leistungsfähigen Knoten geht, haben die Kantone immer darauf hingewiesen, dass der Bund im Verkehrsmanagement zuständig sein soll für die Stammlinie inkl. Ein-/Ausfahrten (somit Autobahnzeichen Anfang/Ende) und die restlichen Bereiche Sache der Kantone sein müssen, damit die Koordination zwischen den Netzen erfolgen kann (Steuerung Einfahrt NS Sache Bund, Ausfahrt NS Sache Kantone) (Artikel 52 Zuständigkeit Verkehrsmanagement).</p> <p>Betreffend Anhang 2 "Gebietsgrenzen VIII" macht der Vernehmlasser darauf aufmerksam, dass die Grenze N5 und N2 betriebswirtschaftlich suboptimal ist, er akzeptiert jedoch den politischen Kompromiss und richtet die Trägerschaft NSNW auf die Grenzen gemäss Vernehmlassungsvorlage aus.</p> <p>Das Konzept in Anhang 3 "Strassen von Bedeutung" ist gemäss Vernehmlasser nachvollziehbar. Er macht jedoch darauf aufmerksam, dass das Sekundärnetz stellenweise äusserst begrenzte Kapazitäten aufweist und somit Steuerungen grundsätzlich grossräumig auf dem Hochleistungsstrassennetz zu erfolgen haben.</p> <p>Es ist für den Vernehmlasser nicht ersichtlich, inwiefern die Geschwindig-</p> | BL |

| | | |
|-------|--|-----------------|
| | <p>keitskontrollanlagen auf den Hochleistungsstrassen vom Verkehrsmanagement Schweiz tangiert werden. Es fehle eine eindeutige Regelung. Nach Erachten des Vernehmlassers fallen die Geschwindigkeitskontrollanlagen nicht unter die Infrastrukturanlagen und sollten auch weiterhin im Besitze und zur freien uneingeschränkten Nutzung des Kantons Basel-Landschaft bleiben, respektive zur Verfügung stehen. Offen ist auch, wie es sich diesbezüglich mit den Lichtwellenleitern, welche ebenfalls im Autobahnperimeter verlegt wurden, verhält, da diesbezüglich beträchtliche Mieten bezahlt werden.</p> | |
| Allg. | <p>Die direkt aus dem NFA resultierenden Änderungen der NSV sind für den Kanton Appenzell A.Rh. zum heutigen Zeitpunkt als Kanton ohne Nationalstrassen nicht relevant.</p> <p>Die Verordnung wird jedoch massgebend für die Verbindung A1 - Herisau - Appenzell, wenn über den Netzbeschluss der Anschluss der Kantonshauptorte Herisau und Appenzell ins Grundnetz von nationaler Bedeutung (Nationalstrassennetz) integriert wird, teilweise zu einem späteren Zeitpunkt als Gemischtverkehrsstrasse (Nationalstrasse 3. Klasse). Der Bund übernimmt in diesem Fall die Hoheit über diese Strecke und ist damit zuständig für Bau, Betrieb und Unterhalt inkl. Finanzierung.</p> | AR |
| Allg. | <p>Ad oggi è ancora poco chiaro l'aspetto relativo alle parti integranti delle strade nazionali, in modo particolare la definizione del perimetro entro il quale si estende la competenza della Confederazione. La proposta formulata finora dall'ASTRA prevede che la Confederazione riprenda unicamente i raccordi autostradali fino al primo incrocio con le strade cantonali. Il perimetro odierno non si limita a questa definizione (vedi situazione a Lugano SUD, Bellinzona Nord, futuro svincolo Lugano Nord/rotonda PTL, ecc.).</p> <p>Le discussioni sono ancora in corso, e auspichiamo che possano chiudersi con delle soluzioni che non risultino penalizzanti per il Cantone.</p> | TI |
| Allg. | <p>Dès lors que le financement est réglé dans l'ordonnance concernant l'utilisation de l'impôt sur les huiles minérales à affectation obligatoire (OUMin), il convient de s'y rapporter.</p> <p>Il faut également s'assurer de l'exhaustivité de l'annexe 1 en ce qui concerne la liste des tronçons à réaliser par les cantons. Le Canton de Vaud remarque qu'aucune conséquence financière n'est avancée en ce qui le concerne.</p> | VD |
| Allg. | <p>Signature de l'ordonnance par le Conseil fédéral: l'adjectif "fédéral" figure par erreur au féminin dans le texte français.</p> | NE |
| Allg. | <p>Le Conseil d'Etat du canton du Valais relève, pour plusieurs domaines, un manque de précision sur la répartition des tâches et responsabilités.</p> | VS |
| Allg. | <p>Der vom Bundesrat am 26. April 2006 verabschiedete Sachplan Verkehr, Teil Programm, hält im Grundsatz Nr. S5.2 fest:</p> <p>"Bei der Erfüllung seiner Aufgaben im Bereich Schiene und Strasse sorgt er mit geeigneten Massnahmen dafür, dass der Langsamverkehr optimal in die Transportketten eingegliedert wird, Trennwirkungen beim Langsamverkehr beseitigt werden sowie die Verkehrssicherheit, insbesondere an den Schnittstellen zum lokalen Netz, erhöht wird."</p> <p>Nationalstrassen, Bahntrassen, und grosse Bahnhofareale haben oft eine trennende Wirkung für den Fuss- und Veloverkehr, namentlich im Siedlungsraum. Schon kleine Umwege von wenigen 100 Metern bis zur nächsten Quermöglichkeit verlängern Fuss- und Velowege auf das Doppelte und sind mit spürbaren Zeit- und Energieeinbussen verbunden. Bestehende Anlagen sollen daher auf ihre Trennwirkung hin überprüft und saniert werden. Bei Um- und Neubauprojekten sind die Bedürfnisse des Langsamverkehrs von Anfang an zu berücksichtigen.</p> <p>Gefahrenstellen im Strassennetz bergen nicht nur erhöhte Unfallrisiken, sondern bilden auch unerwünschte Netzlücken in Fuss- und Velorouten und beeinflussen damit die Verkehrsmittelwahl. Beim sachplanrelevanten Strassenverkehrsnetz finden sich solche Punkte vor allem bei den Autobahnan schlüssen und grossen Hauptstrassenverbindungen, wo sich bei einem in der Regel hohen Verkehrsaufkommen die beiden Verkehrssysteme "getrennt / schnell" und "gemischt / langsam" begegnen, für den LV häufig grosse Netzführungs- und Sicherheitsprobleme. Als ein Beispiel dafür sei der Wankdorfplatz in Bern erwähnt. Diese Gefahrenstellen seien daher mit grosser Dringlichkeit zu sanieren.</p> <p>Der Bundesrat hält in seiner Antwort auf die Interpellation Jacqueline Fehr (07.3173) fest, dass der Bund "gegen die Trennwirkung von Verkehrsinfrastrukturen des Bundes auf das Langsamverkehrsnetz eine zweifache Strategie" verfolgt: Neue Trennwirkungen will er vermeiden und bestehende sanieren. Durch neue Strassen- und Schienenvorhaben sollen neue Trennwirkungen gar nicht erst entstehen. Bereits bestehende oder durch die Siedlungs-</p> | IG Velo Fuss |

| | | |
|----------|--|----|
| | <p>entwicklung neu entstandene Trennwirkungen sollen wenn immer möglich beseitigt werden. " Am günstigsten sind die Voraussetzungen während grösseren Anpassungen und Erweiterungen an bestehenden Schienen- und Strassenabschnitten. Sicherheitsprobleme zwischen dem Nationalstrassennetz und dem Langsamverkehr bestehen vor allem bei Autobahnanschlüssen. An diesen Schnittstellen zum regionalen und lokalen Verkehrsnetz ergeben sich häufig grössere Probleme für den Langsamverkehr. Lösen lassen sich diese oft nur mit relativ teuren baulichen Massnahmen. Von zentraler Bedeutung ist deshalb auch hier eine frühzeitige und umfassende Berücksichtigung der Bedürfnisse des Langsamverkehrs bei der Planung und Umsetzung von Änderungen und Erweiterungen an bestehenden Anlagen." Der Bundesrat weist ferner explizit darauf hin, dass sich "die Finanzierung dieser Vorhaben nach den Gesetzgebungen der einzelnen Verkehrsträger und Verkehrsmittel" richtet. "Im Bereich des motorisierten Individualverkehrs (sind dies) die Nationalstrassen- und Mineralölsteuergesetzgebung. Diese Gesetze sehen die Finanzierung von flankierenden Massnahmen vor. Die Anliegen des Langsamverkehrs sind Bestandteil solcher flankierender Massnahmen." Der Bundesrat erachtet es ferner als zweckmässig, die relevanten Bundesgesetze und deren Ausführungsrecht schrittweise in Einklang mit dem im Sachplan festgelegten Anliegen des Langsamverkehrs zu bringen. Die IG Velo Schweiz vermisst vor diesem verpflichtenden Hintergrund die angemessene und explizite Erwähnung der Bedürfnisse des Langsamverkehrs im Vernehmlassungsentwurf der neuen NSV.</p> | |
| Anhang 1 | <p>In Anhang 1 werden jene Strecken bezeichnet, die gemäss Art. 33 NSV im Rahmen der Fertigstellung des beschlossenen Nationalstrassennetzes durch die Kantone gebaut werden. Für den Vernehmlasser ist anzumerken, dass die unter Bestimmung c, Liste der noch nicht begonnenen Strecken, aufgeführten Strecken "Umfahrung Lungern" als auch "Giswil Grossmatt - Ewil" bereits in Arbeit sind und somit unter Bestimmung a "Liste der in Arbeit stehenden Strecken" aufgeführt werden sollten.</p> <p>Bei der dritten unter Bestimmung aufgeführten Strecke "Brünig Ktgr. BE - Lungern Süd" ist unter der Bemerkung Brünigtunnel aufgeführt. Dies ist, da der Variantenentscheid noch nicht getroffen ist, zu ergänzen mit Brünigtunnel/Passstrasse. Ebenfalls fehlt unter dem Bestimmung c der Streckenabschnitt der N8 zwischen Lungern Nord - Giswil Süd (Umfahrung Kaiserstuhl).</p> | OW |
| Anhang 1 | <p>Zum Verordnungstext sind vom Vernehmlasser keine Bemerkungen anzubringen.</p> <p>Im Anhang 1 sei jedoch in der Liste der noch nicht begonnenen Strecken zwingend auch der Abschnitt "Anschluss Jenaz - Küblis" mit einer Länge von 3.7 km aufzunehmen. Diese Strecke ist als bisherige Hauptstrasse noch nicht ausgebaut worden und vermag den Anforderungen an eine Nationalstrasse nicht zu genügen.</p> <p>Gemäss Anhang 2 ist die Grenze zwischen den Gebietseinheiten IV und V beim Anschluss Roveredo Nord vorgesehen. Wie bereits im Rahmen von Kontakten zwischen dem TBA und dem ASTRA seitens des Kantons dargelegt, erweist sich die Zuteilung eines kleinen "Stumpens" der San Bernardino-Achse an die Gebietseinheit IV aus betrieblicher Sicht als nicht nachvollziehbar. Wir beantragen deshalb, diese Grenze aufgrund sachlicher Überlegungen zu überprüfen und zur Verknüpfungsstelle der A2 mit der A13 zu verschieben. Die Einheit des Strassenzuges ist für den betrieblichen Unterhalt und für verschiedenste weitere Massnahmen (z.B. Meldung Strassenzustand, Verkehrsinformationen usw.) bei der San Bernardino-Route besonders wichtig. Speziell auch mit Blick auf die Ausübung der Polizeihochheit wird die Schaffung einer zusätzlichen Schnittstelle zu einer andern Gebietseinheit seitens des Vernehmlassers als unpraktikabel beurteilt und folglich abgelehnt. Unnötige Doppelspurigkeiten ergeben sich zudem in Bezug auf die Belange der Feuerwehren. Das Einsatzgebiet der Feuerwehr von Roveredo erstreckt sich bis nach Lostalio. Diese müsste ihre Einsätze künftig mit zwei Gebietseinheiten koordinieren. Im Weiteren liegen die Kontroll- und Ausbildungsbefugnisse für die Ortsfeuerwehren beim kantonalen Feuerwehrenspektorat, was ebenfalls eine zusätzliche Schnittstelle mit dem Kanton Tessin zur Folge hat. In Graubünden ist das Feuerwehrenspektorat Vertragspartner für die Belange der Nationalstrassen-Feuerwehr.</p> <p>Diese Hinweise zeigen, dass die vorgesehene Lösung nicht praktikabel ist. Der Vernehmlasser beantragt deshalb eine Anpassung im dargelegten Sinn.</p> | GR |
| Anhang 1 | <p>Anhang 1 zu Art. 33 Ergänzung von A) Liste der in Arbeit stehenden Strecken: N01 / 4 / 06 / Zubringer Neufeld / SN 2 (1+1) 1.2</p> | BE |

| | | |
|----------|---|----|
| | N05 / 2 / 09 Biel Ost (Längfeld - Biel Süd) / 2 + 2 7.1 N16 / 2 / 03 Court - Tavannes 2 (2+2) 10.2 Ergänzung von B) Liste der in Betrieb befindlichen Strecken mit Restarbeiten oder -zahlungen N16 / 2 / 04 Tavannes - La Heutte N05 / 2 / 02 Lengnau - Biel Ost | |
| Anhang 1 | Anhang 1: Auf der Liste C) "noch nicht begonnene Strecken" fehlt die Umfahrung Andermatt. Diese sei auf der Liste zu ergänzen. | UR |
| Anhang 1 | D'une part, le Canton de Vaud constate que la « liste des tronçons en service faisant l'objet de travaux et de paiements résiduels » (point B) est incomplète, puisque des tronçons qui devraient y figurer font défaut. Il s'agit des sections suivantes qu'il convient de rajouter dans ladite liste : - 01.1.09 Avenches - Faoug / 2+2 / 5.8 - 01.2.07 Yverdon - Arrissoules (Front. VD/FR) / 2+2 / 12.2 - 01.2.08 Payerne (Front. FR/VD) - Avenches / 2+2 / 10.4 D'autre part, il ressort de l'annexe 1, point C (« liste des tronçons dont la réalisation n'a pas encore débuté »), que l'achèvement du réseau dont la réalisation n'a pas encore débuté se concentre, pour le Canton de Vaud, uniquement sur la section Paudèze - Lutrive (09.1.09), alors que dans la KOPLA (Kostenplanung), celui-ci se trouve dans la section 09.1.03 (Peraudette - Rive gauche Paudèze). Etant donné cette contradiction, le Canton de Vaud demande si la KOPLA doit être modifiée. | VD |
| Anhang 1 | - Liste des tronçons en chantier, N09, colonne Remarques, à corriger comme suit : « Tronçon en service, seule la jonction de Sierre-Est reste à réaliser ». | VS |
| Anhang 2 | Der Anschluss Schmerikon (Ende NS) gehört nicht zu GE VII, sondern zu GE VI. Diese Strecke bildete dementsprechend nicht Teil der Offerte der GE VII zuhanden der Bund. Antrag: Der Anschluss Schmerikon (Ende NS) sei bei GE VII zu streichen. | ZH |
| Anhang 2 | In der Gebietseinheit IX fehlt die N16 Landesgrenze JU / Frankreich. | BE |
| Anhang 2 | Le Canton de Neuchâtel est étonné de trouver le canton de Berne dans l'unité territoriale IX, l'OFROU ne souhaitant pas, à notre connaissance, que le canton de Berne y participe. L'unité territoriale IX se limiterait donc aux cantons de Neuchâtel et du Jura. | NE |
| Anhang 2 | Il serait judicieux, sous UT IX de signaler aussi l'A16. | JU |
| Anhang 3 | Die Einsiedlerstrasse in Wädenswil (S. 146) verläuft bis zum Anschluss Richterswil der A3. Das Strassenstück der Seestrasse bis Zürich ist mit der Strasse Nr. 3 Zürich - Horgen - Grenze Kanton Schwyz (S. 145) bereits abgedeckt. Antrag: Bei der Einsiedlerstrasse sei der Anschluss Richterswil der A3 als Endpunkt zu vermerken. | ZH |
| Anhang 3 | Hinweis: Gemäss Art. 53 NSV sind Strassen, die für das Verkehrsmanagement der Nationalstrassen von Bedeutung sind, im Anhang 3 bezeichnet. Es wird vom Vernehmlasser darauf hingewiesen, dass als Strasse, die für das Verkehrsmanagement von Bedeutung ist, auch die Strecke Schaffhausen-Herblingen bis zum Zoll Thayngen gehört. | SH |
| Anhang 3 | Die Liste von Anhang 3 der NSV weist gemäss Vernehmlasser bezüglich der Strassenzüge im Kanton St.Gallen verschiedene Fehler auf. In die Liste von Anhang 3 der NSV sind für den Kanton St.Gallen folgende Strassenzüge aufzunehmen: Kanton / Strasse / von: / bis: SG / 13 / Grenze Kt. Graubünden / Sargans SG / 13 / Sargans / St.Margrethen SG / 1 / St.Margrethen / St.Gallen SG / 1 / St.Gallen / Grenze Kt. Thurgau SG / 3 / Sargans / Grenze Kt. Glarus SG / 3 / Anschluss Reichenburg / Grenze Kt. Schwyz SG / 3 / Anschluss Reichenburg / Schmerikon SG / A53 / Schmerikon / Grenze Kt. Zürich Die übrigen Strecken im Kanton St.Gallen seien aus der Liste von Anhang 3 zu streichen. | SG |
| Anhang 3 | Anhang 3 (Art. 53) ist wie folgt zu ändern: Kanton / Strasse / von / bis | AG |

| | | |
|----------|---|---|
| | AG / 5 / Grenze Kt. Solothurn (statt Grenze Kt. Bern) / Aarau Begründung: "Grenze Kt. Bern" ist ein offensichtlicher Schreibfehler. | |
| Anhang 3 | Hinweis (ohne Antrag) zu Anhang 3 (Art. 53) der Nationalstrassenverordnung: Bei der Ausarbeitung der Verkehrsmanagementpläne kann sich allenfalls Anpassungsbedarf bezüglich Definition einzelner Strecken ergeben. Dies gilt insbesondere für die folgenden beiden Strecken: Kanton / Strasse / von / via / bis: AG / 5 / Brugg / Aarau / Grenze Kt. Solothurn AG / /Anschluss Baden / / Brugg | AG |
| Anhang 3 | Mit Bezug auf Anhang 3 macht der Vernehmlasser darauf aufmerksam, dass die Nummerierung der Strassen TG auf den Seiten 145 und 146 nicht korrekt ist, die Abschnitte 1 und 7 sind vertauscht worden. | TG |
| Anhang 3 | Les deux routes cantonales genevoises concernées par la gestion du trafic sur les routes nationales sont difficilement identifiables et les indications les concernant demandent à être revues avec plus de précision. | GE |
| Anhang 3 | Ce tableau est difficilement compréhensible. Si on se réfère à ce qui est mentionné pour le Jura, le titre de l'annexe devrait être "Routes cantonales concernées par...". En tout état de cause, la numérotation 18 pour le tronçon Les Rangiers/St Ursanne/Delémont devrait être revue. | JU |
| Anhang 3 | Die Spalte «Strasse» braucht noch einen Legendenhinweis. | BE |
| Anhang 4 | (Signalisationsverordnung vom 5. September 1979, Änderung) Art. 81 Abs. 1 und 2 (Baustellen): Es wäre gemäss Vernehmlasser angezeigt, den Kantonen (analog zur Lösung beim Nationalstrassenunterhalt) auch im Bereich der Signalisationen auf Nationalstrassen die Möglichkeit einzuräumen, mit dem Bund entsprechende Leistungsvereinbarungen abzuschliessen. Dadurch würde gewährleistet, dass die Verkehrspolizei bei der Planung und Ausführung von Signalisationen von Anfang an direkt einbezogen wird. Parallel dazu müsste die Pflicht der Kantone vorgesehen werden, die Signalisationskonzepte dem Bundesamt zur Genehmigung vorzulegen. Antrag: Die Kantone seien in der Verordnung zu ermächtigen, mit dem Bund Leistungsvereinbarungen im Bereich der Signalisationen auf Nationalstrassen abzuschliessen. Die Kantone sind zudem zu verpflichten, die Signalisationskonzepte vom Bundesamt genehmigen zu lassen. | ZH |
| Anhang 4 | Mit Anhang 4 zur NSV wird die Aufhebung bzw. Änderung bisherigen Rechts vorgenommen. Unter Abschnitt II, Pkt. 3 wird dabei auch neu ein Art. 46a zur Verordnung über die amtliche Vermessung (SR 211.432.2) vorgeschlagen. Dieser neue Artikel würde das Bundesamt für Strassen (ASTRA) grundsätzlich ermächtigen (im Einvernehmen mit der kantonalen Vermessungsaufsicht), eine eigene Vermessungsabteilung aufzubauen. Damit würde das ASTRA in Konkurrenz zu den zahlreichen privaten Unternehmen stehen, die in der Regel im Auftrag der Kantone für die Durchführung der amtlichen Vermessung besorgt sind. Eine solche Intervention des Bundes mit einem eigenen Betrieb ist aus wirtschaftspolitischer Sicht problematisch und sollte gemäss Vernehmlasser nicht ohne sachlichen Grund und ohne Not erfolgen. Zudem würde der Aufbau einer eigenen Organisation eine zusätzliche Datenschnittstelle erfordern, was einen administrativen Mehraufwand für die Datenpflege und Organisation bedeutet. Hinzu käme, dass der Bund als künftiger Eigentümer der Nationalstrassen gleichzeitig für das Plangenehmigungsverfahren und das Enteignungsrecht zuständig wäre. Das gleiche Bundesamt würde auch noch die Vermessung übernehmen, was eine Kumulation von Tätigkeiten ergibt. Nachdem in der Botschaft zu den Verfassungsänderungen über die Aufgabenzuweisung im Bereich der amtlichen Vermessung (BBl 2002; 2422) festgehalten wurde, dass die Kantone in der amtlichen Vermessung die vollständige Verantwortung im operativen Bereich tragen, sollte dies auch umgesetzt werden. Es wird deshalb beantragt, Art. 46a der Verordnung über die amtliche Vermessung zu streichen. Der Vernehmlasser erachtet eine Vergrößerung des Kreises der Beteiligten in der delikaten Nachführung der Daten der amtlichen Vermessung als falsch und setzt sich dagegen zur Wehr. Die amtliche Vermessung dokumentiert rechtsverbindlich die Eigentumsrechte gemäss Grundbuch und ist als heute wohl wichtigste GIS-Grundlage für verschiedenste Anwendungen im Gebrauch | OW SG AG VD TG BE SZ SAB VS |
| Anhang 4 | Unter Art. 56 NSV (Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts) wird auf | BS |

| | | |
|----------|---|----|
| | Anhang 4 verwiesen. Im Bezug auf Ziffer 3 der dort stipulierten Änderungen (Art. 46a der Verordnung vom 18. November 1992 über die amtliche Vermessung; SR 211.432.2) geht der Vernehmlasser davon aus, dass sich das Grundbuch- und Vermessungsamt dazu eingehend äussern wird. Wenn nicht, müsste es dazu noch Gelegenheit haben. | |
| Anhang 4 | Antrag: Art. 99 Abs. 3 der Signalisationsverordnung (Anhang 4 zur Nationalstrassenverordnung) sei wie folgt zu ändern: Das Anbringen und Ändern von Strassenreklamen auf den Grundstücken der Nationalstrassen" Begründung: Bislang bewilligte der Kanton in Eigenkompetenz Strassenreklamen im Bereich der Nationalstrassen und berücksichtigte dabei die Vorgaben des Bundes. Neu soll die Zuständigkeit beim ASTRA liegen. Dieses soll auch die kantonalen Bestimmungen über die Baubewilligung von Reklamen beachten. Die Zuständigkeit des ASTRA soll gemäss Vernehmlasser genauer definiert werden, indem sie auf die "Grundstücke" der Nationalstrasse zu begrenzen ist. Sollte die Zuständigkeit des ASTRA gemäss Verordnungstext den "Bereich" der Nationalstrassen umfassen, wäre eine rasche Klärung der Verfahren nötig: Wie werden die kantonalen Bestimmungen berücksichtigt? Einreichung der Gesuche bei Gemeinde, Kanton oder Bund? Anhörungsverfahren? Usw. Selbst bei einer klaren Regelung der Verfahren käme es zu einem massiven Mehraufwand und zu Verzögerungen. Bislang traten im Kanton Aargau keine Probleme im Zusammenhang mit Strassenreklamen auf. Eine Änderung der bewährten Verfahren drängt sich daher gemäss Vernehmlasser nicht auf. | AG |
| Anhang 4 | Antrag: In Art. 98 der Signalisationsverordnung (Anhang 4 zur Nationalstrassenverordnung) sei zu regeln, dass Ankündigungen der Kantone mit verkehrserziehendem, unfallverhütendem Charakter wie bis anhin zulässig sind. Begründung: Das Anbringen von Strassenreklamen ist in den Art. 95 bis 100 SSV geregelt. Wie bis anhin praktiziert, sollte gemäss Vernehmlasser den Kantonen zugestanden werden, Ankündigungen mit verkehrserziehendem, unfallverhütendem Charakter anzubringen. Mit solchen teils spontanen Ankündigungen kann kurzfristig auf besondere Situationen im Bereich Unfallgeschehen oder Verhalten der Fahrzeuglenkenden reagiert werden. Die vorgeschlagene Regelung, wonach das Bundesamt weitere Ausnahmen zulassen kann, scheint dem Vernehmlasser zu wenig konkret, und es sei zu befürchten, dass spontane Ankündigungen (Plakate) nicht mehr möglich sein werden. | AG |
| Anhang 4 | Modification de l'art 79 al. 4 OCR: Le gouvernement vaudois est d'avis que les cantons devraient être systématiquement consultés par l'OFROU en pareil cas. | VD |
| Art. 2 | Art. 2 des Entwurfes der Nationalstrassenverordnung definiert die "Bestandteile" der Nationalstrasse. Damit wird Art. 8 Abs. 1 NSG konkretisiert. Der Vernehmlasser geht davon aus, dass der Begriff eine doppelte Bedeutung hat. Einmal hat er einen planungsrechtlichen Gehalt: Massnahmen basierend auf Art. 18 Abs. 1ter (Ersatzmassnahmen zu Gunsten des Natur- und Landschaftsschutzes) z.B. sind in diesem Sinn Bestandteil der Nationalstrasse. Elemente, welche in diesem planungsrechtlichen Sinn als Bestandteile der Nationalstrasse gelten, müssen nicht zwingend eigentumsrechtlich zur Nationalstrasse gezählt werden: So können Flächen für Ersatzmassnahmen nach Art. 18 Abs. 1ter sehr wohl im Eigentum Privater bzw. Kantone oder Gemeinden bleiben. Indessen versteht Art. 2 des Entwurfes in den meisten der aufgeführten Sachverhalte den Begriff "Bestandteil" im sachenrechtlichen Sinn als Bestandteil der Hauptsache. | SO |
| Art. 2 | Art. 2 NSV definiert die Bestandteile der Nationalstrasse. Diese stehen mit Ausnahme der Nebenanlagen (Art. 2 lit. d NSV) unter der Hoheit und im Eigentum des Bundes. In der Aufzählung von Art. 2 NSV nicht enthalten sind jedoch weitere Bestandteile von (städtischen) Gemischtverkehrsstrassen wie Verkehrseinrichtungen für den Langsamverkehr (Trottoirs, Radwege, kombinierte Rad- und Gehwege) oder Strassenentwässerungsanlagen, die auch Fremdwasser ableiten (dienen nicht ausschliesslich der Strassenentwässerung). Nach Erachten des Vernehmlassers ist unklar, unter wessen Hoheit (Zustän- | AR |

| | | |
|---------------------|---|----|
| | <p>digkeit) und in wessen Eigentum solche Strassenbestandteile fallen, wenn Gemischtverkehrsstrassen - konkret Teilstücke der Verbindung A1 - Herisau - Appenzell - durch den Bund übernommen werden. Die NSV sagt darüber nichts aus. Zweckmässig wäre es gemäss Vernehmlasser, wenn auch Einrichtungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wie Rad- und Gehwege entlang von Gemischtverkehrsstrasse zu den Bestandteilen der Nationalstrassen (3. Klasse) zählen würden.</p> <p>Antrag: Die Grundsätze der Abgrenzung von Zuständigkeit und Eigentumsverhältnissen zwischen Bund und Kanton bei der Übernahme von Gemischtverkehrsstrassen ins Grundnetz von nationaler Bedeutung seien in der NSV zu verankern.</p> | |
| Art. 2 | <p>Die Regelung der Bestandteile von Nationalstrassen in Art. 2 NSV macht keine Aussage zum Langsamverkehr. Einrichtungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei Nationalstrassen 3. Klasse, namentlich Geh- und Radwege, sollten Bestandteil einer Nationalstrasse sein.</p> <p>Antrag: Neue lit. p: Einrichtungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei Nationalstrassen 3. Klasse, namentlich Rad- und Gehwege.</p> | AI |
| Art. 2 | <p>L'article 2 définit les parties intégrantes des routes nationales découlant d'impératifs techniques. Contrairement à l'article 3, l'ensemble des parties intégrantes des routes nationales ne devraient pas forcément être identifiées comme biens-fonds des routes nationales. Les limites des biens-fonds ne doivent pas correspondre obligatoirement aux limites d'entretien constructif et d'exploitation. Le Canton de Vaud recommande à l'autorité fédérale d'analyser les situations au cas par cas. Certains ouvrages décrits comme faisant partie des routes nationales, et devant donc être immatriculés au registre foncier, peuvent aujourd'hui avoir des statuts divers, tel que routes cantonales ou communales, ruisseaux, ou se situer sur des terrains de tiers, sans mention ni servitude.</p> | VD |
| Art. 2 | <p>Suppression de l'art. 2 de l'ordonnance actuelle: - L'opportunité de la suppression de l'art. 2 n'est pas évidente dans la mesure où l'utilité de définitions demeure utile, avec les modifications/adaptations introduites par la RPT, et du fait que ces définitions ne se retrouvent pas intégralement dans le texte de la nouvelle ordonnance.</p> | VS |
| Art. 2 litera b | <p>Unklar sei, ob Sammelrohre / Rohrböcke, die mehreren Nutzenden zur Verfügung gestellt werden, ebenfalls unter den Begriff «Leitungen» fallen.</p> | BE |
| Art. 2 lit. h und m | <p>Unklar sei, ob eine Blendschutz/Lärmschutzwand zum Bestandteil der Nationalstrasse wird, wenn der Blendschutz oder eine Lärmschutzwand durch einen Dritten montiert werden muss.</p> | BE |
| Art. 2 litera i | <p>Diese Regelung dürfe nicht dazu führen, dass die Kantone dem Bund die für diese Einrichtungen benötigten Flächen entschädigungslos abzutreten haben.</p> | LU |
| Art. 2 litera i | <p>L'appartenance de la centrale de gestion du trafic à la route nationale posera un problème de répartition (notamment juridique), dans le cas du Jura notamment.</p> | JU |
| Art. 3 | <p>Gemäss Vernehmlasser wäre es wünschenswert, wenn der Wortlaut mit folgendem Zusatz ergänzt werden könnte: «Die Nationalstrassengrundstücke sind im Grundbuch als solche anzumerken und in den Geometerplänen einzutragen». Dies ist deshalb wichtig, da bei Ämtern, Planenden, Architektur- und Ingenieurbüros etc. die Baulinie und ihre Wirkung oft nicht bekannt ist</p> | BE |
| Art. 3 | <p>Il est indiqué que les biens-fonds route nationale doivent être inscrits au RF. Le Canton de Genève demande une formulation plus explicite qui précise que ces biens-fonds doivent être immatriculés comme "domaine public route nationale" expressément pour les distinguer des autres domaines publics communaux et cantonaux.</p> | GE |
| Art. 6 | <p>In der Verordnung oder mindestens im Erläuternden Bericht sei ein Hinweis darauf zu machen, dass die Grundstücke der Nebenanlagen in der Regel im Eigentum der Kantone stehen.</p> | SG |
| Art. 6 | <p>Cette disposition apporte de nouvelles restrictions pour les cantons, puisqu'il est prévu, d'une part, que le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication édicte désormais des prescriptions concernant la conception générale des installations annexes et les réclames routières qui y sont placées et, d'autre part, que les contrats conclus entre le canton et l'exploitant de l'installation annexe sont soumis à l'approbation de l'OFROU. Dès lors que ces prescriptions et les critères de l'OFROU pour l'approbation des contrats conclus entre un canton et l'exploitant ne sont pas connus, le Canton de Vaud souhaite obtenir des garanties</p> | VD |

| | | |
|--|---|-----------------|
| | d'autonomie. | |
| Art. 6 | <p>- Les responsabilités/tâches respectives de la Confédération et des cantons n'y sont pas clairement définies. Le commentaire à l'art. 6 mentionne que « Les cantons gardent la haute main sur les installations annexes ».</p> <p>- Que faut-il entendre sous ce terme « haute main » ?</p> <p>- Quels sont exactement les domaines de compétences des cantons ? Il est nécessaire de compléter et de préciser l'article 6, respectivement le commentaire qui lui est apporté.</p> <p>- Alinéa 4 : la mention des destinataires des prescriptions qui seront éditées doit figurer comme suit : « Il édicte à l'attention de ... des prescriptions... ».</p> <p>Par ailleurs, la possibilité doit impérativement être réservée aux cantons, dans le cadre d'une consultation des cantons, de se prononcer en temps opportun sur la teneur de ces prescriptions.</p> | VS |
| Art. 6 Abs. 5 | L'art. 6 cpv. 5 introduce un nuovo obbligo di trasmettere per approvazione all'ASTRA i contratti siglati tra i Cantoni e i gestori degli impianti accessori. Il Consiglio federale non giustifica minimamente questa scelta nelle spiegazioni che accompagnano la proposta, che a nostro parere contrasta con il principio secondo cui questo ambito deve rimanere sotto la sovranità cantonale. Il Cantone Ticino propone pertanto lo stralcio dell'intero capoverso. | TI |
| Art. 7 | <p>Der Betrieb einer Raststätte hat unter Umständen direkte oder indirekte Auswirkungen auf die verkehrspolizeiliche, aber auch auf die sicherheits- und kriminalpolizeiliche Lage im Umfeld einer solchen Einrichtung.</p> <p>Antrag: Abs. 2 sei wie folgt zu ergänzen: "2 Die Kantone sind vor der Erteilung bzw. der Erneuerung von Bewilligungen anzuhören."</p> | ZH GL |
| Art. 7 Abs. 2 | <p>Antrag: Art. 7 Abs. 2 der Nationalstrassenverordnung ist wie folgt zu ergänzen: "2 Das Bundesamt erteilt. Die Kantone sind vor der Erteilung bzw. Erneuerung von Bewilligungen anzuhören. Das Bundesamt bestimmt die Einzelheiten des Anhörungsverfahrens."</p> <p>Begründung: Der Betrieb von Versorgungs- und Verpflegungseinrichtungen wie Kioske, Verkaufswagen, etc. kann je nach Situation direkte oder indirekte Auswirkungen auf die verkehrspolizeiliche, oder gar auf die sicherheits- und kriminalpolizeiliche Lage im Umfeld einer solchen Einrichtung haben.</p> | AG |
| Art. 7 Abs. 3 | <p>Antrag: Art. 7 Abs. 3: Satz 2 "Sie (Versorgungs- und Verpflegungseinrichtungen) müssen jeden Abend vom Rastplatz entfernt werden; das Bundesamt kann in begründeten Fällen Ausnahmen gewähren." sei zu überprüfen.</p> <p>Begründung: Es stellt sich die für den Vernehmlasser Frage nach der Notwendigkeit dieser Regulierung, wonach Einrichtungen wie Kioske, Verkaufswagen oder Verkaufsstände auf Rastplätzen jeden Abend vom Rastplatz zu entfernen sind. Allfälligen Problemen könne mit Auflagen betreffend Betriebszeiten und dgl. in den Bewilligungen vorgebeugt werden.</p> | AG |
| Art. 7 Abs. 3 | Unklar sei, was «in begründeten Fällen» bedeutet und ob vorgesehen ist, die bisherige Praxis zu ändern. | BE |
| Art. 8 | - Dans le titre français de l'article 8 « Ampleur de la planification », le terme « Ampleur » n'est pas clair et doit être remplacé par un terme comme « Eten-due » ou un autre synonyme. | VS |
| Art. 8 Abs. 2 | <p>Dieser sei wie folgt zu ergänzen: "Bei der Planung sind die Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft zu prüfen. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind räumlich und verkehrsträgerübergreifend abzustimmen. Wege des Langsamverkehrs sind verkehrssicher und attraktiv zu erhalten, wiederherzustellen oder nach Möglichkeit zu schaffen."</p> <p>Mit dieser Ergänzung werde erreicht, dass der Bund bei der Erhaltung und Entwicklung einer sicheren und attraktiven Langsamverkehrs-Infrastruktur eine aktive Rolle spielt.</p> | IG Velo Fuss |
| Art. 9 Abs. 3, Art. 28 cpv. 2 und 3, Art. 29 | Gli art. 9 cpv. 3, 28 cpv. 2-3 e 29 reintroducono la competenza federale per opere all'interno delle zone riservate e degli allineamenti. Il nostro Governo ne condivide il principio, ma auspica l'introduzione nell'ordinanza di un termine preciso, per esempio 60 giorni, entro il quale l'ASTRA deve esaminare e rispondere alle domande dei Cantoni e dei comuni. | TI |
| Art. 10 | Dieser sei wie folgt zu präzisieren: | IG Velo |

| | | |
|--------------------------------|--|-----------------|
| Abs. 1 | <p>"Das generelle Projekt enthält die Linienführung, einschliesslich der ober- und unterirdischen Strassenführung, die Anschlussstellen mit den Zu- und Wegfahrten, die Kreuzungsbauwerke und die Anzahl Fahrspuren. Dabei sind die Massnahmen für den Langsamverkehr sichtbar zu machen."</p> <p>Die Präzisierung von Art. 10 Abs. 1 erscheint der Vernehmlasserin deshalb von besonderer Bedeutung, weil gemäss Erläuterungen von den Festlegungen im Generellen Projekt in der folgenden Ausführungsplanung nicht mehr abgewichen werden darf.</p> | Fuss |
| Art. 10 und 16 | <p>Das generelle Projekt enthält gemäss Art. 10 die Linienführung, die Anschlussstellen, die Kreuzungsbauwerke und die Anzahl Fahrspuren. Es sei so auszuarbeiten, dass keine wesentlichen Verschiebungen und Änderungen mehr zu erwarten sind. Im Weiteren bestimmt Art. 16, dass im Genehmigungsverfahren des Ausführungsprojekts in jeder Projektphase die technischen Grundlagen und die ökologischen Auswirkungen soweit abzuklären sind, als dies für den Entscheid über das Projekt notwendig ist. In beiden Bestimmungen sei deutlicher zum Ausdruck zu bringen, dass in jeder Phase der Planung und Projektierung der Nationalstrassen eine umfassende Abwägung der relevanten Interessen hinsichtlich Verkehr, Sicherheit, Umwelt, Raumplanung und Finanzen stattzufinden habe. Die einschlägigen Bestimmungen seien dahingehend zu ergänzen.</p> | LU |
| Art. 11 Abs. 4 | <p>Dieser Text gehört nach Erachten des Vernehmlassers eher zu Art. 12.</p> | BE |
| Art. 12 Abs. 1 Bestimmung gbis | <p>Der folgende Zusatz sei einzufügen: "Art. 12 Abs. 1 Bestimmung gbis (neu) 1 Das Ausführungsprojekt ist dem Departement unter Beilage folgender Unterlagen zur Genehmigung einzureichen: gbis Kurzbericht Langsamverkehr"</p> <p>Es sei mit Blick auf die künftige Rechtsanwendung zweckmässig, wenn die eher programmatischen Vorgaben des Sachplans Verkehr "am richtigen Platz" in der NSV verankert werden. Die richtige Ebene zur sachgerechten Darstellung und Lösung dieser LV-Aspekte ist im Wesentlichen das Ausführungsprojekt. Dies auch deshalb, weil gemäss Art. 3 der Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer die Festlegung der anrechenbaren Kosten am Ausführungsprojekt anknüpft. Als Voraussetzung dafür könne eigentlich nur ein solcher Bericht dienen, der die LV-Fragen und -Infrastrukturen sauber darstellt.</p> <p>Die Vernehmlasserin misst dem LV-Aspekt planerisch und finanziell eine Bedeutung zu, die eine eigenständige Projektbeilage zum Thema rechtfertigt. Mit dem Begriff "Kurzbericht" soll zum Ausdruck gebracht werden, dass dies keine sehr umfangreiche Angelegenheit sein soll.</p> <p>Mit diesem Zusatz werde sichergestellt, dass die im Sachplan Verkehr geforderten und im Generellen Projekt erwähnten Massnahmen zur Förderung des Langsamverkehrs im Rahmen der Projektierung tatsächlich umgesetzt werden.</p> | IG Velo Fuss |
| Art. 13 | <p>Die in Art. 13 NSV für Nationalstrassen dritter Klasse vorgesehenen Baulinienabstände von 15 - 25 m sind gemäss Vernehmlasser für bestehende Gemischtverkehrsstrassen insbesondere im Innerortsbereich unrealistisch. Dies zeigt ein Vergleich mit dem nach kantonalem Recht geltenden Baulinienabstand im Bereich der Alpsteinstrasse Herisau (Teilstück der Verbindung A1 (Winkeln) - Herisau - Appenzell), welche innerorts "bloss" 5 m (von der Strassengrenze bzw. von der strassenseitigen Kante des Trottoirs aus gemessen) beträgt. Art. 13 Abs. 3 NSV lässt zwar abweichende Baulinienabstände zu, sagt aber nichts darüber aus, wie diese festgelegt werden. Insbesondere bei der Übernahme von bestehenden Kantonsstrassen ins Grundnetz von nationaler Bedeutung (Nationalstrassennetz) drängt sich nach Erachten des Vernehmlassers eine Spezialregelung auf.</p> <p>Art. 13 sei wie folgt zu ergänzen: Abs. 4 (neu) Bei der Übernahme von Kantonsstrassen (Gemischtverkehrsstrassen) ins Grundnetz nationaler Bedeutung sind die Baulinienabstände in separaten Baulinienplänen festzusetzen oder die bestehenden Baulinienfestlegungen der Kantone zu übernehmen.</p> | AR |
| Art. 15 | <p>Corriger comme suit le titre : « Manière de procéder en cas de ».</p> | VS |
| Art. 19 | <p>Analog der neuen Bestimmung von Art. 35 Abs. 1 NSV sei eine Regelung für die Beauftragung der Kantone zur Bearbeitung des Landerwerbs als Art. 19 Abs. 2 NSV wie folgt aufzunehmen: "Das Bundesamt kann die Kantone mit der Bearbeitung des Landerwerbs beauftragen. Die Kantone arbeiten bis zur Fertigstellung des Objekts eng mit</p> | SG |

| | | |
|-------------------------------|---|----|
| | dem Bundesamt zusammen. Die Kosten gehen zu Lasten des Bundes". | |
| Art. 19 | Cette disposition est muette sur la question de savoir qui procède à l'achat de terrain : est-ce l'OFROU ou le canton ? Il serait important de le préciser. En effet, s'il s'agit de l'OFROU, il y aurait lieu de prévoir qu'un représentant du canton soit impliqué dans l'estimation des terrains, afin d'obtenir une adéquation dans les politiques d'acquisition de terrains par les institutions publiques de niveaux fédéral et cantonal, ceci sur un territoire donné. | VD |
| Art. 23 | On évoque une dérogation à l'interdiction de modifier l'affectation des immeubles agricoles issus de remaniements parcellaires. Le Canton de Genève souhaite voir ajouter une remarque identique pour la législation sur le droit foncier rural LDFR. Cela permettra d'éviter d'avoir à requérir l'approbation de la CFA pour les parcelles agricoles prises dans la construction des RN qui est de toute façon acquise. | GE |
| Art. 26 Abs. 3 litera c | Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb Bundesbeiträge an Verkehrsinfrastrukturen in Städten und Agglomerationsprogrammen bei der Berechnung der Strassenlasten nicht von den Ausgaben der Kantone abgezogen werden. | AI |
| Art. 27 | Im Sinne einer weiteren Übergangsregelung soll bis zur Realisierung der Nationalstrasse Kantonsgrenze AR-Appenzell mit einem wesentlichen Ausbau der Strecke A1-Herisau-Appenzell auch das bisherige Hauptstrassennetz (vgl. Anhang 2 der MinVV) in den Kantonen Appenzell A.Rh. und Appenzell I.Rh. beibehalten werden. Der Status Quo ist solange gerechtfertigt bis der wirtschaftliche Nachteil, der den Kantonen Appenzell A.Rh. und Appenzell I.Rh. Durch den ungenügenden Anschluss der Kantonshauptorte Herisau und Appenzell an das Nationalstrassennetz zukommt, durch den Bau einer verkehrstechnisch leistungsfähigeren Strassenverbindung beseitigt ist. Die Kantone Appenzell A.Rh. und Appenzell I.Rh. erhalten entsprechend vom Bund bis zu diesem Zeitpunkt Global- und Pauschalbeiträge nach Art. 12 und Art. 14 MinVV, tragen andererseits die Kosten für Bau, Unterhalt und Betrieb dieser Strecken gemäss der heutigen Regelung. Die Ständekommission schlägt folgende Änderung von Art. 27 vor: 1 Kantone ohne Nationalstrassen sind Appenzell A.Rh., bis zur Inbetriebnahme der Umfahrung Herisau als erstes Teilstück des Zubringers Appenzellerland als Nationalstrasse 2. Klasse (Teilstück Anschluss A1-Herisau-Waldstatt), sowie Appenzell I.Rh. Bis zu einer massgeblichen Verbesserung des Zubringers Appenzellerland (Teilstück Waldstatt-Hundwil-Ktsgr. AR/AI-Appenzell). 2 Bis zu diesem Zeitpunkt verbleiben die folgenden Strecken im schweizerischen Hauptstrassennetz: - Ktsgr. SG (Gossau) - Anschluss H 8 Herisau - Ktsgr. SG (Winkeln) - Herisau - Waldstatt - Ktsgr. SG - Ktsgr. SG - Teufen - Anschluss H 448 (Gais) - Ktsgr. SG - Schwägalp - Anschluss H 462 Urnäsch - Ktsgr. AI - Ktsgr. AI - Anschluss H 447 (Gais) - Anschluss H 448 Urnäsch - Anschluss H 8 Waldstatt - Ktsgr. AR - Gonten - Appenzell - Ktsgr. AR 3 Der Anteil für Beiträge an Kantone ohne Nationalstrassen wird wie folgt verteilt: a. 60 Prozent nach den Strassenlängen der Kantone; b. 40 Prozent nach den Strassenlasten der Kantone. 4 Für die Festlegung der Strassenlängen und der Strassenlasten gelten die Art. 25 und 26. Der Verweis betreffend Änderung bisherigen Rechts in Art. 40 Abs. 3 der Verordnung vom 6. März 2000 über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe ist falsch: Anstelle eines Verweises auf Art. 30 MinVV muss ein Verweis auf Art. 26 MinVV aufgenommen werden. Antrag: Die Art. 22, 26 Abs. 3 lit. C, 27 und 31 MinVV seien im Sinne der Erwägungen anzupassen. | AI |
| Art. 28 | Art. 29 der bisherigen NSV wird weitgehend übernommen. Damit bleiben aber die Fälle, die bis anhin schon Abgrenzungsprobleme bereiteten (Art. 24 und 44 NSG) weiterhin unklar. In Art. 28 NSV ist demzufolge auch der Begriff «im Bereich von Nationalstrassen» aus Art. 44 NSG zu präzisieren. | BE |
| Art. 28 | Nach der bis Ende 2007 geltenden Ordnung haben die Kantone die Zuständigkeiten und das Verfahren zur Bewilligung von baulichen Massnahmen innerhalb der Projektierungszonen (vgl. Art. 16 des Bundesgesetzes über die Nationalstrasse [NSG]), zur Bewilligung von baulichen Massnahmen innerhalb der Nationalstrassenbaulinien (Art. 24 NSG) und zur Bewilligung von | LU |

| | | |
|-----------------------------|--|-----------------|
| | <p>baulichen Umgestaltungen im Bereich der Nationalstrassen (Art. 44 NSG und Art. 29 NSV) zu bestimmen. Art. 28 NSV in der Entwurfsfassung überträgt die Bewilligungskompetenz bei Bauvorhaben Dritter innerhalb der Baulinien neu dem zuständigen Bundesamt (Abs. 2). Diese Regelung wird vom Vernehmlasser grundsätzlich begrüsst. Sie kann jedoch ausschliesslich bauliche Umgestaltungen im Bereich von Nationalstrassen zum Gegenstand haben, weil dem Bundesrat einzig hier die Kompetenz zur Ordnung des Bewilligungsverfahrens zusteht (vgl. Art. 44 Abs. 2 NSG). Vor diesem Hintergrund erweise sich die Überschrift zur Bestimmung von Art. 28 NSV (Bauvorhaben Dritter innerhalb der Baulinien) als widersprüchlich. Zudem bedarf es hier mit Blick auf die Praxis zur Vermeidung von Zuständigkeitskonflikten einer klaren Abgrenzung der baulichen Massnahmen innerhalb der Nationalstrassenbaulinien (Zuständigkeit und Verfahren gemäss Art. 24 NSG weiterhin durch den Kanton zu bestimmen) von den baulichen Umgestaltungen im Bereich der Nationalstrassen (Bewilligungskompetenz gemäss Art. 44 Abs. 2 NSG in Verbindung mit Art. 28 NSV in der Entwurfsfassung beim zuständigen Bundesamt). Art. 28 NSV sei in diesem Sinn zu ändern und zu präzisieren.</p> | |
| Art. 28 | <p>- Quelle est la portée du commentaire suivant « ..., peu importe qui est propriétaire du bien-fonds. » ? - Des précisions sont nécessaires est doivent être apportées dans ce commentaire.</p> | VS |
| Art. 28 Abs. 1 Bestimmung b | <p>Diese sei wie folgt zu ergänzen: "b. die Erstellung von Leitungen und Langsamverkehrswegen längs Nationalstrassen; oder..." Oft scheitert die Schliessung wichtiger LV-Netzlücken wenn grössere Kunstbauten wie Brücke oder Tunnels notwendig sind. Sehr oft wäre es gemäss Vernehmlasserin eine planerisch und kostenmässig günstige Lösung, wenn die Planung und Ausführung solcher Netzschliessungsprojekte gleichzeitig mit der Planung und dem Bau einer Nationalstrasse vorgesehen werden könnten. Mit dem vorgeschlagenen Textteil können solche Möglichkeiten für Synergielösungen gefördert und vereinfacht werden, idealerweise im Rahmen eines Agglomerationsprogramms. Auch hier gehe es nicht darum, etwas Neues einzuführen, sondern um die explizite Erwähnung oder Hervorhebung eines für die zukünftige Entwicklung des LV wichtigen Anliegens.</p> | IG Velo Fuss |
| Art. 28 und 29 | <p>In Art. 28 und 29 NSV werden Bauvorhaben Dritter innerhalb der Baulinien sowie weitere Nutzungen im Areal der Nationalstrassen geregelt. Als für die Bewilligung zuständige Instanz wird das Bundesamt genannt. Nach den Erläuterungen handelt es sich um eine Ausführungsbestimmung zu Art. 44 NSG. Art. 44 NSG bezieht sich jedoch hauptsächlich auf andere öffentliche Infrastrukturanlagen im Bereich von Nationalstrassen und deckt nicht alle Möglichkeiten von baulichen Massnahmen innerhalb der Baulinien ab. Die Baulinien sind in Art. 44 NSG nicht einmal erwähnt. Ausdrücklich erwähnt sind bauliche Massnahmen innerhalb der Baulinien bzw. Baubewilligungen (Marginalie) dagegen in Art. 24 NSG. Diese Vorschrift ist gemäss Vernehmlasser so auszulegen, dass es sich um Vorhaben von Privaten bzw. entsprechende Änderungen an bestehenden Bauten und Anlagen von Privaten handelt. Über solche Baugesuche entscheiden nach Art. 24 Abs. 2 NSG die Kantone. Die NFA-Gesetzgebung wurde diesbezüglich nur insoweit geändert, als die zuständige kantonale Behörde vor der Erteilung der Baubewilligung das Bundesamt anhört (an Stelle des Departements). Art. 28 und 29 des NSV-Entwurfs berücksichtigen diese gesetzliche Vorgabe nicht und verstossen deshalb in dieser weit greifenden Fassung gegen das übergeordnete Recht. Hätte der Bund auch die Beurteilung der privaten Vorhaben innerhalb der Baulinien an sich ziehen wollen, hätte er vorab Art. 24 Abs. 2 NSG ändern müssen. Antrag: Art. 28 und 29 seien so anzupassen, dass sie dem übergeordneten Recht nicht mehr widersprechen.</p> | ZH |
| Art. 28 und 29 | <p>Nach den neuen Bestimmungen von Art. 24 Abs. 2 Satz 1 nNSG entscheiden über Baugesuche innerhalb der Baulinien die von den Kantonen bezeichneten Behörden. Ausdrücklich sagt sodann Satz 2: "Die kantonale Behörde hört vor der Erteilung der Baubewilligung das Bundesamt an." Mit Interesse hat der Vernehmlasser den Erläuterungen zur NSV entnommen, dass Art. 28 NSV (Bauvorhaben Dritter innerhalb der Baulinien) mit dem in Abs. 2 festgehaltenen und von den kantonalen Behörden auf das</p> | BS |

| | | |
|-------------------|--|----|
| | <p>ASTRA verlegte Bewilligungsverfahren nicht generell eine neue Zuständigkeit des ASTRA für alle Bauvorhaben Dritter innerhalb der Nationalstrassenbaulinien festlegt. Vielmehr bezieht sich diese Bestimmung auf neue Bewilligungsverfahren gemäss Art. 44 nNSG (künftige bauliche Massnahmen im Bereich der Nationalstrassen).</p> <p>Zu Art. 28 und 29 NSV in Verbindung mit den Ziffern 5.1 bis 5.4 des Anhangs zur Gebührenverordnung des Bundesamts für Strassen (GebV-ASTRA) hat der Vernehmlasser mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass allfällige Zustimmungen des ASTRA zu Baugesuchen privater Grundeigentümer auf dem Areal der Nationalstrasse keine Kostenfolge nach sich zieht.</p> | |
| Art. 29 | <p>Diesen Artikel braucht es gemäss Vernehmlasser aus folgenden Gründen nicht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - In den Erläuterungen wird vor allem auf Strassenreklamen und Mobilfunkanlagen hingewiesen. - Reklamen sind in Art. 53 NSG geregelt und neu auch in Art. 99 Abs. 3 SSV. Dort wird festgehalten, dass es für eine Strassenreklame im Bereich der Nationalstrasse 1. und 2. Klasse eine Bewilligung des ASTRA braucht. - Mobilfunkanlagen wurden bisher als bauliche Massnahme innerhalb der Baulinie gemäss Art. 16 und 24 NSG und gemäss FMG behandelt. - Sind bewilligungsfähige Reklamen (Firmenanschriften) im Bereich der Nationalstrassen auf NS-Terrain, aber ausserhalb der Baulinie, kommt Art. 30 NSV zur Anwendung. Bei Mobilfunkanlagen ist das FMG zu beachten. | BE |
| Art. 29 | <ul style="list-style-type: none"> - La notion de « utilisation combinée » qui figurait à l'article 30 de l'ancienne disposition législative n'est pas mentionnée explicitement ici. - La formulation proposée au nouvel article 30 couvre-t-elle cette notion ? Si oui, cette mention doit au minimum être stipulée dans le commentaire et, si ce n'est pas le cas, elle doit être réintroduite de manière explicite à l'article 30. | VS |
| Art. 30 | <p>Dieser Artikel entspricht einer verkürzten Version von Art. 30 der alten NSV. Es wird damit zu wenig präzisiert, wann und unter welchen Bedingungen eine solche Nutzung bewilligungsfähig ist.</p> | BE |
| Art. 30 Abs. 1 | <p>Antrag: Art. 30 Abs. 1 sei wie folgt zu ergänzen: "1 Dritte, die das Areal im Eigentum der Nationalstrasse nutzen, haben diese Nutzung zu entgelten. Das Entgelt für diese Nutzung entspricht in der Regel dem Marktpreis. Nutzungen durch die Kantone sind von der Entgeltung ausgenommen." Begründung: Bisherige Nutzungen durch die Kantone (z.B. Kabelanlagen für die Verkehrs-Beeinflussung/Überwachung von kantonalen Anlagen) erfolgten auf kantonseigenem Areal. Es wäre gemäss Vernehmlasser stossend, wenn die Kantone als Folge des Eigentumsübertrags zum Bund entgeltungspflichtig würden. Bestehende und allfällige künftige Nutzungen durch die Kantone sollten von der Entgeltung ausgenommen werden.</p> | AG |
| Art. 30 Abs. 2 | <p>Abs. 2 steht in einem Widerspruch zu Art. 5 Abs. 3 der Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVV), wonach bei gemeinsam mit Dritten genutzten Anlagen das Bundesamt seine Beteiligung an die Kosten nach Massgabe seiner Interessen festsetzt. Antrag: Der Widerspruch zu Art. 5 Abs. 3 MinVV sei zu bereinigen.</p> | ZH |
| Art. 34 | <p>Für Bau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen ist ab 1. Januar 2008 der Bund allein verantwortlich. Die Kantone können folglich den Stadtgemeinden nicht etwas übertragen, wofür sie gar nicht mehr zuständig sind.</p> | BE |
| Art. 38 | <p>Die hier definierten Schwellenwerte haben sich bewährt und sollen auch im Falle einer Revision des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1994 über das öffentliche Beschaffungswesen (BoeB) beibehalten werden.</p> | BE |
| Art. 38 und 39 | <p>Dès lors que la réalisation de l'achèvement du réseau est de la responsabilité de cantons, il faut que toutes les règles de marchés publics cantonales s'appliquent, y compris les seuils (ceux de l'AIMP étant inférieurs à ceux fixés par l'ORN). Par conséquent, le Canton de Vaud propose la suppression de l'article 38 (Procédure) et la modification suivante de l'article 39 relatif au droit applicable: "le droit cantonal sur les marchés publics est applicable."</p> | VD |
| Art. 39 | <p>- La terminologie « au surplus » est-elle suffisante et la mieux adaptée ? Le cas échéant, apporter la correction nécessaire pour la formulation de cet article.</p> | VS |
| Art. 40 Abs. 1 | <p>Antrag 4: Art. 40 Abs. 1 litera b: "ab 383'000 Franken"</p> | AG |

| | | |
|--|--|----|
| litera b | Begründung: Es sei der gleiche Betrag zu verwenden, wie in Art. 38 Abs. 1 litera b. | |
| Art. 40 Abs. 1 litera b | - La valeur du seuil, Fr. 248'950.-, est trop basse et devrait être relevée à au moins Fr. 500'00.-. | VS |
| Art. 41 Abs. 1 | Obwohl Art. 41 Abs. 1 NSV bzw. Art. 27 NSV als dessen Vorgängerbestimmung seit dem 1.1.2000 festgelegt hat, dass mit den Bauarbeiten erst begonnen werden darf, wenn neben den notwendigen Genehmigungen des Bundesamts für das Projekt und die Vergabe auch allfällige Vereinbarungen mit Dritten vorliegen, stellt sich gemäss Vernehmlasser die Frage, wie detailliert diese Vereinbarungen sein müssen. - Nach bisheriger Praxis des Kantons zum Landerwerb wurde nämlich - im Rahmen des nach erteilter Projektgenehmigung eröffneten Enteignungsverfahrens und unter erfolgtem Hinweis auf die zu enteignenden Rechte - gestützt auf die in Art. 76 des Enteignungsgesetzes zulässige vorzeitige Besitzeinweisung - mit dem Bau der Nationalstrassen in der Regel vor der Unterzeichnung einer schriftlichen Vereinbarung begonnen. Wird diese neue Regelung zur gängigen neuen Praxis, werden sich im gemäss Vernehmlasser Kanton Basel-Stadt erhebliche Bauverzögerungen einstellen. | BS |
| Art. 41 Abs. 3 | Von bemerkenswertem Interesse seien die Erläuterungen zu Art. 41 Abs. 3 NSV: Gestützt auf Art. 62a Abs. 5 nNSG geht das Eigentum bereits bei der Verkehrsübergabe an den Bund über; dennoch sind die Kantone bis zum Abschluss des Projekts "zuständig". | BS |
| Art. 41 Abs. 3 und Art. 45 Abs. 3 | Art. 62a Abs. 5 NSG bestimmt, dass das Eigentum an Nationalstrassengrundstücken, die Gegenstand der Netzfertigstellung sind, mit der Übergabe an den Verkehr an den Bund übergeht. Art. 41 Abs. 3 NSV regelt, dass die Kantone auch nach dieser Eigentumsübergabe für Abschlussarbeiten zuständig sind. Art. 45 Abs. 3 NSV bestimmt, dass mit dem Abschluss des Projekts die Schuldverhältnisse auf den Bund übergehen. Gemäss der Weisung bezweckt diese Bestimmung, dass Schuldverhältnisse im Zeitpunkt der Übergabe der Strecke an den Verkehr auf den Bund übergehen. Der Projektabschluss, wie er in Art. 45 Abs. 3 erwähnt ist, fällt aber nach Art. 41 Abs. 3 unter Umständen gerade nicht mit der Übergabe an den Verkehr zusammen. Insbesondere scheint gemäss Vernehmlasser unklar, wann die im Rahmen von Abschlussarbeiten gemäss Art. 41 Abs. 3 entstehenden Forderungen an den Bund übergehen. Antrag: Die Unsicherheiten und Widersprüche bezüglich Übergabe an den Verkehr, Projektabschluss und Forderungsübernahme seien zu beseitigen. | ZH |
| Art. 45 | Il soulève la même problématique que l'article 19. Aucune disposition ne précise la compétence cantonale pour traiter l'acquisition d'un terrain à l'amiable (avec la participation financière ad hoc de la Confédération) pour de nouveaux besoins sur des tronçons en service. Cet alinéa sur le règlement foncier tendrait à confirmer ce principe. Cet aspect devrait être précisé (p. ex. Pour les acquisitions futures dans le cadre de la réalisation d'une troisième voie entre Coppet et Lausanne, ou autre projet d'agrandissement d'ouvrages). | VD |
| Art. 45 Abs. 3 und Art. 57 | Für (laufende gerichtliche) Verfahren betreffend Forderungen aus Schlechterfüllung von Verträgen sollte gemäss Vernehmlasser aus praktischen Gründen die Möglichkeit einer Delegation an die Kantone vorgesehen werden. Antrag: Die Möglichkeit einer Delegation an die Kantone sei vorzusehen. | ZH |
| Art. 46 | Gleich wie bei der Planung und Projektierung der generellen Projekte und der Ausführungsprojekte sei auch beim Unterhalt der Nationalstrassen deutlicher zum Ausdruck zu bringen, dass sich die Planung und Realisierung von Unterhaltmassnahmen stets auf eine umfassende Abwägung der relevanten Interessen hinsichtlich Verkehr, Sicherheit, Umwelt, Raumplanung und Finanzen abzustützen hat. Art. 46 NSV sei dahingehend zu ergänzen. | LU |
| Art. 49 Abs. 1 | Le mot "indemnités" n'est pas approprié puisqu'il revient à la Confédération de prendre en charge la totalité des coûts. On pourrait parler, par exemple d'une "juste rémunération". | GE |
| Art. 52 | Mit Art. 52 NSV wird die Zuständigkeit für das Verkehrsmanagement auf den Nationalstrassen dem Bund übertragen. Im Agglomerationsverkehr übernimmt das übergeordnete Strassennetz wichtige Funktionen für die Durchleitung, aber auch für die Ableitung des motorisierten Individualverkehrs vom untergeordneten Strassennetz. Unter diesem Aspekt ist es gemäss dem Vernehmlasser noch weitgehend unklar, wie das Zusammenspiel zwischen einem regionalen Verkehrsmanagement (im Agglomerationsprogramm Ver- | BE |

| | | |
|-------------------|---|----|
| | kehr + Siedlung der Region Bern sogar als intermodale Leitstelle vorgesehen) und dem nur für Nationalstrassen zuständigen Verkehrsmanagement des Bundes sichergestellt werden könnte. | |
| Art. 52 | Sofern die Sachlage es erfordert, koordiniert das zuständige Bundesamt seine Massnahmen mit den Nachbarstaaten. Es informiert diese über besondere Verkehrssituationen auf den Nationalstrassen (Abs. 3). Eine entsprechende Koordination hat auch mit den Kantonen zu erfolgen. Art. 52 Abs. 3 NSV sei daher wie folgt zu ergänzen: "3 Sofern die Sachlage es erfordert, koordiniert das Bundesamt seine Massnahmen mit den Kantonen und den Nachbarstaaten. Es informiert diese über besondere Verkehrssituationen auf den Nationalstrassen." | LU |
| Art. 52 | Ähnlich den Bestimmungen für den Unterhalt und Betrieb (2. Abschnitt: Ausführung des betrieblichen und des projektfreien baulichen Unterhalts) sollte gemäss Vernehmlasser auch über eine Vergütung der Dienstleistungen der Polizei im Zusammenhang mit Verkehrsmanagementaufgaben nachgedacht werden. Eine mögliche Ergänzung von Artikel 52 könnte wie folgt lauten: 6 Das Bundesamt schliesst im Namen des Bundes die Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen für die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich des Verkehrsmanagements ab und sorgt für deren Einhaltung. Die Leistungsvereinbarungen beinhalten insbesondere den Leistungsumfang und die Vergütung. | GL |
| Art. 52 | Art. 52 sei wie folgt zu ergänzen: "2 Das Bundesamt erlässt Weisungen, welche Verkehrsdaten die Kantone zu melden haben. Der Bund vergütet den Kantonen die Kosten für die Erhebung sowie Meldung. 3 Das Bundesamt trifft die nötigen Massnahmen zur Erhaltung der uneingeschränkten Datenqualität und -quantität. Es stellt sicher, dass die Kantone jederzeit und umfassend über die originären Verkehrsdaten verfügen." Begründung: Die Erhebung und Meldung der Verkehrsdaten durch die Kantone verursacht Kosten, unter Umständen in beträchtlichem Umfang. Die Ergänzung der Verordnung präzisiert, dass diese Kosten zulasten des Bundes gehen. Das Verkehrsmanagement hängt entscheidend von der Qualität wie auch der Quantität der Verkehrsdaten ab. Es genügt deshalb gemäss Vernehmlasser nicht, dem Bund die "Datenherrschaft" mit Weisungskompetenz einzuräumen. Es ist dafür zu sorgen, dass die Polizei die Verkehrsdaten weiterhin uneingeschränkt nutzen, d.h. zeitlich, räumlich und materiell umfassend darauf zugreifen kann. Die Verkehrsdaten müssen den Kantonen jederzeit vollständig und originär zur Verfügung stehen. | AG |
| Art. 52 Abs. 1 | Il serait utile de préciser dans cette disposition que l'OFROU assume l'entier des coûts liés à la gestion du trafic. | VD |
| Art. 52 Abs. 2 | Die Ausgestaltung dieser Bestimmung als reine Kompetenznorm des Bundes zum Erlass von Weisungen an die Kantone berücksichtigt nicht, dass das Verkehrsmanagement entscheidend von der Qualität wie auch der Quantität der Verkehrsdaten abhängt. Es genügt somit gemäss Vernehmlasser nicht, dem Bundesamt die Datenherrschaft mit Weisungskompetenz einzuräumen. Vielmehr muss das Bundesamt gleichzeitig dazu verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass die Polizei die Verkehrsdaten weiterhin uneingeschränkt nutzen, d.h. zeitlich, räumlich und materiell umfassend auf sie zugreifen kann. Soll das Verkehrsmanagement auf den Nationalstrassen tatsächlich funktionieren, müssen die Verkehrsdaten den Kantonen jederzeit, vollständig und originär zur Verfügung stehen. Grundlage des Verkehrsmanagements können nur unverfälschte Echtzeitdaten sein. Antrag: Abs. 2 sei wie folgt zu ergänzen: "2 Das Bundesamt trifft die nötigen Massnahmen zur Erhaltung einer uneingeschränkten Datenqualität und -quantität. Es stellt sicher, dass die Kantone jederzeit und umfassend über die originären Verkehrsdaten verfügen." | ZH |
| Art. 53 | Gestützt auf Art. 57d des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) verpflichtet Art. 53 NSV die Kantone, für die im Anhang 3 bezeichneten Strassen Verkehrsmanagementpläne auszuarbeiten, dem Bund einzureichen und umzusetzen. Es handelt sich dabei um Strassen, die für das Verkehrsmanagement der Nationalstrassen von Bedeutung sind (Art. 53 Abs. 1 NSV). Nach Art. 57c SVG ist der Bund zuständig für das Verkehrsmanagement auf Nationalstrassen. Es wird daher auch davon ausgegangen, dass der Bund die den Kantonen durch die Ausarbeitung und Umsetzung von Verkehrsmanagementplänen entstehenden Kosten trägt, wie es dem Grundgedanken der NFA ent- | ZH |

| | | |
|----------------|---|----|
| | spricht. | |
| Art. 53 | Die Kantone haben für Strassen, die für das Verkehrsmanagement der Nationalstrassen von Bedeutung sind, Verkehrsmanagementpläne zu erstellen. In Anhang 3 zur Verordnung sind folgende Strassen im Kanton Luzern angeführt: - Autobahnen A2 und A14 (A14 ist mit A4 bezeichnet); es fehlen die Abschnitte Grenze ZG/LU - Anschluss Gisikon-Root und Luzern - Grenze LU/NW; - Kantonsstrasse Anschluss Luzern Horw - Grenze LU/NW; - Verbindung (nicht definiert) Grenze ZG/LU - Inwil - Anschluss Emmen; - Verbindung (nicht definiert) Anschluss Emmen Nord - Sempach - Anschluss Sursee. Die Liste enthalte Unklarheiten und sei unvollständig. Sie bedürfe einer Überprüfung und müsse ergänzt werden. | LU |
| Art. 53 | - L'art. 53 doit être complété par des alinéas stipulant en substance ce qui suit : - La coordination des mesures à prendre notamment en cas de dangers naturels doit être assurée par les cantons. - Les cantons sont rétribués pour les interventions ainsi que pour la mise en place et la maintenance des infrastructures et du personnel de sécurité nécessaires. - A ajouter au commentaire de cet article : - En cas d'évènement technique (panne d'installation, fermeture de tunnel, etc), des plans de gestion du trafic préparés à l'avance peuvent être mis en oeuvre sur les itinéraires de déviation prédéfinis. - En cas d'évènement lié à des dangers naturels (par exemple : avalanches), la situation de danger sur l'ensemble de la région doit être prise en considération et les mesures doivent s'y adapter. | VS |
| Art. 53 Abs. 1 | Le Canton de Vaud approuve le principe de l'énumération, dans une liste (annexe 3 à l'ORN), des routes concernées par la gestion du trafic. En revanche, il conteste le contenu de cette liste car elle est destinée à évoluer en fonction des négociations actuellement en cours entre les cantons et l'OFROU. | VD |
| Art. 53 Abs. 3 | Dans la même optique qu'à l'article 52 alinéa 1, il serait utile de préciser dans cette disposition que les mesures prévues dans les plans cantonaux de gestion du trafic mis en oeuvre par les cantons sont financées par l'OFROU. | VD |
| Art. 54 | Der Vorrang der polizeilichen Kompetenzen im Bereich der operativen Verkehrspolizei muss klarer und bestimmter zum Ausdruck kommen. Antrag: Der Vernehmlasser schlägt folgende neue Formulierung vor: "1 Die Polizei kann in auf Artikel 3 Absatz 6 des Strassenverkehrsgesetzes gestützten Fällen der Verkehrsmanagementzentrale zur Verkehrsleitung oder Verkehrssteuerung auf Nationalstrassen direkt und formlos vorrangige Weisungen erteilen. Insbesondere stehen der Polizei in Fällen nach Art. 3 Abs. 6 des Strassenverkehrsgesetzes die umfassenden Schreib- und Übersteuerungsrechte zu. 2 Von den auf Art. 3 Abs. 6 des Strassenverkehrsgesetzes gestützten Fällen gemäss Abs. 1 werden namentlich Verkehrsunfälle, Staulagen, besondere Witterungsverhältnisse, Ereignisse mit Auswirkungen auf das Nationalstrassennetz sowie Baustellen erfasst. 3 Die Zuständigkeit der Polizei im Bereich der regionalen Verkehrslenkung bleibt jederzeit vorbehalten." | ZH |
| Art. 54 | Art. 54 sei wie folgt zu ändern: "1 Die Polizei kann in besonderen Fällen gemäss Art. 3 Abs. 6 SVG der Verkehrsmanagementzentrale zur Verkehrsleitung oder Verkehrssteuerung auf Nationalstrassen Weisungen erteilen. Insbesondere stehen der Polizei dabei umfassende Schreib- und Übersteuerungsrechte zu. 2 Zu den besonderen Fällen gemäss Abs. 1 zählen namentlich Verkehrsunfälle, Staulagen, besondere Witterungsverhältnisse, Ereignisse mit Auswirkungen auf das Nationalstrassennetz sowie Baustellen." Begründung: Die polizeilichen Kompetenzen kommen gemäss Vernehmlasser im erwähnten Art. zu wenig klar zum Ausdruck. | AG |
| Art. 56 | Zu 7. Signalisationsverordnung vom 5. September 1979: Unklar ist, ob sich Art. 98 Abs. 3 Bst. b auf eine oder auf beide Fahrtrichtungen bezieht und ob diesbezüglich eine Praxisänderung vorgesehen ist. | BE |
| Art. 56 | Anhang 4: Der neue Art. 46a VAV sei zu löschen. Er stehe im Widerspruch | SZ |

| | | |
|---------------------|--|----|
| | <p>zur verfassungsmässigen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Die amtliche Vermessung ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen. In der Botschaft zur Verfassungsänderung (Botschaft zur NFA vom 14. November 2001, BBl 2002 2421) ist festgehalten, dass die Kantone die vollständige Verantwortung im operativen Bereich tragen. Auch die Anpassung der Bundesgesetze und der Entwurf des neuen Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG) folgen dieser Konzeption. Das GeolG, und damit Art. 34 Abs. 2 über die Zuständigkeit der Kantone, wurde im März 2007 vom Nationalrat als Erstrat gutgeheissen.</p> <p>Die Ausnahmebestimmung im Bahnbereich (Art. 46 VAV) ist historisch und infolge der besonderen Sicherheitsvorschriften bei Arbeiten auf dem Bahngelände bedingt. Im Bereich des Strassenverkehrs gelten die Regeln der Strassenverkehrsgesetzgebung, welche auch die Sicherheitsvorschriften auf anderen Strassentypen, nicht nur der Nationalstrassen, darlegen. Im Weiteren sind auch bei militärischen Bauten und Anlagen keine Abweichungen von der Zuständigkeitsordnung vorgesehen. Der Bund ist künftig Eigentümer der Nationalstrasse. Führt er gleichzeitig Arbeiten der amtlichen Vermessung aus (z.B. Mutationen), wird er in eigener Sache tätig.</p> <p>Im Weiteren sei es auch fraglich, ob die auf dem Nationalstrassengebiet des ASTRA erhobenen Daten qualitativ einwandfrei in die umgebenden Daten der amtlichen Vermessung hineinpassen. Flächendeckende konzeptionelle Arbeiten in der amtlichen Vermessung würden mit dem neuen Art. 46a VAV sehr erschwert.</p> | |
| Kapitel 5 | <p>Section 1:</p> <ul style="list-style-type: none"> - La seule mention y figurant est celle de la suppression de la Section 1. - Quel était le contenu de cette section ? - Par ailleurs, la numérotation des articles ne comporte plus d'article 47. En conséquence, la correction doit être apportée sur la numérotation les articles suivants. | VS |
| Schlussbestimmungen | <p>Bemerkung des Vernehmlassers zu Art. 99 Abs. 3 der Signalisationsverordnung:</p> <p>Reklamen können das Landschafts- und Ortsbild unter Umständen negativ beeinflussen. Daher sollten die Kantone ein minimales Mitspracherecht bei der Bewilligung von Reklamen an Nationalstrassen besitzen. Der Vernehmlasser schlägt vor, Artikel 99 wie folgt zu ergänzen:</p> <p>3 Das Anbringen und Ändern von Strassenreklamen im Bereich der Nationalstrassen 1. und 2. Klasse bedarf der Bewilligung des Bundesamtes. Die Kantone sind vor Erteilung oder Erneuerung von Bewilligungen anzuhören. Das Bundesamt übermittelt Gesuche dem Kanton zur Stellungnahme.</p> | GL |

7.2 Verordnung über die Gebühren des Bundesamtes für Strassen (Gebührenverordnung ASTRA, GebV-ASTRA)

Vier Vernehmlasser erachten die Erhöhung der Gebühr für Halterermittlungen im Ordnungsbussenverfahren von CHF 0.50 auf CHF 2.00 als unverhältnismässig. Es wird beantragt, die Erhöhung zu streichen oder den Betrag in kleinerem Umfang zu erhöhen.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|--|---------------|
| Allg. | <p>Dans sa réponse à la consultation concernant la dotation des instruments de la péréquation financière, du 6 octobre 2006, le Conseil d'Etat avait exprimé le souhait que le principe d'échéance soit appliqué globalement et non seulement aux dépenses de l'AI. Il voulait avoir l'assurance que ce principe serait également appliqué pour les parts cantonales aux recettes fédérales (IFD, impôt anticipé, droits sur les carburants, bénéfice de la BNS).</p> <p>Le Conseil fédéral a tenu compte de cette requête puisque, dans son 3e message RPT, du 8 décembre 2006, il a consacré un chapitre au règlement de ces questions. Contrairement à ce qui a été décidé pour les décomptes 2007 établis pour les parts aux autres recettes de la Confédération (IFD, impôt anticipé, droits sur les carburants), le Conseil fédéral s'en tient toutefois, pour la réparti-</p> | NE |

| | | |
|---------------|--|----|
| | <p>tion du bénéfice de la BNS, à la pratique actuelle en vertu de laquelle le bénéfice est réparti en fonction des règles en vigueur au moment de l'Assemblée générale des actionnaires. En 2008, la répartition interviendra donc selon les nouvelles dispositions de la RPT, c'est-à-dire en fonction uniquement de la population résidente, sans prendre en compte la capacité financière des cantons. Après les débats aux Chambres fédérales et compte tenu du fait que l'argumentation du Conseil fédéral n'est pas dénuée de pertinence, le Canton de Neuchâtel renonce à rouvrir le débat sur ce point, une nouvelle tentative paraissant vouée à l'échec.</p> | |
| Allg. | <p>Le Canton du Valais désapprouve les nouveaux tarifs envisagés par l'OFROU. Cette mesure aurait un effet très pénible sur les comptes de l'Etat du Valais (Police cantonale, en l'espèce). Nous relevons que les données que l'OFROU entend faire payer sont fournies par les cantons. Les contrôles de vitesse seraient rendus plus chers, ce qui est également un mauvais message pour la sécurité routière. Le Canton du Valais est clairement opposé à l'augmentation des tarifs envisagés.</p> | VS |
| Anhang | <p>L'annexe de cette ordonnance énumère les émoluments pour les prestations et autorisations spéciales. Le Canton de Vaud demande si des changements de tarifs sont prévus par rapport à ceux qui sont pratiqués actuellement.</p> <p>Le Canton de Vaud s'oppose aux ch. 3.1, 3.2 et 3.4 de l'annexe précitée, dès lors que chaque demande de la police cantonale à la base de données fédérale MOFIS sera facturée deux francs. A titre de comparaison, la police cantonale paie 0.25 franc par demande pour accéder à la base de données du Service cantonal des automobiles et de la navigation (SAN). La Confédération facturerait ainsi des prestations d'une manière surfaite sur la base de données cantonales ; en effet, sans l'aide des cantons, la base de données MOFIS serait vide. Par conséquent, le gouvernement vaudois propose soit que l'émolument couvre uniquement les frais, i.e. 0.30 franc par demande, soit que 50% des émoluments prélevés sur ces points soient rétrocédés aux cantons. Concernant les autorisations mentionnées sous chiffres 5.1 à 5.4 de l'annexe, le gouvernement vaudois relève que, d'une manière générale, le montant maximum des émoluments pouvant être perçus par l'OFROU semble trop peu élevé au regard des prix actuels pratiqués sur le marché (notamment dans le Canton de Vaud). Les termes « en fonction du temps consacré en plus d'une part équitable de la valeur d'usage commercial », figurant aux chiffres 5.2, 5.3 et 5.4 de la même annexe, portent à confusion. Faut-il en effet comprendre que l'émolument maximum de 5'000 francs englobe la rémunération perçue par l'OFROU à titre de mise à disposition du domaine public (le « loyer » en quelque sorte) ou, au contraire, que cet émolument ne représente que les frais administratifs liés à l'établissement de l'acte proprement dit, à l'exclusion de tous autres frais accessoires? Dans le premier cas de figure, le montant de 5'000 francs serait largement insuffisant au regard des prix du marché.</p> | VD |
| Anhang Art. 4 | <p>Antrag: In Anhang Art. 4 Gebührenverordnung, Ziffer 3.1, sei eine Preis-anpassung auf höchstens Fr. 1.- vorzunehmen: Begründung: Für Halterermittlungen im Ordnungsbussenverfahren soll neu pro Adressangabe der Betrag von Fr. 2.- verlangt werden. Dies würde dem Vierfachen des bisherigen Betrags entsprechen. Preis-anpassungen waren zwar angekündigt, Preise wurden aber bisher nie genannt. Die Erhöhung um 400 % ist gemäss Vernehm-lasser unverhältnismässig. Wenn von Kostendeckung die Rede ist, die mit dem neuen Betrag immer noch gewährleistet sein soll, stellt sich die Frage, wie es denn sein konnte, dass man während Jahren "nur" Fr. -.50 pro Halterermittlung verlangte. Die Erhöhung führe dazu, dass sich die Kantone vom MOFIS ab-wenden und die Halterermittlungen über eigene Systeme (CARI, Viacar) ausführen lassen. Eine Preis-anpassung, auf höchstens Fr. 1.- pro Halter-anfrage wäre für den Vernehm-lasser akzeptabel.</p> | AG |

| | | |
|---------------|---|-----------------|
| Anhang Art. 4 | Dazu der Anhang über die Gebühren für besondere Dienstleistungen und Bewilligungen Ziffer 3.1 Der Gebührenansatz wird vervierfacht, was unverhältnismässig ist und bspw. Für Appenzell Ausserrhoden gegenüber heute mit rund 40'000 Halterabklärungen zu Mehrkosten von bis zu Fr. 60'000 führen würde. Auf die Gebührenerhebung sei zu verzichten. Ziffer 3.10 Der Ansatz ist bereits heute überhöht, deshalb sollte die Gebühr reduziert respektive ganz gestrichen werden. Dies insbesondere im Zusammenhang mit dem Entscheid der KKJP, wo festgelegt ist, dass die Kantone keine Rechnung stellen, wenn sie Leistungen zugunsten der Bundeskriminalpolizei (BKP) erbringen. Demzufolge sollte der Bund auch seine Aufwendungen zugunsten der Kantone nicht in Rechnung stellen. Die Gebühr sei wegen Unverhältnismässigkeit zu reduzieren, respektive es sei auf die Gebührenerhebung zu verzichten. | AR |
| Anhang Art. 4 | Der Vernehmlasser beantragt eine moderate und vertretbare Erhöhung der Gebühren für die Verarbeitung von Anfragen im Ordnungsbussenverfahren. Die geplante Erhöhung von heute 0.50 Fr. auf neu 2.00 Fr. ist zu hoch und scheint sich nicht mit dem Hinweis auf Kostendeckung begründen zu lassen, da die administrativen Kosten aufgrund der Modernisierung (Filtertransfers) eher ab- als zugenommen haben. | VSPB (BL) NW |

7.3 Verordnung über den Bundesbeitrag zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (VPVK)

15 Vernehmlasser (ZH, LU, FR, UR, NW, GL, ZG, BS, BL, AR, AI, SG, OW, SO, VD) empfinden die Formel in Art. 2 Abs. 7 für die Berechnung des Bundesbeitrages als unbefriedigende Lösung. Es werden verschiedene Berechnungsmodi vorgeschlagen.

Zwei Vernehmlasser (AG, GE) bemängeln, für eine Budgetierung sei die Veröffentlichung der Aufteilung des Bundesbeitrages im Oktober zu spät. Artikel 3 Absatz 5 sei entsprechend zu ändern.

Artikel 6 Absatz 1 sieht vor, dass mit der Abrechnung ein Revisionsbericht einzureichen sei. Dies wird von neun Vernehmlassern (UR, FR, NW, ZH, GE, LU, AI, SO, SG) als zu aufwändig erachtet und es wird daher die Streichung oder Änderung dieses Absatzes verlangt. Änderungsvorschläge sind die Verlängerung der Eingabefrist auf Ende Oktober statt Ende Juni und die Übernahme der Kosten des Revisionsberichtes durch das BAG.

Die Verzinsung zu 5%, die in Art. 7 für die Rückerstattung von zuviel bezogenen Bundesbeiträgen verlangt wird, wird von vier Vernehmlassern (AI, FR, NW, LU) als Sanktion angesehen und es wird angeregt, diesen Satz auf den Umfang des Satzes von Bundesobligationen zu reduzieren.

Zudem wird von sieben Vernehmlassern (LU, AI, NW, FR, BL, AR, SO) verlangt, dass die Übertragungsmöglichkeit der Bundesbeiträge (Artikel 10) nicht mit deren vollständigen Ausschöpfung verknüpft bleibe. Der Artikel sei entsprechend umzuformulieren.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|---|----------------------|
| Allg. | Gemäss Artikel 66 KVG wird sich der Bund zu 7.5 Prozent an den Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) beteiligen. Dieser Betrag wird gemäss der Wohnbevölkerung sowie nach der Anzahl der Versicherten nach Artikel 65a KVG auf die einzelnen Kantone verteilt. | UR NW GL SO |

| | | |
|--------|--|----|
| | Die Regelung gemäss NFA sieht keine Bundesbeteiligung an der zu erwartenden Dynamik bei der Anzahl Prämienverbilligungsbezüger vor, die von der voraussichtlich steigenden Anzahl EL- und Sozialhilfebezüger ausgehen wird. Der Vernehmlasser bedauert diesen Umstand ausdrücklich. | |
| Allg. | Die Verordnung ersetzt die bisherige Verordnung vom 12. April 1995. Die Neufassung ist notwendig, weil mit der NFA der Bundesanteil an den Aufwendungen für die Prämienverbilligung neu berechnet wird. Der Verordnung wird seitens des Vernehmlassers zugestimmt. Begrüsst wird insbesondere die Klärung der Zuständigkeit in Art. 8. Bisher hat das BAG im April die Zahlen für das Folgejahr veröffentlicht. Neu sollen die Zahlen erst im Oktober veröffentlicht werden. Dies führt zu Schwierigkeiten beim Budgetieren. An der bisherigen Regelung sollte festgehalten werden. Das BAG sollte auch fortan den Kantonen im April die provisorischen (geschätzten) Zahlen für das Folgejahr bekannt geben (Art. 3 Abs. 5 [alt 4 Abs. 4]). | SZ |
| Allg. | Der Entwurf zur VPVK sei sachgerecht und nachvollziehbar. Er entspricht materiell-rechtlich den Vorgaben von Art. 66 Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG, SR 832.10) gemäss Fassung des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über die Schaffung und die Änderung von Erlassen zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Substantieller Anpassungsbedarf bestehe lediglich in Art. 2 (siehe nachfolgend). | ZG |
| Allg. | Allgemeine Bemerkung: Das Berechnungsmodell ist relativ kompliziert. Es stellt sich gemäss Vernehmlasser die Frage, weshalb die Bruttokosten nicht auf Grund des Prämienolls und der Kostenbeteiligung des Vorjahres berechnet werden können. Diese Zahlen könnten so den Kantonen auch früher bekannt gegeben werden. Nachteil dieser Variante wäre, dass jeweils 7.5% der Bruttokosten des Vorjahres im laufenden Jahr ausbezahlt würden. Vorteil wäre aber die transparentere und einfachere Berechnung und dass die Zahlen früher veröffentlicht werden könnten. Zudem entspricht auch das vorgeschlagene Modell nicht den Kosten des Auszahlungsjahres. | AG |
| Allg. | Le proposte formulate dal Consiglio federale nel contesto della nuova ordinanza concernente i sussidi della Confederazione per la riduzione dei premi nell'assicurazione malattie (ORPM) sono sostanzialmente condivise. L'unica modifica preconizzata si riferisce all'art. 8 | TI |
| Allg. | La nouvelle ordonnance ne tient plus compte de l'indice de capacité financière. Il y a lieu de mentionner que cette ordonnance correspond à la mesure 1_8 - réduction des primes dans l'assurance maladie - de la partie désenchevêtrement des tâches du bilan global. | VD |
| Allg. | Sur un plan général, le Canton de Genève est globalement favorable à l'ordonnance telle que proposée qui précise l'application des art. 65 et 65a LAMal. Le Canton de Genève propose cependant quelques adaptations. Elles concernent notamment le moment auquel le canton est informé du montant de la subvention fédérale pour l'année suivante et la simplification du processus de contrôle envisagé par la Confédération. | GE |
| Art. 1 | Il conviendrait de mentionner, dans cet article, le fait que l'ordonnance règle non seulement le calcul et la répartition des subsides fédéraux entre les cantons, mais également le devoir des cantons de fournir un décompte, ainsi que le contrôle exercé par la Confédération sur les cantons. | GE |
| Art. 2 | Gemäss der Formel in Art. 2 Abs. 7 VPVK wird für die Berechnung des Bundesbeitrags des Jahres x vorab auf das Verhältnis zwischen Bruttokosten, ausgedrückt in der Summe von Prämienoll und Kostenbeteiligung, und den Durchschnittsprämien abgestellt. Es ist gemäss Vernehmlasser zwar gerechtfertigt, auf den Durchschnitt der Bruttokosten von drei Jahren abzustellen, da somit Schwankungen etwas geglättet werden. Nachträglich müsste jedoch eine Korrektur erfolgen, der die tatsächlichen Zahlen des Prämienolls und der Kostenbeteiligungen des Jahres x, x-1 und x-2 zu Grunde liegen. Die Differenz wäre mit der nächsten Zahlung des Bundes auszugleichen. Dies wäre 2010 für das Auszahlungsjahr 2008 erstmals möglich. Nicht gerechtfertigt erscheint dem Vernehmlasser, dass auch beim Versichertenbestand ohne Korrekturmodus auf mindestens zwei Jahre zurückliegende Zahlen abgestellt werden soll. So hat der Versichertenbestand in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich um 0,4% zugenommen. Sollte, wie in der Formel vorgesehen, auf die Versichertenzahlen des Jahres x-2 abgestellt werden, so würde der Bundesbeitrag systematisch und jährlich 0,8% zu tief ausfallen, wodurch die Kantone um mindestens 14 Mio. Franken stärker belastet würden. Der Vernehmlasser schlägt deshalb vor, | ZH |

| | | |
|--------|---|--|
| | <p>dass der nach der vorgeschlagenen Formel berechnete Bundesbeitrag nachträglich, d.h. nach Vorliegen der gesicherten Versicherungszahlen, korrigiert wird.</p> <p>Antrag: Art. 2 ist wie folgt zu ergänzen: Abs. 8 (neu): Ab dem dritten Jahr nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung werden die Bundesbeiträge des Jahres x-2 auf Grundlage der aktualisierten Werte wie folgt korrigiert:</p> $Bx = \frac{\frac{\text{PS} + \text{KB}}{P \times 12 \times V} + \frac{\text{PS} + \text{KB}}{P \times 12 \times V} + \frac{\text{PS} + \text{KB}}{P \times 12 \times V}}{3} \times P \times 12 \times V_x$ <p>Der sich daraus ergebende Mehr- oder Minderbeitrag wird mit dem Bundesbeitrag des laufenden Jahres erstattet bzw. verrechnet.</p> <p>P: Durchschnittsprämie V: Versichertenbestand PS: Prämiensoll KB: Kostenbeteiligung B: Bruttokosten</p> | |
| Art. 2 | <p>Der Vernehmlasser ist mit dem vorgeschlagenen Vorgehen grundsätzlich einverstanden. Unbefriedigend ist hingegen der Umstand, dass die Bruttokosten mit der Anzahl Versicherten des Jahres x-2 hochgerechnet werden sollen. Die Einjahres-Wachstumsrate des Versichertenbestandes betrug zwischen 1996 und 2005 im Durchschnitt 0,4 Prozent. Wenn der Versichertenbestand des Jahres x-2 angewendet wird, entgehen den Kantonen jährliche Bundesbeiträge im Umfang von 0,8 Prozent. Gemäss Schätzung des BAG würde sich der Bundesanteil an der Prämienverbilligung nach den Regeln der NFA für 2007 auf 1,736 Milliarden Franken belaufen. Dabei wird der Versichertenbestand von 2005 unterstellt. Wird davon ausgegangen, dass der Versichertenbestand 2007 um 0,8 Prozent höher liegt, würden die Bundesbeiträge um 14 Millionen Franken höher ausfallen. Dieser Betrag ist nicht sehr hoch, doch dürfte er systematisch und jährlich zulasten der Kantone ausbleiben. Der Vernehmlasser schlägt deshalb vor, dass der Bundesbeitrag ab dem Jahr 2010 jeweils um den Schätzfehler des Jahres 2-x korrigiert wird, und zwar sowohl in Bezug auf den Versichertenbestand als auch auf das Verhältnis zwischen Bruttokosten und Durchschnittsprämie. Die nachträgliche Korrektur ist insofern angezeigt, als die Aussagekraft der Durchschnittsprämie für die Bruttokosten nicht nur zufällig, sondern systematisch schwanken kann, nämlich in einer Phase des Reserveauf- oder -abbaus, bei politisch motivierter Prämien genehmigung oder bei einer generell veränderten Nutzungshäufigkeit der ordentlichen Franchise, auf welcher die Berechnung der Durchschnittsprämie beruht.</p> <p>Konkret schlägt der Vernehmlasser die Ergänzung von Artikel 2 mit einem neuen Absatz 8 vor wie folgt: "Ab dem dritten Jahr nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung werden die Bundesbeiträge des Jahres x-2 auf Basis der effektiven Bruttokosten und des effektiven Versichertenbestandes korrigiert. Der sich daraus ergebende Mehr- oder Minderbeitrag wird mit dem Bundesbeitrag des betreffenden Jahres verrechnet."</p> | LU FR UR NW GL ZG BS BL AR AI SG |
| Art. 2 | <p>Für die Kantone ist die Berechnungsart der Bruttokosten unbefriedigend. Dadurch, dass für die Auszahlung des Bundesbeitrages die Bruttokosten mit der Anzahl Versicherten des Jahres x-2 hochgerechnet werden, wird der überproportionalen Entwicklung in diesem Bereich gemäss Vernehmlasser zu wenig Beachtung geschenkt. Es wird deshalb vorgeschlagen, dass der Bundesbeitrag um den Schätzungsfehler des Jahres 2-x korrigiert wird und zwar sowohl in Bezug auf den Versichertenbestand als auch auf das Verhältnis zwischen Bruttokosten und Durchschnittsprämie.</p> | OW SO |
| Art. 2 | <p>La Confédération propose de calculer sa contribution à partir de l'effectif de la population des assurés de l'année (x-2), tel que cela apparaît dans la</p> | VD |

| | | |
|---------------|--|----------------|
| | <p>formule de l'alinéa 7. Or, comme la population suisse augmente en moyenne de 0.4% par an, ce mode de calcul prive les cantons de manière systématique d'un montant d'environ 15 millions de francs par an. Pour le Canton de Vaud, cela peut représenter 1.2 million de francs. Dès lors, le Conseil d'Etat vaudois propose de prendre en considération l'effectif de l'année (x-2) augmenté du taux de croissance moyen observé au cours des trois dernières années connues. Cela revient à modifier la formule CBx en supprimant le paramètre (x-2) in fine, soit que cela devienne :</p> <p>« ...x PMx x 12 x EA ».</p> <p>Concrètement, cela reviendrait à ce qu'en 2007, l'enveloppe fédérale 2008 s'appuie sur la population connue de 2006, augmentée d'un taux de croissance estimé à partir de la moyenne arithmétique des taux de croissance 2006/2005, 2005/2004 et 2004/2003.</p> | |
| Art. 2 Abs. 4 | Il vaudrait mieux utiliser de manière uniforme le terme «prime à recevoir», qui est celui figurant à l'art. 2, al. 1, lettre c et dans la statistique officielle de l'assurance-maladie, plutôt que tantôt «prime à recevoir», tantôt «prime à encaisser». | GE |
| Art. 2 Abs. 3 | <p>Es müssen mit Ausnahme der Personen nach Art. 66a Abs. 1 KVG alle in der Schweiz nach KVG versicherten Personen mit und ohne Wohnsitz in der Schweiz in die Berechnung einbezogen werden.</p> <p>Begründung: Es gibt nach Erachten des Vernehmlassers keinen Grund, weshalb lediglich die Versicherten mit Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland nach Art. 4 und 5 der KVV in die Berechnung einbezogen werden sollen und die übrigen nach KVG versicherten Personen mit Wohnsitz im einem EU- oder EFTA-Staat nicht. Zudem sei nicht nachvollziehbar, weshalb Grenzgänger und ihre Familienangehörigen dann bei Art. 3 Abs. 1 berücksichtigt werden.</p> | AG |
| Art. 2 Abs. 7 | Pas de commentaire particulier car la formule est claire et permet de calculer le montant des coûts bruts AOS qui, multiplié par 7,5%, donne le montant de la subvention fédérale. Il est également correct que les charges supplémentaires liées à la réduction des primes pour les jeunes en formation, à savoir 200 millions F, soient totalement prises en compte, comme facteur spécial, dans le bilan global établi en 2007 sur la base des données 2004 et 2005. | GE |
| Art. 2 und 3 | <p>La formule de calcul énoncée à l'article 2 alinéa 7 pour le calcul des coûts bruts ainsi que la formule énoncée à l'article 3 alinéa 4 qui détermine la part de chaque canton aux subsides fédéraux reposent sur des chiffres auxquelles les cantons n'ont pas accès.</p> <p>C'est notamment le cas du montant des primes encaissées par les assureurs, chiffre qui n'est communiqué qu'à l'OFSP. Dès lors que ces chiffres sont absolument nécessaires, le Canton de Vaud en demande la publication par l'OFSP aussitôt qu'il en a la disponibilité. Il est crucial, pour établir leur budget de fonctionnement, que les cantons puissent prévoir le plus rapidement possible le montant des subsides qu'ils recevront. Actuellement, ces informations sont publiées au printemps par l'OFSP. Or l'article 3 alinéa 5 prévoit que l'OFSP publie, chaque année en octobre, la répartition des subsides fédéraux, soit approximativement six mois plus tard qu'actuellement. Toutefois, il est mentionné dans le commentaire relatif à l'article 3 que :</p> <p>« Au besoin, l'OFSP met à la disposition des cantons, au printemps, les données dont il dispose pour que ceux-ci puissent estimer la part des subsides fédéraux qui leur revient ».</p> <p>Ce dispositif atténue l'inconvénient d'une publication tardive. Par conséquent, le Canton de Vaud est d'avis que l'article 3 alinéa 5 doit être complété dans le sens du commentaire précité.</p> | VD |
| Art. 3 | Der Aufteilung des Bundesbeitrages gemäss Art. 3 VPVK-r stimmt der Vernehmlasser zu, auch wenn sie in Bezug auf die Familienangehörigen von Kurzaufenthaltern, Aufenthaltern und von Niedergelassenen gemäss Art. 65a Bst. b KVG insofern Unschärfen aufweist, als diese nicht in die Berechnung aufgenommen werden. | GL NW AI |
| Art. 3 | Gleiche Argumentation wie GL, NW und AI mit dem folgenden Zusatz: | FR |

| | | |
|---------------|---|----------------------|
| | Den Bezügerinnen und Bezügerern einer Leistung der schweizerischen Arbeitslosenversicherung sowie deren Familienangehörigen gemäss Art. 65a Bestimmung c KVG wird bei der Aufteilung des Bundesbeitrags auf die Kantone richtigerweise nicht Rechnung getragen, weil kein Anknüpfungspunkt zu einem bestimmten Kanton besteht. | |
| Art. 3 Abs. 1 | Gemäss Vernehmlasser müssen mit Ausnahme der Personen nach Art. 66a Abs. 1 KVG alle in der Schweiz nach KVG versicherten Personen mit und ohne Wohnsitz in der Schweiz in die Berechnung einbezogen werden (z.B. auch die nach KVG versicherten nichterwerbstätigen Familienangehörigen im Ausland von hier wohnhaften Personen). Begründung: Grundsätzlich sollen alle Personen, für welche die Kantone bezüglich Prämienverbilligung zuständig sind, auch bei der Berechnung der Bundesbeiträge miteinbezogen werden. | AG |
| Art. 3 Abs. 4 | Le Canton de Vaud émet une remarque de forme, au sujet d'une erreur vraisemblable. Il s'agit de remplacer: « L'OFSP calcule la contribution de chaque canton (CC) sur la base ... » par : « L'OFSP calcule la part de chaque canton aux subsides fédéraux (CC) sur la base... ». | VD |
| Art. 3 Abs. 5 | Die Veröffentlichung der Aufteilung des Bundesbeitrages muss spätestens im April für das Folgejahr erfolgen. Begründung: Für die Budgetierung ist eine Veröffentlichung im Oktober gemäss Vernehmlasser viel zu spät. | AG |
| Art. 3 Abs. 5 | Concernant le déroulement dans le temps, il est très fâcheux que les cantons ne disposent des données nécessaires pour évaluer le montant de la subvention fédérale pour l'année suivante que trois mois avant la fin de l'année en cours. En effet, il n'existe sans doute aucun canton suisse qui n'ait pas déjà bouclé, en octobre de l'année en cours, son budget pour l'année suivante. Le Canton de Genève propose donc la modification suivante : «L'OFSP communique à chaque canton, en avril, une estimation de la répartition des subsides fédéraux entre les cantons, pour l'année suivante. Il publie la répartition définitive en octobre de chaque année, pour l'année suivante». | GE |
| Art. 4 | Le Canton de Genève apprécie que toute la subvention soit versée pendant l'année en cours. | GE |
| Art. 5 und 6 | Gemäss KVG bestehen einzig in Bezug auf die Kinder und jungen Erwachsenen in Ausbildung bundesrechtliche Vorschriften über die Prämienverbilligung (Art. 65 Abs. 1bis KVG). Ansonsten ist die Zuteilung der Prämienverbilligungsgelder Sache der Kantone. Gemäss Artikel 25 des Subventionsgesetzes (SUG) prüft die zuständige Behörde, "ob der Empfänger einer Subvention die Aufgabe gesetzmässig und nach den ihm auferlegten Bedingungen erfüllt hat". Demnach ist neben der Umsetzung von Artikel 65 Absatz 1bis KVG auch die vollständige Verwendung des Bundesbeitrages für die Prämienverbilligung zu prüfen. Die Erstellung der Revisionsberichte sei heute sehr aufwändig. Im Zuge der Teilentflechtung der Prämienverbilligung im Rahmen der NFA sollte dieser administrative Aufwand reduziert werden. Anstelle eines Revisionsberichts sollte daher eine Mitteilung im Sinne von Artikel 5 VPVK über den Umfang der ausgeschütteten Prämienverbilligung hinreichend sein. Artikel 6 Absatz 1 VPVK sei daher zu streichen. Artikel 6 Absatz 3 VPVK verweist auf Artikel 11 SuG, welcher die Auskunftspflicht des Gesuchstellers zwecks Bemessung der Finanzhilfen und Abgeltungen regelt. Die Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung werden mit der NFA jedoch automatisch und ohne Gesuch des Kantons und ohne vorgängige Bemessung ausbezahlt. Daher sei der Verweis auf Artikel 11 SuG überflüssig. Zur Prüfung der zweckmässigen Mittelverwendung sei der Hinweis auf Artikel 25 SuG, wie er in Absatz 2 erfolgt, hinreichend. Daher sei Artikel 6 Absatz 3 VPVK ersatzlos zu streichen. Antrag: Artikel 5 ist wie folgt umzuformulieren: 1 Die Abrechnung des Bundesbeitrags bezieht sich jeweils auf ein Kalenderjahr und ist dem BAG spätestens bis am 30. Juni des folgenden Jahres einzureichen. | UR FR NW ZH |

| | | |
|---------------|---|----|
| | <p>2 Die Abrechnung erfolgt auf einem vom BAG nach Anhören der Kantone erstellten Formular, welches insbesondere Angaben bezüglich Anzahl, Geschlecht, Alter, Einkommen und Zusammensetzung der Haushalte der Begünstigten enthält.</p> <p>3 Kantone, welche die Festsetzung und Auszahlung von Verbilligungsbeiträgen teilweise oder vollständig den Gemeinden überlassen, haben die Abrechnungen der Gemeinden zu überprüfen.</p> <p>Artikel 6 Absatz 1 und 3: streichen</p> | |
| Art. 5 und 6 | <p>Gemäss KVG bestehen einzig in Bezug auf die Kinder und jungen Erwachsenen in Ausbildung bundesrechtliche Vorschriften über die Prämienverbilligung (Art. 65 Abs. 1bis KVG). Ansonsten ist die Zuteilung der Prämienverbilligungsgelder Sache der Kantone. Bis auf die Prüfung der gesetzlichen Erfüllung einer Aufgabe fehlen zwar die gesetzlichen Grundlagen in Bezug auf die Verwendung des Bundesbeitrages für die Prämienverbilligung. Allerdings wäre es gemäss Vernehmlasser wenig sinnvoll, wenn die Kantone auf der neuen Grundlage eine Abrechnung mit dem Bund auf einer gegenüber heute reduzierten Informationsbasis verlangen würden, welche derart eine Reduktion der Transparenz und dadurch fehlende Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Kantonen auslösen würde. Demzufolge wird die Integration des heutigen Art. 7 Abs. 2 VPVK in Art. 5 Abs. 2 VPVK-r vom Vernehmlasser befürwortet.</p> | GL |
| Art. 6 | <p>Gemäss Vernehmlasser hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass eine gleichzeitige Einreichung des Revisionsberichtes mit der Abrechnung, wie dies Abs. 1 vorsieht, zeitlich zu knapp bemessen ist. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass die Erstellung der Abrechnungen, die geeignete Prüfung der Gemeindeabrechnungen und der Zusammenzug der daraus erhaltenen Werte in die Zuständigkeit verschiedener Stellen fällt, die ihrerseits für die Arbeiten je mehrere Wochen oder Monate benötigen. Bereits für die Erstellung der Schlussabrechnung ist die per 30. Juni festgelegte Frist daher nur knapp ausreichend, die nachfolgenden Plausibilitätsprüfungen durch ein beigezogenes Institut und die Erstellung des Revisionsberichtes zur Abrechnung sind jedoch bis zu diesem Termin nicht durchführbar. Wir schlagen daher vor, für die Einreichung des Revisionsberichtes die Frist bis 31. Oktober zu verlängern.</p> <p>Abs. 3 verweist auf Art. 11 des Subventionsgesetzes, der die Auskunftspflicht des Gesuchstellers zwecks Bemessung der Finanzhilfen und Abgeltungen regelt. Die Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung werden künftig jedoch automatisch und ohne Gesuch des Kantons und ohne vorgängige Bemessung ausbezahlt. Insofern erweist sich gemäss Vernehmlasser die Verweisung auf Art. 11 des Subventionsgesetzes als unzutreffend.</p> <p>Antrag: Art. 6 sei wie folgt zu formulieren: "1 Der Revisionsbericht zur Abrechnung des Bundesbeitrages ist dem BAG spätestens bis 31. Oktober des dem Abrechnungsjahr folgenden Jahres einzureichen. Er gibt Auskunft über Zeitpunkt und Umfang der Revision, die gemachten Feststellungen und die daraus zu ziehenden Schlüsse. Das BAG kann von den Revisionsstellen ergänzende Berichte verlangen. 2 Das BAG prüft im Sinne von Art. 25 des Subventionsgesetzes vom 5. Oktober 1990 (Subventionsgesetz), ob der Bundesbeitrag gesetzeskonform verwendet wird." Abs. 3 sei zu streichen.</p> | ZH |
| Art. 6 | <p>Le décompte prévu à l'art. 5, de par son caractère détaillé, est suffisant et ne nécessite pas un rapport de révision supplémentaire, que le Canton de Genève considère comme exagéré.</p> | GE |
| Art. 6 Abs. 1 | <p>Art. 6 Abs. 1 sieht vor, dass mit der Abrechnung ein Revisionsbericht einzureichen sei. Die Anforderungen an diesen Revisionsbericht sind sehr offen gehalten, was vom Vernehmlasser begrüsst wird. Ferner sieht Art. 6 Abs. 1 vor, dass das BAG von den Revisionsstellen ergänzende Berichte verlangen kann. Der Vernehmlasser ist der Meinung, dass der administrative Aufwand im Zuge der Teilentflechtung der Prämienverbilligung im Rahmen der NFA deutlich reduziert werden sollte. Daher stellt sich die Frage, ob der Revisionsbericht nicht auch durch eine Mitteilung im Sinne von Art. 5 über den Umfang der ausgeschütteten Prämienverbilligung ersetzt werden könnte. Jedenfalls hält der Vernehmlasser fest, dass er nicht bereit sei, vom BAG verlangte Zusatzleistungen der Revisionsstelle durch die Kantone finanzieren zu lassen. Es wird deshalb beantragt, Art. 6 Abs. 1 entweder zu streichen oder wie folgt zu ergänzen:</p> | LU |

| | | |
|---------------|---|----------------------------------|
| | "...ergänzende Berichte verlangen. Die daraus entstehenden Kosten werden durch das BAG gedeckt." | |
| Art. 6 Abs. 1 | Der Art. 6 Abs. 1 sieht nach wie vor einen Revisionsbericht vor. Diese Revisionsberichte sind gemäss Vernehmlasser heute sehr detailliert und aufwändig. Im Zuge der Teilentflechtung der Prämienverbilligung im Rahmen der NFA sollte dieser administrative Aufwand deutlich reduziert werden. Anstelle eines Revisionsberichts sollte daher eine Mitteilung im Sinne von Art. 5 VPVK-r über den Umfang der ausgeschütteten Prämienverbilligung hinreichend sein. Antrag: Art. 6 Abs. 1 sei zu streichen. | AI SO SG |
| Art. 6 Abs. 3 | Die Bestimmung verweist auf Art. 11 des Subventionsgesetzes (SUG), der die Auskunftspflicht des Gestaltstellers zwecks Bemessung der Finanzhilfen und Abgeltungen regelt. Die Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung werden mit der NFA jedoch automatisch und ohne Gesuch des Kantons und ohne vorgängige Bemessung ausbezahlt. Daher sei der Verweis auf Art. 11 SUG gemäss Vernehmlasser überflüssig. Zur Prüfung der zweckmässigen Mittelverwendung sei der Hinweis auf Art. 25 SUG, wie er in Abs. 2 erfolgt, hinreichend. Daher sei Art. 6 Abs. 3 ersatzlos zu streichen. | LU AR GL BL AI AG |
| Art. 7 | Die Rückerstattung zu viel bezogener Bundesbeiträge ist gemäss Vernehmlasser sachlich richtig. Aufgrund der heute ausgerichteten Leistungen, die in allen Kantonen über den voraussichtlichen Bundesbeiträgen liegen, geht die Standeskommission davon aus, dass es zu keinen Rückerstattungen kommen wird. Dennoch ist darauf aufmerksam zu machen, dass eine Sanktionierung, wie sie eine Verzinsung im Umfang von 5 % unter den heutigen Zinskonditionen faktisch darstellt, deshalb unangemessen ist, weil die Bundesbeiträge nicht beantragt, sondern automatisch ausgerichtet werden. Antrag: Verzinsung unter den öffentlichen Körperschaften im Umfang jener von Bundesobligationen | AI FR NW LU |
| Art. 7 | Il serait judicieux que l'ordonnance définisse sur la base de quels critères la Confédération détermine si le but de la réduction individuelle des primes par le canton est atteint, au sens des art. 65 et 65a LAMal. En l'occurrence, on peut supposer que la réduction ou la restitution de la subvention fédérale ne serait admissible que dans le cas où un canton aurait consacré, pour la réduction des primes, un montant inférieur à celui qu'il reçoit de la Confédération. | GE |
| Art. 8 | L' articolo che nella formulazione proposta prevede che sia sempre il Cantone di domicilio al 1° gennaio a dover corrispondere l'importo della riduzione del premio per l'intero anno civile; e questo anche in caso di trasferimento del domicilio in altro Cantone. L'impostazione non è convincente, come del resto non lo è quella attuale, di tenore quasi analogo, definita ex art. 10 cpv. 1 ORPM. Secondo la proposta in esame, il Cantone di domicilio al 1° gennaio dovrà versare la riduzione individuale di premio per tutto l'anno, anche se un assicurato non è più domiciliato nel medesimo Cantone, ma in un altro. Ciò contraddice il principio della "territorialità cantonale" legato all'applicazione dei premi LAMal e, di conseguenza, anche all'applicazione della riduzione dei premi. Dal profilo pratico il Cantone intravede diverse incongruenze. L'importo della riduzione del premio, stabilito ai sensi delle norme del Cantone X (domicilio al 1° gennaio), potrebbe infatti addirittura essere superiore al premio effettivo richiesto nel Cantone Y (nuovo domicilio nel corso dell'anno civile). Oppure un importo della riduzione del premio nel Cantone X potrebbe risultare di proporzioni infime rispetto al premio del Cantone Y, nel caso in cui quest'ultimo fosse nettamente superiore a quello praticato nel Cantone di domicilio al 1° gennaio. In questo modo la pratica verrebbe a collidere con il principio di un equo aiuto al pagamento del premio per la popolazione di condizione economica modesta. Antrag: Il Cantone chiede di modificare l'art. 8, al fine di correlare la possibilità di ottenere la riduzione di premio alle regole del Cantone di domicilio effettivo, anche se nella forma pro rata tempo-ris. La formulazione auspicata è la seguente: Art. 8 Competenza Cpv. 1 Se l'assicurato trasferisce il suo domicilio da un Cantone ad un altro nel corso dell'anno civile, il diritto alla riduzione di premio e il relativo ammontare sono stabiliti in base alle norme applicabili nei rispettivi Cantoni di domicilio. Cpv. 2 Invariato. | TI |

| | | |
|---------------|--|--|
| Art. 8 Abs. 1 | Der Vernehmlasser begrüsst die Ergänzung "dieser Kanton verbilligt die Prämien". Damit werde eine Unklarheit aus dem Weg geschafft, die oft zu unbefriedigenden Situationen führte. | LU |
| Art. 10 | Diese Bestimmung regelt den Übergang zum heutigen Art. 66 Abs. 6 KVG, der mit Inkrafttreten der NFA entfällt. Dabei sollen einzig Kantone, welche im Jahr vor der Inkraftsetzung der NFA (voraussichtlich 2007) die Bundesbeiträge vollständig beantragt haben, die Möglichkeit erhalten, bis maximal 10 Prozent der beantragten Bundesbeiträge auf das laufende Jahr (voraussichtlich 2008) zu übertragen. Die Regelung lehnt sich an Art. 7a der geltenden VPVK an. Allerdings scheint eine Einschränkung auf eine vollständige Ausschöpfung der Bundesbeiträge im Übergang zur NFA nicht mehr notwendig. Im geltenden Recht konnte allenfalls befürchtet werden, dass sich Kantone, die einen Teil der Prämienverbilligungsgelder des Vorjahres nicht verwendet haben, veranlasst sehen könnten, im massgebenden Jahr die Ausschöpfungsquote dank den übertragbaren Mitteln zu reduzieren, so dass im massgebenden Jahr eine volle Ausschöpfung verlangt wurde. Die Reduktionsmöglichkeit im Jahr der Inkraftsetzung der NFA fällt jedoch weg, weshalb auch dieser Grund für die heutige Regelung gemäss Art. 7a VPVK entfällt. Der Vernehmlasser sieht deshalb keinen Anlass, die Übertragungsmöglichkeit beim Übergang zur NFA an eine vollständige Ausschöpfung (im Vorjahr) zu knüpfen. Er schlägt folgende Formulierung von Art. 10 Abs. 1 vor: "Die Kantone können Differenzen zwischen den nach Artikel 5 in seiner Fassung vom 12. April 1995 beantragten und den tatsächlich ausbezahlten Beiträgen auf das folgende Jahr übertragen." ("welche im letzten Jahr von dem Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung das Maximum der Bundesbeiträge beantragt haben" sei zu streichen.) | LU AI NW FR BL AR SO |
| Art. 10 | Mit der neuen Abrechnungs- und Berechnungsart erübrigen sich gemäss Vernehmlasser sowohl der bisher mögliche Übertrag von nicht ausbezahlten Differenzbeträgen (bei Kantonen, die das Maximum der Prämienverbilligung beantragt haben) als auch die Akonto- und Schlusszahlungen des Bundes. Die Übergangsregelung in Art. 10 VPVK sowohl für die Schlussabrechnung als auch den letztmaligen Übertrag der noch nicht ausbezahlten Beiträge wird begrüsst. | OW |

7.4 Verordnung über die Verteilung des den Kantonen zufallenden Anteils am Bilanzgewinn des Schweizerischen Nationalbank

Die Vernehmlasser sind mit den Änderungen weitgehend einverstanden.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|---|---------------|
| Allg. | Wie bereits bei der Stellungnahme des Vernehmlassers zur Vernehmlassung über den Schlussbericht der Projektorganisation betreffend die Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs vermerkt wurde, ist bei der Berechnung des Härteausgleiches die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) nur teilweise berücksichtigt worden. Teilweise deshalb, weil aufgrund der heute bestehenden Gewinnausschüttungsvereinbarung zwischen dem Bund und der SNB, welche eine eingeschränkte Gültigkeit bis 2012 hat, von einer Ausschüttung von 2,5 Milliarden Franken ausgegangen wurde. Bereits heute ist wegen der hohen Ausschüttungsreserve (16,473 Mrd. Fr. per 31.12.2006) absehbar, dass die Gewinnausschüttungsvereinbarung verlängert werden wird. Entsprechende Gespräche zwischen dem EFD und der SNB haben bekanntlich bereits stattgefunden. Da diese Gewinnausschüttungsreserve vor Inkrafttreten des NFA geäufnet worden ist, wird beantragt, eine entsprechende Übergangsbestimmung aufzunehmen und zumindest einen Teil der freien Rückstellungen, die in | OW |

| | | |
|-------|--|----|
| | den nächsten Jahren verteilt werden, zumindest teilweise nach der Finanzkraft 06/07 zu verteilen, da diese Gelder in der Vergangenheit (unter dem Regime des alten Finanzausgleichs) nicht ausbezahlt wurden, was jedoch eigentlich hätte der Fall sein müssen. | |
| Allg. | <p>Dès lors que l'indice de capacité financière disparaît avec la RPT, l'ordonnance doit naturellement être modifiée en conséquence.</p> <p>En revanche, de l'avis du gouvernement vaudois, il serait souhaitable de compléter cette ordonnance par une annexe détaillant les parts respectives des cantons au bénéfice porté au bilan de la Banque nationale suisse, afin de garder le même niveau d'information que celui qui a cours à ce jour. De plus, et pour faire le lien avec la partie désenchevêtrement des tâches du bilan global, il serait également opportun de rajouter un article, à titre informatif, afin de rappeler que l'ordonnance est liée au code 10_3, soit le bénéfice de la Banque nationale.</p> | VD |
| Allg. | <p>Le projet de révision totale de l'ordonnance sur la répartition de la part des cantons au bénéfice de la BNS n'amène aucune remarque sur le texte, celui-ci étant conforme à la modification de la loi.</p> <p>Le Conseil d'Etat du Canton du Valais entend néanmoins rappeler, dans le cadre de la présente consultation, que le bénéfice de la Banque nationale n'a pas été intégré de manière satisfaisante dans le bilan global RPT.</p> <p>Pour mémoire, le bilan global 04/05 admet au titre de répartition des bénéfices de la BNS un montant théorique de 1.1 mia (part des cantons). Ce chiffre a été établi pour tenir compte d'une hypothétique baisse des bénéfices distribués dès 2014 à 0.666 mia (part des cantons).</p> <p>Cette manière d'intégrer de manière toute théorique les bénéfices futurs de la BNS dans le bilan global 04/05 est préjudiciable aux cantons financièrement faibles:</p> <ul style="list-style-type: none"> - à court terme (2008 - 2013), elle sous-estime les effets financiers du passage à la RPT - à moyen terme (dès 2014), les cantons financièrement faibles ne seront pas compensés au cas où la distribution des bénéfices de la BNS dépassera 1 mia (dont 0.666 mias de part cantonale) - au vu des réserves pour distributions futures accumulées par la BNS (plus de 18 mias au 31.12.2006), le scénario admis paraît exagérément pessimiste. Le DFF et la CDF ont du reste admis qu'il conviendra d'examiner l'opportunité d'une répartition de ces réserves avec la BNS. <p>Il n'est pas acceptable qu'une distribution des bénéfices de la BNS supérieure aux prudentes estimations émises notamment dans le contexte de l'initiative COSA bénéficie essentiellement aux cantons financièrement forts et à la Confédération.</p> | VS |

8. Neue Verordnungen

8.1 Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVV)

Die grosse Mehrheit der Vernehmlasser (LU, UR, GR, FR, ZH, SZ, OW, ZG, BS, BL, SH, AR, SG, AG, TG, VD, VS, GE, NW, Cercl Air) spricht sich gegen eine Streichung der zweckgebundenen Beiträge aus der Mineralölsteuer aus (Art. 30 Ziffer 3). Es wird ein Verzicht der Aufhebung der Verordnung vom 25. April 1990 über Beiträge an strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung verlangt. Die Nationalstrassenbeiträge an die Luftreinhaltung sollen im bisherigen Ausmass nach dem Verursacherprinzip beibehalten werden.

Im Weiteren sind vielfältige Einzelanträge eingegangen.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|---|---------------|
| Allg. | <p>In der MinVV oder der NSV oder allenfalls im Verordnungsrecht zum USG seien zur Verwirklichung des Verursacherprinzips Grundlagen zu schaffen, mit der die gebietsbezogenen Messungen und Erhebungen der Kantone im Bereich des Umweltschutzes (nebst lufthygienischen Messungen gemäss Antrag 1 auch Erstellung und Unterhalt des Lärm-Belastungskatasters) anteilmässig abgegolten werden müssen, soweit sie sich auf die aus Bau und Betrieb von Nationalstrassen stammenden Emissionen zurückführen lassen.</p> <p>Begründung: Mit der vollständigen Übergabe der Verantwortung für die Nationalstrassen an den Bund durch die NFA ist auch die Frage der Erstellung der Lärmbelastungskataster (LBK) zu regeln. Während es gemäss Vernehmlasser absolut Sinn macht, dass der Bund für das Nationalstrassennetz einen nach einheitlichen Kriterien erstellten Emissionskataster aufbaut und unterhält, ist es wegen des engen lokalräumlichen Bezugs eines immissionsseitigen Katasters angezeigt, die LBK nach Art. 37 LSV weiterhin durch die Kantone zu erstellen. Dafür sprechen gewichtige technische, inhaltliche und vollzugspraktische Gründe.</p> <p>Aber auch aus rechtlichen Gründen dränge sich das auf, insbesondere wegen der Bestimmung in Art. 40 LSV, wonach die Belastungsgrenzwerte auch überschritten sind, wenn die Summe gleichartiger Lärmimmissionen, die von mehreren Anlagen erzeugt werden, sie überschreitet (also z.B. bei Lärm von National-, Kantons- und Gemeindestrassen in Gemengelagen). Es würde zu einem kaum zu lösenden Koordinations- und Abstimmungsproblem führen, wenn im gleichen räumlichen Gebiet verschiedene Instanzen einen immissionsseitigen LBK erstellen müssten.</p> <p>Der Vernehmlasser geht davon aus, dass gestützt auf das Verursacherprinzip von Art. 2 USG der neu alleine für die Nationalstrassen zuständige Bund die Kantone für ihren nationalstrassenbezogenen Aufwand bei Erstellung und Unterhalt des LBK entschädigt. Dies sei im Verordnungsrecht im Rahmen der laufenden Vernehmlassung an geeigneter Stelle sicherzustellen.</p> | AG |
| Allg. | <p>1. Die Ausführungsbestimmungen zum Infrastrukturfondsgesetz seien umfassend (inkl. Kriterien für die Beitragszumessung) in einer separaten Verordnung oder Weisung des UVEK zu regeln.</p> <p>2. Der Entwurf der Kriterien für die Auswahl der Agglomerationsprogramme und für die Höhe der Beiträge sei spätestens mit dem Entwurf der Botschaft zum Programm zur Mitfinanzierung der Agglomerationsprogramme in die Vernehmlassung zu geben.</p> <p>Begründung: Nachstehende Ausführungen beziehen sich nur auf Kapitel 4 dieser Verordnung: "Beiträge an Verkehrsinfrastrukturen in Städten und Agglomerationen" Der Bund sieht vor, einerseits mehrere bisherige Verordnungen in einer Verordnung zusammenzufassen und andererseits die Ausführungsbestimmungen</p> | AG |

| | | |
|----------|---|-----------------|
| | zum Infrastrukturfondsgesetz in diese neue Verordnung aufzunehmen. Die engen sachlichen Zusammenhänge sprechen für diese Lösung. Auch die im Verordnungsentwurf vorgeschlagenen Bestimmungen zum Infrastrukturfondsgesetz (Art. 15 - 20) sind gemäss Vernehmlasser zweckmässig, jedoch: Verfügungsgrundlage für Beiträge an Agglomerationsprogramme ist ein Bundesbeschluss des Parlaments. Die entsprechende Botschaft wird dem Parlament im Jahr 2010 vorgelegt. Im Erläuterungsbericht (S. 231) ist dazu formuliert: "Verordnungsbestimmungen, welche die Kriterien für die Auswahl der Agglomerationsprogramme und für die Höhe der Beiträge regeln, wären demzufolge nicht verbindlich und erübrigen sich deshalb. Nichtsdestotrotz wird das UVEK verwaltungsintern bindende Weisungen ausarbeiten (Erweiterung des Anwendungshandbuchs Agglomerationsprogramme) und diese den Beitragsberechtigten fristgerecht kommunizieren." Der Vernehmlasser erachtet es als problematisch, Ausführungsbestimmungen in Unkenntnis des Bundesbeschlusses zum Infrastrukturfonds und ohne die für die Trägerschaften der Agglomerationsprogramme essentiellen Bestimmungen (Kriterien und Höhe der Beiträge) zu erlassen. | |
| Allg. | Bien qu'il adhère à la centralisation, dans une seule ordonnance, des informations sur le financement sous-jacent à l'utilisation de l'impôt sur les huiles minérales à affectation obligatoire, le gouvernement vaudois souhaite avoir une vue plus synthétique de la situation globale. En effet, vu la diversité des objets liée au financement, il serait opportun de résumer dans un tableau l'exhaustivité des éléments financiers, afin de pouvoir garder un fil rouge par rapport à l'ensemble des informations. | VD |
| Allg. | Die Auswirkungen auf die Gemeinden werden gemäss Vernehmlasserin vor allem im Bereich des Agglomerationsverkehrs anfallen. Die gemeinsamen Projekte werden durch den Bund finanziell unterstützt. | Stadt Solothurn |
| Allg. | - Le projet d'ordonnance utilise la dénomination « routes principales » qui devra être remplacé par la dénomination « réseau complémentaire » utilisée par le Plan sectoriel des transports. | VS |
| Anhang 2 | Strasse 13 sei bezüglich der Strecke Landesgrenze - Trasadingen - Neunkirch - Neuhausen am Rheinfall - Ktsgr. Thurgau (Wagenhausen) - Stein am Rhein - Ktsgr. Thurgau von 2,07 km auf 19,92 km zu korrigieren. Die totale Länge im Kanton Schaffhausen beträgt somit 31,77 km. Die Hauptstrasse «Trasadingen - Schaffhausen» H 13 hat heute den Charakter einer Kantonsstrasse (und einer Europastrasse, E 54) und figuriert demzufolge nicht im gültigen Netzbeschluss über die Nationalstrassen aus dem Jahre 1960. Für Projektierung, Bau und Finanzierung des Grundnetzes ist künftig allein der Bund zuständig. Für das Ergänzungsnetz bleibt Projektierung und Bau Sache der Kantone, der Bund leistet daran pauschale Beiträge. Der Kanton Schaffhausen hat gegenüber dem Bund die Aufnahme der H 13 in das Ergänzungsnetz beantragt. Im Anhang 2 auf S. 203 der Erläuterungen zum NFA-Verordnungsrecht des Bundes ist die Länge des Hauptstrassennetzes im Kanton Schaffhausen falsch berechnet. Die Länge beträgt 31,77 km. Das gewichtete Total erhöht sich entsprechend der Formel in der linken Spalte der Tabelle auf S. 203 der Erläuterungen. | |
| Anhang 2 | Au sujet de l'annexe 2 à l'OUMin définissant le réseau suisse des routes principales, le Canton de Vaud constate que le tronçon de la route no 1 Jonction N9 Lausanne - Payerne - Corcelles - Frontière cantonale Fribourg / Frontière cantonale Fribourg - Jonction N1 Avenches a été modifié et ne correspond plus au tronçon tel que défini dans l'annexe à l'ordonnance sur les routes principales. En effet, le segment Frontière cantonale Fribourg - Jonction N1 Avenches a été supprimé et remplacé par Payerne - Jonction N1 - Payerne. Cette modification, qui découle probablement du futur plan sectoriel des transports / partie programme, ne saurait toutefois intervenir avant l'entrée en vigueur du plan précité, raison pour laquelle le Conseil d'Etat vaudois demande à ce que le tronçon tel que défini dans l'ORP soit maintenu. | VD |
| Anhang 3 | Il semble qu'il s'agit plutôt des "Cantons dotés de routes principales dans les..." (cf. lien avec art. 14). | JU |
| Anhang 4 | Le commentaire de l'article 14 de l'OUMin mentionne que: " Sont autorisés à toucher une subvention les cantons dotés de routes principales dans les zones de montagne et les régions périphériques, lesquels font parties des cantons bénéficiant d'une part anticipée au sens de la RPLP et n'ont pas d'agglomération de plus de 100'000 habitants. A ce jour, douze cantons sont concernés. Le Conseil fédéral actualise la liste lorsque les conditions-cadre | VD |

| | | |
|----------|---|----|
| | <p>changent et que les critères ne sont plus ou sont nouvellement remplis par un canton."</p> <p>Selon l'annexe 4, la liste des agglomérations autorisées à être subventionnées s'élève à 50 et couvre toute la Suisse, y compris des cantons qui sont compris dans l'annexe 3. De plus rien n'indique, selon les critères énumérés par l'office de développement territorial, que toutes les agglomérations importantes seront bénéficiaires des contributions destinés aux infrastructures de transport dans les agglomérations. On observe, de surcroît, qu'il n'apparaît pas impossible pour un canton - Fribourg, pour le projet urgent de la Poya - de bénéficier à la fois du financement pour un projet de trafic d'agglomération et d'un subventionnement pour routes principales dans des régions de montagne, ce qui ne nous semble pas contestable.</p> <p>Le Canton de Vaud doit aussi supporter des charges importantes pour ses routes principales dans les régions périphériques et de montagne (Jura et Alpes).</p> <p>Par conséquent, le Conseil d'Etat demande d'inclure le Canton de Vaud dans l'annexe 3 de l'OUMin.</p> <p>Le gouvernement vaudois estime qu'il est injuste de pénaliser ici le Canton en ne le considérant que comme un canton essentiellement urbain. Alors que la RPT a introduit une péréquation intercantonale globale qui tient déjà compte de la situation des cantons par la création d'un fonds de compensation pour les facteurs topogéographiques, dont Vaud a déjà été exclu malgré son importante partie montagnaise.</p> <p>Partant, il conteste le fait de favoriser à nouveau, dans ce domaine spécifique des routes principales, des cantons dont la situation géographique les fait déjà largement bénéficiaire du fonds de compensation précité. Le Conseil d'Etat vaudois demande dès lors de s'en tenir dans l'application de cette ordonnance à des critères purement objectifs pour déterminer, d'un côté, des agglomérations et, d'un autre, des régions périphériques et de montagne, et non recréer une nouvelle forme injustifiée de péréquation intercantonale dans un domaine spécifique.</p> <p>PS : l'annexe 3 en français cite par erreur les routes nationales, alors qu'il s'agit bien des routes principales</p> | |
| Anhang 4 | <p>Pour ce qui est l'annexe 4, le Canton de Vaud juge indispensable d'inclure, dans la liste des communes de l'agglomération de Lausanne, la commune d'Allaman, dès lors que celle d'Aubonne y figure. En effet, la gare CFF d'Allaman assure le raccordement par transport public de la commune d'Aubonne, desservie par la ligne de bus Allaman - Aubonne. La limite de la commune d'Aubonne se situe à quelques dizaines de mètres de la gare d'Allaman. De surcroît, la gare d'Allaman est le terminus de la branche du RER Vaudois Lausanne - Allaman et la gare de correspondance entre les trains RER et les trains RE Lausanne - Genève pour les usagers en provenance de Saint-Prex et d'Etoy et se rendant vers Nyon et Genève. En outre, en termes d'aménagement du territoire, la commune d'Allaman fait partie du pôle de développement de Littoral Parc (les autres communes sont comprises dans la liste des communes de l'annexe 4). Il existe aujourd'hui des problèmes considérables de circulation dans le périmètre de la jonction autoroutière d'Aubonne et de la gare voisine d'Allaman, qui vont encore s'aggraver avec le développement de Littoral parc.</p> <p>Cette requête présente une grande importance pour la cohérence du projet dans ce secteur et s'inscrit dans les objectifs visés par le projet d'agglomération Lausanne - Morges et le plan directeur cantonal : renforcer l'urbanisation dans les secteurs bien desservis par les transports publics. En effet, il s'agit d'un trou incompréhensible dans le périmètre de l'agglomération Lausanne-Morges.</p> <p>Le Conseil d'Etat vaudois a également observé, pour l'agglomération Monthey - Aigle, l'absence de la commune d'Ollon, laquelle constitue aussi une lacune incompréhensible en ce concerne les liaisons par transport public. En effet, si Aigle, Collombey-Muraz et Monthey figurent dans la liste, la liaison principale par transport public est la ligne ferroviaire reliant Aigle - Ollon - Monthey. Ollon exclue de ce périmètre, il manque la commune « clé » pour développer un projet d'agglomération cohérent dans le Chablais. Il est donc impératif d'inclure également la commune d'Ollon dans cette liste. Enfin, en ce qui concerne cette fois l'agglomération no 6621 Genève, le gouvernement vaudois requiert que l'annexe 4 soit complétée avec les quinze communes suivantes :</p> <p>Burtigny, Bursins, Bursinel, Dully, Essertines-sur-Rolle, Gilly, Longirod, Luins, Marchissy, Mont-sur-Rolle, Perroy, Rolle, Saint-Georges, Tartegnin,</p> | VD |

| | | |
|-------------------------------------|--|----|
| | Vinzel. En effet, ces quinze communes des anciens districts de Rolle et d'Aubonne appartiennent désormais au district de Nyon et sont intégrées dans le périmètre d'étude de l'agglomération franco-valdo-genevoise. | |
| Art. 2 | Dans le cadre de l'achèvement du réseau, les cantons concernés sont appelés à participer financièrement aux coûts de construction de ce solde de réseau alors que ce dernier deviendra, à son achèvement, propriété de la Confédération. La garantie doit être donnée que la participation de la Confédération aux coûts de construction imputables lors de l'achèvement et mentionnée à l'annexe 1 ne sera pas modifiée jusqu'à l'achèvement des tronçons concernés, suivant en cela la teneur du commentaire joint à l'article 2 de cette ordonnance. | VS |
| Art. 4 | Un paiement partiel (80%) devrait être prévu en cas de promesse de vente, le transfert de propriété n'intervenant qu'à la fin des travaux après l'abornement. | NE |
| Art. 4 Abs. 2 | Das hier erwähnte Verfahren mit Bankakkreditiv wird gemäss Vernehmlasser nirgends mehr angewendet. Die Kantone zahlen die Rechnungen und der Bund zahlt im Nachgang (entweder elektronische Datenübermittlung oder in Papierform). | BE |
| Art. 5 Abs. 2/3 und Art. 6 Abs. 3 | Wo das Bundesamt die Entschädigungen einseitig festlegt, muss eine Überprüfungsmöglichkeit geschaffen werden. Antrag: Die genannten Bestimmungen seien zu ergänzen mit: «nach Massgabe seines Interesses mittels Verfügung fest.» | ZH |
| Art. 5 Abs. 3 | Leitzentralen sind gemäss Art. 2 Bestimmung i NSV als Bestandteil der Nationalstrasse definiert. Sie sind jedoch häufig als gemeinsam mit Dritten genutzte Anlagen zu verstehen. Folglich hätten sie eine separat zu definierende Beteiligung an den Kosten zur Folge, was gemäss Vernehmlasser einen Widerspruch ergibt. | BE |
| Art. 6 | La compatibilité entre les dispositions relatives aux prestations, à l'objet de ces prestations ainsi qu'aux dispositions contractuelles et les conditions des contrats en cours de négociation et d'établissement entre la Confédération et les organismes responsables pour l'unité territoriale doit être assurée. Par exemple et selon les conditions du contrat en cours de discussion, les notions de forfait et de coûts maximaux (al. 2) ne s'appliquent pas à l'ensemble des prestations. | VS |
| Art. 6 Abs. 2/Art. 7 Abs. 2/ Art. 8 | Die Vergütungsmodalitäten zwischen Bund und Betreibern seien von diesen einvernehmlich in Vereinbarungen zu regeln. Eine Regelung der Vergütungsmodalitäten auf Verordnungsstufe erschwert Anpassungen an geänderte Verhältnisse unnötig. Antrag: Die Regelung von Art. 6. Abs. 2 sei ersatzlos zu streichen, da die Regelung in Art. 49 Abs. 1 NSV ausreichend ist. | ZH |
| Art. 6 litera a | Concernant les frais inhérents aux moyens d'exploitation engagés par la police cantonale pour les centres de contrôle du trafic lourd ainsi que des équipements pour les autres contrôles de la circulation, le Canton de Vaud est d'avis qu'ils devraient être englobés dans les coûts d'entretien courant et des travaux d'entretien ne faisant pas l'objet d'un projet. En effet, le financement des équipements servant au contrôle et à la sécurité du trafic incombe au propriétaire d'ouvrage (OFROU). De même, les frais inhérents à l'exploitation de la chaussée d'un passage supérieur ou inférieur doivent être assumés par l'OFROU, dès lors que ce dernier prend en charge, par principe, les coûts liés à l'entretien. Le Conseil d'Etat vaudois conteste donc les exceptions prévues dans cette disposition, qui ne se justifient pas. | VD |
| Art. 8 | Der Vernehmlasser stellt in Artikel 8 fest, dass sein Anliegen, die Enforcementleistungen der Polizei zu entschädigen, nach wie vor nicht aufgenommen wurde. | BL |
| Art. 9 | Antrag: Art. 9 sei zu streichen. Es gibt gemäss Vernehmlasser keinen Grund anzunehmen, dass die vom Kanton erstellten Abrechnungen falsch sind. Das Misstrauen des Bundes ist zurückzuweisen. Die zusätzliche administrative Belastung mit der Revision durch die Finanzkontrollorgane sei zu vermeiden. | AG |
| Art. 12 und 13 | Anhang 2: Für die hier erwähnten Längswerte ist die Datenquelle anzugeben. | BE |
| Art. 12 und 13 | Definizione e ripartizione del contributo globale (allegato 2) La nuova ordinanza stabilisce la definizione e la ripartizione dei contributi globali destinati alle strade principali. Al riguardo, i dati resi pubblici nell'alle- | TI |

| | | |
|----------------|--|----|
| | <p>gato 2 mostrano una sostanziale divergenza con le valutazioni precedentemente eseguite relative alla lunghezza delle strade principali, che riduce il contributo globale che sarà versato al Ticino, una volta concluse le opere attualmente in corso e sussidiate con contributi per oggetto.</p> <p>Il Cantone osserva infatti che nell'ambito della procedura di consultazione per il fondo per gli agglomerati si ipotizzava una partecipazione del nostro Cantone al montante globale da distribuire tra i Cantoni del 5.87%. Gli affinamenti successivi del calcolo in base alla verifica esatta dei chilometraggi delle strade principali, tenuto conto degli aggiornamenti con le costruzioni degli ultimi anni, aveva portato ad una lunghezza totale nel Ticino di 118.7 Km (1.6 Km in meno rispetto ai dati dell'attuale Ordinanza sulle strade principali). Al Ticino era ancora destinato il 5.75% dei mezzi totali (ca. 9.36 mio su un totale di 162.73 mio fr.).</p> <p>Sorprendentemente, con la proposta contenuta nell'attuale ordinanza in consultazione, il Ticino si trova il contributo globale ridotto al 5.18% (pari a 8.42 mio fr., considerando sempre il totale di 162.73 mio fr.). I motivi che spiegano la riduzione della partecipazione cantonale sono sostanzialmente due:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dalla lunghezza effettiva sono stati tolti i chilometri attualmente in fase di realizzazione e pertanto non ancora in esercizio. Questa correzione può essere condivisa. - Il peso legato alla ponderazione della topografia (altitudine delle strade) risulterebbe maggiore rispetto a quanto ipotizzato finora. Già nell'ambito della consultazione per il fondo agglomerati si parlava di una maggior ponderazione della topografia: in quella sede però le conseguenze sul contributo globale ticinese erano assai lievi (almeno secondo i dati riportati in un allegato alla consultazione); i dettagli tecnici relativi al calcolo che hanno portato al risultato finale contenuto nell'ordinanza in consultazione, rispetto ai risultati dell'affinamento, non ci sono noti. <p>Il Ticino ritiene che il secondo dei motivi esposti penalizza oltremodo il Cantone, favorendone altri come il Vallese, i Grigioni e Uri. Invita pertanto il Consiglio federale a verificare le modalità di calcolo, in particolare per quanto concerne la ponderazione legata alla topografia e a informare i Cantoni sui dettagli di detto calcolo.</p> | |
| Art. 12 und 13 | <p>- Comme mentionné dans le commentaire aux articles 12 et 13, le tableau de l'Annexe 2 fait l'état à partir de l'actuel réseau des routes principales suisses et devra être adapté lorsque seront prises les décisions relatives à la définition des réseaux.</p> <p>- Critère de la longueur pondérée des routes (art. 13, al. 1 et ss.)</p> <p>- En octobre 2006, la méthodologie d'évaluation a fait l'objet d'une consultation auprès des cantons. Le canton du Valais a pris position, jugé insuffisant l'état de la méthodologie proposée et requis un réexamen indispensable de plusieurs points de cette méthodologie. Il s'est par ailleurs mis à disposition pour toute contribution à cet examen.</p> <p>- A ce jour et à notre connaissance, la réponse à cette procédure de consultation et en particulier aux demandes soulevées par le Valais n'a été apportée.</p> <p>- En conséquence, les mentions figurant à l'alinéa 2 de l'art. 13 ne peuvent être acceptées ni validées en l'état. Il en est de même pour leur application figurant à l'annexe 2.</p> <p>- L'alinéa 3 de l'art. 13 devrait également prévoir l'adaptation en cas de modification du réseau ; le terme « facteurs individuels » de même que la notion « modification en profondeur » sont par ailleurs insuffisamment précis. En l'absence de précisions, cet alinéa 3 devrait se limiter à la seule mention de la possibilité offerte au Département d'adapter l'annexe 2.</p> | VS |
| Art. 13 | Die Gewichtung der Verkehrsstärke und der Topographie gemäss Vorschlag wird vom Vernehmlasser begrüsst. | AI |
| Art. 13 | <p>Der Schlüssel für die Beitragsbemessung wurde von einer gemischten Arbeitsgruppe ausgearbeitet. Die Mittellandkantone sind in diesem Verteilungsschlüssel gegenüber den Bergkantonen weniger stark berücksichtigt, weil dem Faktor Höhenlage und Bergstrassencharakter grosses Gewicht zugewiesen wird.</p> <p>Antrag: Die Beitragsbemessung sei zu Gunsten der Mittellandkantone zu prüfen und anzupassen.</p> | TG |
| Art. 13 | <p>Aggiornamento dei calcoli del contributo globale (articolo 13)</p> <p>L'ordinanza in consultazione non definisce, se non vagamente al cpv. 2 dell'art. 13, le modalità di aggiornamento per il calcolo del contributo globale. Sarebbe opportuno avere chiarezza in merito. Il Cantone Ticino ritiene per esempio corretto che l'approvazione del Piano settoriale delle strade da par-</p> | TI |

| | | |
|----------------|---|----|
| | te del Parlamento (nell'ambito del quale sparirà dalla rete integrativa, nuova definizione delle attuali strade principali, il tratto Lugano - Ponte Tresa, ma si aggiungerà la strada della Novena), come pure il termine del cantiere Vedeggio - Cassarate, comportino un conseguente adeguamento del contributo globale destinato al Cantone. | |
| Art. 14 | und Anhang 3 (Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen): Mit Art. 14 resp. Anhang 3 werden die Kantone bezeichnet, die Pauschalbeiträge nach Art. 8 des Infrastrukturfondsgesetzes (IFG) erhalten sollen. Nach Art. 8 Abs. 2 IFG bezeichnet der Bundesrat die Kantone, welche von Pauschalbeiträgen profitieren sollen. Das IFG enthält keine weiteren Kriterien, nach welchen der Bundesrat die begünstigten Kantone zu bezeichnen hat. Es ist für den Vernehmlasser nicht nachvollziehbar, weshalb der von ausgedehnten Berggebieten und Randregionen betroffene Kanton Bern auf dieser Liste in Anhang 3 nicht enthalten ist. Das Kriterium, dass beitragsberechtigte Kantone nicht über eine Agglomeration von mehr als 100'000 Einwohner verfügen dürfen (vgl. S. 4 der Erläuterungen zur MinVV bzw. S. 234 der Gesamtbotschaft) stehe in keinem Zusammenhang mit der Problemstellung und erscheint dem Vernehmlasser nicht zweckmässig. Es wird daher beantragt, nur das erste in den Erläuterungen formulierte Kriterium anzuwenden («Beitragsberechtigt sind jene Kantone, die gemäss LSVA zu den vorabenteilsberechtigten Kantonen gehören») und das zweite Kriterium («[...] und die nicht über eine grosse Agglomeration von mehr als 100'000 Einwohnern verfügen») zu streichen. Zudem sei es rechtsstaatlich bedenklich, wenn Art. 14 MinVV die eigentlichen Kriterien, nach welchen die begünstigten Kantone bezeichnet werden, nicht auflistet. | BE |
| Art. 14 | Die Regelung betreffend Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen wird begrüsst. | AI |
| Art. 14 | Cantoni con strade principali nelle regioni alpine e nelle regioni periferiche (allegato 3) Il Ticino non figura nell'elenco dei Cantoni con strade principali nelle regioni alpine e nelle regioni periferiche di cui all'allegato 3 della nuova ordinanza. La legge concernente il fondo infrastrutturale, all'articolo 8 cpv. 2 prescrive che "il Consiglio federale designa i Cantoni beneficiari" dei contributi per le strade principali nelle regioni di montagna e nelle regioni periferiche. Nel Piano settoriale delle strade il Ticino è definito come Cantone urbano, l'aspetto "cantone di montagna" non è stato considerato. Non si è quindi tenuto conto della particolare situazione geotopografica del nostro Cantone. Chiediamo pertanto un chiarimento sui criteri di designazione dei Cantoni che ricevono contributi forfetari conformemente all'art. 8 della legge sul fondo infrastrutturale. Riteniamo infatti che i commenti all'art. 14 dell'ordinanza non permettono un adeguato approfondimento della tematica. | TI |
| Art. 15 | und Anhang 4 (Agglomerationen): Mit Art. 15 resp. Anhang 4 werden die beitragsberechtigten Agglomerationen und Städte gemäss Art. 17b MinVG festgelegt. In der Agglomeration Bern haben sich die Gemeinden Niederwihtrach und Oberwihtrach auf den 1. Januar 2004 zu Wihtrach zusammengeschlossen. Anhang 4 ist entsprechend anzupassen. | BE |
| Art. 15 | Il renvoie bien à l'annexe 4 établie conformément à la définition de l'OFS. Or, certaines agglomérations, dont Delémont, comptent un nombre de communes différent de celui établi par l'OFS, dès lors que ces agglomérations sont constituées en une entité politique ou forment une association. | JU |
| Art. 15 Abs. 1 | Il est indiqué que la liste des agglomérations et des villes autorisées à être subventionnées s'appuie sur les critères statistiques de l'OFS. Fait suite une énumération des indicateurs. Le Canton de Neuchâtel apprécie cette approche qui évite de politiser et de figer la définition des agglomérations en se référant à celle de l'OFS. Ce n'est plus la définition des agglomérations qui sert de référence mais bien une liste de critères (commentaire ad art 15, p. 232). Dans ce sens, le Canton de Neuchâtel conteste la liste des agglomérations qui est fournie à l'annexe 4. Il importe qu'elle puisse être modifiée dans le sens d'une "fusion" des deux agglomérations énumérées (La Chaux-de-Fonds - Le Locle et Neuchâtel). Ne permettre une révision de la liste qu'en cas de fusion de communes paraît en ce sens trop restrictif. Concernant la délimitation neuchâteloise, Le Canton de Neuchâtel relève que l'agglomération proposée par l'annexe 4 comprend les communes de Rochefort, Cornaux, Thielle-Wavre, Fenin-Vilars-Saules et Savagnier que pour notre part nous n'avons pas retenues. Si ces communes devaient être dans la liste, au sens de la définition statistique, on pourrait se poser la ques- | NE |

| | | |
|----------------|---|----|
| | <p>tion de la justification de l'absence de Valangin, absence qui introduit une discontinuité dans le territoire pris en considération. Cette absence tend toutefois à démontrer la pertinence de notre proposition de regrouper les deux agglomérations de La Chaux-de-Fonds - Le Locle et de Neuchâtel, dans la mesure où c'est bien la notion d'espace fonctionnel qui doit primer sur celle d'espace morphologique.</p> <p>Le Canton de Neuchâtel est surpris que la législation proposée se limite à l'identification du territoire suisse pour déterminer les espaces d'agglomération, en particulier pour La Chaux-de-Fonds / Le Locle ignorant par conséquent toute la dimension transfrontalière des problèmes de trafic d'agglomération, et ignorant aussi la définition des agglomérations au sens statistique auquel se réfère le message "Le Conseil fédéral adaptera la liste si la définition de l'OFS change au " (ad. Article 15 p. 232).</p> <p>En conclusion au sujet de cet article 15, alinéa 1, le Canton de Neuchâtel peut pas accepter la proposition de délimitation des agglomérations neuchâtoises, dans la mesure où elle contredit les principes énoncés dans le rapport. Elle ne permet que de régler les problèmes sur le plan strictement légal et n'apporte aucune solution aux questions spatiales.</p> | |
| Art. 15 Abs. 2 | <p>L'alinéa 2 fixe les conditions de modification de l'annexe 4. On doit à ce propos se poser deux questions :</p> <p>S'agit-il d'adapter la liste en réduisant le nombre des communes bénéficiaires partant du fait que le territoire concerné est le même et que seul est modifié le contexte institutionnel ou s'agit-il d'adapter la liste en étendant le territoire concerné parce que le cadre institutionnel est modifié par fusion des communes ?</p> <p>Il n'apparaît pas nécessaire de répondre à cette question. Par contre, on doit se demander s'il n'y a pas d'autres solutions à envisager. En particulier :</p> <ul style="list-style-type: none"> - Que se passe-t-il en cas de modification du périmètre d'agglomération par extension ou par réduction au sens de modifications des données de référence (critères ou définitions OFS - on rappellera à cet égard que la définition des agglomérations est en cours de révision sur mandat de l'ARE et de l'OFS). - Pourquoi limiter les conditions de réexamen à une fusion des communes ? On peut et on doit admettre qu'il peut y avoir des modalités de collaboration qui sont fort engageantes et qui peuvent sur la durée concourir à des fusions ou y participer. A l'inverse de ce qui se pratique ordinairement, on privilégie l'adaptation institutionnelle avant que de proposer un partage de projet. <p>Le Canton de Neuchâtel doit malheureusement se déclarer insatisfait de la proposition de formulation de l'article 15, alinéa 2 dans la mesure où sa teneur laisse la place à de multiples interprétations contradictoires en même temps qu'elle impose un mode unique d'adaptation de l'annexe 4.</p> | NE |
| Art. 17 | <p>Outre qu'il apparaît pas très clairement ce qu'il faut comprendre par "organisme responsable", il apparaît difficile au Canton de Neuchâtel d'imaginer un organisme responsable identique tout au long des procédures tant en terme de structure juridique que de lieu d'hébergement de compétences techniques nécessairement différentes entre la phase de conception et la phase de mise en oeuvre de l'infrastructure.</p> | NE |
| Art. 17 Abs. 2 | <p>La notion de "caractère obligatoire" pose quelques problèmes. En effet, si la force obligatoire peut se comprendre en matière d'infrastructures de transport (l'organisme responsable signe une convention de prestation avec la Confédération et est responsable de la mise en oeuvre des projets), il en va autrement des mesures d'aménagement du territoire. En effet, selon la loi fédérale sur l'aménagement du territoire (LAT), seul le plan directeur cantonal peut lier les autorités. En ce sens, l'organisme responsable ne peut pas se substituer au plan directeur cantonal et garantir la force obligatoire d'orientations qui seraient en contradiction avec le plan directeur.</p> <p>Pour cette raison, le terme "caractère obligatoire" n'est pas opportun ou devrait pour le moins être précisé. L'Office fédéral du développement territorial contacté sur ce point a indiqué qu'il peut s'agir d'une traduction hasardeuse.</p> | GE |
| Art. 17 und 18 | <p>Der Vernehmlasser weist darauf hin, dass die Trägerschaften der Agglomerationsprogramme meist keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen. In diesen Fällen sei fraglich, wer die Kompetenz zur Unterzeichnung der Leistungsvereinbarungen inne hat. Es wäre daher hilfreich, wenn eine Auffangbestimmung den Kanton als subsidiären Vertragspartner nennen würde.</p> | TG |
| Art. 18 und 19 | <p>In den Artikeln 18 und 19 seien in Analogie das ASTRA als zuständige Stelle für Strassen/LV+MiV aufzunehmen.</p> | BL |
| Art. 19 | <p>On peut s'attendre, même si cela n'est pas exprimé avec précision, que les projets urgents seront assujettis aux mêmes règles que l'ensemble des au-</p> | NE |

| | | |
|----------------|---|----|
| | <p>tres projets pouvant bénéficier du pont d'infrastructure. Si tel n'était pas le cas, il y aurait indéniablement une inégalité flagrante de traitement. Le Canton de Neuchâtel sera particulièrement attentifs à ce qu'une égalité de traitement entre l'ensemble des projets soit assurée.</p> <p>En conclusion s'agissant de ce chapitre 4, il apparaît au Canton de Neuchâtel que le projet soumis comprend des lacunes essentielles qui, actuellement, en rendent le soutien impossible. Un travail très important doit être envisagé pour lui donner la cohérence, la clarté et la précision requises par les montants en jeu.</p> | |
| Art. 22 | <p>Der Art. 22 sei wie folgt zu ergänzen: Abs. 2 (neu) Die Beiträge an die Kantone ohne Nationalstrassen werden bei Inbetriebnahme der Teilstücke gemäss Art. 27 Abs. 1 der Verordnung entsprechend angepasst.</p> | AR |
| Art. 22 | <p>Die Standeskommission erachtet einen Beitrag von 2 % der nicht werkgebundenen Mineralölsteueranteile an Kantone ohne Nationalstrassen als richtig. Die Zusicherung von Beiträgen in dieser Form als Ausgleich für Nachteile, die den Kantonen Appenzell A.Rh. Und Appenzell I.Rh. erwachsen, macht weiterhin Sinn und wird daher vom Vernehmlasser begrüsst.</p> <p>Der Beitrag an die Kantone ohne Nationalstrassen entspricht einer Ausgleichszahlung für die volkswirtschaftlichen Nachteile infolge der fehlenden Anbindung an das Nationalstrassennetz. Diese Nachteile haben lediglich die beiden Kantone Appenzell A.Rh. Und Appenzell I.Rh. Gemäss dem vorliegenden Verordnungsentwurf würde der Beitrag an Kantone ohne Nationalstrassen bis zum Inkrafttreten des neuen Netzbeschlusses und somit der formellen Aufnahme des Strassenstücks A1-Herisau-Appenzell ins Nationalstrassennetz bestehen bleiben. Für die Übergangszeit, d.h. vom Inkraftsetzen des Netzbeschlusses bis zur effektiven, baulichen Aufwertung der Hauptstrasse A1-Herisau-Appenzell zur Nationalstrasse 3. Klasse, besteht der volkswirtschaftliche Nachteil weiterhin. Die Ausgleichszahlung dafür würde aber dahinfallen.</p> <p>Die Standeskommission beantragt daher, dass ab Inkraftsetzung des neuen Netzbeschlusses bis zur Inbetriebnahme der ausgebauten Nationalstrasse A1-Herisau-Appenzell die Unterhaltskosten nach wie vor von den Kantonen getragen werden und der Beitrag an die Kantone ohne Nationalstrassen von Seite des Bundes aufrechterhalten wird.</p> <p>Dieser Artikel ist mit einem Abs. 2 zu ergänzen, welcher für die Kantone ohne Nationalstrassen die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des neuen Netzbeschlusses (Aufnahme der Strecke N1-Herisau-Hundwil-Appenzell ins Nationalstrassennetz) wie folgt regelt: 2 Die Beiträge an die Kantone ohne Nationalstrassen werden bei Inbetriebnahme der Teilstücke gemäss Art. 27 Abs. 1 der Verordnung entsprechend angepasst.</p> | AI |
| Art. 22 und 27 | <p>Neu stehen 10% (bisher 12%) des Mineralölsteuerertrags für die nicht werkgebundenen Beiträge zur Verfügung. Davon entfallen gemäss Art. 22 MinVV 98% auf die allgemeinen Beiträge und 2% auf die Kantone ohne Nationalstrassen, zu denen nach Art. 27 Abs. 1 MinVV Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden gehören.</p> <p>Entsprechend der derzeitigen aktuellen NFA-Bilanz ergeben sich für den Kanton Appenzell Ausserrhoden Beiträge von Fr. 9,6 Mio. für allgemeine Beiträge im Strassenwesen und Fr. 6,1 Mio. für Beiträge an Kantone ohne Nationalstrassen. Letzterer Beitrag fällt weg, wenn mit dem Netzbeschluss gemäss Konzeptteil des Sachplans Verkehr der Zubringer Appenzellerland (A1 - Herisau - Appenzell) ins Nationalstrassennetz resp. ins Grundnetz aufgenommen wird.</p> <p>Aufgrund des Wegfalls dieses (beträchtlichen) Beitrages für die nationalstrassenlosen Kantone ist die Aufnahme der heutigen Strecke A1 - Herisau - Appenzell als Gemischtverkehrsstrasse ins Nationalstrassennetz für sich allein aus Sicht beider Appenzell nicht interessant. Zielsetzung des Begehrens um Anschluss der Kantonshauptorte (AR, AI, GL) an das übergeordnete Strassennetz war seit jeher der Wunsch, eine verkehrstechnisch leistungsfähigere Strassenverbindung und eine Entlastung der bestehenden Achsen zu erhalten. Mit der Aufnahme der bestehenden Strasse alleine ist dies nicht der Fall und kann nur mit der Realisierung des Zubringers Appenzellerland als Nationalstrasse 2. Klasse (Umfahrung Herisau) resp. mit einem wesentlichen Ausbau der Strecke A1 - Herisau - Appenzell erreicht werden.</p> <p>Der Wegfall des Beitrags für die nationalstrassenlosen Kantone ist gemäss Vernehmlasser entsprechend erst gerechtfertigt, wenn gegenüber heute eine</p> | AR |

| | | |
|-------------------------|--|----------|
| | <p>tatsächliche Verbesserung der Verkehrssituation erreicht wird. Allein mit der Aufnahme der heutigen Gemischtverkehrsstrasse in den "Sachplan Verkehr"(NEB) ist dies nicht der Fall, zumal der Zeitpunkt für den ergänzenden Netzbeschluss NEB+ nicht genau terminiert ist. Eine Regelung à la Kanton Jura (vgl. Art. 10 der Verordnung über die Verteilung der nicht werkgebundenen Mineralölsteueranteile) wäre für den Vernehmlasser angebracht.</p> <p>Im Sinne einer Gleichbehandlung soll für die beiden Appenzell eine analoge, gleichwertige Lösung getroffen werden, nachdem die Anbindung der Kantonshauptorte beim Start des Nationalstrassenprogramms versprochen wurde und ein Vergleich der Verkehrszahlen (vgl. untenstehende Tabelle) aufzeigt, dass an zahlreichen Orten mit ähnlichen und tieferen Verkehrszahlen als in Herisau (Alpsteinstrasse) bedeutende finanzielle Mittel aufgewendet worden sind.</p> <p>Strasse / DTV (Fahrzeuge pro Tag, Stand 2006)</p> <p>Alpsteinstrasse Herisau / 17'000</p> <p>Gotthardtunnel / 16'000</p> <p>Transjura A16 / 11'000</p> <p>Axenstrasse / 12'000</p> <p>Prättigau / 14'000</p> <p>A7, Thurgau, bei Kreuzlingen / 13'000</p> <p>A9, Waadt, bei Orge / 11'000</p> <p>A8, Berner Oberland, bei Brienz / 8'000</p> <p>Im Sinne einer weiteren Übergangsregelung soll bis zur Realisierung der Umfahrung Herisau als erstes Teilstück des Zubringers Appenzellerland als Nationalstrasse 2. Klasse resp. Mit einem wesentlichen Ausbau der Strecke A1 - Herisau - Appenzell auch das bisherige Hauptstrassennetz (vgl. Anhang 2 der MinVV) in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden beibehalten werden. Der Status Quo ist solange gerechtfertigt, bis der wirtschaftliche Nachteil, der den beiden Appenzell durch den ungenügenden Anschluss der Kantonshauptorte Herisau und Appenzell an das Nationalstrassennetz zukommt, durch den Bau einer verkehrstechnisch leistungsfähigeren Strassenverbindung beseitigt ist. Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden erhalten entsprechend vom Bund bis zu diesem Zeitpunkt Global- und Pauschalbeiträge nach Art. 12 und Art. 14 MinVV, tragen dafür die Kosten für Bau, Unterhalt und Betrieb dieser Strecken gemäss der heutigen Regelung. Mit der Realisierung eines verbesserten Anschlusses an die A1, insb. mit der Umfahrung Herisau, fällt dieser Vorbehalt für Appenzell Ausserrhoden dahin.</p> | |
| Art. 24 | <p>Die für allgemeine Beiträge im Strassenwesen verfügbaren Mittel werden nach neuen Indikatoren festgelegt: 30 Prozent nach der Länge der Hauptstrassen, 30 Prozent nach der Länge der Kantons- und der übrigen dem Motorfahrzeugverkehr geöffneten Strassen und 40 Prozent nach den Strassenlasten. Es wird nicht aufgezeigt, welche Auswirkungen daraus für die einzelnen Kantone resultieren. Es darf immerhin davon ausgegangen werden, dass dieser Verteilschlüssel der Globalbilanz 2004/2005 des Bundes zu Grunde lag.</p> | LU |
| Art. 26 Abs. 1 | <p>Devraient être considérées comme charges routières au sens de cette disposition, les dépenses consenties par les cantons et par les communes. Cette extension de la définition paraît s'imposer dans la mesure où sont concernées les routes nationales, principales, cantonales "ainsi que pour les autres routes ouvertes au trafic automobile". Cette dernière catégorie relève pour l'essentiel de la compétence des communes. Dès lors, leurs dépenses devraient également être prises en considération.</p> | NE |
| Art. 26 Abs. 3 litera c | <p>Es ist gemäss Vernehmlasser nicht nachvollziehbar, weshalb Bundesbeiträge an Verkehrsinfrastrukturen in Städten und Agglomerationsprogrammen bei der Berechnung der Strassenlasten nicht von den Ausgaben der Kantone abgezogen werden.</p> | AI |
| Art. 27 | <p>Im Sinne einer weiteren Übergangsregelung soll bis zur Realisierung der Nationalstrasse Kantonsgrenze AR-Appenzell mit einem wesentlichen Ausbau der Strecke A1-Herisau-Appenzell auch das bisherige Nationalstrassennetz (vgl. Anhang 2 der MinVV) in den Kantonen AR und AI beibehalten werden. Der Status Quo ist gemäss Vernehmlasser solange gerechtfertigt, bis der wirtschaftliche Nachteil, der den Kantonen AR und AI durch den ungenügenden Anschluss der Kantonshauptorte an das Nationalstrassennetz zukommt, durch den Bau einer verkehrstechnisch leistungsfähigeren Verbindung beseitigt ist. Die Kantone AR und AI erhalten entsprechend vom Bund bis zu diesem Zeitpunkt Global- und Pauschalbeiträge nach Art. 12 und 14 MinVV, tragen andererseits die Kosten für Bau, Unterhalt und Betrieb dieser</p> | AI AR |

| | | |
|---------------------|---|----------------------------|
| | <p>Strecken gemäss der heutigen Regelung. Die Standeskommission schlägt folgende Änderung vor:</p> <p>1 Kantone ohne Nationalstrassen sind AR, bis zur Inbetriebnahme der Umfahrung Herisau als erstes Teilstück des Zubringers Appenzellerland als Nationalstrasse 2. Klasse (Teilstück Anschluss A1-Herisau-Waldstatt), sowie AI bis zu einer massgeblichen Verbesserung des Zubringers Appenzellerland (Teilstück Waldstatt-Hundwi-Ktsgr. AR/AI-Appenzell).</p> <p>2 Bis zu diesem Zeitpunkt verbleiben die folgenden Strecken im schweizerischen Hauptstrassennetz:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kantonsgrenze SG (Gossau) - Anschluss H8 Herisau - Kantonsgrenze SG (Winkeln) - Herisau - Waldstatt - Kantonsgrenze SG - Kantonsgrenze SG - Teufen - Anschluss H 448 (Gais) - Kantonsgrenze SG - Schwägälp - Anschluss H 462 Urnäsch - Kantonsgrenze AI - Kantonsgrenze AI - Anschluss H 448 (Gais) - Anschluss H448 Urnäsch - Anschluss H 8 Waldstatt - Kantonsgrenze AR - Gonten - Appenzell - Kantonsgrenze AR <p>3 Der Anteil für Beiträge an Kantone ohne Nationalstrasse wird wie folgt verteilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. 60 Prozent nach den Strassenlängen der Kantone; b. 40 Prozent nach den Strassenlasten der Kantone. <p>4 Für die Festlegung der Strassenlängen und der Strassenlasten gelten die Art. 25 und 26</p> <p>Der Verweis betreffend Änderung bisherigen Rechts in Art. 40 Abs. 3 der Verordnung vom 6. März 2000 über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe sei falsch: Anstelle eines Verweises auf Art. 30 MinVV müsse ein Verweis auf Art. 26 MinVV aufgenommen werden.</p> <p>Antrag: Die Art. 22, 26 Abs 3 litera c, 27 und 31 MinVV seien im Sinne der Erwägungen anzupassen.</p> | |
| Art. 29 | Zu Artikel 29 "Veräusserungen" ist der Vernehmlasser der Meinung, dass den Kantonen ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden soll. | BL |
| Art. 29 Abs. 1 | <p>Antrag:</p> <p>Es sei im Verhältnis Bund - Kantone gegenseitig auf Entschädigung beim Eigentumsübertrag von Grundstücken und Bauwerken zu verzichten. Art. 29 Abs. 1 bis 5 seien zu streichen.</p> <p>Art. 57 Abs. 1 NSV hält fest, dass der Bund als Gesamtrechtsnachfolger zusammen mit dem Eigentum der Nationalstrassen die damit verbundenen Schuldverhältnisse der Kantone übernimmt. Aus der Tatsache, dass in der NSV keine Entschädigungsfolgen erwähnt werden und auch in Sitzungen der Kantonalen Kantonsingenieure (KIK) kommuniziert wurde, dass Eigentumsübertragungen entschädigungslos erfolgen, ist gemäss Vernehmlasser davon auszugehen, dass der Bund den Kantonen keine Entschädigungen für die bisher im Eigentum der Kantone stehenden Anlagen, Bauten und Grundstücke leisten wird. Demgegenüber hält Art. 29 Abs. 1 bis Abs. 5 MinVV den Grundsatz (und die Modalitäten) fest, dass der Bund bei im Kanton verbleibenden Grundstücken und Bauwerken (vom Bund mitfinanzierte, nicht übertragene Grundstücke und Bauwerke) zu entschädigen sei. Im Sinne des Grundsatzes der Gleichbehandlung ist im Verhältnis Bund - Kantone gegenseitig auf Entschädigungen beim Eigentumsübertrag von Grundstücken und Bauwerken zu verzichten, denn gemäss Nationalstrassenverordnung werden die Kantone bei Eigentumsübertragungen auf den Bund, wie erwähnt, nicht entschädigt.</p> | SH |
| Art. 30 Ziffer 3 | <p>Der Antrag und die Argumentation decken sich mit denen der anderen Kantone (nachstehend). Zusätzlich führt der Kanton Nidwalden die folgenden Zahlen auf. Bisher ist der Bund zu 60% für diese Kosten aufgekommen - ohne diesen Beitrag wäre der Weiterbetrieb der (inter)kantonalen Messnetze (in-LUFT) bzw. das Mitmachen Nidwaldens nicht mehr gewährleistet. Davon wäre auch der Bund betroffen.</p> <p>Beispiel Nidwalden Jahr 2005 (gerundet auf Fr. 1'000.--)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Externe Kosten Lufthygiene: Fr. 202'000.-- - Interne Kosten Lufthygiene: Fr. 171'000.-- - Total Kosten Lufthygiene: Fr. 373'000.-- - Erhaltener Bundesbeitrag: Fr. 241'000.-- | NW |
| Art. 30 Ziffer 3 | Die Verordnung vom 25. April 1990 über Beiträge an strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung soll ersatzlos aufgehoben werden. Diese Verordnung bildete die Grundlage für Bundesbeiträge sowohl an bauliche und betriebliche Massnahmen als auch für Messungen und Erhebungen. Zwar ist es gemäss Vernehmlasser vor dem Hintergrund | LU UR GR FR ZH |

| | | |
|---------------|--|---|
| | <p>der NFA und der damit einhergehenden Entflechtung der Aufgaben im Strassenwesen richtig, künftig von solchen Bundesbeiträgen an bauliche und betriebliche Massnahmen abzusehen. Dies gilt jedoch nicht für Messungen und Erhebungen, welche die Luftreinhalte-Verordnung vorgibt und in einem erheblichen Ausmass die Auswirkungen des Verkehrs auf den Nationalstrassen miterfassen. Nach dem im Umweltrecht verankerten Verursacherprinzip (vgl. Art. 2 USG) ist eine Kostenbeteiligung des Bundes an den Aufwendungen für den Betrieb der (inter)kantonalen Messnetze geboten, zumal der Emissionsanteil der Nationalstrasse in den Messgebieten zum Teil bedeutende Ausmasse erreicht. Bei einem Wegfall des Bundesbeitrags ist der Weiterbetrieb der (inter)kantonalen Messnetze nicht mehr gewährleistet, was auch für den Bund mit Nachteilen verbunden wäre:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es fehlten flächendeckende Information über den Einfluss der Nationalstrassen auf die Luftqualität. Die Messstationen NABEL und MFM-U allein gewährleisten dies nicht. - Dem Bund fehlten repräsentative Informationen für seine eigenen, umweltverträglichkeitsprüfungspflichtigen Vorhaben. - Bei einem Einbezug der Kantone in die neue gemeinsame Datenbank NUD wiesen die kantonalen Daten grosse Lücken auf. - Der Know-how-Verlust bei den Kantonen führte in vermehrtem Mass zu Rückfragen und zum Einholen von Stellungnahmen und Berichten. <p>Diese Auswirkungen stehen gemäss Vernehmlasser in keinem Verhältnis zum Einsparpotenzial von rund 3 Millionen Franken. An einem Beitrag des Bundes (entsprechend dem Emissionsanteil der Nationalstrassen) an die kantonalen Messungen und Erhebungen im Bereich der Luftreinhaltung soll daher festgehalten werden. Die Luftreinhalte-Verordnung (oder allenfalls die totalrevidierte Verordnung über die Nationalstrassen) sei im Zuge der Aufhebung der Verordnung über Beiträge an strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung in diesem Sinn zu ergänzen.</p> | <p>SZ OW ZG BS BL SH AR SG AG TG VD VS GE Cercl Air</p> |
| Erläuterungen | <p>Dans le commentaire, en page 232, un alinéa nouveau devrait introduire cette souplesse en faveur des agglomérations constituées. Le Conseil fédéral devrait avoir la compétence d'adapter la liste si une agglomération se constitue avec des compétences propres dans le domaine considéré.</p> | JU |

8.2 Verordnung über die beschwerdeberechtigten Organisationen im Bereich der Institutionen von invaliden Personen

Die Vernehmlasser (BE, SG, BL, pro mente sana), die zu dieser Verordnung Stellung nehmen, sind entweder der Meinung, es sei nicht erkennbar, nach welchen Kriterien die Liste entstanden sei oder sie machen konkrete Ergänzungsvorschläge.

Ein Vernehmlasser (BL) beantragt, die Liste sei vollständig zu überarbeiten.

| Artikel | Anträge | Vernehmlasser |
|---------|--|---------------|
| Allg. | <p>Grundsätzlich ist der Vernehmlasser mit dieser neuen Verordnung einverstanden. Allerdings wird auf einen gewissen Widerspruch zwischen dem Titel der Verordnung (beschwerdeberechtigte Organisationen im Bereich der Institutionen von invaliden Personen), der Bezeichnung in Artikel 9 IFEG (Behindertenorganisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung) und jener in Artikel 1 der vorliegenden Verordnung (Organisationen) verwiesen. Organisationen im Bereich der Institutionen von invaliden Personen und Behindertenorganisationen sind nach Erachten des Vernehmlassers nicht identisch. So sind Curaviva und INSOS, welche künftig beide auf der Liste der beschwerdeberechtigten Organisationen gemäss IFEG geführt werden, Verbände der Behinderteninstitutionen, d.h. nicht Behindertenorganisationen, sondern Zusammenschlüsse oder allenfalls Vertretungen von Behindertenorganisationen. Mit dieser Bemerkung soll aber keinesfalls die Streichung dieser Verbände von der Liste beantragt werden, sondern die Klärung der Begrifflichkeiten in den Erläuterungen.</p> <p>Im Weiteren fällt auf, dass auf der Liste wichtige Verbände fehlen, z.B.</p> | BE |

| | | |
|--------|--|----------------|
| | <p>PROCAP (ehemals Schweiz. Invalidenverband). Für den Vernehmlasser ist nicht nachvollziehbar, wie die Liste entstanden ist. Er geht aber davon aus, dass sich fehlende Verbände selber für ihre Aufnahme einsetzen werden.</p> | |
| Allg. | <p>Antrag zur Liste der beschwerdeberechtigten Institutionen: In die Liste der beschwerdeberechtigten Organisationen wurde keine Organisation aufgenommen, welche die Interessen der Menschen mit psychischer Behinderung und entsprechender Institutionen vertritt. Es sei aus Sicht des Vernehmlassers zumindest die Schweizerische Stiftung Pro Mente Sana, welche, soweit ersichtlich, die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, in die Liste aufzunehmen.</p> | SG |
| Allg. | <p>Die Vernehmlasserin sei in den Kreis der beschwerdeberechtigten Organisationen im Sinne von Art. 9 IFEG aufzunehmen und im Anhang zur Verordnung aufzuführen. Dies aus folgenden Gründen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Keine der im Entwurf aufgeführten Organisationen vertrete die Interessen von psychisch behinderten Menschen. - Die Stiftung bestehe seit mehr als zehn Jahren, sie wurde 1978 gegründet. - Pro Mente Sana sei eine Behindertenorganisation von gesamtschweizerischer Bedeutung. Sie untersteht als schweizerische Stiftung der Aufsicht des Eidg. Departements des Innern. Zudem verfüge Pro Mente Sana als national tätige Dachorganisation der privaten Invalidenhilfe i.S.v Art. 74 IVG über einen Leistungsvertrag mit der Invalidenversicherung. | pro mente sana |
| Art. 1 | <p>Im Anhang zu Artikel 1 "Liste der beschwerdeberechtigten Organisationen" sind die Kriterien für die Zusammenstellung der Liste aus fachlicher Sicht gemäss Vernehmlasser nicht erkennbar. Organisationen, welche die Anliegen von Menschen mit psychischer Behinderung vertreten, fehlen (Beispiel: Pro Mente Sana). Jede vierte aufgeführte Organisation vertritt die Anliegen behinderter Kinder. Da das IFEG vermutlich nur in geringem Umfang für Institutionen für behinderte Kinder Anwendung findet, erscheinen diese Organisationen übervertreten. Wird zudem die Zahl der genannten Organisationen aufgerundet, so kommt etwa jede zweite Organisation aus dem Bereich für Menschen mit Sinnesbehinderung. Dies erscheint wenig repräsentativ. Es ist nicht erkennbar, wie das Verhältnis der Organisationen aus der Fachhilfe versus denen der Selbsthilfe gebildet wurde.</p> <p>Antrag: Es wird beantragt, die Liste vollständig und an Hand von transparenten Kriterien (bitte im Kommentar nennen) zu überarbeiten.</p> | BL |